

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Partnerschaften für Demokratie

Wirkungen, Entwicklungen, Herausforderungen

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des
Handlungsbereichs Kommune in der zweiten Förderperiode des
Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Berichtszeitraum: 01. 01. 2020 bis 31. 12. 2024

Danksagung

Wir bedanken uns herzlich bei den Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen und allen anderen von uns Befragten für ihre Auskünfte und Einschätzungen. Sie haben entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt am Main

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, November 2024
ISBN: 978-3-88493-284 (Online)

Autoren:

Jan Saßmannshausen, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Dr. des. Carlos Becker, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Irina Bohn, stellvertretende Institutsleitung
Christopher Finke, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Moritz Golombek, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Eleni Kremeti, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Joscha Langenberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Dr. Evelyn Sthamer, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Dr. Irina Volf, Bereichsleitung Extremismusprävention
Dr. Sebastian Winter, Bereichsleitung Demokratieförderung
Andrea Huber, studentische Hilfskraft
Hannah Kaufmann, studentische Hilfskraft
Luca Onochie, studentische Hilfskraft

Unter Mitarbeit von:

Simone Habel, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Michael Grundmann, Honorarkraft
David Malcharczyk, Projektassistenz
Marian Oenning, Honorarkraft
Helen Pflüger, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Hannah Schippgeres, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Verantwortlich:

Dr. Sebastian Winter, Bereichsleitung Demokratieförderung

Gefördert vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Inhalt

	Einleitung	8
1	Demokratieförderung in herausfordernden Zeiten	15
1.1	Multipolare Erschütterungen demokratischer Gesellschaften in der Polykrise	15
1.2	Kommunale Adressierung der Programmthemen und übergreifende Entwicklungslinien angesichts aktueller Herausforderungen	21
1.2.1	Methodische Grundlagen	22
1.2.2	Kommunale Veränderungen in den programmrelevanten Phänomen- und Handlungsfeldern	27
2	Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie	36
2.1	Die Wirkungsfrage und Möglichkeiten ihrer Beantwortung	36
2.2	Kurze Frage, kurze Antwort: Die Partnerschaften für Demokratie wirken	45
2.3	Eine (längere) Antwort auf die Wirkungsfrage	50
2.4	Entwicklungen in den Untersuchungs- und Vergleichsgruppen	53
2.5	Wirkungen entlang einzelner Phänomenbereiche	60
2.5.1	Demokratieförderung	60
2.5.2	Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus	70
2.5.3	Rassismus	77
2.5.4	Antisemitismus	86
2.5.5	Zwischenfazit	93
2.6	Ein übergreifender Blick auf die Wirkungen der Partnerschaften: zur Stärkung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene	94
2.6.1	Was heißt demokratische Resilienz auf kommunaler Ebene?	94
2.6.2	Veränderungen der demokratischen Resilienz in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie	100
2.6.3	Übergreifende Wirkungen der Partnerschaften und ihr Beitrag zur Stärkung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene	106
2.7	Was machen die Anderen? Ein Vergleich mit Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie	114
2.8	Fazit	123
3	Ausblick und Hinweise zur Fortentwicklung des Handlungsbereichs Kommune in der dritten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	126

4	Supplementäres Material	132
4.1	Strukturelle Entwicklungen des Gesamtverbundes der Partnerschaften für Demokratie	132
4.2	Demokratie- und menschenfeindliche Bedrohungslagen in den Förderregionen	139
4.3	Begleitprojekte	149
4.3.1	Kommunales Konfliktmanagement	149
4.3.2	Zivilgesellschaft stärken und schützen	153
4.3.3	Transformationsgestalter*innen	157
4.4	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	160
4.4.1	Methodisches Vorgehen	162
4.4.2	Untersuchungsdesign des Bausteins „Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie“	163
4.4.3	Regionen ohne Partnerschaften für Demokratie als Vergleichsgruppe	173
5	Anhang	175
5.1	Literatur	175
5.2	Abbildungen	190

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaften für Demokratie

Unsere Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Um diese Menschen zu stärken, gibt es das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“**. Mit dem Programm fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander, stärkt die Kooperationen von Akteur*innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren (Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung etc.) und ermöglicht die praktische und fachliche Weiterbildung von demokratisch engagierten Menschen in verschiedenen Bereichen und Positionen. „Demokratie leben!“ hat auch in der **aktuellen Förderperiode (2020 – 2024)** Projekte in ganz Deutschland unterstützt, die neue Ideen und innovative Handlungsansätze in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention entwickeln und erproben.

Das Bundesprogramm gliedert sich in vier Handlungsbereiche (→ Abb. A). In **Partnerschaften für Demokratie** entwickeln Akteur*innen in Städten, Gemeinden und Landkreisen bundesweit lokale Handlungsstrategien, um Demokratie und Vielfalt zu stärken und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Die **Landes-Demokratiezentren** bündeln im jeweiligen Bundesland die Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt, vernetzen alle relevanten Akteur*innen und koordinieren die Angebote der mobilen Beratung, der **Opferberatung** sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung im Land. Die **Kompetenzzentren und -netzwerke** führen die fachliche Expertise aus den Programmthemen zusammen und entwickeln diese weiter. Sie organisieren Fachveranstaltungen, Qualifizierungsmaßnahmen und treiben die Entwicklung fachlicher Standards voran. **Modellprojekte** hingegen konzipieren und erproben neue, innovative Ansätze. Die von ihnen entwickelten Methoden und Materialien sollen bei erfolgreicher Umsetzung in der pädagogischen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie in anderen Regelstrukturen eingesetzt werden.

Mit dieser Struktur adressiert das Bundesprogramm drei grundlegende Ziele. Mit dem Schwerpunkt der **Demokratieförderung** zielt „Demokratie leben!“ auf die Stärkung des Bewusstseins für demokratische Rechte und fördert über die jeweiligen Projekte die demokratische Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem grundlegende demokratische

Abbildung A: Struktur des Bundesprogramms



Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben.

Prinzipien wie Gleichwertigkeit und Teilhabe gestärkt und – insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten erschlossen und eröffnet werden. Im Themenfeld der **Vielfaltgestaltung** hingegen werden im Bundesprogramm Lösungen erarbeitet, um allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen. Im Fokus der geförderten Projekte steht besonders die Stärkung von Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt und die konstruktive Bearbeitung von gesellschaftlichen Konfliktlagen. Mit dem Fokus auf die **Extremismusprävention** tritt das Bundesprogramm der Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extremistischer Einstellungen entgegen und versucht mit den entsprechenden Projekten Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu unterbrechen; das schließt neben Rechtsextremismus auch islamistischen Extremismus, linke Militanz und Hass im Netz mit ein.¹

Die Partnerschaften für Demokratie

Die „Partnerschaften für Demokratie“ stellen bundesweit verankerte Arrangements der kommunalen Demokratieförderung dar, die mit dem Ziel gefördert werden, kontextsensible und umfassende Handlungsstrategien zur Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention auf lokaler Ebene umzusetzen.² Dabei fokussiert die strukturelle Anlage der Partnerschaften bewusst auf das gemeinsame Handeln von Akteur*innen aus der demokratischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik, um eine möglichst breitenwirksame und sektorübergreifende Bearbeitung der Programmt Themen vor Ort zu gewährleisten.³ Auch in der aktuellen Förderperiode wird damit ein bereits etabliertes und bewährtes⁴ Konzept zur Stärkung und Vernetzung demokratischen Engagements, der fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung kommunaler, demokratischer Strukturen sowie der Sensibilisierung und Gegenwehr gegenüber demokratiegefährdenden Phänomenen fortgeschrieben.⁵ Im Fokus steht zum einen die nachhaltige Fortführung bereits lokal implementierter und handlungswirksamer Strukturen, zum anderen die Entwicklung und Förderung von neuen Netzwerken und innovativen Maßnahmen der kommunalen Demokratieförderung.

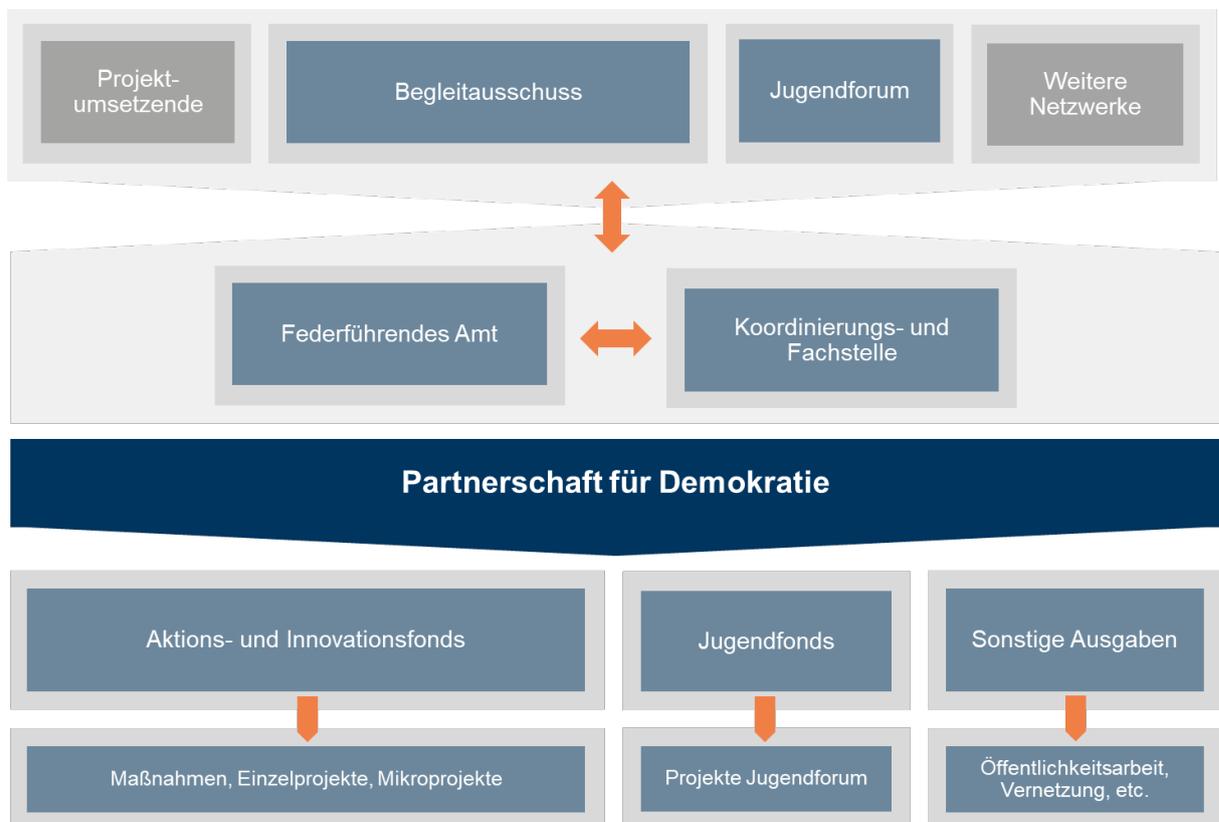
Dies setzen die Partnerschaften mittlerweile in einem **bundesweiten Verbund an 357 Standorten** in teils höchst unterschiedlichen Förderkontexten um. Dabei zeichnen sich die Partnerschaften trotz der programmseitig gewährten und kontextbedingt nötigen inhaltlichen Flexibilität in der Adressierung der übergreifenden Programmziele durch eine große Strukturähnlichkeit aus. Diese ergibt sich aus der festgeschriebenen Implementierung von zentralen Struktureinheiten (→ Abb. B).

-
- 1 Die Beschreibungen der zentralen Säulen, Handlungsbereiche und Zielstellungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sind weitestgehend und nur mit leichten Anpassungen dem Programmflyer des BMFSFJ entnommen (Vgl. BMFSFJ 2023).
 - 2 Vgl. tiefergehend zu den Zielen des Bundesprogramms im Hinblick auf die Partnerschaften für Demokratie die Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich „Kommune“ (BMFSFJ 2024c).
 - 3 Vgl. zum Zusammenwirken lokal relevanter Akteur*innen im Rahmen der Partnerschaften bzw. Lokalen Aktionspläne: Behn et al. 2013 sowie aktuell Becker et al. 2024a.
 - 4 Vgl. dazu grundsätzlich zu den Potenzialen und Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie (bzw. den Lokalen Aktionsplänen): Behn et al. 2013; Bohn et al. 2018, S. 56-95; Bohn et al. 2019, S. 129-171 sowie aktuell Kapitel 2 im vorliegenden Bericht.
 - 5 Auch in der zweiten Förderperiode von „Demokratie leben!“ zielen die Partnerschaften für Demokratie damit „auf eine Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne, die im Rahmen der Vorgängerprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010) und TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (2011-2014) durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurden“ (Bohn et al. 2015, S. 1).

Die Partnerschaften für Demokratie setzen sich zusammen aus erstens der **Koordinierungs- und Fachstelle**, die – ganz überwiegend bei freien Trägern angesiedelt – in Zusammenarbeit mit den anderen Stellen und Gremien die organisatorische Gesamtkoordination der Partnerschaft für Demokratie, „die inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und die Begleitung von Einzelmaßnahmen sowie die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses und des Jugendforums“⁶ und darüber hinaus die Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit übernimmt.⁷

Während damit die organisatorisch-inhaltliche Verantwortung bei den jeweiligen Koordinator*innen der Partnerschaften liegt, kommt dem **Federführenden Amt** – neben eigenständigen inhaltlichen Impulsen, die diese setzen können – die Aufgabe der strukturellen Einrichtung der Partnerschaft in der Kommune und ihrer administrativen Umsetzung (z.B. Zuwendung, Mittelweiterleitung- und vergabe) zu.

Abbildung B: Struktur der Partnerschaften für Demokratie



Quelle: Eigene Darstellung.

Neben diesem organisatorischen Kern der Partnerschaften ist der regelmäßig tagende **Begleitausschuss** das zentrale Gremium zur inhaltlich-strategischen Ausrichtung der Partnerschaften. Mehrheitlich mit „lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft“⁸ und zugleich Akteur*innen aus der Verwaltung besetzt wird im Rückgriff auf die Ergebnisse der kommunalen *Demokratiekonferenzen* eine integrierte Handlungsstrategie der Partnerschaften festgelegt, auf deren Grundlage der Begleitausschuss die Vergabe von

6 BMFSFJ 2024c, S. 3.

7 Vgl. zu diesen Koordinationsaufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle sowie ihre Stellung in der Gesamtkoordination der Partnerschaften detailliert auch: Bohn et al. 2016, S. 111-122.

8 BMFSFJ 2024c, S.6.

Mitteln aus dem *Aktions- und Innovationsfonds* an kommunale Projekte und Maßnahmen steuert.⁹

Mit dem **Jugendforum** sieht die Struktur der Partnerschaften zugleich ein Gremium vor, das auf die Sozialisation und Erprobung demokratischer Selbstbestimmung von jungen Menschen ausgerichtet ist. Teil dessen sind mit dem *Jugendfonds* Projektmittel, die von den jeweiligen Mitgliedern selbstverwaltet verausgabt werden können.¹⁰ Zugleich ist vorgesehen, dass das Jugendforum aktiver Teil des Begleitausschusses ist und junge Menschen an der Gesamtstrategie der Partnerschaften mitwirken können.

Indem die Partnerschaften sowohl über ihre Gremien und Fachexpertise als vernetzende Plattform für lokal relevante Akteur*innen fungieren als auch über die konkrete Mittelvergabe kontextadäquate und innovative Projekte unterstützen, versuchen diese *sowohl auf der Struktur- als auch Handlungsebene* Einfluss auf die demokratische Engagementlandschaft in den jeweiligen Förderkontexten zu nehmen. Inwieweit die Partnerschaften dabei vor Ort auch in dieser Förderperiode nachweisbare Wirkungen erzielen können, ist Gegenstand des vorliegenden Berichtes.

9 Vgl. vertiefend zu den Begleitausschüssen und ihren unterschiedlichen Merkmalen Bohn et al. 2016, S. 38-51; zur Beteiligung der verschiedenen Gruppierungen an den Partnerschaften auch Becker et al. 2024a, Kap. 8.

10 Vgl. vertiefend zu den Jugendforen: Hallmann 2017; Bohn et al. 2019, S. 73-128; für aktuelle Daten: Kremeti et al. 2023, S. 43ff. sowie im vorliegenden Bericht S. 136.

Einleitung

Die zweite Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ endet mit dem Jahr 2024. Die fünfjährige Förderperiode war von besonderen Herausforderungen für die Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung geprägt. In dem vorliegenden Abschlussbericht berichtet die wissenschaftliche Begleitung von den Aktivitäten und Erfolgen im Handlungsbereich Kommune des Bundesprogramms sowie deren Rahmenbedingungen. Der Handlungsbereich umfasst die mittlerweile 357, bundesweit angesiedelten Partnerschaften für Demokratie und die Begleitprojekte „Kommunales Konfliktmanagement, „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ sowie „Transformationsgestalter*innen“.

Die Gesellschaft ist auf unvorhersehbare Weise in Bewegung geraten. Die Situation ist gekennzeichnet von vielfältigen Herausforderungen, die „den herkömmlichen Lauf der Dinge“¹¹ unterbrochen haben und den Alltag vieler Menschen prägen. Mit solchen Erschütterungen gehen Verunsicherungen einher, die sich in der Wahrnehmung vieler Bürger*innen als krisenhaft ausdrücken.¹² Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat in einem Interview formuliert:

„Fest steht, dass wir in immer unsichereren Zeiten leben. Krisen werden immer häufiger. [...] Der Krisenmodus muss jetzt zum allgemeinen Bewusstsein dazugehören, wir müssen lernen, dass die Krise zum Alltag gehört.“¹³

Seitens der Gesellschaftswissenschaften wird versucht, das Geschehen mit Begriffen wie „Vielfachkrise“¹⁴, „Polykrise“¹⁵ oder auch „Transformationsperiode“¹⁶ zu fassen. Die mit diesem Geschehen einhergehenden Erosionen von Selbstverständlichkeiten grundieren die politische Stimmung. Progressiven Entwicklungen bezüglich der Inklusion marginalisierter Gruppen in die Gesellschaft und dem Abbau von Diskriminierungen auf rechtlicher und sozialer Ebene steht dabei ein weltweites Erstarken illiberaler und autoritärer Diskurse und Regierungsformen gegenüber. Die Demokratie steht von innen und außen unter Druck. Rechtsextreme und islamistische Terroranschläge, der russische Angriffskrieg mitten in Europa, der 7. Oktober, die folgenden antisemitischen Ausschreitungen und der Krieg im Nahen Osten zeigen deutlich das Bedrohungsszenario. Die „Klimakrise“ und die Covid-19-Pandemie haben zusätzlich Ängste aber auch Solidarität und Engagement ausgelöst – und Reaktionsweisen, die von verschwörungsgläubig aufgeladenen Ressentiments getragen waren und sind. Die Mehrheitsverhältnisse in Kommunal- und Landesparlamenten haben sich teils deutlich verschoben. Zugleich war die Öffentlichkeit während der Förderperiode durch soziale Bewegungen wie „Black Lives Matter“, „Fridays for Future“ und die Proteste gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Frühjahr 2024 geprägt. Globale Entwicklungen schlagen sich auf unterschiedliche Weise auch in den lokalen Räumen der Partnerschaften für Demokratie nieder und sorgen partiell für

11 Mullis 2024, S. 138.

12 55 % der 2.000 befragten Personen schätzen im Rahmen der aktuellen Mitte-Studie, dass Deutschland derzeit „stark“ oder „sehr stark“ von Krisen betroffen sei. 31 % gaben an, selbst „stark“ oder „sehr stark“ von Krisen betroffen zu sein (vgl. Zick/Sandal-Önal: S. 228-229).

13 Tiesler 2022.

14 Demirović et al. 2011.

15 Adam Tooze, zit. nach Zick 2023, S. 20.

16 Kollmorgen 2022.

einen neuen Schub prodemokratischer Aktivitäten, teilweise aber auch für neue oder zunehmende Herausforderungen durch demokratiegefährdende Entwicklungen.

Der vorliegende Abschlussbericht gibt Auskunft darüber, wie von den Akteur*innen im Handlungsbereich Kommune des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit diesen Rahmenbedingungen umgegangen wurde und welche Erfolge sie dabei erzielen konnten. Er präsentiert dazu Auswertungen der aktuellen Erhebungen der wissenschaftlichen Begleitung zur Wirkungsevaluation. Ergänzt wird dies von Darstellungen der Strukturentwicklungen der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtverbund sowie Schilderungen demokratie- und menschenfeindlicher Bedrohungslagen in ihren Förderregionen und den Begleitprojekten mit deren Implementierung programmseitig auf regionsspezifische Herausforderungen der kommunalen Demokratieförderung reagiert worden ist.

Während der Förderperiode wurden folgende Berichte der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune publiziert: Mit dem Bericht **„(Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie“**¹⁷ (2020) stand zunächst im Fokus, wie die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie den Beginn in die neue Förderperiode gestaltet haben, mit welchen Erwartungen, Arbeitsschwerpunkten und strukturellen Voraussetzungen sie gestartet und wie sie konkret mit den pandemiebedingten Herausforderungen umgegangen sind. Der erste Schwerpunktbericht **„Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis“**¹⁸ (2022) war dann einer tiefgehenden Analyse gewidmet, wie die Praxis der Partnerschaften grundlegend ausgerichtet ist. Ausgehend von einem umfassenden, theorie- und empiriegestützten Modell wurden darin fünf Strategietypen der kommunalen Demokratieförderung erschlossen, die jeweils idealtypische Ansätze der lokalen Demokratiestärkung und Reaktionsweisen auf bestimmte lokale Kontextfaktoren abbilden. Mit dem zweiten Schwerpunktbericht **„Die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Förderregionen“** (2022)¹⁹ hingegen stand vor allem die Flexibilität der Partnerschaften in der Anpassung ihrer Praxis an akute Krisen und Herausforderungen im Fokus. Der Bericht gibt einen Überblick sowohl über die konkreten Tätigkeiten als auch über die Gelingensbedingungen einer reaktionsschnellen Umstellung der Aktivitäten. Nach der strategischen Ausrichtung und der Flexibilität standen im dritten Schwerpunktbericht **„Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Modell, Praxis, Raumtypologie“** (2024)²⁰ die Menschen im Fokus, die an den Partnerschaften mitwirken. Analysiert wurde dabei, wie es – auch bedingt durch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Förderregionen – gelingt, relevante Akteur*innen zu aktivieren, und welche Maßnahmen und strukturellen Voraussetzungen einer gelingenden Engagementförderung tatsächlich zuträglich sind. Auf der Grundlage einer eigens entwickelten Raumtypologie der sozialräumlichen Benachteiligung wurde sodann fokussiert, wie Aktivierung speziell in strukturschwachen Regionen gelingt und vor welchen besonderen Herausforderungen sie hier steht.

Flankiert wurden diese Schwerpunktberichte durch eine kontinuierliche Analyse demokratiegefährdender Bedrohungslagen in den Förderregionen der Partnerschaften: In dem

17 Becker et al. 2020b.

18 Becker et al. 2022a.

19 Becker et al. 2022b.

20 Becker et al. 2024b.

Kurzbericht „**Lokales Klima der Bedrohung**“ (2020)²¹ wurde das Zusammenspiel des regional unterschiedlichen Ausmaßes demokratie- und menschen-feindlicher Vorkommnisse und den jeweiligen Ressourcen der lokalen Zivilgesellschaft in den Blick genommen und vier Typen kommunaler Bedrohungslagen herausgearbeitet. „**Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft. Phänomene, Bedarfe und Reaktionen**“ (2021)²² sind Thema eines weiteren, gemeinsam mit einem Team von Prof. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel) verfassten, Kurzberichts gewesen. Untersucht wurden Versuche der Unterwanderung und Einschränkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Organisationen sowie die Reaktionsweisen darauf. Mit dem Bericht „**Jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild**“ (2023)²³ wurde dann eine Analyse der mit den „Querdenker-Protesten“ aufgekommenen autoritär-rebellischen Protestbewegungen mit einem Fokus in Baden-Württemberg und Thüringen vorgelegt, welche deren Akteur*innenkonstellationen im demokratieskeptischen bis -feindlichen Spektrum betrachtet und Strategien des Umgangs im Umfeld der Partnerschaften vorstellt.

Neben diesen Schwerpunktberichten sind **jährliche Strukturdatenbände**²⁴ veröffentlicht worden, die maßgebliche Kennzahlen und strukturelle Entwicklungslinien der Partnerschaften für Demokratie im jährlichen Vergleich abbilden. Neben diesen Veröffentlichungen stehen noch nicht publizierte Kurzberichte zu den Begleitprojekten²⁵ sowie weitere Working Paper und Expertisen zu speziellen Themen.

Im Zentrum des vorliegenden Abschlussberichtes stehen die **Ergebnisse der Evaluation der Partnerschaften für Demokratie hinsichtlich ihrer Wirkung**, d.h. der demokratieförderlichen Effekte, die in ihren Förderregionen beobachtbar sind und valide nachweisbar auf die Arbeit der Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie zurückgeführt werden können. Methodischer Kern dieser Evaluation ist die Erhebung von Situationseinschätzungen durch lokale Expert*innen zu zwei Zeitpunkten, um Veränderungen in den Förderregionen entlang der programmrelevanten Handlungs- und Phänomenbereiche und übergreifender Dimensionen der demokratischen Resilienz zu erfassen.²⁶ Ausgehend davon wird in der Wirkungsanalyse mit einem multimethodischen Design untersucht, welcher Beitrag der Partnerschaften an diesen lokalen Entwicklungen verlässlich nachgewiesen und damit auf das Wirken eben dieser zurückgeführt werden kann. Was also sind die Wirkungen der Partnerschaften in ihren Förderregionen?

Um dies zu erschließen, werden in **Teil I** zunächst die regional stark variierenden Rahmenbedingungen der „**Demokratieförderung in herausfordernden Zeiten**“ und zentrale Entwicklungslinien in den Sozialräumen der Partnerschaften dargestellt. Zu Beginn werden als Hintergrundfolie die Entwicklungen der Polykrise skizziert, die sich in der zweiten Förderperiode des

21 Becker et al. 2020a.

22 Becker et al. 2021a.

23 Brenn et al. 2024.

24 Becker et al. 2020b; Becker et al. 2021b; Schwall et al. 2022; Kremeti/Sthamer/Winter 2023.

25 Saßmannshausen/Schäfer/Schwall 2022; Schäfer/Bollhöfner/Saßmannshausen 2022; Finke/Langenberg 2024; Schäfer/Brenn/Winter 2024; Schäfer/Schwall/Langenberg 2024.

26 Phänomenbereiche (bspw. „Antisemitismus“ oder „Rassismus“) sind die zentralen durch das Bundesprogramm abgrenzbar adressierten Themengebiete, welche auch handlungsleitend für die Praxis der Partnerschaften für Demokratie sind. Mit Resilienzdimensionen sind hingegen phänomenübergreifende Aspekte der kommunalen Bearbeitung der Programmt Themen durch lokale Akteur*innen gemeint, die gemeinsam zur demokratischen Widerstandsfähigkeit, also der demokratischen Resilienz einer Region, beitragen.

Bundesprogramms „Demokratie leben!“ merklich zugespitzt haben und auch die Rahmenbedingungen der kommunalen Demokratieförderung und des demokratischen Engagements prägen. Ausgehend von dieser übergreifenden Perspektive werden auf Grundlage von Situations einschätzungen, welche die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie („Koordinator*innen“) als Sozialraumexpert*innen zu zwei Zeitpunkten vorgenommen haben, die Entwicklungen in den Förderregionen der Partnerschaften hinsichtlich der demokratischen Auseinandersetzung mit den programmrelevanten Phänomenbereichen vor Ort nachgezeichnet. Dabei zeigt sich, dass trotz der multiplen Krisenereignisse die lokalen Strukturen des demokratischen Engagements weitgehend stabil bleiben und den gesellschaftlichen Zuspitzungen vielerorts trotzen können. Zugleich offenbaren sich jedoch phänomenbereichsspezifische Auffälligkeiten, die v.a. bei der lokalen Auseinandersetzung mit „Rassismus“, „Antisemitismus“ und „Rechtsextremismus“ zumindest leichte Tendenzen einer negativen Entwicklung aufzeigen.

Unter dem Titel „Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie“ stellt und beantwortet dann Teil II explizit die Wirkungsfrage. Dafür werden zunächst neben der Relevanz dieser Fragestellung die zentralen Herausforderungen ihrer Adressierung und mit dem Untersuchungsdesign des ISS schließlich ein Weg zur Beantwortung skizziert (→ Kap. 2.1). Letzteres wird im Gefüge quasi-experimenteller Verfahren verortet, (1) die zentralen Erhebungs- und Auswertungsmethoden dargestellt, (2) ein Wirkungsbegriff in der Verschränkung quantitativer wie qualitativer Elemente definiert (welcher nachvollziehbare Kriterien zur Identifikation programmevozierter Veränderungen umfasst) und schließlich (3) eine Sortierung der einzelnen Befunde entlang von Evidenzstufen ermöglicht. Von dieser Grundlage ausgehend werden die Befunde überblickshaft zusammengefasst (→ Kap. 2.2). Dieses Kapitel beinhaltet eine stichpunktartige Darstellung und verortet zentrale Ergebnisse entlang der zuvor eingeführten Evidenzstufen. Die folgenden Kapitel bieten anschließend ausführlichere Antworten auf die Wirkungsfrage. Zunächst werden Untersuchungs- und Vergleichsgruppen eingeführt (→ Kap. 2.3), sodann die (wahrgenommenen) Veränderungen in den Sozialräumen nachvollzogen (→ Kap. 2.4) und schließlich ausgewählte Befunde der Wirkungsanalyse vorgestellt (→ Kap. 2.5). Dabei ist die Darstellung der Ergebnisse entlang zentraler Phänomenbereiche (z.B. Rassismus) strukturiert und erfolgt mit einem Fokus auf die identifizierten Wirkungen.

Gemeinsam zeigen diese beiden Teile auf, dass sich trotz bisweilen gegenläufiger gesamtgesellschaftlicher Trends wesentliche Bestandteile der demokratischen Widerstandsfähigkeit dort stabilisieren oder gar verbessern, wo Partnerschaften für Demokratie ihre Bemühungen gezielt darauf ausrichten. Die Untersuchungen ergeben überdies, dass im Programmsinn wünschenswerte Veränderungen in vier der fünf vertiefend untersuchten Phänomenbereiche (Demokratieförderung; Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus) nicht nur zu beobachten, sondern valide auf die Bemühungen der Partnerschaften zurückzuführen sind.

Die beiden letzten Abschnitte der Wirkungsanalyse weiten den Blick, indem zum einen auf den übergreifenden Beitrag der Partnerschaften zur Stärkung der demokratischen Resilienz auf kommunaler Ebene eingegangen wird (→ Kap. 2.6) und zum anderen ein Vergleich von Regionen mit und ohne Partnerschaften in den Fokus rückt (→ Kap. 2.7). Im ersten Abschnitt werden die bereits identifizierten Wirkungen auf Phänomenebene nochmals unter dem Gesichtspunkt phänomenübergreifender Resilienzdimensionen analysiert. Dabei zeigt sich, dass

Partnerschaften besonders bei der Förderung des lokalen demokratischen Engagements und dem Aufbau nachhaltiger Strukturen der Demokratieförderung sowie bei der Fortentwicklung programmrelevanter Kompetenzen und neuen Beteiligungsmöglichkeiten übergreifende Erfolge erzielen können. Im zweiten Unterkapitel (→ Kap. 2.7.) werden sodann entlang von drei Resilienzdimensionen die Entwicklungen in Förderregionen von Partnerschaften für Demokratie und ähnlich aufgestellten Regionen verglichen, in denen keine Partnerschaft für Demokratie vorhanden ist. Es zeigt sich, dass auch in Letzteren ein reges Engagement für Demokratie und gegen Demokratiefeindlichkeit vorhanden ist, die sich daraus entwickelnden Arbeitsformen und Strukturen die Leistungen der Partnerschaften für Demokratie, insbesondere hinsichtlich Ressourcen, strategisch-kontinuierlichem Vorgehen und der Ansprache von Menschen außerhalb des eigenen Umfelds, aber nicht ähnlich umfänglich abdecken können.

Der Bericht über die Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie schließt mit **Teil III**, in dem basierend auf den Befunden der wissenschaftlichen Begleitung Hinweise für die Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der dritten Förderperiode gegeben werden.

Anschließend erwartet die Lesenden eine Fülle weiterer im Verlauf der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeiteter Informationen als **supplementäres Material**: Zunächst wird die **Strukturentwicklung** der Partnerschaften für Demokratie über den Verlauf der Förderperiode beschrieben (→ Kap. 4.1). Die Etablierung einer Partnerschaft für Demokratie geht in der Förderregion mit einem demokratieförderlichen Strukturaufbau einher: Die Vernetzung des prodemokratischen Engagements lokaler Akteur*innen wird gestärkt, die Partnerschaften sind ein Rahmen, in dem sich ein kooperatives Zusammenwirken intersektoraler Allianzen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung entfalten kann. Mit ihren prodemokratischen Positionen sind sie öffentlichkeitswirksam und sie erweitern insbesondere für Jugendliche die Möglichkeiten, demokratische Teilhabe und Selbstwirksamkeit zu erleben. Anschließend an diese Betrachtungen wird noch eine besondere Struktur im Gesamtgefüge der Partnerschaften für Demokratie gesondert vorgestellt: die **modularen Fort- und Weiterbildungen** für die Mitarbeitenden in den Koordinierungs- und Fachstellen sowie den Federführenden Ämtern (→ Kap. 4.1.1). Die Evaluation konnte deutliche Wissens- und Kompetenzzuwächse nachweisen, welche die Handlungssicherheit der genannten Akteur*innen erhöhen und sich in der Praxis als förderlich erweisen. Wie schon in Teil I deutlich geworden ist, schlagen sich demokratiegefährdende Entwicklungen vor dem Hintergrund der Polykrise auch im kommunalen Raum nieder. Die wissenschaftliche Begleitung hat kontinuierlich **Bedrohungslagen** in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie untersucht (→ Kap. 4.2). In diesem Abschnitt wird eine Synopse älterer Befunde und aktueller Auswertungen hinsichtlich Anfeindungen und Übergriffen, demokratieskeptischen bis -feindlichen Aktivitäten und Versuchen der Einschränkung von Handlungsspielräumen prodemokratischen Engagements vorgestellt. Auf solche Problemlagen wurde programmseitig im Verlauf der zweiten Förderperiode auf Grundlage der Beschlüsse des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus²⁷ mit der Implementierung von drei **Begleitprojekten** reagiert (→ Kap. 4.3). Kurzzusammenfassungen der Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Begleitung werden präsentiert. Das Begleitprojekt „Kommunales

27 Vgl. Bundesregierung 2021.

Konfliktmanagement“ ist ein Angebot im Rahmen des Bundesprogramms zur Bearbeitung von Konflikten im kommunalen Raum, die in ihrer zugespitzten Form demokratische Prinzipien sowie das friedliche Zusammenleben in Vielfalt bedrohen. Mit „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ wurde auf Bedrohungslagen der prodemokratischen Zivilgesellschaft und marginalisierter Gruppen reagiert, um durch eine enge Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden Maßnahmen zu deren Schutz und Stärkung zu entwickeln. Das Begleitprojekt „Transformationsgestalter*innen“ schließlich war an weitläufige, oft strukturschwache Landkreise gerichtet mit dem Ziel, über die Förderung von engagierten Einzelpersonen Keimzellen des Engagements zu etablieren. Mit einer detaillierten Erklärung von **Design und methodischem Vorgehen** der wissenschaftlichen Begleitung endet der Abschlussbericht (→ Kap. 4.4). Daten der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten quantitativen Erhebungen finden sich in einem gesonderten, umfangreichen **Tabellenband**.²⁸

Das gesamte Team der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune wünscht eine informative und anregende Lektüre.

Dezember 2024,
das Team des Arbeitsbereichs „Demokratieförderung“
am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

28 Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Transparenz und Nachvollziehbarkeit werden im Tabellenband auch Tabellen aufgeführt, auf die sich im Text nicht mit einem Verweis bezogen wird.

TEIL I

Demokratieförderung in herausfordernden Zeiten

Autor*innen

Carlos Becker

Irina Bohn

Jan Saßmannshausen

Evelyn Sthamer

1 Demokratieförderung in herausfordernden Zeiten

Weltpolitische Krisen und innenpolitische Friktionen hinterlassen ihre Spuren in den politischen Debatten und zivilgesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik. Politische Milieus haben sich fragmentiert, die Diskussionslandschaft ist explosiver geworden und das demokratische Engagement steht aufgrund fiskalischer Einschränkungen und Nachwuchsproblemen im Ehrenamt vor materiellen und personellen Problemen. Nicht alles hat die Dramatik, wie es die Diagnose der „Demokratiedämmerung“²⁹ vermuten lässt und das Engagement wie die Zustimmung für die Demokratie sind vielerorts weiterhin hoch – und bisweilen sogar gewachsen. Zugleich aber stellt die Abfolge der letztjährigen Krisenereignisse nicht nur die Partnerschaften für Demokratie, sondern die demokratischen Gesellschaften und das Engagement für die Demokratie im Ganzen vor große Herausforderungen – das gilt vor allem für die (wieder) anwachsende Gefahr durch demokratiegefährdende Radikalisierungsprozesse und das breite Echo, das rechtsextreme Positionen auch in der Mitte der Gesellschaft finden.³⁰

1.1 Multipolare Erschütterungen demokratischer Gesellschaften in der Polykrise

Das aktuell um sich greifende Krisen- und Unsicherheitsgefühl hat eine längere Vorgeschichte. Es wurde von einer Reihe von Krisenereignissen in den letzten Jahrzehnten (mit)verursacht, die mit der globalen Finanzkrise ihren Anfang genommen haben und gerahmt sind von einem tiefgreifenden Wandel sozioökonomischer und sozialstaatlicher Strukturen. Verdichten lassen sich diese Krisenjahre auf fünf Fixpunkte, von denen gleich drei in die zweite Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ fallen.

1. Die Finanzkrise als Startpunkt einer Phase globaler Verunsicherung

Die Folgen der im Jahr 2008 beginnenden, globalen Finanz- und Schuldenkrise wirken bis heute nach, weil sie sowohl zu einer Erschütterung der globalen Wirtschafts- und Sozialordnung als auch der Solidargemeinschaft in Europa geführt haben. Waren die Effekte in Deutschland noch moderat, haben sie sowohl im amerikanischen als auch dem übrigen europäischen Raum teils schwerwiegende Verwerfungen nach sich gezogen. Arbeitslosigkeits-, Inflations-, Staats- und Privatverschuldungsquoten sind in die Höhe geschneit, ökonomische Entwicklungsversprechen sind gesellschaftlich wie biographisch erodiert. Der wirtschaftlichen Regression wurde gerade in Europa mit einer Konsolidierungs- und Austeritätspolitik begegnet, die vielfach mit einem Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme einherging. Zusammengekommen hat dies eine gesellschaftsweite Verunsicherung gestiftet, die nachhaltige politische Folgeeffekte hatte.³¹ Nationalkonservative bis rechtsextreme Narrative konnten sich in diesem Kontext entfalten.³² Das gilt auch für Deutschland, wo sich im Zuge dieser Krise mit der AfD eine Partei gegründet hat, die zunächst vor allem die nationale Re-Souveränisierung

29 Selk 2023.

30 Vgl. dazu einschlägig: Zick/Mokros 2023 sowie aktuell gerade im Verbund mit den Krisenereignissen der letzten Jahre und ihrer Auswirkungen auf rechtsextreme Einstellungen: Decker et al. 2024a, S. 13-24: Vgl. zu den funktionalen Krisen der Demokratie und auch des demokratischen Engagements, die auf die gesellschaftspolitischen Krisen nochmals aufsatteln: Becker et al. 2024b, Kap. 2.

31 Vgl. für Griechenland: Klemm/Schutheiß 2015; generell: Schäfer/Streeck 2013; Gabriel et al. 2023

32 Vgl. exemplarisch: Hübscher et al. 2023; Gabriel et al. 2023; zum Wahlverhalten: Hernández/Kriesi 2016.

der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Aufkündigung der gemeinsamen Währungs- und Solidar-Union in Europa im Sinn hatte.³³

Die Finanzkrise war zugleich Teil einer umfassenderen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungslinie, die u.a. die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie eine Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und steuerungspolitischer Eingriffsmöglichkeiten forciert, zu einer (wahrgenommenen) „Entsicherung“ (Heitmeyer) der gesellschaftlichen Zustände geführt und die partielle Entfremdung von politischen Parteien und eine Abkehr von den Institutionen und Versprechen der Demokratie vorangetrieben hat.³⁴ In diesem Gesamtzusammenhang von gesellschaftlicher Unsicherheit und Entfremdung von politischen Akteur*innen und Institutionen konnte sich gleichwohl ein Nährboden für politische Radikalisierungsprozesse entwickeln, von dem insbesondere rechte Gruppierungen profitiert haben.³⁵

2. Willkommenskultur und ihre Grenzen – die Fluchtbewegungen von 2015/16 und ihre politischen Folgen

In diese bereits angespannte Lage fällt die zweite große Krise der letzten Jahrzehnte: Die Migrationsbewegungen von 2015/2016 und ihre politischen Folgeeffekte. Von Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien im Nachgang des „arabischen Frühlings“ aber auch vor den Zuständen in Afghanistan, dem Irak und anderen Ländern geflohen waren, wurden in den Jahren „2015 und 2016 in Deutschland zusammengenommen über 1,2 Millionen Asylanträge gestellt, weit mehr als je zuvor.“³⁶ Zwar war die Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten eine gewichtige administrative Herausforderung, es waren jedoch vor allem kulturpolitische Auseinandersetzungen, die nach einer anfänglichen, breit getragenen Welle der Solidarität mit den Geflüchteten aufbrandeten und bis heute zu anhaltenden Konfliktlinien geführt haben.³⁷ Die „Kölner Silvesternacht von 2015“ wurde dabei zum symbolischen Kipppunkt innerhalb der politischen Debatten. Bis weit in das konservative Parteienspektrum und die bürgerliche Mitte hinein wurde die hohe Anzahl von Geflüchteten nicht mehr als bürokratisch-sozioökonomische Frage diskutiert, sondern als eine Frage der nationalen Identität und der Grenzen kultureller Anpassungsfähigkeit.³⁸ Damit verband sich nicht selten eine Kulturalisierung ganzer Gruppen, die mitunter offen rassistische Stereotypen bediente.³⁹

Damit offenbarten sich thematische Schnittpunkte zu rechtspopulistischen bis -extremen und teils offen rassistischen Bewegungen, wie „Pegida“ und seinen großstädtischen Ablegern, die schon seit 2014 große Mobilisierungserfolge erzielen konnten und mit Thesen der „Umvolkung“ zugleich an Motive anschlossen, die bereits mit Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ eine breitenwirksame Verbreitung gefunden hatten – so breit, dass schon damals 18 Prozent der Befragten angaben, „sie würden eine Sarrazin-Partei wählen, wenn es sie denn gäbe.“⁴⁰ In den Folgejahren war eine weitere Radikalisierung dieser Bewegungen zu

33 Vgl. Decker 2022; Häusler 2016, rahmend auch: Mullis 2024 und Weiß 2017.

34 Vgl. Nachtwey 2016, sowie Dörre 2020 und Fraser 2019 und 2022; in Teilen auch Mau et al. 2023, S. 70-117; 395ff.

35 Vgl. Mudde 2020.

36 Mullis 2024, S. 45.

37 Vgl. zu diesen Konfliktlinien, ihren Verschiebungen und ihrer Komplexität: Mau et al. 2023, S. 119-157.

38 Vgl. Werthschulte 2017; Heitmeyer 2018;

39 Vgl. Mau et al. 2023, 132-136; Mullis 2024, S. 44-61.

40 Ebd., S. 48.

beobachten, die sich mit den gewalttätigen Ausschreitungen und öffentlichen Hetzjagden gegen migrantisch gelesene Personen in Chemnitz 2018 und schließlich in den Anschlägen in Halle und Hanau dramatisch zuspitzten. Rassistische Motive und Fremdenhass sind über die Jahre nicht nur salonfähiger geworden, sie waren auch Antriebsmittel von Protestbewegungen, die zusehends (wieder)⁴¹ gewalttätiger wurden und in ihrer Ablehnung der gesellschaftlichen Zustände das demokratische System insgesamt in Frage stell(t)en.⁴²

3. Die Pandemie als Brennglas – radikale Staatskritik und neue Konstellationen

Diese Fundamentalopposition zum Staat, den öffentlichen Institutionen (Medien, Wissenschaft, Politik) und den darin handelnden Personen erlebte eine weitere Zuspitzung mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Zwar begleitet durch ein Aufflackern anti-asiatischer Ressentiments waren die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu Beginn von einer breiten Zustimmung getragen, die sich mit einer Solidarität gegenüber besonders gefährdeten Personen verknüpfte. Jedoch kamen bereits im März 2020 die ersten Proteste auf, welche die pandemiebedingten Einschränkungen als Angriff auf das Grundgesetz propagierten (Meinungsfreiheit, Versammlungsrecht, Bewegungsfreiheit etc.). Damit war ein Ton gesetzt: Der Bruch basaler Grundrechte nötige zum Widerstand, der notfalls auch gewalttätig sein dürfe. Getragen wurde dieses Protestgeschehen maßgeblich von der sog. „Querdenker“-Szene, die zunehmend bundesweite Verbreitung fand. Charakteristisch war und ist dabei ihre breite Verankerung in ganz unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus. Vielfach entstammen ihre Akteur*innen der vermeintlichen bürgerlichen Mitte.⁴³

Waren es anfangs auch Akteur*innen aus der Kulturszene, die diese Proteste anführten, so wurde die Bewegung nach kurzer Zeit von rechtsgerichteten Gruppierungen dominiert, die hier ein Mobilisierungspotential erkannten.⁴⁴ Dabei war die Unterfütterung des Protestgeschehens mit einer ganzen Bandbreite von Verschwörungsnarrativen auffällig, die hinter dem Virus (und später der Impfung) sinistre „Kräfte“ am Werk sahen. Mit der Verbreitung solcher Verschwörungserzählungen zeigte sich zugleich eine neue Virulenz antisemitischer Positionen, die sich wahlweise halbverdeckt im Raunen über unsichtbare Mächte oder offener im Tragen von „Judensternen“ oder Vergleichen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit dem Ermächtigungsgesetz oder der Shoah offenbarten. Im Zuge dessen entwickelten sich nicht nur neue (und zugleich altbekannte) Konstellationen zwischen rechtsextremen Akteur*innen und der bürgerlichen Mitte,⁴⁵ das Protestgeschehen radikalisierte sich zudem in kürzester Zeit und zeigte schon im ersten Jahr der Pandemie eine hohe Gewaltaffinität, die ihre Höhepunkte in der versuchten Besetzung des Reichstages im August 2020 und der geplanten Entführung

41 Dieser Zusatz ist wichtig, denn gerade die 90er-Jahre waren teils stark geprägt von rassistischen bzw. zuwanderungsfeindlichen Gewalttaten und Pogromen sowohl neonazistischer Gruppierungen als auch aufgebrachter Massenbewegungen wie in Rostock-Lichtenhagen.

42 Vgl. zu dieser Eskalationsdynamik: Heitmeyer et al. 2020, S. 234-247.

43 Vgl. exemplarisch: Grande et al. 2021. Diesen „autoritär-rebellischen Mischszenen“ (→ Kap. 4.3.1) ging es von Beginn an um eine Fundamentalkritik des gesamten Apparates öffentlicher Institutionen (Staat, Wissenschaft, Medien). Vgl. zu den Schnittpunkten dieser Kritik: Frei/Schäfer/Nachtwey 2021.

44 „Although a large proportion of Querdenken protesters were initial Green and Left voters with an esoteric and anthroposophical background, the perceived overreaching state as a common enemy established support for right-wing populist ideas that softened the boundaries between middle-class Green/Left voters, esoterics, and far-right extremists through anti-elitist grievance“ (Zehring/Domahidi 2023, S. 1). Vgl. dazu auch: Teune 2021.

45 Vgl. dazu auch: Reichardt 2021; Plümper et al. 2021; Schulze et al. 2022.

von Gesundheitsminister Karl Lauterbach fand.⁴⁶ Diese politischen Folgeeffekte der Corona-Pandemie haben letztlich auch zu einer breitenwirksamen Normalisierung demokratieskeptischer bis -feindlicher Einstellungen geführt und zugleich durch die langen Phasen der Einschränkungen von Begegnungsmöglichkeiten zu einer Fragmentierung zivilgesellschaftlicher Engagementstrukturen beigetragen, von denen sich die Angebots- und Akteur*innenlandschaft noch immer nicht vollständig erholt hat.⁴⁷

4. Zwei Kriege und ihre vielfältigen Auswirkungen auf die politische Landschaft in Deutschland

Befand sich die Welt bereits im Zustand der Dauerkrise, so wurde sie von zwei weiteren Ereignissen erschüttert, die massive Auswirkungen sowohl auf die globale Sicherheitsarchitektur und Friedenordnung als auch auf die politischen Debatten in der Bundesrepublik hatten. Als Anfang des Jahres 2022 mit dem Abflauen der Corona-Pandemie die Zeichen vorsichtig auf Normalisierung standen, erschütterte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die über Generationen reichende, defensive Verteidigungspolitik (und damit verbundene pazifistische Grundhaltungen) und brachte tiefgreifende Sorgen über die Sicherheit Europas mit sich. Zugleich rief der Krieg eine massive Belastung von Privathaushalten durch steigende Energiekosten und inflationsbedingte Preissteigerungen hervor und sorgte für einen weiteren Zustrom von geflüchteten Menschen. Während auch hier eine anfängliche Solidarität und Hilfsbereitschaft große Teile der Gesellschaft erfasste, so flachten diese bald wieder ab. Politische Positionen konnten sich nun weiter profilieren, welche die gesellschaftliche Verunsicherung und auch materielle Not für ihre Zwecke nutzbar machten, z.B. in dem die Hilfeleistungen für Geflüchtete in Konkurrenz zu energiepreisbedingten Belastungen von Privathaushalten gestellt wurden, um migrationsfeindliche Stimmungen zu schüren.⁴⁸ Zudem hat der Angriffskrieg auf die Ukraine wie schon bei der Corona-Pandemie auch innerhalb des demokratischen Spektrums dazu geführt, neue Friktionen zwischen den Akteur*innengruppen entstehen zu lassen, die sich besonders am Verhältnis zu Russland oder dem Einsatz von Waffen entzündeten.⁴⁹ Diese Zersplitterung der Akteur*innen lässt sich abermals beobachten in der Nachfolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den nachfolgenden Kriegshandlungen und humanitären Notlagen. Die emotionale Aufladung des Konflikts hat auch in Deutschland zu einer Polarisierung der Debatte geführt, in der Zwischentöne kaum hörbar sind und gerade innerhalb linksorientierter Gruppierungen neue Friktionen hervorgebracht hat.⁵⁰ Neben diesen Bruchlinien innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft hatte der Krieg im Nahen Osten aber auch eine Welle von antisemitischen Vorfällen und Übergriffen – auch aus „linken“ Milieus – zur Folge, die jüdisches Leben nicht nur in Deutschland verletzlicher

46 Vgl. auch Kleffner/Meisner 2021 und Mullis 2024, S. 70-81.

47 Vgl. Hutter et al. 2021.

48 Vgl. Mullis 2024, S. 81ff.

49 Dabei zeigen sich diese Friktionen sowohl entlang der Positionen zur deutschen Verteidigungspolitik bzw. zum Pazifismus als auch hinsichtlich des Verhältnisses zu Russland bzw. den USA und den transatlantischen Bündnissen. Die Spaltung der Partei DIE LINKE kann beispielhaft für eben jene Friktionen gelten, die gleichwohl aber auch in konservativen Lagern zu finden sind und sich zwischen CDU/CSU und der AfD aufteilen.

50 Vgl. für eine Reflexion über diese Friktionen: Gorelik/Schellbach/Zadoff 2024.

machen.⁵¹ Zeitgleich steigen auch die Zahlen von muslim*innenfeindlichen und anderen rassistischen Vorkommnissen in den letzten Jahren deutlich.⁵²

5. Globale Vulnerabilität – der Klimawandel und seine politische Verarbeitung

Diese Ereignisse fallen in eine Zeit, in der die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels durch häufiger und intensiver werdenden Extremwetterlagen immer offensichtlicher werden. Die Ahrtalkatastrophe von 2021 noch im Sinn, können allein für Deutschland nur im Jahr 2024 Ereignisse wie die historischen Hochwasser in Niedersachsen im Januar, im Saarland und der Pfalz im Mai, in Bayern und Baden-Württemberg im Juni und die dramatische Hochwasserlage in Österreich, Tschechien und Polen und ihre Auswirkungen in Ostdeutschland im September genannt werden. Der Klimawandel hat Deutschland wie kaum je zuvor im Griff und nötigt immer offensichtlicher zu gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozessen, die gleichwohl in der politisch angespannten Lage immer schwerer umzusetzen sind. Das schürt wiederum bereits bestehende Zweifel in die Regelungs-, Steuerungs- und Durchsetzungskompetenz von westlichen Demokratien, die von populistischen Bewegungen bereitwillig aufgegriffen und für ihre Zwecke eingesetzt werden.⁵³ Im Zuge dessen wird die politische Auseinandersetzung um den Klimawandel und seine Bearbeitung in politische Kulturkämpfe hineingezogen, in denen es nicht mehr um klimagerechte Anpassungsstrategien, sondern um Lebensformen im Ganzen und deren wechselseitige Entwertung geht.⁵⁴ Noch vor jeder radikalisierten Position der Leugnung des Klimawandels führt auch dies zu einem Debattenklima, in dem die sachorientierte Entscheidungsfindung schwierig wird und die Legitimität und Effizienzerwartung demokratischer Institutionen weiter absinkt.

Demokratische Gesellschaften und ihre Verteidigung stehen unter Spannung

Dieser chronologische Schnelldurchlauf durch die letzten 15 Jahre zeigt eine neue Vulnerabilität demokratischer Gesellschaften. Die aufeinanderfolgenden Krisenereignisse haben zu einer gesamtgesellschaftlichen Verunsicherung beigetragen, die wiederum zu tiefgreifenden Verschiebungen des politischen Spektrums und Erschütterungen mancher Grundfesten des demokratischen Zusammenlebens geführt haben. In der Polykrise sind gesellschaftliche Verteilungskonflikte größer geworden und damit verbundene Unsicherheiten und Ängste bis weit in die Mitte der Gesellschaft gewandert – und haben auch dort Schließungsdiskurse über territoriale Grenzen, legitime Ansprüche auf soziale Teilhabe und gesellschaftliche (nationale) Identität hervorgebracht.⁵⁵ In dieser gesamtgesellschaftlichen Großwetterlage von wachsender Verunsicherung und gesteigerten Grenzkonflikten – sozial-, innen- und außenpolitisch – schaffen es demokratie- und menschenfeindliche Gruppierungen für ihre Ziele zu mobilisieren und ihre Positionen in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Der Aufschwung des

51 Vgl. zur Betroffenheit von jüdischem Leben in Europa durch entsprechende Vorfälle und damit verbundene Unsicherheiten in jüdischen Bevölkerungsgruppen: European Union Agency for Fundamental Rights 2024.

52 Vgl. zu antisemitischen Aktivitäten RIAS e.V. 2023, zu muslim*innenfeindlichen CLAIM 2024, zu antiziganistischen MIA 2024. Vgl. phänomenübergreifend zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen VBRG 2024. Diese zivilgesellschaftlichen Erfassungsstellen dokumentieren einen kontinuierlichen Anstieg der genannten Vorkommnissen, dies gilt auch für die polizeilichen Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität (vgl. BKA 2024).

53 Vgl. zu dieser rechtspopulistischen Inkorporation der Demokratiekritik: Manow 2020.

54 Vgl. zum Motiv des Kulturkampfes in der Klimapolitik: Müller 2023.

55 Vgl. zu diesem Motiv der Schließung: Lessenich 2019.

Rechtspopulismus in demokratischen Gesellschaften bringt in diesem Ausmaß neue Probleme mit sich für die demokratischen Institutionen, weil sich in ihm Skepsis bis Ablehnung gegenüber der Demokratie artikulieren und ausformen kann, die diese Institutionen grundlegend delegitimiert.⁵⁶ Mit der Verbreitung des Rechtspopulismus verbindet sich zudem eine Normalisierung von rechtsextremen und offen demokratiefeindlich-autoritären Positionen, was rechtsextremen Gruppierungen eine neue Aufmerksamkeit und personelle Zuwächse ermöglicht hat. Im Verbund mit dem Radikalisierungspotenzial und der Gewaltaffinität dieser Gruppen geht von deren Zuwächsen auch eine manifeste Gefahr für das demokratische Zusammenleben aus, die neben als „fremd“ gelesenen Personen insbesondere auch das Spektrum der demokratisch Engagierten (in der Zivilgesellschaft aber auch Politik) betrifft (→ Kap. 4.2).⁵⁷ Die hier am Beispiel rechter Gruppierungen skizzierte Radikalisierung lässt sich jedoch – wenngleich nicht in diesem Ausmaß – auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen diagnostizieren.⁵⁸

Demokratie- und Vielfaltförderung als Nebenschauplätze der politischen Debatten

Neben dieser Verschärfung von Problemlagen sind Effekte der aufeinanderfolgenden Krisen bei der Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Vielfalt zu beobachten. Nicht nur mit der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind während der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bisweilen massive zusätzliche Belastungen der Bundes-, Landes und auch kommunalen Haushalte hinzugekommen. Prioritäten haben sich von der politischen und finanziellen Förderung von Demokratie und Vielfalt weg verschoben, weil andere Baustellen – Wirtschaftspolitik, Migrationspolitik – aktuell größere Beachtung finden.⁵⁹ In dieser Gemengelage von finanziellen Kürzungen, Verschiebungen von politischen Positionen und Grenzen des demokratischen Diskurses, wachsenden Bedrohungslagen und einer Infragestellung der Demokratie sehen sich die Menschen, die sich für die Demokratie in verschiedener Weise engagieren, massiven Herausforderungen gegenüber. Das demokratische Spektrum im kommunalen Raum steht vor einer Vielzahl von Hürden (die regional allerdings sehr unterschiedlich ausfallen).⁶⁰ Dies reicht von kommunalen Verwaltungen, die angesichts der aktuellen Krisen teilweise an der Überlastungsgrenze arbeiten und mit gewachsenen Handlungsunsicherheiten zu kämpfen haben, über politische Akteur*innen, die sich aus genannten Gründen anderen Problemen zuwenden, bis hin zur demokratischen Zivilgesellschaft, die zwischen krisenbedingten Mobilisierungsgewinnen und ebenfalls krisenbedingten Finanzproblemen schwankt. Dies führt auch bei der breiten Bevölkerung zu Wissenslücken und Unsicherheiten bezüglich des Umgangs mit den Krisen – und zu demokratiegefährdenden Tendenzen.⁶¹ Wie erwähnt, haben die Krisenereignisse der letzten Jahre aber auch im demokratischen Spektrum selbst zu neuen Konfliktlinien beigetragen, Bündnisse

56 Vgl. Manow 2020.

57 Vgl. Grande et al. 2020.

58 So steigen nicht nur die Zahlen und Anhänger islamistischer Gruppierungen, sondern auch die Vorfälle, die dem Spektrum der linken Militanz zugerechnet werden. Vgl. BKA 2024.

59 Insgesamt sind in dieser Situation nicht nur im Bereich der Wohlfahrtspflege und sozialer Dienste, sondern gerade auch in der Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe, die vielfach nicht zu Pflichtleistungen z.B. der Kommunen, gehören, weitreichende Kürzungen bereits eingetreten oder noch zu erwarten. Vgl. zu der Situation im sozialen Sektor exemplarisch: Der Paritätische 2023; für die Demokratieförderung: Rüttgers 2024, v.a. S. 167ff.

60 Vgl. Becker 2024a; Kiess et al. 2024; Kiess/Dilling 2024; Arzheimer/Bernemann 2024; Arzheimer et al. 2024; Arzheimer 2009.

61 Vgl. Sandal-Önal/Zick 2024.

fragmentiert und damit auch zu unterschiedlichen Perspektiven in der Adressierung bestimmter Phänomenbereiche (z.B. Rechtspopulismus, Antisemitismus, Muslim*innenfeindlichkeit) beigetragen.⁶² Unter diesen krisenhaften Vorzeichen wird generell ein nachhaltiges Arbeiten und auch die Bereitschaft, Neues zu wagen, nicht einfacher. Dennoch zeigen sich in den kommunalen Räumen viele Ansätze zur strategischen Bearbeitung bestimmter Problemlagen oder auch neue Beteiligungsformate, mit denen Menschen oder spezifisch betroffene Personen mehr und besser in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollen – nicht zuletzt, um Entfremdungserscheinungen gegenüber demokratischen Werten und Verfahren entgegenzuwirken.⁶³

Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig für die Weiterentwicklung der Demokratieförderung, einen empirischen Überblick darüber zu gewinnen, wie es auf lokaler Ebene gelingt, diesen vielfältigen Herausforderungen zu begegnen. Wie ist das demokratische Spektrum in den kommunalen Räumen aufgestellt? Und wie hat sich die demokratische Auseinandersetzung mit den genannten Phänomenen über die letzten Jahre lokal entwickelt? Dies wird Gegenstand des folgenden Abschnitts sein.

1.2 Kommunale Adressierung der Programmt Themen und übergreifende Entwicklungslinien angesichts aktueller Herausforderungen

Um die Lage der kommunalen Auseinandersetzung mit den skizzierten Problemlagen und dahingehende Entwicklungstendenzen über die letzten Jahre zu identifizieren, bedarf es einer möglichst präzisen und zugleich bundesweit vergleichbaren Einschätzung auf kommunaler Ebene. Nun hat sich schon an anderer Stelle gezeigt, dass die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen in den Partnerschaften für Demokratie („Koordinator*innen“) selbst als Sozialraumexpert*innen für die kommunalen Räume der betreffenden Förderregionen gelten können.⁶⁴ Als Schlüsselpersonen der lokalen Engagementlandschaft und in ihrer Position an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung verfügen sie sowohl über ein vertieftes Wissen über den Zustand kommunaler Netzwerke und die Aktivitäten relevanter Akteur*innen als auch über kontextsensible Kenntnisse zu lokalen Herausforderungen. Damit sind sie besonders geeignet, Einschätzungen über den Zustand des demokratischen Spektrums auf kommunaler Ebene abzugeben. Weil alle Partnerschaften für Demokratie trotz der regionalen Unterschiede strukturell gleich aufgebaut sind, stellen die Koordinator*innen in ihrer Gesamtheit zudem eine bundesweit verteilte und zugleich vergleichbare Gruppe dar, deren sozialräumliche Einsichten ein übergreifendes Bild kommunaler Entwicklungslinien in den Förderregionen der Partnerschaften nachzeichnen können. Um eine solche *Identifikation von*

62 Vgl. exemplarisch Rucht 2021, S. 69ff. Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung in der laufenden Förderperiode teilweise unterschiedlich bezeichnet abgefragt. Dies spiegelt die fortlaufende wissenschaftliche Diskussion um diese Begriffe wider. Für den vorliegenden Bericht wurden zur besseren Lesbarkeit einheitliche Benennungen gewählt.

63 Vgl. umfassend Geißel 2024.

64 Vgl. dazu die Abschnitte in: Becker et al. 2024b, Kap. 9, in denen die Koordinator*innen der Partnerschaften als Sozialraumexpert*innen und ihre Einschätzungen zum lokalen Kontext als Teil einer komparativen Sozialraumanalyse eingeführt werden.

lokalen Situationsveränderungen zu erreichen, sind gleichwohl einige methodische Schritte zu gehen, die im folgenden Abschnitt kurz skizziert werden.⁶⁵

1.2.1 Methodische Grundlagen

Zunächst müssen jene Bereiche benannt werden, entlang derer die kommunalen Entwicklungen abgebildet werden sollen. Steht im Zentrum des vorliegenden Berichtes grundlegend die Frage nach den Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie und damit auch die (von Teilen) des Bundesprogramms „Demokratie leben“, so sollen die darin zentral adressierten Handlungs- und Phänomenbereiche auch für die hier zunächst relevante Identifikation lokaler Situationsveränderungen handlungsleitend sein. Insgesamt lassen sich dabei zunächst 11 übergreifende, programmrelevante Bereiche identifizieren, von denen mit Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Rechtspopulismus/Demokratieskepsis, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Muslim*innen-Feindlichkeit und LGBTIQ-Feindlichkeit acht für die weiteren Analysen der lokalen Situationsveränderungen ausgewählt wurden (→ Abb. 1).⁶⁶

In den darauffolgenden Schritten (→ Abb. 2) stand nun im Fokus, die kommunalen Veränderungen der demokratischen Auseinandersetzung mit diesen acht Phänomenbereichen abzubilden, also zu identifizieren, wie sich in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie das demokratische Akteur*innenspektrum für die relevanten Programmt Themen einsetzt und diesbezüglich zusammenarbeitet. Dafür galt es, ein Instrumentarium zu entwickeln, dass die kommunale Situation in den Kontexten der Partnerschaften erfassbar und einem Zeitvergleich zugänglich macht. Um die Phänomenbereiche untereinander vergleichbar zu machen, wurden zugleich neun phänomenübergreifende Dimensionen identifiziert, die jeweils spezifische Aspekte der kommunalen Bearbeitung und Auseinandersetzung mit den

Abbildung 1: Analysebereiche



Quelle: Eigene Darstellung.

65 Diese Schritte sind zugleich bereits Vorbereitungen der anschließenden Wirkungsanalyse, die in den Blick nimmt, welche der identifizierten Veränderungen im kommunalen Raum auf das Wirken der Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sind. → Kap. 2. Für eine detaillierte und zusammenhängende Beschreibung des methodischen Vorgehens und der Analyseschritte → Kap. 4.4.

66 Diese erste Auswahl erfolgte vor allem aufgrund der Häufigkeit, mit denen die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit die betreffenden Handlungs- und Phänomenbereiche adressieren und damit auch über Expertise in den entsprechenden Handlungsfeldern verfügen. Siehe dazu vertiefend auch Teil II (→ Kap. 2) und das Methodenkapitel im Anhang (→ Kap. 4.4). Die ursprünglichen 11 identifizierten Bereiche waren: Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Rechtspopulismus/ Demokratieskepsis, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Muslim*innen-Feindlichkeit und LGBTIQ-Feindlichkeit sowie die drei nicht weiter analysierten Bereiche Sinti*zze und Rom*ja-Feindlichkeit, islamistischer Extremismus und linke Militanz. Nicht immer lassen sich diese Bereiche trennscharf voneinander abgrenzen – weder theoretisch noch praktisch – und teilweise unterliegen ihre Ränder aktuellen Verschiebungen oder sind Gegenstand politischer Aushandlungen. Das betrifft beispielhaft die Schnittpunkte und Grenzen zwischen Antisemitismus und Rassismus, zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus oder das Verhältnis von Demokratie- und Vielfaltförderung. Ohne die damit verbundenen Fragen an dieser Stelle vertiefen zu können, lassen sich mit den genannten 11 Bereichen aber dennoch die zentralen Handlungsfelder identifizieren, mit denen die Partnerschaften für Demokratie in ihren Förderregionen immer wieder konfrontiert sind und die auch förderlogisch im Bundesprogramm voneinander abgegrenzt sind und damit auch eine in der Praxis bekannte Einordnung darstellen.

Phänomenbereichen betonen (z.B. das programmrelevante Engagement politischer Akteur*innen oder das Vorhandensein gemeinsamer Zielperspektiven über die lokalen Problemlagen).⁶⁷

Abbildung 2: Analyse der Situationsveränderung



Quelle: Eigene Darstellung.

Ausgehend von dieser Systematisierung wurden sodann theoriegeleitet, erfahrungsbasiert und gemeinsam mit der Praxis die benannten Phänomenbereiche in einzelne Bereiche untergliedert, in denen mögliche Veränderungen auftreten können. Auf diesem Wege entstand ein Katalog von insgesamt 64 operationalisierten Items, die jeweils Einzelstatements zur Erhebung phänomenspezifischer Situationsveränderungen in den Förderkontexten der Partnerschaften für Demokratie beinhalten (→ Abb. 3).⁶⁸

Um auf dieser Grundlage Situationsveränderungen in den Förderregionen abbilden zu können, wurden bei den Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen Einschätzungen auf einer

67 Diese neun Dimensionen sind folgendermaßen betitelt: Situationswissen (1) und der Sensibilität (2) der Bürger*innen hinsichtlich der adressierten Phänomenbereiche, das Engagement der kommunalpolitischen Spitzen (3), die themenrelevanten Kompetenzen der Verwaltung (4), die Unterstützung von Betroffenen vor Ort (5), das zivilgesellschaftlichen Engagement und Netzwerk (6) sowie der Kontinuität der kommunalen Bearbeitung programmrelevanter Themen (7), die gemeinsamen Zielperspektiven bei der Bearbeitung der Programmt Themen bzw. lokalen Problemlagen (8) und die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Interessierten und (potentiell) Betroffenen (9). Vgl. zu einer detaillierten Vorstellung und Rahmung dieser Dimensionen: Kapitel 2.6 in diesem Bericht.

68 Der Katalog beinhaltet insgesamt 64 Items, weil nicht alle Phänomenbereiche entlang der neun skizzierten Dimensionen abgefragt wurden. So wurden die Bereiche Demokratie- und Vielfaltförderung, Rassismus, Rechtspopulismus/Demokratieskepsis, Antisemitismus und Rechtsextremismus auf neun Dimensionen (Item-Anzahl: 6x9 = 54), die Bereiche LGBTIQ-Feindlichkeit und Muslim*innen-Feindlichkeit auf jeweils fünf Dimensionen abgefragt (Item-Anzahl: 2x5 = 10). Insgesamt ergibt sich daraus die Gesamtanzahl von 64 Items.

6-stufigen Skala (*1 = trifft gar nicht zu bis 6 = trifft voll zu*) der aktuellen lokalen Situation zu zwei Zeitpunkten (T1: Q1/2021 und T2: Q3/2023) erhoben, um über ein Längsschnittdesign Entwicklungen nachzeichnen zu können. Insgesamt konnten 290 Koordinator*innen /Partnerschaften zu beiden Zeitpunkten (T1, T2) befragt werden. Eine vertiefte Darstellung der methodischen Hintergründe der Erhebung, der Auswahl von Standorten und der statistischen Verfahren des Längsschnittdesigns und der sich daran anschließenden Analysen findet sich im folgenden Kapitel (→ Kap. 2) und dem methodischen Anhang (→ Kap. 4.4).

Abbildung 3: Katalog der Statements zur lokalen Situationseinschätzung

	Situationswissen der Bürger*innen	Sensibilität und Kompetenzen der Bürger*innen	Engagement politischer Akteur*innen	Kompetenzen der Verwaltung	Unterstützung von Betroffenen	Zivilgesellschaftliches Engagement	Nachhaltigkeit bzw. Kontinuität	Gemeinsame Zielperspektiven	Mitbestimmung und Teilhabe
Demokratieförderung	WISSEN BÜRGER*INNEN: Eine Vielzahl von Bürger*innen ist über das politische System (z.B. zentrale Strukturen und Prozesse) und konkrete Möglichkeiten der politischen Einflussnahme vor Ort informiert.	KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen (z.B. junge Menschen) verfügt über Fähigkeiten der (kritisch-reflexiven) Urteilsbildung und kann ihre Positionen im Bedarfsfall öffentlich thematisieren.	ENGAGEMENT POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen ermuntern und aktivieren demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement.	KOMPETENZEN UND ENGAGEMENT DER VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung ermöglichen aktiv eine Beteiligung der Bürger*innen an demokratischen Prozessen (z.B. Beteiligungsformate).	MILIEÜBERGREIFENDE BETEILIGUNGSSCHANCEN Menschen unterschiedlicher soziokultureller Milieus haben faktische Beteiligungschancen an zivilgesellschaftlichem Engagement (z.B. geringe Partizipationshürden etc.).	ENGAGEMENT ORGANISIERTER ZIVILGESELLSCHAFT Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) setzt sich aktiv mit dem Themenfeld Demokratieförderung auseinander.	KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Engagierte Akteur*innen stellen vor Ort sicher (z.B. durch öffentliche Relevanzsetzung, Projekte etc.), dass Demokratieförderung mittelfristig thematisiert und bearbeitet wird.	EINSATZ AUF GRUNDLAGE GETEILTER ZIELE Relevante Akteur*innen setzen sich gemeinsam für demokratische Werte sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Normen ein (z.B. Gleichberechtigung).	MITBESTIMMUNG UND TEILHABE Es existieren wirksame Möglichkeiten der Mitbestimmung für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Bürgerhaushalte, faktische Mitwirkung an Kinder- und Jugendhilfep länen).
Vielfaltförderung	AUFKLÄRUNG BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich der diversen Lebensformen und Mehrfachzugehörigkeiten von Menschen aufgeklärt.	SENSIBILITÄT UND KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen erkennt pauschalisierende Zuschreibungen und diskriminierende Vorkommnisse ggü. vielfältigen Lebensformen (etc.) als problematisch an und kann diese im Bedarfsfall öffentlich thematisieren.	POSITIONIERUNG POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen positionieren sich sichtbar für gesellschaftliche Vielfalt und ein solidarisches Zusammenleben.	KOMPETENZEN VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit der Diversität von Lebensformen kompetent (z.B. Diversity-Kompetenzen etc.).	UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Von Diskriminierung betroffene Menschen und Gruppen werden Räume und Möglichkeiten bereitgestellt, um ihre Vorstellungen von Kultur und Identität selbstverständlich und öffentlich wahrnehmbar zu leben.	ENGAGEMENT ORGANISIERTER ZIVILGESELLSCHAFT Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine) setzt sich aktiv mit dem Themenfeld gesellschaftlicher Vielfaltförderung auseinander.	KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Das Engagement für Vielfalt wird getragen durch nachhaltige Strukturen und stabile Bündnisse engagierter Akteur*innen, die sich weitgehend unabhängig von Förderprogrammen und -laufzeiten im Themenfeld einsetzen.	EINSATZ AUF GRUNDLAGE GETEILTER ZIELE Relevante Akteur*innen setzen sich gemeinsam für die gesellschaftliche Anerkennung von Vielfalt als Grundlage des Zusammenlebens ein.	MITBESTIMMUNG UND TEILHABE Vertreter*innen von Diskriminierung betroffener Menschen und Gruppen sind in öffentlichen Ämtern, Institutionen, Einrichtungen und Vereinen bzw. allgemein sichtbaren Positionen repräsentiert.
Rassismus	AUFKLÄRUNG BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich historischer und aktueller Erscheinungsformen von Rassismus aufgeklärt.	KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen kann Erscheinungsformen von Rassismus (individuell, institutionell, strukturell) kritisch einordnen und diese im Bedarfsfall öffentlich thematisieren	POSITIONIERUNG POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen positionieren sich öffentlich wahrnehmbar gegen Formen und Vorkommnisse rassistischer Diskriminierung.	KOMPETENZEN VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit Rassismus (individuell, institutionell, strukturell) und der Eindämmung von Vorurteilen kompetent.	UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Betroffene rassistisch motivierter Vorfälle (Anfeindungen, Übergriffe) erfahren bedarfsgerechte Unterstützung.	TEILHABE BETROFFENER Von Rassismen betroffene Menschen (bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen) artikulieren ihre Belange und nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Engagierte Akteur*innen führen eine kontinuierliche und kritische Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung bzw. der Abwertung nicht-privilegierter Menschen.	EINSATZ AUF GRUNDLAGE GETEILTER ZIELE Relevante Akteur*innen setzen sich gemeinsam für Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung ein.	EINBINDUNG VON BETROFFENENPERSPEKTIVEN Die Perspektiven von Rassismen werden systematisch in die Bearbeitung von Rassismus eingebunden (individuell, institutionell, strukturell).
Rechtspopulismus	AUFKLÄRUNG BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Argumentationsstrategien sowie -inhalte aufgeklärt und kann diese erkennen und einordnen.	KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen verfügt über Kompetenzen, um demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Phänomenen argumentativ zu begegnen.	ENGAGEMENT POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen erkennen demokratiefeindliche und/oder rechtspopulistische Positionen und problematisieren eine Kooperation mit entsprechenden Akteur*innen.	KOMPETENZEN VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen kompetent.	UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Betroffene und Adressat*innen von demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Anfeindungen und Bedrohungen erfahren bedarfsgerechte Hilfe und Beratung.	ENGAGEMENT ORGANISIERTER ZIVILGESELLSCHAFT Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen nimmt die Bearbeitung von Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus in ihr Handlungsfeld auf.	BREITES BÜNDNIS Demokratiefeindlich und rechtspopulistisch motivierten Formen der Diskurs- und Argumentationsverweigerung wird nicht nur von vereinzelt, sondern von einem Bündnis engagierter Akteur*innen entgegengetreten.	GEMEINSAMES PROBLEMBEWUSSTSEIN Relevante Akteur*innen teilen ein gemeinsames Problembewusstsein bezüglich der Einordnung lokaler demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Gefährdungen.	ABGRENZUNG Nebeneffekte demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Bestrebungen (z.B. Normalisierung) werden aufgedeckt und deren politische Einflussnahme wird eingedämmt.

	Situationswissen der Bürger*innen	Sensibilität und Kompetenzen der Bürger*innen	Engagement politischer Akteur*innen	Kompetenzen der Verwaltung	Unterstützung von Betroffenen	Zivilgesellschaftliches Engagement	Nachhaltigkeit bzw. Kontinuität	Gemeinsame Zielperspektiven	Mitbestimmung und Teilhabe
Rechtsextremismus	AUFKLÄRUNG BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich historischer und aktueller (lokaler) Erscheinungsformen von Rechtsextremismus aufgeklärt.	SITUATIONSKENNTNISSE UND KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen verfügt über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten vor Ort, und kann deren Gefährdungspotentiale öffentlich thematisieren.	POSITIONIERUNG POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen üben Gegenrede und positionieren sich öffentlich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	KOMPETENZEN VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent (z.B. bei Bedrohung etc.).	UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Betroffene rechtsextremer Übergriffe und Anfeindungen erfahren Solidarität und kompetente Unterstützung, die der Verbreitung einer Kultur der Angst aktiv entgegenwirken.	ENGAGEMENT ORGANISIERTER ZIVILGESELLSCHAFT Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen bringt sich aktiv in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ein.	KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle.	EINSATZ AUF GRUNDLAGE GETEILTER ZIELE Relevante Akteur*innen kooperieren auf der Grundlage gemeinsamer Einschätzungen im Umgang mit rechtsextrem motivierten Vorfällen und Übergriffen.	MITBESTIMMUNG UND TEILHABE Demokratisch Engagierte im Bereich Rechtsextremismus und betroffene Personen und Gruppen werden systematisch in die politische Entscheidungsfindung und Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus eingebunden.
Antisemitismus	AUFKLÄRUNG BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich historischer und aktueller (z.B. israelbezogener Antisemitismus) Erscheinungsformen von Antisemitismus aufgeklärt.	SITUATIONSKENNTNISSE UND KOMPETENZEN BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen verfügt über profunde und aktuelle Situationskenntnis zur (lokalen) Verbreitung antisemitischer Erscheinungsformen und kann deren Gefährdungspotentiale öffentlich thematisieren.	POSITIONIERUNG POLITISCHER AKTEUR*INNEN Politische Akteur*innen positionieren sich öffentl. wahrnehmbar gegen alle Formen des Antisemitismus und sind in die lokale Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen und Vorfällen sichtbar eingebunden.	KOMPETENZEN UND ENGAGEMENT VERWALTUNG Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit antisemitischen Vorurteilen und Vorfällen kompetent und handlungsbereit.	UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Von antisemitischer Diskriminierung, Beleidigung, Bedrohung oder Übergriffen betroffene Menschen erfahren an ihren Bedarfen orientierte Unterstützung (z.B. Schutz).	ENGAGEMENT ORGANISIERTER ZIVILGESELLSCHAFT Es existiert in zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen eine Vielzahl von engagierten Akteur*innen, die sich aktiv in die Auseinandersetzung mit aktuellen und histor. Erscheinungsformen von Antisemitismus einbringen.	KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit Antisemitismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle.	EINSATZ AUF GRUNDLAGE GETEILTER ZIELE Antisemitismus wird von relevanten Akteur*innen gleichermaßen als gesellschaftliche Herausforderung anerkannt und adressiert.	MITBESTIMMUNG UND TEILHABE Relevante politische Entscheidungsfindung und die lokale Bearbeitung antisemitischer Vorkommnisse erfolgt bedarfsorientiert und in Absprache mit jüdischen Organisationen und Menschen jüdischen Glaubens.
LGBTIQ-Feindlichkeit		SENSIBILITÄT BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen und/oder relevanten Akteur*innen ist bezüglich der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sex. Orientierungen aufgeklärt und erkennt/erkennen pauschalisierende Zuschreibungen und diskrim. Vorkommnisse als problematisch an.	POSITIONIERUNG STAATLICHER AKTEUR*INNEN Deutungsmächtige Akteur*innen aus Politik und Verwaltung positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von LGBTIQ-Personen.		UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Betroffene von LGBTIQ-Feindlichkeit erhalten Unterstützung und öffentliche Solidarität durch Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen		KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit LGBTIQ-Feindlichkeit erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle.		MITBESTIMMUNG UND TEILHABE LGBTIQ-Selbstorganisationen sind umfassend in politische Entscheidungsprozesse zur Prävention von Homo- und Transfeindlichkeit eingebunden.
Muslim*innen-feindlichkeit		SENSIBILITÄT DER BÜRGER*INNEN Eine Vielzahl von Bürger*innen und/oder relevanten Akteur*innen ist über die Diversität muslim. Glaubensrichtungen informiert und erkennt/erkennen pauschalisierende Zuschreibungen und diskrim. Vorkommnisse als problematisch an.	POSITIONIERUNG STAATLICHER AKTEUR*INNEN Deutungsmächtige Akteur*innen aus Politik und Verwaltung positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslim*innen.		UNTERSTÜTZUNG VON BETROFFENEN Betroffene antimuslimischer Diskriminierung erhalten Unterstützung und öffentliche Solidarität durch Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen.		KONTINUIERLICHE AUSEINANDERSETZUNG Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit Islam- und Muslimfeindlichkeit erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle.		MITBESTIMMUNG UND TEILHABE Muslimische Vereine und Verbände sind umfassend in politische Entscheidungsprozesse zur Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit eingebunden.

Quelle: Eigene Darstellung; zur besseren Darstellung und Orientierung wurden hier zusätzliche Schlagworte eingefügt, die den jeweiligen Sinn der Items kursorisch deutlich machen sollen. In die Befragung der Situationseinschätzung sind nur die Textstellen eingegangen, die nicht fett markiert sind.

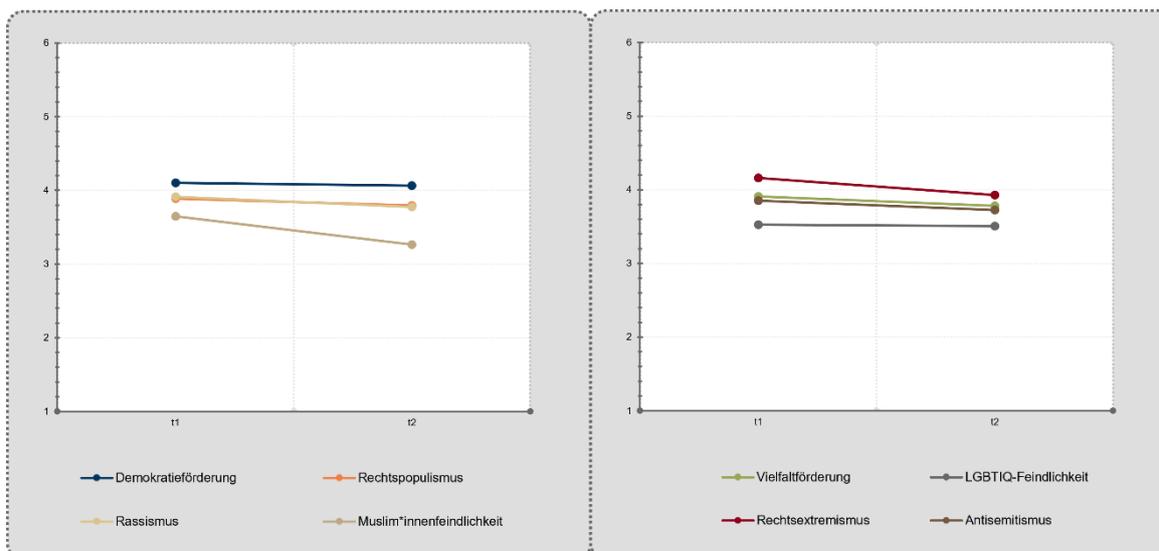
1.2.2 Kommunale Veränderungen in den programmrelevanten Phänomen- und Handlungsfeldern

Vor dem Hintergrund dieser methodischen Vorüberlegungen kann nun in den Blick genommen werden, wie sich die Situation in den Förderregionen der Partnerschaften aus Sicht der Koordinator*innen darstellt. Wie gelingt die demokratische Auseinandersetzung mit den programmrelevanten Phänomenbereichen auf lokaler Ebene? Das umfasst zum einen den aktuellen Stand dieser Auseinandersetzung, also z.B. wie die demokratischen Kräfte im Umgang mit rechtsextremen Problemlagen aufgestellt *sind*. Zum anderen geht es um die Entwicklungen, die sich für die letzten Jahre aufzeigen lassen, z.B. *Veränderungen* in der lokalen Bearbeitung von Antisemitismus. Diese Aspekte sollen im Folgenden entlang der acht oben benannten Phänomenbereiche behandelt werden und zugleich aufzeigen, inwiefern die vorbezeichneten Krisen auch das demokratische Engagement für die Programmt Themen beeinflusst und ggf. beeinträchtigt haben.

Die kommunale Adressierung der Programmt Themen bleibt trotz der Krisenereignisse weitgehend stabil

Ein erster übergreifender Blick zeigt, dass die Koordinator*innen trotz der gesellschaftspolitischen Verwerfungen die Situation in den Förderregionen über alle fokussierten Phänomenbereiche als weitgehend stabil einschätzen. Zwar weisen die jeweils aggregierten Werte für die jeweiligen Bereiche durchaus leichte Unterschiede auf, aber insgesamt lässt sich ein Trend erkennen, der auf stabile Verhältnisse bzw. auf allenfalls sehr leichte Rückschritte in der demokratischen Auseinandersetzung mit den Programmt Themen schließen lässt (→ Abb. 4). In diesem Sinne schlagen nach Ansicht der Koordinator*innen die skizzierten Kriseneffekte und auch Herausforderungen für das demokratische Engagement bislang noch nicht flächendeckend und phänomenübergreifend als Beeinträchtigungen der kommunalen Demokratiewerk durch.

Abbildung 4: Veränderung der Situationseinschätzung nach Phänomenbereichen⁶⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen; Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften von 2021/2023, Wirkungssample (N = 290).

Kommunale Demokratieförderung und die Bearbeitung von LBGTIQ-Feindlichkeit können in den Förderregionen konstant gehalten werden

Besonders für den weiten Bereich der Demokratieförderung kann eine solche Stabilisierung diagnostiziert werden. Auf kommunaler Ebene bedeutet der Einsatz für Demokratieförderung, dass sich relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft möglichst gemeinsam einer Stärkung demokratischen Zusammenlebens verschreiben und dementsprechende Maßnahmen umsetzen, die kommunale Demokratie sowohl auf institutioneller (z.B. in Form von Beteiligungsmöglichkeiten), kultureller (z.B. durch die Förderung des Gemeinwessens) als auch individueller Ebene (z.B. durch Wertevermittlung) weiterentwickeln.

Trotz der bereits skizzierten, krisenbedingten Herausforderungen (z.B. alternative Prioritätensetzung, finanzieller Engpässe, wenig Interesse an „demokratischen Innovationen“⁷⁰) melden die Koordinator*innen im Jahr 2023 ein in den Förderregionen weiterhin stark engagiertes Feld der kommunalen **Demokratieförderung** zurück (MW = 4,1), dass sich trotz der bezeichneten Hindernisse seit 2021 kaum verändert hat (MWD = 0,0). Kriseneffekte lassen sich hier kaum erkennen. Dabei gelingt diese Stabilisierung im Bereich der Demokratieförderung nach den Angaben aus den Partnerschaften vor allem durch ein verstärktes Engagement der organisierten Zivilgesellschaft, die sich über lokale Vereine und Verbände aktiv in die Stärkung und Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie und ihrer Beteiligungsmöglichkeiten einbringt (MWD = +0,3). Es sind diese Aktivitäten, die letztlich auch den wahrgenommenen Zuwachs an Handlungsunsicherheit und Unwissenheit in der breiten Bevölkerung, z.B. über konkrete Möglichkeiten zur demokratischen Mitwirkung vor Ort (MWD = -0,2), ausgleichen können (→ Abb. 5).⁷¹

69 → Tab. 1. Die verwendeten Tabellen wurden in Reihenfolge ihrer Erstellung nummeriert. Daher ist die Nummerierung der Tabellenverweise im vorliegenden Bericht nicht fortlaufend.

70 Vgl. aktuell Geißel/Hoffmann 2024 sowie grundlegend: Geißel 2024.

71 → Tab. 2 und 3.

Als ebenso stabil erweist sich die kommunale Auseinandersetzung mit dem Handlungsfeld der **LGBTIQ-Feindlichkeit** in den Förderregionen der Partnerschaften (MWD = 0,0).⁷² Unter diesem Bereich wird eine ganze Bandbreite von Phänomenen subsumiert, die von Sexismus über Antifeminismus, Homophobie bis zu Trans- und Queerfeindlichkeit reichen – Vorkommnisse also, die gerade in letzter Zeit eine verstärkte Aufmerksamkeit und Häufung erreicht haben. Antifeminismus und LGBTIQ-Feindlichkeit fungieren dabei vielfach als Brückenideologien zwischen unterschiedlichen politischen Milieus und verdienen auch deshalb eine gesonderte Beachtung.⁷³ Auf kommunaler Ebene wird diesen Problemlagen z.B. mit dem Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Netzwerkbildung, Sensibilisierungsvorhaben, Kompetenzentwicklung oder durch das Setzen politischer Zeichen begegnet.

Eine Stabilisierung der kommunalen Bearbeitung von LGBTIQ-Feindlichkeit meint folglich, dass es in den vergangenen Jahren in den Förderkontexten der Partnerschaften gelungen ist, diese Strukturen und Aktivitäten weitgehend zu erhalten. Ein detaillierter Blick offenbart, dass es vor allem die kontinuierliche und strukturell verankerte Auseinandersetzung (z.B. durch kommunale Netzwerke etc.) war, die diese Stabilisierung ermöglicht hat. Damit konnte sowohl das leicht rückläufige Engagement politischer Akteur*innen für die Belange der LGBTIQ-Communities als auch die leichten Verschlechterungen ausgeglichen werden, die die Koordinator*innen hinsichtlich konkreter Unterstützungsangebote und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Förderregionen wahrnehmen (jeweils MWD = -0,1) (→ Abb. 6).

72 Vgl. für die in diesem Abschnitt genannten Zahlen → Tab. 2 und 3.

73 Vgl. zu den aktuellen Zahlen und eine Einordnung auch des zeitlichen Verlaufes von LSVD (Online abgerufen am 4.11.2024 unter: <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt>); zur Scharnierfunktion des Antifeminismus Schutzbach 2019 sowie Wolf/Hell 2021.

Abbildung 5: Angaben zur Situationseinschätzung und Veränderung (Mittelwerte) in den Förderregionen der Partnerschaften nach Phänomenbereichen (I)⁷⁴

Dimensionen demokratischer Resilienz	Demokratieförderung			Vielfaltförderung			Rassismus			Rechtspopulismus		
	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD
Gesamtwert	4,1	4,1	0,0	3,9	3,8	-0,1	3,9	3,8	-0,1	3,9	3,8	-0,1
Wissen Bevölkerung	4,1	3,9	-0,2	3,8	3,7	-0,2	3,7	3,5	-0,2	3,7	3,6	-0,2
Kompetenzen Bevölkerung	3,8	3,8	0,0	3,6	3,5	-0,1	3,4	3,3	-0,1	3,3	3,3	-0,1
Engagement Politik	4,3	4,1	-0,1	4,4	4,2	-0,2	4,3	4,0	-0,3	4,2	4,0	-0,2
Kompetenzen Verwaltung	3,8	3,7	-0,1	3,8	3,8	0,0	3,8	3,7	-0,1	4,0	3,8	-0,2
Unterstützungsangebote	3,7	3,5	-0,2	3,7	3,7	0,0	4,0	3,8	-0,2	3,9	3,7	-0,2
Engagement Zivilgesellschaft	4,2	4,5	0,3	4,3	4,3	0,0	3,7	3,5	-0,1	3,9	4,1	0,1
Nachhaltige Strukturen	4,5	4,5	0,0	3,9	3,4	-0,5	4,2	4,1	0,0	4,0	4,0	0,0
Gemeinsame Zielperspektiven	4,8	4,7	0,0	4,5	4,4	-0,1	4,6	4,4	-0,1	4,5	4,3	-0,2
Mitbestimmung und Teilhabe	3,8	3,9	0,1	3,2	3,1	-0,1	3,6	3,5	-0,1	3,4	3,4	0,0

Quelle: Eigene Darstellung, Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften von 2021/2023, Wirkungssample (N = 290).

Zwischen schleichender und offensichtlicher Verschlechterung der Lage: Antisemitismus und Muslim*innenfeindlichkeit im Fokus

Antisemitische Übergriffe haben in den letzten Jahren ebenso zugenommen wie die Verbreitung antisemitisch orientierter Narrative im Kontext von Verschwörungsideologien. Dies hat sich nach dem Massaker am 7. Oktober 2023 und seinen Kriegsfolgen nochmals zugespitzt, doch war diese Zunahme bereits in dem Befragungszeitraum zwischen Anfang 2021 und Mitte 2023 festzustellen. Besonders die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas gewirkt und antisemitisch grundierten Verschwörungsnarrativen oder einem offenen Judenhass zu neuer Virulenz verholfen. Wird auf kommunaler Ebene vielerorts versucht, diesen Phänomenen sowohl mit den Mitteln der historisch-politischen Bildung als auch über konkrete Aufklärungsarbeit über alte und neue Formen des Antisemitismus zu begegnen, so stellen sich doch im Angesicht der Verschärfung antisemitischer Bedrohungslagen mitunter gewichtige Hürden.

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch im Zeitvergleich der Situationseinschätzungen der Koordinator*innen wider, die die kommunale Bearbeitung des Antisemitismus im Ganzen auf einem zumindest schwach negativen Entwicklungspfad sehen (MWD = -0,1). Zwar konnten auch hier zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse sowie die Strukturen einer kontinuierlichen Thematisierung von Antisemitismus über die untersuchten Jahre erhalten werden (MWD jeweils = 0,0), zugleich jedoch hat das Wissen der Bevölkerung über und auch die Kompetenz in der Verwaltung im Umgang mit aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus nach

74 → Tab. 2 und 3.

Ansicht der Befragten abgenommen (MWD = -0,2). Gerade im Angesicht der aktuellen Konflikt- und Problemlagen lässt dies auf eine gewachsene Handlungsunsicherheit in diesem Bereich schließen. Zugleich werden auch die Angebote der Unterstützung für Betroffene antisemitischer Vorkommnisse und deren Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene an politischen Entscheidungen in diesem Bereich mitzuwirken als schwach rückläufig eingeschätzt (MWD jeweils = -0,2). Dies verdeutlicht mit dem zugleich geringer werdenden Engagement in der Lokalpolitik, sich mit Antisemitismus aktiv zu beschäftigen (MWD = -0,3), einen über fast alle Dimensionen zu verzeichnenden, schleichenden Rückschritt der kommunalen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, der vor dem Hintergrund der bereits skizzierten Zuwächse an antisemitischen Vorfällen auffällig ist.⁷⁵

Noch negativer⁷⁶ fällt die Entwicklungsdynamik jedoch im Bereich der Muslim*innen-feindlichkeit aus. Mit der sich seit dem Jahr 2015 kontinuierlich zuspitzenden Kritik an – vor allem muslimisch gelesener – Zuwanderung, ist das gesellschaftliche Klima für Muslim*innen in Deutschland rauer geworden, was sich nicht zuletzt in gesteigerten Übergriffen auf muslimisch gelesene Personen oder deren öffentlicher Stigmatisierung ausdrückt.⁷⁷ Gerade auf kommunaler Ebene spitzen sich diese Konflikte wiederholt bei der Planung oder dem Bau von Häusern für Geflüchtete zu und nötigen kommunale Akteur*innen nicht nur zu einem öffentlichen Eintreten gegen muslim*innenfeindliche Diskriminierung und Stimmungsmache, sondern machen zugleich deutlich, wie wichtig entsprechende Mitbestimmungs- und Beratungsmöglichkeiten für Muslim*innen bzw. Betroffene muslim*innenfeindlicher Übergriffe sind.

Das gesamtgesellschaftliche Klima lässt nach Einschätzungen der Koordinator*innen auch die kommunale Bearbeitung von Muslim*innenfeindlichkeit nicht unberührt: Im Vergleich aller untersuchten Phänomenbereiche wird für diesen die deutlichste Verschlechterung zurückgemeldet – und dies auf allen Ebenen (MWD = -0,4). Nicht nur wird die Sensibilität in der Bevölkerung für muslim*innenfeindliche Problemlagen als verringert wahrgenommen, auch das entsprechende Engagement in Politik und Verwaltung erweist sich als rückläufig (MWD jeweils = -0,4). Dies lässt sich letztlich auch darauf zurückführen, dass die Auseinandersetzung mit Muslim*innenfeindlichkeit in den Förderregionen aus Sicht der Koordinator*innen weniger strategisch und kohärent erfolgt und auch die Betroffenen von Muslim*innenfeindlichkeit weniger eingebunden werden in für sie relevante Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse (MWD auch hier jeweils = -0,4).⁷⁸ Zusammenfassend wird damit eine zumindest beachtenswerte Abschwächung der kommunalen Aktivitäten gegen Muslim*innenfeindlichkeit ersichtlich, die sich in den gesellschaftspolitischen Trend einordnet.

75 → Tab. 2 und 3.

76 Negativ meint hier und im Folgenden die negative Mittelwertdifferenz zwischen den Situationseinschätzungen zwischen den Befragungszeitpunkten 2021 und 2023, die wiederum auf eine sich im Zeitvergleich der Einschätzungen abbildende Verschlechterung der kommunalen Situation verweist.

77 Vgl. zu den gestiegenen Vorfallaufzahlen CLAIM 2024. Dabei hat auch der Krieg gegen Ukraine zu einer weiteren Verschärfung der Situation geführt, sind damit nicht nur weitere Ressourcenknappheiten in der Verteilung von Unterstützungsangeboten entstanden. Vielmehr sind dadurch sowohl Intragruppenkonflikte zwischen den unterschiedlichen Geflüchteten-Gruppierungen als auch großformatige, kulturpolitische Konfliktlinien entstanden, die sich - wie eingangs angedeutet - um die Grenzen der kulturell-identitären Aufnahmekapazitäten von Deutschland als Aufnahmeland drehen (bzw. immer noch drehen) und dabei vielfach rassistisch-kulturalisierende Narrative bedienen haben.

78 → Tab. 2 und 3.

Abbildung 6: Angaben zur Situationseinschätzung und Veränderung (Mittelwerte) in den Förderregionen der Partnerschaften nach Phänomenbereichen (II)⁷⁹

Dimensionen demokratischer Resilienz	Rechtsextremismus			Antisemitismus			LGBTIQ-Feindlichkeit			Muslim*innen-feindlichkeit		
	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD	MW (T1)	MW (T2)	MWD
Gesamtwert	4,2	3,9	-0,2	3,9	3,7	-0,1	3,5	3,5	0,0	3,6	3,3	-0,4
Wissen Bevölkerung	4,0	3,8	-0,2	3,6	3,4	-0,2	-	-	-	-	-	-
Kompetenzen Bevölkerung	3,4	3,3	-0,2	3,1	3,1	-0,1	3,4	3,3	-0,1	3,3	2,9	-0,4
Engagement Politik	4,6	4,2	-0,4	4,3	4,0	-0,3	3,7	3,6	-0,1	3,8	3,4	-0,4
Kompetenzen Verwaltung	4,1	3,9	-0,2	3,8	3,6	-0,2	-	-	-	-	-	-
Unterstützungsangebote	4,3	4,0	-0,3	4,0	3,8	-0,2	3,9	3,9	-0,1	4,0	3,6	-0,4
Engagement Zivilgesellschaft	4,4	4,2	-0,2	4,0	4,0	0,0	-	-	-	-	-	-
Nachhaltige Strukturen	4,4	4,2	-0,2	3,9	3,9	0,0	3,5	3,7	0,2	3,8	3,4	-0,4
Gemeinsame Zielperspektiven	4,3	4,2	-0,1	4,3	4,2	-0,1	-	-	-	-	-	-
Mitbestimmung und Teilhabe	3,8	3,6	-0,2	3,6	3,5	-0,2	3,1	3,0	-0,1	3,4	3,0	-0,4

Quelle: Eigene Darstellung, Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften von 2021/2023, Wirkungssample (N = 290).

Die kommunale Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt und die Arbeit gegen Rassismus vermag den Krisenfolgen weitgehend zu widerstehen

Die politische Debatte um gesellschaftliche Vielfalt und Zuwanderung hat in den letzten Jahren deutlich an Schärfe gewonnen und Vorfälle entsprechender Diskriminierung und Bedrohung haben zugenommen (→ Kap. 1.2.2. und 4.2). Sehen sich manche Regionen Deutschlands davon besonders betroffen, so stellen sich doch allen kommunalen Akteur*innen neue Herausforderungen im Bereich der Vielfaltförderung und des Rassismus. Diesen auf lokaler Ebene zu begegnen, bedeutet hinsichtlich der Vielfaltförderung z.B. Teilhabemöglichkeiten zu verbessern, entsprechende Angebote zu schaffen, das Engagement und die Kompetenzen im Umgang mit einer diversen Gesellschaft zu erhöhen. Anti-rassistische Arbeit bedeutet auf kommunaler Ebene hingegen, mit lokalen relevanten Akteur*innen strukturellen und akuten Formen drohender oder bereits bestehender Diskriminierung entgegenzutreten, dementsprechende Sensibilisierungen voranzutreiben und Betroffenen Unterstützung zukommen zu lassen.

Nach den Angaben der Koordinator*innen gelingt dies im Jahr 2023 in den Förderkontexten der Partnerschaften für Demokratie in beiden Bereichen weitgehend gut (MW jeweils = 3,9). Zugleich hat sich die Situation trotz der gesellschaftspolitischen Friktionen diesbezüglich auch nur marginal verschlechtert (MWD jeweils = -0,1). Gleichwohl zeigen sich bestimmte Schwerpunkte: So wird etwa für beide Bereiche zurückgemeldet, dass das Wissen der Bevölkerung

⁷⁹ Vgl. für die in diesem Abschnitt genannten Zahlen → Tab. 2 und 3.

über die Lebensformen und Strukturen einer diversen Gesellschaft ebenso zurückgegangen ist, wie die Kenntnis über (lokal relevante) rassistische Phänomene (MWD jeweils = -0,2). Spricht dies für eine gewachsene Unwissenheit, die auch auf die Krisenereignisse der letzten Jahre zurückzuführen ist, so wird auch Engagement kommunalpolitischer Akteur*innen für gesellschaftliche Vielfalt bzw. gegen Rassismus von den Koordinator*innen als rückläufig eingeschätzt (MWD jeweils = -0,2). Besonders auffällig ist, dass – nach Rückmeldung aus den Partnerschaften – dieser Rückgang im Bereich der Vielfaltgestaltung zugleich mit Rückschritten der kontinuierlichen Bearbeitung verbunden ist (MWD = -0,5),⁸⁰ z.B. mit einer geringeren strukturellen Verankerung oder dauerhaften Thematisierung von gesellschaftlicher Vielfalt und der Stärkung eben dieser.⁸¹ In der Zusammenschau ergibt sich damit ein gemischtes Bild: In turbulenten und polarisierten Zeiten gelingt es nach Einschätzung der Koordinator*innen vielfach, Vielfaltförderung und Anti-Rassismus-Arbeit kommunal weiterhin umzusetzen, zugleich aber kündigen sich durchaus auffällige Rückschritte an, die besonders beim Rückgang des politischen Engagements beachtenswert sind.

Die Verschiebungen im rechtspopulistischen bis -extremen Spektrum machen sich auch in der kommunalen Auseinandersetzung bemerkbar

Ohne hier auf die Diskussion über die Abgrenzungen und Schnittpunkte von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eingehen zu können, kann doch konstatiert werden, dass sich zwischen beiden Handlungsfeldern zunehmend fluide Überschneidungen ergeben, sowohl was ihr Personal als auch ihre Positionen anbelangt. Zum einen zeigen sich mit der Verbreitung rechtspopulistischer Positionen rechtsextreme Ideen auch in der Mitte der Gesellschaft. Zum anderen erstarken die klassisch rechtsextremen Gruppierungen und erfahren einen weiteren Radikalisierungsschub.⁸² Die Folgen sind nicht nur ein deutlicher Zuwachs rechtsextrem motivierter Vorfälle, sondern auch eine verstärkte politische Repräsentation rechtsextremer Positionen im politischen Raum. Dies gilt auch für die kommunale Ebene. Denn gerade für die lokalen Akteur*innen stellen diese Verschiebungen gewichtige Herausforderungen dar, weil die Arbeit gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit nicht mehr nur auf klar abgrenzbare Gruppierungen beschränkt ist, sondern – je nach Region – größere Spektren der Bevölkerung umfasst. Damit werden andere Strategien notwendig, die insgesamt mit einer Fokusverschiebung vom Rechtsextremismus zum Rechtspopulismus einhergehen. Wie jedoch auf kommunaler Ebene eine passende Antwort gelingen kann, darüber herrscht vielerorts noch Unklarheit (→ Kap. 4.2).

Dies findet seine Entsprechung in den Rückmeldungen der Koordinator*innen zur lokalen Situation in ihren Förderregionen. Auch hier deutet sich an, dass trotz des gesellschaftlichen Problemdrucks und den skizzierten Handlungsunsicherheiten die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus weitgehend auf hohem Niveau (MW = 3,8) verbleibt (MWD = -0,1), während die Lage im Bereich des Rechtsextremismus insgesamt nur etwas (MWD = -0,2), aber im Detail auffallend schlechter bewertet wird. So zeigt sich, dass gerade das ursprünglich hohe Engagement politischer Akteur*innen (MW 2021 = 4,6) hinsichtlich

80 → Tab. 2 und 3.

81 Im Bereich Rassismus hingegen zeigt sich die Situation diesbezüglich stabil. → Tab. 2 und 3.

82 Vgl. exemplarisch Quent 2019, Heitmeyer et al. 2020; Zick/Küpper/Mokros 2023 und darin: Zick/Mokros 2023, S. 53-89 sowie die Beiträge in Quent/Virchow 2024.

rechtsextremer Problemlagen im Zeitvergleich deutlich zurückgeht (MDW = -0,4) und auch die Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt als rückläufig eingeschätzt wird (MWD = - 0,3).⁸³ Auffällig ist, dass diese Fokusverschiebung auch für die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gilt: Während die Koordinator*innen im Bereich Rechtspopulismus einen leichten Zuwachs zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zurückmelden (MWD = + 0,1), werden diese im Bereich Rechtsextremismus als rückläufig eingeschätzt (MWD = - 0,2). Einzig bei der strategischen Ausrichtung der kommunalen Arbeit zeigen sich die gemeinsamen Zielperspektiven bei der Bearbeitung von Rechtsextremismus stabiler als beim Rechtspopulismus (MWD = -0,1 vs. - 0,2), was wiederum auf bestehende Handlungsunsicherheiten zwischen den kommunalen Akteur*innen bei der Adressierung von Rechtspopulismus verweist, die vielerorts gegenüber rechtsextremen Positionen und Gruppierungen einfacher ist.⁸⁴

Stabilität in der kommunalen Beschäftigung mit den Programmenthemen

Insgesamt zeigen sich die kommunalen Strukturen in den Förderregionen der Partnerschaften in der Bearbeitung der Programmenthemen auffällig stabil und sie können der Ausweitung gesellschaftspolitischer Konflikte entgegenwirken. Zugleich haben sich Verschiebungen offenbart, die durchaus Anlass zur Sorge sind. Das gilt besonders für Entwicklungen in den Bereichen Muslim*innenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus, in denen die Koordinator*innen zwar keine großen, aber doch beachtenswerte Rückschritte erkannt haben. Umso mehr ist von Interesse, inwiefern die Partnerschaften für Demokratie einen Beitrag dazu leisten konnten, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Dies ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

83 Demgegenüber zeigt sich etwa im Bereich des Rechtspopulismus die negative Entwicklung weniger stark ausgeprägt. So beträgt die MWD für das politische Engagement hier nur „-0,2“ Skaleneinheiten, dasselbe gilt für die Unterstützung von Betroffenen rechtspopulistischer Anfeindungen. → Tab. 2 und 3.

84 → Abb. 5 und 6 sowie Tab. 2 und 3.

TEIL II

Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie

Autor*innen

Jan Saßmannshausen

Carlos Becker

Irina Bohn

Moritz Golombek

Eleni Kremeti

Evelyn Sthamer

Sebastian Winter

Andrea Huber

Hannah Kaufmann

Luca Onochie

2 Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie

2.1 Die Wirkungsfrage und Möglichkeiten ihrer Beantwortung

Die jüngere Vergangenheit lässt sich zweifellos als bewegt bezeichnen. Sie ist gekennzeichnet von vielfältigen Veränderungen, die „den herkömmlichen Lauf der Dinge“⁸⁵ unterbrochen haben und den Alltag vieler Menschen prägen. Mit solchen Erschütterungen gehen Verunsicherungen einher, die sich im Empfinden der Bundesbürger*innen, in ihrer Bewertung der Situation als eine krisenhafte⁸⁶ ausdrücken (→ Kap. 1.1). Etwas scheint „auf der Kippe“ zu stehen⁸⁷ und dieses Etwas muss wieder „ins Lot gebracht“ werden - die Frage ist „Wie?“

Wieder auf dem „rechten“ Wege

Die Suche nach Antworten auf diese Frage wird in Demokratien zum Gegenstand von Aushandlungsprozessen. Das Ringen um geeignete Wege der politischen Krisenbewältigung vollzieht sich dabei in einem Spannungsfeld aus Öffnung und Schließung. Denn bei Unsicherheiten gewinnen Solidarität und Vertrauen („Öffnung“) oder aber Identitäten, Gruppen⁸⁸ und die Suche nach Sicherheit „im Autoritären“⁸⁹ an Bedeutung („Schließung“). Letzteres beschreibt einen Modus der „Abschottung“, der mit zunehmender Ungewissheit an Attraktivität gewinnt und unter dem Brennglas der „Polykrise“⁹⁰ potentiell auch antidemokratische Einstellungen verstärkt.⁹¹ Und so zeichnet sich vor dem Hintergrund der oben skizzierten Ereignisse ein Rechtsruck in der Bevölkerung ab, der sich auf Ebene der Einstellungen sowie des (Wahl-)Verhaltens, aber auch in der Zunahme politisch motivierter Gewalt und der Verschärfung des Diskurses rund um das Thema Migration manifestiert.⁹² Denn u.a. mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Situation verbinden sich Verteilungskonflikte und Forderungen nach Etablierenvorrechten⁹³, welche rechtspopulistischen Akteur*innen einen fruchtbaren Boden bieten, um vorhandene Ressentiments zu schüren.⁹⁴

85 Vgl. Mullis 2024, S. 138.

86 Genauer schätzen 55 % der 2.000 befragten Personen im Rahmen der aktuellsten Mitte-Studie ein, dass Deutschland derzeit „stark“ oder „sehr stark“ von Krisen betroffen sei. 31 % gaben an, selbst „stark“ oder „sehr stark“ von Krisen betroffen zu sein (vgl. Zick, Sandal-Önal 2023, S. 228-229).

87 Vgl. Zick/Sandal-Önal 2023, S. 219.

88 Vgl. Zick/Sandal-Önal 2023, S. 223.

89 In diese Richtung lassen sich auch verschiedene Ansätze der Autoritarismusforschung etwa nach Adorno et al. (1950), Feldman, Stenner (1997) oder Detlef Oesterreich (1993) deuten. Hier werden Unsicherheitserfahrungen, Bedrohung bzw. Krisen in ihrer Bedeutung für die Ausprägung entsprechender Persönlichkeitsmerkmale bzw. Einstellungen zum Gegenstand. Oesterreich etwa nimmt mit der autoritären Reaktion einen psychischen Grundmechanismus an, der die Suche nach Schutz und Sicherheit gewährenden Instanzen in Krisenzeiten umschreibt. Dieser sei typisch für Kleinkinder, die (Nicht-)Ablösung von diesen entwicklungspsychologisch frühen Mustern indes erfolge im Rahmen der Sozialisationsprozesse in unterschiedlichem Ausmaß und ließe sich auch mit der Hinwendung zu bestimmten politischen Gruppen in Verbindung bringen (1993, S. 217). Saßmannshausen (2012, S. 30) fasst zusammen: „Wird der gesellschaftlichen Führungselite in Krisensituationen Versagen oder zumindest eine nicht ausreichende Konfliktlösungskompetenz zugeschrieben, ist in Folge der autoritären Reaktion die Suche nach Schutz und Sicherheit gewährenden Autoritäten wahrscheinlich. Hier bieten die simplen Erklärungen, das Benennen von Schuldigen und Sündenböcken sowie das Aufzeigen eingängiger Lösungen von rechtsextremen aber auch dem Konservatismus zuneigenden Gruppierungen eine ansprechende Mischung.“

90 Vgl. Zick 2023, S. 20.

91 Vgl. Zick/Sandal-Önal 2023, S. 230.

92 Vgl. etwa Zick/Küpper/Mokros 2023 bzw. die Mitte-Studien für die Entwicklungen relevanter Einstellungen und entsprechende Ausführungen zu Manifestationen derselben auf Verhaltensebene.

93 Vgl. Küpper/Hellmann 2023, S. 211-217.

94 Die nachfolgenden Textteile nutzen bzw. rekurren dort wo angemessen auf vorangehende Veröffentlichungen des Autors bzw. entwickeln diese weiter. Maßgeblich sind insbesondere Bohn/Saßmannshausen 2021 sowie Kapitel 4.3 von Saßmannshausen in Bohn et al. 2019. Auf einzelne Verweise wird an dieser Stelle verzichtet.

„Was wirkt?“

Diese Entwicklungen offenbaren sich auch auf der kommunalen Ebene und stellen Demokratieschaffende dort vor Herausforderungen. Das Klima, in dem sie tätig sind, wird roher, der politische Rückhalt geringer, so dass sie unter zugespitzten Bedingungen sich im Wandel befindliche Phänomene adressieren und neue Herangehensweisen erproben müssen (→ Kap. 1.2.2). Allerdings drängt sich die Frage danach „Was wirkt?“ nicht nur aus der Praxis heraus auf. Sie wird mit zunehmender Vehemenz auch im politischen Raum gestellt.⁹⁵ Die Jahre 2020 bis 2023 belasteten den deutschen Staatshaushalt erheblich⁹⁶ und verliehen der berechtigten Frage danach, ob die im Rahmen sozialpolitischer Programme verausgabten Gelder zu den gewünschten Ergebnissen führen, weiteres Gewicht.

In einem solchen Sinne belastbare Ergebnisse von Wirksamkeitsuntersuchungen zu generieren, ist eine zentrale Aufgabe von Evaluationen⁹⁷ und auch das ISS als wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie hat diesen Auftrag. Dabei ist die Beantwortung der „Wirkungsfrage“ keineswegs trivial. Vielmehr erfordern valide Aussagen ein tragfähiges Fundament. Als ein solches kann das „kontrafaktische Modell“ gesehen werden.⁹⁸ Im Rahmen kontrafaktischer Ansätze besteht das Vorgehen zur Adressierung der „Wirkungsfrage“ im Wesentlichen darin, Vergleiche anzustellen – und zwar Vergleiche zwischen einer Entwicklung ohne und einer Entwicklung mit „Stimulus“ („Intervention“/„Maßnahme“). Der Unterschied zwischen den Entwicklungsvarianten stellt die „Wirkung“ dar, allerdings sind beide Varianten nicht zeitgleich bei ein und derselben Einheit beobachtbar („fundamentales Problem der Kausalanalyse“). Experimente als vermeintlicher „Goldstandard“ setzen zur Überwindung dieses Problems (a) auf *Gruppenvergleiche* und suchen „das Kontrafaktische“ nachzubilden. So werden basierend auf Zufallsauswahlen randomisierte Untersuchungs- und Kontrollgruppen gebildet, im Anschluss an (mindestens) eine Eingangsmessung unter kontrollierten Bedingungen (z.B. im Labor) wird der Stimulus verabreicht und die Unterschiede im Rahmen der Ausgangsmessung erfasst (b. *Zeitvergleiche*). Das Zufallselement soll hierbei sicherstellen, dass sich die beiden Gruppen in allen wichtigen Merkmalen gleichen und so lediglich der Stimulus als Ursache etwaiger Veränderungen in Frage kommt.

Komplexe Herausforderungen erfordern kreative Lösungen!

Diesem idealtypischen Vorgehen stehen nun allerdings Hürden entgegen, die aus den spezifischen „Dornen“ des Evaluandums, also den Partnerschaften für Demokratie, erwachsen. Diese basieren auf der Annahme, dass die Förderung von Demokratie und Vielfalt bestenfalls im Zusammenschluss von Engagierten aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung erfolgen und einen lokalspezifischen Zuschnitt aufweisen sollte. Demgemäß sind die Partnerschaften für Demokratie als kontextsensible Instrumente konzipiert, welche ein individuell auf die jeweiligen Herausforderungen vor Ort angepasstes Arrangement integrierten Handelns ermöglichen. Mit dieser Leitidee einher gehen konkrete Implikationen für die Evaluation.⁹⁹

95 Vgl. u.a. Milbradt/Greuel/ Reiter/Zimmermann 2021, S. 11ff.

96 Vgl. Deutsche Bundesbank 2024.

97 Denn im Zuge der Öffentlichkeitswirksamkeit demokratie- und menschenfeindlicher Handlungen nehmen die Forderungen nach empirisch begründeten Aussagen über Erfolge und Potentiale der Demokratieförderung zu (vgl. Armbrorst et al. 2018, S. I und 2f.).

98 Vergleiche einfürend etwa Ottmann/König 2023.

99 Vgl. bspw. Behn et al. 2013.

- Denn in der Konsequenz setzen sich mehrere tausend Engagierte „in urbanen Räumen mit hoher Bevölkerungsdichte, in segregierten Flächenlandkreisen, in Räumen mit vielfältigen Kristallisationspunkten zivilgesellschaftlichen Engagements und solchen mit erodierender Infrastruktur des sozialen Miteinanders, in Gebieten mit divergenten regionalen Identitäten und in Regionen mit einer gewachsenen Gemeinschaft für eine demokratische politische Kultur ein“¹⁰⁰ (**multizentrisch**).
- Angesichts dieser Heterogenitäten können die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie kaum auf vermeintlich universell einsetzbare bzw. stets adäquate Handlungsansätze zurückgreifen. Welche Politikfelder im Einzelfall adressiert und mit welchem Stellenwert diese bearbeitet werden, bleibt im Rahmen des Bundesprogramms folgerichtig der lokalen Ebene überlassen (**offene Konzeption**).
- Aus dieser Flexibilität resultiert ferner eine ausgesprochene Vielgestaltigkeit auch auf der fachlich-inhaltlichen Ebene, zumal die Partnerschaften für Demokratie Prozesse und operative Verfahren befördern, die einer direkten Einwirkung auf konkrete Probleme vorgelagert sind. Unter anderem über die Stärkung und Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements an sich, die Verstetigung sektorübergreifender Zusammenarbeit in stabilen Netzwerken oder die Aktivierung deutungsmächtiger Akteur*innen erhöhen sie ihre eigene Wirksamkeit und leisten zugleich potenziell Beiträge zur Gestaltung von Räumen des demokratischen Miteinanders. Als komplexe Instrumente kommunaler Demokratieförderung adressieren die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie darüber hinaus die Problemlagen vor Ort über eine Vielzahl und im Sinne einer Gesamtstrategie aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen (**multiple Wirkkanäle**).
- Hierzu wählen sie unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte, entwickeln spezifische Konzepte und übersetzen diese anhand konkreter Interventionen mit variierenden Zielstellungen¹⁰¹ und Zielgruppen in die Praxis, so dass Erhebungen, die unmittelbar bei den Adressat*innen der Einzelmaßnahmen (z.B. bei Projektteilnehmenden) ansetzen, weder realistisch noch dazu geeignet erscheinen, verallgemeinerbare Aussagen über sämtliche Förderstandorte hinweg zu generieren (**heterogene Untersuchungseinheiten**).
- Hinzu kommt, dass Partnerschaften für Demokratie aufgrund ihrer Kontextsensibilität flexibel auf sich verändernde Konstellationen aus Ressourcen und Problemlagen bzw. auf den sich im Zuge globaler Trends verändernden Handlungsdruck vor Ort reagieren. In der Folge verändern sich ihre Zielstellungen und Adressat*innen im Zeitverlauf, zumal auch die Programmsteuerung auf gesellschaftliche Entwicklungen etc. reagiert und während der Umsetzungsphase steuernde Impulse setzt (**lernendes Programm**).

Unter den skizzierten Restriktionen rückt die Umsetzung experimenteller Anordnungen¹⁰² wie sie aus den Naturwissenschaften für die ursächliche Zuschreibung etwaiger Veränderungen,

100 Becker et al. 2022a, S. 46. Vgl. Voigtländer und Voth (2012), die Zusammenhänge u.a. zwischen ausgewählten sozialräumlichen Merkmalen und der politischen Kultur mit Fokus auf Antisemitismus untersucht haben; vgl. zur Entwicklung einer eigenständigen bundesweiten Raumtypologie und der Herausarbeitung spezifischer Aspekte erfolgreicher Aktivierung im Kontext kommunaler Demokratieförderung Becker et al. 2024b.

101 Ferner fokussieren die Partnerschaften für Demokratie die (Fort-)Entwicklung einer Vielzahl nicht direkt beobachtbarer Aspekte (Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen), so dass sich mit Blick auf die Sicherstellung einer belastbaren Datengrundlage u.a. Herausforderungen der Operationalisierung ergeben.

102 Grundsätzlich werden je nach Anordnung Experimente, Quasi-Experimente und nichtexperimentelle Designs unterschieden. Im Rahmen von experimentellen Anordnungen werden Personen zufällig einer Kontroll- sowie eine Untersuchungsgruppe zugewiesen. Im Anschluss an eine Eingangsmessung erhält die Untersuchungsgruppe den Stimulus, dann erfolgt

d.h. eine kausalen Attribution bekannt sind, in weite Ferne. Dennoch kann der (vermeintliche) Goldstandard durchaus als Orientierung für die Generierung möglichst belastbarer Aussagen dienen: Die Mitarbeiter*innen des ISS haben ein multimodales Untersuchungsdesign entwickelt, welches sich den „Randomized Controlled Trials“ bestmöglich anzunähern versucht und dabei sowohl die grundlegenden Herausforderungen von Wirkungsevaluation wie auch die Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes adressiert.

- **Exploration und Operationalisierung der Zielstellungen:** Aufbauend auf der Expertise und den Vorerfahrungen aus den wissenschaftlichen Begleitungen der Vorgängerprogramme haben die Mitarbeitenden des ISS in einem ersten Schritt das Spektrum möglicher Wirkungen konturiert. So wurden auf der Grundlage u.a. von Dokumentenanalysen sowie mehreren Workshops gemeinsam mit Expert*innen aus der fachlichen Praxis zentrale Zielstellungen entlang der programmrelevanten Phänomenbereiche (z.B. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus) exploriert, theoretisch fundiert und so dann in Form von 64 Statements operationalisiert, d.h. in ein *standardisiertes Instrument* überführt (→ Kap. 1.2.1) (adressierte Herausforderung: Offene Konzeption).
- **Erfassung von Veränderungen im Pretest-Posttest-Panel:** Wirkungsevaluation fußt auf *Zeitvergleichen*. Entsprechend wurden die Statements den Koordinator*innen (Erhebungseinheiten) sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2023 zur Einschätzung vorgelegt. Anhand einer sechsstufigen Antwortskala war es den Befragten in ihrer Rolle als Expert*innen möglich, die aktuelle Situation in der Förderregion zu bewerten (adressierte Herausforderungen: u.a. multiple Wirkkanäle). Veränderungen entlang der Zielstellungen ergeben sich vor diesem Hintergrund aus den individuellen Differenzen der Einschätzungen des Ist-Standes zwischen beiden Zeitpunkten.¹⁰³ Durch das als *wiederholte Vollerhebungen angelegte Paneldesign* (adressierte Herausforderung u.a.: Multizentrität, Heterogene Untersuchungseinheiten) lassen sich derart sowohl intraindividuelle Entwicklungen über sämtliche Partnerschaften hinweg erfassen, als auch interindividuelle Einflüsse identifizieren und vor allem kontrollieren (s.u.).
- **Quasi-experimentelle Anordnung mit programminternen Vergleichsgruppen:** Um die identifizierten Veränderungen (Bruttowirkung) möglichst eindeutig den Partnerschaften für Demokratie (Stimulus) zuzuschreiben, rivalisierende Erklärungen für mögliche Effekte auszuschließen und jenen Anteil zu isolieren, der ohne den Stimulus nicht beobachtbar gewesen wäre (Nettowirkung),¹⁰⁴ haben die Mitarbeitenden des ISS ein innovatives Untersuchungsdesign in quasi-experimenteller Anordnung entworfen. Es ist neben den Zeitvergleichen zuvorderst durch die konsequente Einführung von

die Ausgangsmessung. Durch die zufällige Anordnung werden systematische Gruppenunterschiede vermieden. Diese Experimente können nun im Labor oder im Feld stattfinden, also in einer künstlichen oder natürlichen Umgebung. Im Labor können wesentliche Störgrößen bzw. Alternativerklärungen für etwaige Veränderungen kontrolliert werden (interne Validität), im Feld ist dies nur sehr eingeschränkt der Fall. Quasi-Experimente weisen die gleiche Anordnung auf, allerdings erfolgt die Zuteilung der Untersuchungseinheiten auf die beiden Gruppen nicht zufällig, sondern ist oftmals festgesetzt, etwa durch Selbstzuteilung. Hiermit einher gehen potenziell systematische Gruppenunterschiede, welche die Validität der ursächlichen Zuschreibung von Veränderungen auf einen Stimulus einschränken. Bei nichtexperimentellen Designs erfolgt der Vergleich hingegen zu einem Zeitpunkt nach Verabreichung des Stimulus (Ex-Post), die Gruppen werden nicht zufällig festgelegt und der Untersuchungsort ist „das Feld“.

103 Trotz der vielfältigen und bisweilen kaum zugänglichen Letztzielgruppen ermöglicht es dieser Fokus auf sachkundige Personen vergleichbare Informationen bzw. eine belastbare Datengrundlage zu generieren. In Reaktion auf die Heterogenität der Partnerschaften für Demokratie und die hiermit verbundenen Hürden inferenzstatistischer Analysen führte das ISS überdies jeweils als Vollerhebungen konzipierte Online-Befragungen ins Feld. Somit handelt es sich bei der Untersuchung um eine wiederholte Abbildung des Ist-Standes im Sinne eines Längsschnitts bzw. eines (Expert*innen-)Panels (Adressierte Herausforderung: Heterogene Untersuchungseinheiten).

104 Vgl. Bohn/Saßmannshausen 2021, S. 279 und Stockmann 2006, S. 101 f.

Gruppenvergleichen charakterisiert. Hierzu wurden die Koordinator*innen im Rahmen von quantitativen Längsschnittbefragungen um Expert*innen-Einschätzungen entlang sämtlicher Phänomenbereiche gebeten. Um darüber hinaus der flexiblen Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie Rechnung zu tragen, wurden im Jahr 2023 retrospektiv die schwerpunktmäßig adressierten Zielstellungen je Förderstandort erhoben und schließlich als Grundlage für die Einteilungen in Untersuchungs- und Vergleichsgruppen herangezogen (adressierte Herausforderung u.a.: offene Konzeption, lernendes Programm). Diese Verbindung aus retrospektiver Beurteilung individueller Schwerpunktsetzungen sowie der umfassenden Bergung von Situationseinschätzungen ermöglichte es, für jede der 64 Zielstellungen in Abhängigkeit ihrer (Nicht-)Bearbeitung *programminterne Untersuchungs- und Vergleichsgruppen* zu konstruieren.¹⁰⁵

- **Statistische Kontrollen:** Aus einer solch selbstselektiven Zuweisung in Untersuchungs- und Kontrollgruppen ergeben sich indes – ebenso wie aus dem Umstand, dass die Quasiexperimente in natürlicher, das heißt nicht kontrollierter Umgebung (z.B. Labor) stattfinden – mehrere Gefährdungen der internen Validität und somit der Belastbarkeit der generierten Erkenntnisse. Diese Gefährdungen wurden aktiv in die Untersuchung einbezogen, d.h. antizipiert und systematisch Informationen zu Gruppenunterschieden sowie möglichen Störgrößen erhoben. In Anlehnung u.a. an die Ausführungen von Campbell und Stanley¹⁰⁶ wurden vier übergeordnete Bereiche identifiziert, operationalisiert und im Rahmen von statistischen Analysen kontrolliert. Hierzu wurden für jede der 64 anvisierten Zielstellungen fünf Modelle bestehend aus der Kombination von 40 Stör-/Einflussgrößen entwickelt und in Form von insgesamt 320 multiplen Regressionen umgesetzt.
- **Mixed-Methods-Design im Trichtermodell:** Um die Begrenzungen quantitativer Ansätze auszugleichen und zugleich die Stärken qualitativer Methoden nutzbar zu machen, ist das Design auch über die explorative Phase hinaus von einer methodenintegrativen Perspektive geprägt. So wurden die zu zwei Messzeitpunkten erhobenen und statisch multivariat erschlossenen Effekte zum Gegenstand von ca. 50 leitfadengestützten Expert*inneninterviews.¹⁰⁷ Auf Grundlage randomisierter Stichproben wurden mehrere Standorte aus dem Verbund der Partnerschaften ausgewählt und die Einschätzungen jeweils einer*s Koordinators*in sowie einer externen Person aus Politik, Verwaltung oder

105 Die Koordinator*innen wurden in ihrer Rolle als Sozialraumexpert*innen zu zwei Zeitpunkten (Online-Befragungen in den Jahren 2021, 2023) um Einschätzungen zur aktuellen Situation (Ist-Stand) entlang der 64 Statements gebeten (Situationseinschätzungen). Im Jahr 2023 wurde zudem erhoben, welche Zielstellungen die jeweiligen Partnerschaften für Demokratie im Untersuchungszeitraum adressiert bzw. bearbeitet hatten (Schwerpunktsetzungen). Die Formulierung der Items ermöglichte der Wissenschaftlichen Begleitung dabei eine eindeutige Zuordnung jeweils einer Zielstellung (verkürzt formuliert z.B. Förderung des Engagements der Verwaltung im Bereich Rassismus) zu einem Paar aus zwei Situationseinschätzungen (verkürzt formuliert z.B. Einschätzungen des Ist-Standes des Engagements der Verwaltung im Bereich Rassismus). Von dieser Grundlage ausgehend wurden separat für jede Zielstellung Gruppen gebildet und dabei solche Partnerschaften zusammgeführt, die eine Zielstellung bearbeitet (Untersuchungsgruppe) bzw. nicht bearbeitet (Vergleichsgruppe) hatten. Sodann wurden die individuellen Einschätzungen zunächst in Bezug zueinander gesetzt, (d.h. u.a. für jeden einzelnen Fall der Wert aus t1 von jenem aus t2 subtrahiert und derart die Differenz der Situationseinschätzungen gebildet), aggregiert und u.a. in Form von Mittelwerten (durchschnittliche Differenz der Situationseinschätzungen) etc. zusammgeführt. Die Mittelwertdifferenzen bildeten schließlich die zentralen abhängigen Variablen multivariater statistischer Analysen. Die Informationen zu den Zielstellungen wiederum waren Teil der erklärenden Größen und wurden entlang der Angaben der Partnerschaften für Demokratie in Dummy-Variablen überführt (Zielstellung bearbeitet=Untersuchungsgruppe, Zielstellung nicht bearbeitet=Vergleichsgruppe). Derart wurde ausgehend von individuellen Angaben Gruppen konstruiert und der Einfluss der Gruppenzugehörigkeit unter Kontrolle von Störgrößen bzw. Gruppenunterschieden isoliert.

106 Campbell/Stanley 1963, S. 5ff. sowie nochmals für das vorliegende Design spezifiziert bei Cook/Campbell 1979.

107 Diese leitfadengestützten Expert*inneninterviews wurden im Jahr 2024, d.h. nach dem zweiten Messzeitpunkt (2023) bzw. den entsprechenden statistischen Analysen (2023 bis 2024), durchgeführt.

Zivilgesellschaft geborgen. Dienten die Interviews mit den Koordinator*innen vorrangig der Methodentriangulation, wurden die externen Expert*innen mit dem Ansinnen der Perspektiventriangulation um ihre Jurierung gebeten. Derart konnte die Frage nach der Geltungskraft und Reichweite von Selbsteinschätzungen adressiert und dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Wirkungswahrnehmungen im Rahmen der Vorher-Nachher-Vergleiche auf den Angaben unmittelbar beteiligter Funktionsträger*innen der Partnerschaften fundieren.

Drei Schritte auf dem Weg zur Antwort: Kriterienbasierte Identifikation des Wirkungspotentials lokaler Partnerschaften für Demokratie

Das durch Campbell und Stanley als *Pretest-Posttest nonequivalent comparison group* bezeichnete Design¹⁰⁸ mit seinen qualitativen Erweiterungen erlaubt es, sich an den experimentellen Goldstandard kausaler Attribuierung heranzutasten und dabei sowohl die allgemeinen Herausforderungen von Wirkungsevaluation im Kontext der Praxisforschung als auch die spezifischen Charakteristika der Partnerschaften für Demokratie zu berücksichtigen.

Nun benötigt Wirkungsevaluation aber nicht nur ein passendes Design, sondern auch eine grundlegende begriffliche Klarheit und ein Mindestmaß an Transparenz bezüglich der Festlegung dessen, was als „Wirkung“ markiert wird.¹⁰⁹ Auf Grundlage der *Definition von „Wirkungen“ als (1) „relevante Veränderungen bzw. Stabilisierungen oder Aufrechterhaltungen der (wahrgenommenen) kommunalen Situationen, die (3) mit einem Mindestmaß an Sicherheit (2) den Aktivitäten der Förderarrangements zuzuschreiben sind“*, wurde das Design in diesem Sinne um ein Set an empirisch-fundierten Kriterien zur systematischen Identifikation und Klassifikation programmevozierter Veränderungen ergänzt. Es umfasst drei Elemente und bildet die analytische Herzkammer der vorliegenden Untersuchung:

1. Schritt: Einstufung [Stabilisierung | relevante Veränderung]

Der erste Schritt fokussiert die (von den Befragten wahrgenommenen) Situationsveränderungen entlang der 64 Zielbereiche. Hier wird geprüft, welche Verläufe sich in den Expert*inneneinschätzungen des Untersuchungszeitraums insgesamt sowie differenziert nach Untersuchungs- und Vergleichsgruppen erkennen lassen (Bruttowirkung). Unterschiede in den Entwicklungen von Untersuchungs- und Vergleichsgruppen werden dann als „relevant“ und „positiv“ bezeichnet, wenn die Difference-in-Difference-Schätzer sowohl einen entsprechenden Betrag (*positiv*, d.h. höher Null) aufweisen, als auch im Rahmen zweiseitiger T-Tests (unabhängige Stichproben) signifikanter Natur sind (*relevant*). Treffen diese Bedingungen nicht zu, kann der Beitrag der Partnerschaften bestenfalls in der *Stabilisierung* oder Aufrechterhaltung des Status quo bestehen. Fällt der Betrag indes negativ aus und die Irrtumswahrscheinlichkeit

108 Vgl. Campbell/St Stanley 1963. Da die Partnerschaften für Demokratie bzw. ihre Vorgängermodelle (Lokale Aktionspläne) bereits vor Erhebung der T1-Einschätzungen bzw. der Baseline Daten aktiv waren, handelt es sich nach Alexandra Caspari und Ragnild Barbu (2010, S. 30) bei dem vorläufigen Design um ein „verspätetes Vergleichsgruppen-Design“. Die Autor*innen ordnen dieses Design an dritter Stelle ihrer Rangordnung und somit recht hoch ein. Die Erhebung von „echten“ Baseline Daten ist im Zuge eines einerseits lernenden Programms mit wechselnden Zielstellungen und andererseits einer grundlegenden Kontinuität in zentralen strukturellen Arrangements nur schwerlich zu realisieren.

109 Diesbezüglich ist anzumerken, dass zwischen im Programmsinne intendierten und nicht-intendierten (Neben-)Wirkungen zu unterscheiden ist und diese darüber hinaus auch negativer Natur sein können. Untersuchungsdesigns sollten diesen Umstand insofern berücksichtigen, als dass die unterschiedlichen Spielarten von „Wirkungen“ adressiert werden können. Entsprechend hat das ISS sowohl ein Design als auch Bewertungskriterien entwickelt, welche positive und negative Wirkungen entlang der 64 Statements gleichermaßen identifizierbar macht (s. Ausführungen in diesem Abschnitt). Aufgrund der Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes und den Restriktionen der Praxisforschung (etwa finanzielle wie zeitliche Ressourcen) bleibt eine umfassende Analyse und Bewertung der nicht-intendierten Aspekte indes außerhalb des Möglichkeitsraums.

unter das 5 %-Niveau, geht die wissenschaftliche Begleitung von einer relevanten *negativen* Veränderung aus.

2. Schritt: Attribution [Zuschreibung | Zurückweisung]

Im Rahmen des zweiten Schritts wird geprüft, inwiefern die Entwicklungen zwischen beiden Erhebungszeitpunkten den Partnerschaften für Demokratie zuzuweisen sind (Nettowirkung). Dies ist dann der Fall, wenn sich unter Kontrolle von Störgrößen ein *statistisch bedeutsamer* sowie *stabiler Effekt* der Gruppenzugehörigkeit (Untersuchungs- vs. Vergleichsgruppe) auf die (wahrgenommenen) Situationsveränderungen ergibt. Hierzu muss der entsprechende Regressionskoeffizient im Rahmen der fünf je Zielstellung geprüften Modelle (s.o.) stets (stabil) einen Betrag von $\geq 0,1$ („kleiner Effekt“)¹¹⁰ annehmen sowie signifikanter Natur sein (bedeutsam). Trifft mindestens eine dieser Bedingungen nicht zu, wird die Annahme zurückgewiesen, wonach die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit die jeweilige Situation in relevantem Ausmaß mitgestaltet haben.

3. Schritt: Geltungssicherung [Methodentrianguliert | Perspektiventrianguliert]

Im Rahmen des dritten Schritts werden die bislang theoriegeleitet und quantitativ erschlossenen Befunde methodisch wie auch perspektivisch abgesichert. Hierzu wurden 24 Effekte an je drei Standorten zum Gegenstand von zwei qualitativen Interviews (interne Perspektive + externe Perspektive, sechs Interviews je Zielbereich). Dabei wurde ein Effekt nur dann als „gestützt“ bewertet, wenn die interviewte Person die Kontribution der Partnerschaft an der lokalen Situationsveränderung bzw. ihrer Stabilisierung erstens *deskriptiv* ausweisen, zweitens über konkrete Indikatoren/Wirkungsanzeichen *objektiviert* benennen und drittens mittels der Identifikation eines kausalen Wirkmechanismus *logisch* erklären konnten. Von dieser Bewertungsgrundlage ausgehend gilt ein Effekt dann als einfach (zweifach, dreifach) *methodisch trianguliert*, wenn er aus interner Perspektive an mindestens einem Standort bestätigt wird, d.h. die Wirkungszuweisung entlang der Kriterien vollumfassend geschieht. Als einfach (zweifach, dreifach) *perspektiventrianguliert* gilt ein Effekt erst dann, wenn er an mindestens einem Standort sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive entlang der drei Kriterien Bestätigung findet.

Evidenzstufe 6: Befunde werden zu Wirkungen

Das dargelegte Set an Kriterien operationalisiert die obige Definition von Wirkungen und macht sie einer empirischen Überprüfung zugänglich. Lediglich die Frage danach, was genau als „Mindestmaß an Sicherheit“ gelten soll, bleibt noch offen. Sie kann im Zusammenspiel der Triangulationsformen beantwortet und in Form einer Evidenzhierarchie veranschaulicht werden (→ Abb. 7). Diese Hierarchie umfasst insgesamt sieben *Evidenzstufen*¹¹¹ und trägt somit dem Umstand Rechnung, dass es unterschiedliche Kombinationen im Auftreten von Validierungs(miss-)erfolgen geben kann. Ab wann aber ist von einer ausreichenden

110 Unter anderem Cohen befasst sich in seinem Werk „Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences“ (1988) mit der Einordnung entsprechender Größen.

111 Etwas verkürzt formuliert umschreibt Evidenz die empirische Fundierung, d.h. die Verfügbarkeit von grundlegenden Informationen, die eine Theorie bzw. eine Hypothese widerlegen oder bestätigen. In der vorliegenden Veröffentlichung wird sie insbesondere in ihrem Beitrag zur Abschätzung der Gültigkeit von Forschungsergebnissen (hier: quantitative Effekte im Kontext multivariater Regressionen) gedeutet. Beziehen sich Evidenzklassen dabei häufig auf die Unterteilung ganzer Studien bzw. Studiendesigns, wird dieses Vorgehen hier auf einzelne Befunde angewendet und in Form der Evidenzstufen ein Schema entwickelt, welches auf die Abschätzung ihrer Geltungskraft abhebt. Es soll einen Beitrag dazu leisten, die Robustheit der Ergebnisse gerade angesichts der Komplexität der Partnerschaften für Demokratie und u.a. der Heterogenität ihrer Kontexte zu adressieren (→ Abb. 7).

Geltungssicherung auszugehen? Hierzu - wie allgemein auch zu den Herausforderungen bei der Festlegung sogenannter „cutting-points“ – gibt es in den Sozialwissenschaften kaum einheitliche Perspektiven oder gar verbindliche Vorgaben. Vielmehr bleiben die entsprechenden Entscheidungen oftmals den einzelnen Forscher*innen überlassen.

In Anlehnung an Campbell et al. (2020) soll dennoch erstens das Zusammentreffen mehrerer Triangulationsformen (Methoden- und Perspektivetriangulation) als Mindestmaß festgelegt werden. Zweitens zeigen die Erfahrungen der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften bezüglich der Heterogenität ihrer Ziele und Kontexte, dass Wirkungen vor Ort sehr unterschiedlich ausfallen und zugleich auch die Wirkpfade differieren. Vor diesem Hintergrund soll ein Effekt letztlich erst dann als gesichert gelten, wenn sich diese Form der Wirkungsbestätigung an mindestens noch einem weiteren Standort wiederholen lässt und damit die methodische wie personelle (intern/extern) um eine räumliche Triangulationsebene erweitert wird: **Als Wirkung kann somit insgesamt nur benannt werden, was sowohl auf multivariatem Wege (1) quantitativ erschlossen sowie nachfolgend (2) qualitativ an mindestens zwei unterschiedlichen Standorten und aus sowohl (3) interner als auch externer Perspektive kriterienbasiert bestätigt wurde. In der Konsequenz sprechen wir ab Evidenzstufe Stufe 6 von Effekten, die mit einem Mindestmaß an Sicherheit den Partnerschaften für Demokratie zuzuschreiben sind und somit von „Wirkungen“.** Abbildung 7 führt die Stufen der Geltungssicherung und die jeweiligen Kriterien zusammen.

Abbildung 7: Die sieben Stufen der Evidenz

<p>Evidenzstufe 7 Voraussetzungen übertriften</p>	<p>Beide Triangulationsformen an mindestens zwei Standorten, eine an drei Standorten</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Mehrfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an mindestens zwei von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) UND</p> <p>Mehrfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an mindestens zwei von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive UND</p> <p>Standortübergreifende Übereinstimmung Bestätigung mindestens einer Triangulationsform an der maximal möglichen Anzahl der Förderstandorte</p>
<p>Evidenzstufe 6 Voraussetzungen erfüllt</p>	<p>Beide Triangulationsformen an zwei Standorten</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Mehrfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an mindestens zwei von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) UND</p> <p>Mehrfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an mindestens zwei von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive</p>
<p>Evidenzstufe 5 Voraussetzungen eher erfüllt</p>	<p>Beide Triangulationsformen, eine an mindestens zwei Standorten</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Einfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an einem von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) UND</p> <p>Einfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an einem von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive UND</p> <p>Standortübergreifende Übereinstimmung Bestätigung mindestens einer Triangulationsform an zwei von drei möglichen Förderstandorten</p>
<p>Evidenzstufe 4 Voraussetzungen teilweise erfüllt</p>	<p>Beide Triangulationsformen an einem Standort</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Einfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an einem von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) UND</p> <p>Einfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an einem von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive</p>
<p>Evidenzstufe 3 Voraussetzungen eher nicht erfüllt</p>	<p>Eine Triangulationsform an zwei Standorten</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Mehrfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an zwei von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) ODER</p> <p>Mehrfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an zwei von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive</p>
<p>Evidenzstufe 2 Voraussetzungen nicht erfüllt</p>	<p>Eine Triangulationsform an einem Standort</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Einfache Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an einem von drei Standorten im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) ODER</p> <p>Einfache Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an einem von drei Standorten des qualitativen Samples sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive</p>
<p>Evidenzstufe 1 Voraussetzungen gar nicht erfüllt</p>	<p>Keine Triangulation</p>	<p>Stabiler bedeutsamer Effekt Signifikanter standardisierter Koeffizient mit einem Betrag von mindestens 0,1 in 5 von 5 multiplen Regressionen unter Kontrolle von insgesamt 40 Störgrößen UND</p> <p>Keine Methodentriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts aus interner Perspektive an keinem Standort des qualitativen Samples im Rahmen qualitativer Interviews (Koordinator*in) UND</p> <p>Keine Perspektiventriangulation Bestätigung (deskriptiv, reflexiv, logisch) des Effekts an keinem Standort des qualitativen Samples zugleich aus interner wie auch aus externer Perspektive</p>

Quelle: Eigene Darstellung.

2.2 Kurze Frage, kurze Antwort: Die Partnerschaften für Demokratie wirken

Wirken die Partnerschaften für Demokratie? In den vorangehenden Abschnitten wurde die Relevanz dieser Fragestellung skizziert, es wurden zentrale Herausforderungen in ihrer Adressierung sowie das Design des ISS zu ihrer Überwindung dargestellt und schließlich ein Wirkungsbegriff in der Verschränkung quantitativer wie qualitativer Elemente definiert, welcher nachvollziehbare Kriterien zur Identifikation programmevozierter Veränderungen umfasst. Im Vorgriff auf die vertiefenden Ausführungen der kommenden Kapitel finden sich nachfolgend die zentralen Befunde im Sinne einer prägnanten Antwort auf die Wirkungsfrage zusammengefasst.¹¹² *Als multimethodisch wie auch perspektivisch und gegen den Zufall gesicherte Befunde können demnach gelten, dass die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit die kommunale Widerstandsfähigkeit in der Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit stärken und Wirkungen in den nachfolgenden Zielbereichen entfaltet haben:*¹¹³

DEMOKRATIEFÖRDERUNG (→ KAPITEL 2.5.1)	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Kontinuierliche Auseinandersetzung Engagierte Akteur*innen stellen vor Ort sicher (z.B. durch öffentliche Relevanzsetzung, Projekte etc.), dass Demokratieförderung mittelfristig thematisiert und bearbeitet wird. 	Modell 1: 0,16**		
	Modell 2: 0,13**		
	Modell 3: 0,16***		
	Modell 4: 0,14**		
	Modell 5: 0,14**		
<ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung und Teilhabe Es existieren wirksame Möglichkeiten der Mitbestimmung für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Bürgerhaushalte, faktische Mitwirkung an Kinder- und Jugendhilfep länen, selbstverwaltete Jugendräume etc.). 	Modell 1: 0,30***		
	Modell 2: 0,28***		
	Modell 3: 0,26***		
	Modell 4: 0,27***		
	Modell 5: 0,28***		
<ul style="list-style-type: none"> Engagement politischer Akteur*innen Politische Akteur*innen ermuntern und aktivieren demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement. 	Modell 1: 0,14**		
	Modell 2: 0,16***		
	Modell 3: 0,14**		
	Modell 4: 0,13**		
	Modell 5: 0,13**		

112 Effekte: Hier sind die Beta-Koeffizienten sowie die zugehörigen Signifikanzniveaus (**p<0,001; **p<0,01; *p<0,05) von fünf unterschiedlich spezifizierten Regressionsmodellen je Zieldimensionen dokumentiert (→ (Online-)Tabellenanhang). Vorliegend sind die Effekte mit zwei Nachkommastellen dargestellt. Die Höhe der Beta-Koeffizienten überschreitet in den verschiedenen Modellen das o.g. Kriterium eines mindestens kleinen statistisch signifikanten Effekts von 0,1. Die gefundenen Effekte sind statistisch betrachtet überwiegend klein (auch rundungsbedingte Werte von 0,3 werden als kleine Effekte gewertet), gelten jedoch in der sozialwissenschaftlichen Forschung als relevant und aussagekräftig. Dies liegt daran, dass in realen sozialen Kontexten viele (z.T. nicht kontrollierbare) Einflussfaktoren bestehen, im Gegensatz zu den kontrollierten Bedingungen in den Naturwissenschaften. Im Folgenden werden die Effekte dichotom als vorhanden oder nicht vorhanden kategorisiert. Attribution: In den Kreisen ist die auf die Regressionsergebnisse bezogene Zuschreibung, abgebildet, d.h. der entsprechende Regressionskoeffizient im Rahmen der fünf je Zielstellung geprüften Modelle (s.o.) muss stets (stabil) einen signifikanten (bedeutsamen) Betrag von $\geq 0,1$ („kleiner Effekt“) aufweisen. Geltungssicherung: Hier ist die Evidenzstufe der jeweiligen Befunde und somit das Ausmaß ihrer Geltungskraft abgebildet (→ Kap. 2.1, → Abb. 7).

113 Mit Blick auf den Umfang der untersuchten Wirkbereiche (64) werden in dieser Darstellung jene 20 Aspekte fokussiert, entlang derer sich Wirkungsbefunde im Sinne der vorangehenden Definition bzw. den entsprechenden Kriterien ergeben haben. Darüber hinaus konnten 10 weitere quantitativ ermittelte Effekte aus forschungspragmatischen Gründen keiner vertiefenden Geltungssicherung zugeführt werden. In 34 Aspekten ergaben sich indes unter Kontrolle etwaiger Störgrößen etc. entweder keine stabilen und zugleich bedeutsamen Effekte (→ Kap. 2.1 für die konkreten Kriterien) oder entsprechende Effekte wurden im Rahmen der Geltungssicherung zurückgewiesen (Evidenzstufen 1 – 5).

<ul style="list-style-type: none"> Engagement Verwaltung Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung ermöglichen aktiv eine Beteiligung der Bürger*innen an demokratischen Prozessen (z.B. Senkung von Partizipationshürden etc.). 	Modell 1: 0,18***		
	Modell 2: 0,20***		
	Modell 3: 0,19***		
	Modell 4: 0,18***		
	Modell 5: 0,19***		
<ul style="list-style-type: none"> Milieuübergreifende Beteiligungschancen Menschen unterschiedlicher soziokultureller Milieus haben faktische Beteiligungschancen an zivilgesellschaftlichem Engagement (z.B. durchlässige Organisationen, geringe Partizipationshürden etc.). 	Modell 1: 0,20***		
	Modell 2: 0,20***		
	Modell 3: 0,18***		
	Modell 4: 0,20***		
	Modell 5: 0,20***		
<ul style="list-style-type: none"> Engagement organisierter Zivilgesellschaft Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) setzt sich aktiv mit dem Themenfeld Demokratieförderung auseinander (z.B. Beteiligung an Veranstaltungen etc.). 	Modell 1: 0,14**		
	Modell 2: 0,15***		
	Modell 3: 0,18***		
	Modell 4: 0,19***		
	Modell 5: 0,18***		

DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT UND RECHTSPOPULISMUS (→ KAPITEL 2.5.2)	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Kompetenzen Verwaltung Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen (z.B. Neutralitätsgebot, Akteneinsicht etc.) kompetent. 	Modell 1: 0,17**		
	Modell 2: 0,15**		
	Modell 3: 0,15**		
	Modell 4: 0,14**		
	Modell 5: 0,14**		
<ul style="list-style-type: none"> Breites Bündnis Demokratiefeindlich und rechtspopulistisch motivierten Formen der Diskurs- und Argumentationsverweigerung wird nicht nur von vereinzelt, sondern von einem Bündnis engagierter Akteur*innen entgegengetreten. 	Modell 1: 0,18**		
	Modell 2: 0,20**		
	Modell 3: 0,19**		
	Modell 4: 0,15**		
	Modell 5: 0,16***		
<ul style="list-style-type: none"> Engagement organisierter Zivilgesellschaft Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) nimmt die Bearbeitung von Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus in ihr Handlungsfeld auf. 	Modell 1: 0,21**		
	Modell 2: 0,20**		
	Modell 3: 0,20**		
	Modell 4: 0,14**		
	Modell 5: 0,13*		

RASSISMUS (→ KAPITEL 2.5.3)	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Kontinuierliche Auseinandersetzung Engagierte Akteur*innen führen eine kontinuierliche und kritische Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung bzw. der Abwertung nicht-privilegierter Menschen. 	Modell 1: 0,18**		
	Modell 2: 0,20***		
	Modell 3: 0,20***		
	Modell 4: 0,20***		
	Modell 5: 0,20***		
<ul style="list-style-type: none"> Einbindung von Betroffenenperspektiven Die Perspektiven von Rassismen betroffener Menschen werden systematisch in die Bearbeitung von Rassismus eingebunden (individuell, institutionell, strukturell). 	Modell 1: 0,23***		
	Modell 2: 0,23***		
	Modell 3: 0,24***		
	Modell 4: 0,24***		
	Modell 5: 0,23***		
<ul style="list-style-type: none"> Einsatz auf Grundlage geteilter Ziele Relevante Akteur*innen setzen sich gemeinsam für Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung ein. 	Modell 1: 0,18*		
	Modell 2: 0,24***		
	Modell 3: 0,22***		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,23***		
<ul style="list-style-type: none"> Kompetenzen der Verwaltung Funktionsträger*innen der Verwaltung (z.B. aus Polizei, Schulen, Ämtern) sind im Umgang mit Rassismus (individuell, institutionell, strukturell) und der Eindämmung von Vorurteilen kompetent. 	Modell 1: 0,13*		
	Modell 2: 0,12**		
	Modell 3: 0,11*		
	Modell 4: 0,10*		
	Modell 5: 0,11*		
<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung von Betroffenen Betroffene rassistisch motivierter Vorfälle (Anfeindungen, Übergriffe) erfahren bedarfsgerechte Unterstützung. 	Modell 1: 0,12*		
	Modell 2: 0,16**		
	Modell 3: 0,16***		
	Modell 4: 0,16***		
	Modell 5: 0,17***		
<ul style="list-style-type: none"> Kompetenzen der Bürger*innen Eine Vielzahl von Bürger*innen kann Erscheinungsformen von Rassismus (individuell, institutionell, strukturell) kritisch einordnen und diese im Bedarfsfall öffentlich thematisieren. 	Modell 1: 0,12*		
	Modell 2: 0,13**		
	Modell 3: 0,14***		
	Modell 4: 0,14**		
	Modell 5: 0,14***		
<ul style="list-style-type: none"> Teilhabe Betroffener Von Rassismen betroffene Menschen (bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen) artikulieren ihre Belange und nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil. 	Modell 1: 0,24***		
	Modell 2: 0,24***		
	Modell 3: 0,23***		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,23***		

ANTISEMITISMUS (→ KAPITEL 2.5.4)	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Kompetenzen Bürger*innen Eine Vielzahl von Bürger*innen verfügt über profunde und aktuelle Situationskenntnis zur (lokalen) Verbreitung antisemitischer Erscheinungsformen (z.B. sekundärer Antisemitismus etc.). 	Modell 1: 0,26***		
	Modell 2: 0,23***		
	Modell 3: 0,22***		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,22***		
<ul style="list-style-type: none"> Kontinuierliche Auseinandersetzung Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit Antisemitismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle. 	Modell 1: 0,28***		
	Modell 2: 0,30***		
	Modell 3: 0,30***		
	Modell 4: 0,29***		
	Modell 5: 0,30***		
<ul style="list-style-type: none"> Engagement organisierter Zivilgesellschaft Es existiert in zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen eine Vielzahl von engagierten Akteur*innen, die sich aktiv in die Auseinandersetzung mit aktuellen und historischen Erscheinungsformen von Antisemitismus einbringen. 	Modell 1: 0,17*		
	Modell 2: 0,17**		
	Modell 3: 0,17**		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,18**		
<ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung und Teilhabe Relevante politische Entscheidungsfindung und die lokale Bearbeitung antisemitischer Vorkommnisse erfolgen bedarfsorientiert und in Absprache mit jüdischen Organisationen und Jüdinnen*Juden. 	Modell 1: 0,22***		
	Modell 2: 0,23***		
	Modell 3: 0,22***		
	Modell 4: 0,26***		
	Modell 5: 0,23***		

Das Dunkelfeld – (noch) ungeprüfte Effekte in weiteren Phänomenbereichen

Somit ergeben sich insgesamt 20 positive Effekte, die im Nachgang an die geltungssichernden Verfahren der Triangulation als Wirkungen klassifiziert werden können. Sie umfassen vier der fünf geprüften Phänomenbereiche (Demokratieförderung, Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus) und erstrecken sich auf sämtliche Dimensionen demokratischer Resilienz, so dass die Partnerschaften für Demokratie auch angesichts der strengen Bewertungskriterien ein breites Wirkportfolio aufweisen. Ferner wurden 10 quantitative Effekte identifiziert, die aus forschungspragmatischen Gesichtspunkten keinen weiteren geltungssichernden Maßnahmen zugeführt werden konnten. Sie sind auf Grundlage des hier angelegten Kriteriensets zwar auf Evidenzstufe 1 zu verorten, jedoch dem noch (weitgehend) ungeprüften Wirkpotential der Partnerschaften für Demokratie zuzurechnen:¹¹⁴

114 Genauer ergaben die quantitativen Analysen (s. Kapitel 2.1) in den Bereichen Vielfaltförderung, Muslim*innenfeindlichkeit und LGBTQ-Feindlichkeit weitere 10 positive Effekte der Gruppenzugehörigkeit (Vergleichsgruppe bzw. Untersuchungsgruppe) bzw. der (Nicht-)Bearbeitung des entsprechenden Effekts durch die Partnerschaften für Demokratie. Mit Blick u.a. auf die der Wissenschaftlichen Begleitung zur Verfügung stehenden Ressourcen musste hier von einer weiterführenden Untersuchung in Form der qualitativen Vertiefung abgesehen werden. Entsprechend gibt es zwar aus statistischer Perspektive deutliche Hinweise in Richtung möglicher Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie, diese wurden jedoch keiner weiteren Form der Triangulation unterzogen.

VIELFALT FÖRDERUNG	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Aufklärung Bürger*innen Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich der diversen Lebensformen und Mehrfachzugehörigkeiten von Menschen aufgeklärt. 	Modell 1: 0,11*		
	Modell 2: 0,11*		
	Modell 3: 0,11**		
	Modell 4: 0,11*		
	Modell 5: 0,11*		
<ul style="list-style-type: none"> Positionierung politischer Akteur*innen Politische Akteur*innen positionieren sich sichtbar für gesellschaftliche Vielfalt und ein solidarisches Zusammenleben. 	Modell 1: 0,22***		
	Modell 2: 0,21***		
	Modell 3: 0,24***		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,22***		
<ul style="list-style-type: none"> Kompetenzen Verwaltung Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit der Diversität von Lebensformen kompetent (z.B. Diversity-, interkulturelle, interreligiöse Kompetenzen etc.). 	Modell 1: 0,15**		
	Modell 2: 0,14**		
	Modell 3: 0,15***		
	Modell 4: 0,13**		
	Modell 5: 0,15***		
<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung von Betroffenen Von Diskriminierung betroffenen Menschen und Gruppen werden Räume und Möglichkeiten bereitgestellt, um ihre Vorstellungen von Kultur und Identität selbstverständlich und öffentlich wahrnehmbar zu leben. 	Modell 1: 0,27***		
	Modell 2: 0,25***		
	Modell 3: 0,23***		
	Modell 4: 0,25***		
	Modell 5: 0,24***		
<ul style="list-style-type: none"> Engagement organisierter Zivilgesellschaft Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) setzt sich aktiv mit dem Themenfeld gesellschaftlicher Vielfaltförderung auseinander. 	Modell 1: 0,18**		
	Modell 2: 0,21***		
	Modell 3: 0,18***		
	Modell 4: 0,16***		
	Modell 5: 0,18***		
<ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung und Teilhabe Vertreter*innen von Diskriminierung betroffener Menschen und Gruppen sind in öffentlichen Ämtern, Institutionen, Einrichtungen und Vereinen bzw. allgemein sichtbaren Positionen repräsentiert. 	Modell 1: 0,24***		
	Modell 2: 0,23***		
	Modell 3: 0,20***		
	Modell 4: 0,21***		
	Modell 5: 0,21***		

MUSLIM*INNENFEINDLICHKEIT	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Positionierung staatlicher Akteur*innen Deutungsmächtige Akteur*innen aus Politik und Verwaltung positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslim*innen. 	Modell 1: 0,15*		
	Modell 2: 0,12*		
	Modell 3: 0,15**		
	Modell 4: 0,17***		
	Modell 5: 0,12*		

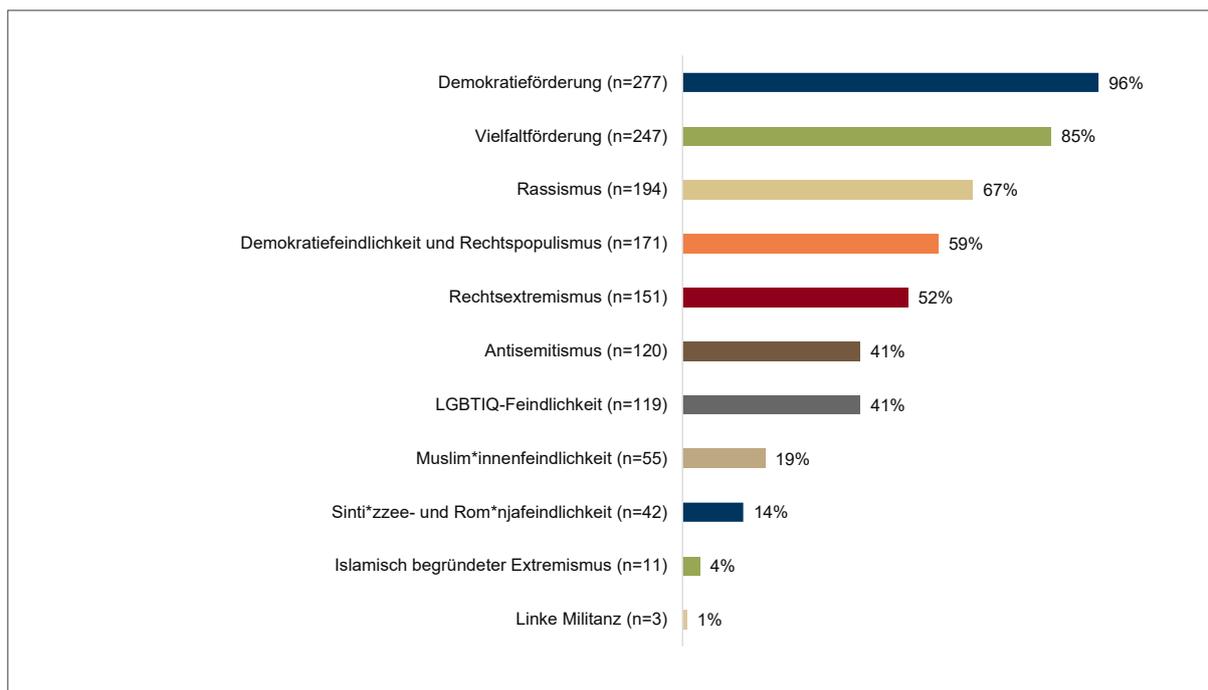
LGBTIQ-FEINDLICHKEIT	EFFEKTE	ATTRIBUTION	GELTUNGSSICHERUNG
<ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung und Teilhabe LGBTIQ-Selbstorganisationen sind umfassend in politische Entscheidungsprozesse zur Prävention von Homo- und Transfeindlichkeit eingebunden. 	Modell 1: 0,24***	<p>Zuschreibung Bedeutsame Effekte in 5 von 5 Modellen</p>	<p>Evidenzstufe 1 Voraussetzungen gar nicht erfüllt</p>
	Modell 2: 0,23***		
	Modell 3: 0,22***		
	Modell 4: 0,21***		
	Modell 5: 0,22***		
<ul style="list-style-type: none"> Kontinuierliche Auseinandersetzung Die lokale Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen mit LGBTIQ-Feindlichkeit erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf einzelne Vorfälle. 	Modell 1: 0,19*	<p>Zuschreibung Bedeutsame Effekte in 5 von 5 Modellen</p>	<p>Evidenzstufe 1 Voraussetzungen gar nicht erfüllt</p>
	Modell 2: 0,18**		
	Modell 3: 0,17**		
	Modell 4: 0,22***		
	Modell 5: 0,17**		
<ul style="list-style-type: none"> Positionierung staatlicher Akteur*innen Deutungsmächtige Akteur*innen aus Politik und Verwaltung positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von LGBTIQ-Personen. 	Modell 1: 0,17*	<p>Zuschreibung Bedeutsame Effekte in 5 von 5 Modellen</p>	<p>Evidenzstufe 1 Voraussetzungen gar nicht erfüllt</p>
	Modell 2: 0,16*		
	Modell 3: 0,13*		
	Modell 4: 0,18***		
	Modell 5: 0,13*		

2.3 Eine (längere) Antwort auf die Wirkungsfrage

Die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie setzen sich bundesweit für ein Zusammenleben in Vielfalt ein. Urban geprägte, großstädtischen Regionen sind dabei ebenso Gebietskulissen ihres Engagements wie dünn besiedelte Flächenlandkreise. Die sozialräumlichen Kontexte unterscheiden sich deutlich u.a. hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Prosperität und der infrastrukturellen Ausstattung, hinsichtlich der demographischen Zusammensetzung, den Einkommen oder auch den Wanderungsbewegungen ihrer Bevölkerung. Hiermit verbunden sind lokalspezifische Ausformungen programmrelevanter Problemlagen und den zu ihrer Adressierung vorhandenen Ressourcen.¹¹⁵ Um sich ausreichend flexibel auf solche standortbezogenen Herausforderungen wie auch auf gesamtgesellschaftliche Dynamiken (z.B. Krisen) ausrichten zu können, gewährt die Programmsteuerung den kooperativen Förderarrangements umfangreiche Entscheidungsfreiheiten in der inhaltlichen Ausrichtung. Die Akteur*innen nutzen diese Spielräume und fokussieren wie schon in den vorangegangenen Förderperioden vorrangig den inhaltlichen Nukleus von „Demokratie leben!“ um die Phänomenbereiche Demokratieförderung, Vielfaltförderung etc. (vgl. Abb. 8).

115 So bildet ein aktives Vereinsleben mancherorts den Kristallisationskern selbstbestimmten Gestaltungswillens und eignet sich als Anknüpfungspunkt der Förderung demokratischen Engagements, andernorts steht die niedrige Ausstattung der Förderregion mit sozialem Kapital einer umfassenden Aktivierung entgegen. Und auch die demokratie- bzw. menschenfeindlichen Phänomene nehmen vielfältige Erscheinungsformen an, die zudem ungleich über das Bundesgebiet verteilt sind (vgl. Becker et al. 2024)

Abbildung 8: Adressierte Phänomenbereiche 2021 - 2023¹¹⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 in Prozent (N = 290).

Überdies werden in Abhängigkeit des jeweiligen Problemdrucks Relevanzsetzungen in Richtung virulenter Themen vorgenommen (Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Rassismus, Rechtsextremismus und LGBTIQ-Feindlichkeit), so dass in der Gesamtschau die inhaltliche Kontinuität einerseits sowie das hohe responsive bzw. adaptive Potential andererseits als Kernmerkmale der inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung herauszustellen sind.¹¹⁷ In der konkreten Bearbeitung der gewählten Politikfelder konzentrieren sich die Partnerschaften auf eine Vielzahl von Stellschrauben. Sie versuchen Einfluss auf die Situation vor Ort zu nehmen, indem sie auf die jeweiligen Problemlagen abgestimmte Handlungsstrategien entwickeln und diese über mehrere Interventionen realisieren. Zudem wirken sie als netzwerkartiger Verbund aus Engagierten auch über die Förderung von Einzelmaßnahmen hinaus. Hieraus ergibt sich eine enorme Heterogenität der konkreten Praxis, so dass ihre empirische Analyse eine umfassende Systematisierung voraussetzt. Unter Rückgriff auf ausgewählte Überlegungen der Resilienzforschung haben die Mitarbeitenden des ISS deshalb eine theoretisch fundierte Strukturierung möglicher Situationsveränderungen erarbeitet und dabei insgesamt neun wiederkehrende „Dimensionen“ identifiziert (→ Kap. 1.2.1, 2.6.1). Sie lassen sich mit gegenstandsbezogenen Konkretisierungen auf sämtliche Arbeitsschwerpunkte anwenden und

116 → Tab. 4. Oftmals ausgehend von Problem- und Ressourcenanalysen fokussieren die Partnerschaften je nach regional-spezifischen Erfordernissen unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. Dabei hat sich eine Kategorisierung dieser Schwerpunkte entlang der dargestellten Phänomenbereiche bewährt. Die obigen Befunde bilden die Angaben der Befragten auf die folgende Frage ab: „In welchen der nachfolgend genannten Bereiche wurden durch die Arbeit in Ihrer Partnerschaft für Demokratie im Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum heutigen Tag zeitweise oder durchgehend Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt?“.

117 Der Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Problemdruck und der Wahl der Arbeitsschwerpunkte lässt sich auch statistisch etwa über Rangkorrelationsanalysen darstellen. Hierzu müssen bei der Nutzung von Spearmans Rho die nominal skalierten Daten der Arbeitsschwerpunkte in Form von Dummy-Variablen recodiert und im Sinne von Rangkorrelationen gedeutet werden. Der wahrgenommene Problemdruck korreliert demnach signifikant mit der (Nicht-)Bearbeitung von Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus ($r_s=0,12$, $p<0,05$, $n=290$), Rassismus ($r_s=0,12$, $p<0,05$, $n=290$), Rechtsextremismus ($r_s=0,22$, $p<0,001$, $n=290$) sowie LGBTIQ-Feindlichkeit ($r_s=0,18$, $p<0,01$, $n=290$). Dabei handelt es sich in Anlehnung an Cohen (1992) um schwache Effekte. Hinsichtlich Demokratie- ($r_s=-0,04$, $p=n.s.$, $n=290$) und Vielfaltförderung ($r_s=-0,11$, $p=n.s.$, $n=290$) finden sich demgegenüber keine signifikanten Effekte (→ Tab. 5).

bilden gemeinsam die Grundlage der Auseinandersetzung mit dem Wirkpotential der Partnerschaften:

- **Situationswissen** der Bürger*innen
- **Sensibilität und Kompetenzen** der Bürger*innen
- **Engagement** politischer Akteur*innen
- **Knowhow** der Verwaltung
- **Unterstützung** von Betroffenen
- Zivilgesellschaftliches **Engagement**
- **Nachhaltigkeit** bzw. Kontinuität
- Gemeinsame **Zielperspektiven**
- **Mitbestimmung** und Teilhabe

Eine erste deskriptive Annäherung an die Ansatzpunkte der Kooperationsarrangements zeigt dabei zunächst eine breite Bezugnahme auf die explizierten Wirkungsbereiche. Denn im Untersuchungszeitraum wurden die neun dargestellten Dimensionen sämtlich von mindestens einem Drittel der jeweilig in den einzelnen Phänomenbereichen aktiven Partnerschaften adressiert (→ Abb. 9). Zugleich lassen die Ergebnisse der quantitativen Befragung deutliche Gewichtungen erkennen. So wird die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements übergreifend besonders häufig zum Motiv der Bestrebungen und auch die Einigkeit der Zielperspektiven sowie eine gewisse Konstanz in der Auseinandersetzung mit den Phänomenen sind prominente Bestandteile des Portfolios der Partnerschaften. Seltener werden die mit staatlichen Akteur*innen verknüpften Aspekte zu Fokuspunkten der Bemühungen.

Abbildung 9: Relevanzsetzungen der Partnerschaften für Demokratie 2021 - 2023¹¹⁸

	DEMOKRATIE-FÖRDERUNG (n=277)	VIELFALT-FÖRDERUNG (n=247)	RASSISMUS (n=194)	DEMOKRATIE-FEINDLICHKEIT UND RECHTS-POPULISMUS (n=171)	RECHTS-EXTREMISMUS (n=151)	ANTI-SEMITISMUS (n=120)
Situationswissen der Bürger*innen	46	66	68	77	80	83
Sensibilität und Kompetenzen der Bürger*innen	60	62	58	64	56	56
Engagement politischer Akteur*innen	56	56	59	53	68	54
Knowhow der Verwaltung	38	42	37	42	50	35
Unterstützung von Betroffenen	42	51	47	42	56	36

118 → Tab. 6. Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf die sechs hier aufgeführten Phänomenbereiche. Mit Blick auf forschungspragmatische Gesichtspunkte bzw. die zur Verfügung stehenden Ressourcen musste eine Auswahl aus den ursprünglichen Phänomenen für die vertiefenden Analysen getroffen werden. In Rücksprache mit der Programmsteuerung wurden u.a. in Bezug auf die Häufigkeit ihrer Adressierung zunächst die Schwerpunkte Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Rechtsextremismus sowie Antisemitismus ausgewählt. Angesichts der Anzahl an quantitativen Effekten im Rahmen der multiplen Regressionen musste zudem von vertiefenden geltungssichernden Verfahren im Schwerpunkt Vielfaltförderung abgesehen werden, so dass etwaige Befunde hier auf der Evidenzstufe 1 zu verorten sind.

Zivilgesellschaftliches Engagement	84	82	55	68	77	71
Nachhaltigkeit bzw. Kontinuität	69	58	71	62	69	66
Gemeinsame Zielperspektiven	72	67	74	67	57	69
Mitbestimmung und Teilhabe	62	31	42	36	32	34

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Prozent (2023) (n=290). Die Prozentuierungsbasis bilden jeweils die Anzahlen der Partnerschaften für Demokratie, welche den Schwerpunkt bearbeitet haben.

Über diese beschreibenden Ausführungen hinausgehend lassen sich zweitens Muster entlang der phänomenbereichsspezifischen Ausrichtungen erkennen. Hier zeichnet sich u.a. ab, dass die (Fort-)Entwicklung von Situationswissen verstärkt in der Bearbeitung demokratie- und menschenfeindlicher bzw. vielfaltablehnender Phänomene in den Blick gerät und vielerorts zum Instrumentarium einer wachsamem Auseinandersetzung mit den virulenten Bedrohungen zählt (Antisemitismus, Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus), wohingegen die Aktivierung des dritten Sektors besonders in den positiv konnotierten, auf Förderung ausgelegten Themenfeldern hervortritt (Demokratie- und Vielfaltförderung).

2.4 Entwicklungen in den Untersuchungs- und Vergleichsgruppen

Konturieren diese Relevanzsetzungen die konzeptionelle Ausrichtung der Partnerschaften, lassen sie sich zugleich als Grundlage einer vertiefenden Wirkungsanalyse nutzen und derart die Entwicklungen im Untersuchungszeitraum nochmals nuancierter nachzeichnen als bisher geschehen. So hat die übergeordnete Analyse verdeutlicht, dass die demokratische Widerstandsfähigkeit nach dem Dafürhalten der befragten Akteur*innen überwiegend von Konstanz geprägt ist, bzw. sich im Sinne der Ziele des Bundesprogramms wenig wünschenswert (d.h. rückläufig) entwickelt hat (→ Kap. 1.2.2). Diese Ergebnisse überraschen keineswegs und weisen eine hohe Passung zu den allgemeinen Befunden empirischer Studien bzw. gesellschaftlicher Diagnosen der jüngeren Vergangenheit auf.¹¹⁹ Zugleich bilden solch einfache Vorher-Nachher-Vergleiche lediglich Veränderungen über die Zeit, nicht aber das Kontrafaktische (s.o.) als essenziellen Bestandteil kausaler Attributionen ab. In statistischer Hinsicht kann eine derartige Kombination aus Zeit- (Vorher vs. Nachher) und Gruppenvergleich (Vergleichsgruppe vs. Untersuchungsgruppe) unter anderem anhand der double-difference-Methode bzw. der Berechnung von Differenzen-in-Differenzen-Schätzungen abgebildet werden.¹²⁰ Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind in Abbildung 10 einzusehen¹²¹ und legen in 51 der 54

119 Vgl. Zick/Mokros 2023; Mullis 2024.

120 Genauer werden die „Wirkungen“ hier jeweils errechnet aus den Differenzen zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppe nach der Maßnahme (T2) subtrahiert um die Differenzen zwischen Untersuchungs- und Kontrollgruppe vor der Maßnahme (T1). Der Koeffizient gibt an, um wie viel sich der durchschnittliche Wert in der Untersuchungsgruppe im betrachteten Zeitraum verändert hat, verglichen mit dem, was mit der gleichen Gruppe geschehen wäre, wenn die Intervention (hier: Relevanzsetzung) nicht stattgefunden hätte, sprich, das Arbeitsziel nicht verfolgt worden wäre. Aus Gründen, die im Folgenden weiter ausgeführt werden, kann an dieser Stelle jedoch noch nicht von „Wirkungen“ im Sinne einer kausalen Attribution die Rede sein. Vielmehr gilt es, systematische Gruppenunterschiede und u.a. weitere Störgrößen angemessen zu bedenken.

121 In Abbildung 10 werden die Angaben der 290 befragten Koordinator*innen des Wirkungssamples dargestellt. Sie sind differenziert nach Phänomenbereich (Spalten) und den jeweiligen Resilienzdimensionen (Zeilen). In den Feldern „Untersuchungsgruppe (t2-t1)“ und Vergleichsgruppe (t2-t1)“ finden sich die jeweiligen Mittelwertdifferenzen errechnet aus der Subtraktion der Angaben aus t2 minus der Angaben aus t1. In den Feldern „Differenz-in-Differenzen“ sind die jeweiligen DiD-Schätzer abgetragen. Diese Werte werden im vorliegenden Kapitel exemplarisch dargestellt und sowohl graphisch wie auch textlich erläutert. Die mit einem Sternchen markierten DiD-Schätzer in der Abbildung sind mindestens auf dem 0,05 %-Niveau signifikant.

dargestellten Aspekte Entwicklungen nahe, die in den Regionen der Untersuchungsgruppe wünschenswerter verliefen, als in jenen der Vergleichsgruppen. In 22 Fällen sind diese Unterschiede zudem signifikant und können somit gegen den Zufall abgesichert werden.

Abbildung 10: Verlauf der Situationseinschätzungen nach Untersuchungs- und Vergleichsgruppen (Differenz-der-Differenzen)¹²²

		DEMOKRATIE-FÖRDERUNG	VIELFALT-FÖRDERUNG	RASSISMUS	DEMOKRATIE-FEINDLICHKEIT UND RECHTSPÖPULISMUS	RECHTS-EXTREMISMUS	ANTI-SEMITISMUS
Situationswissen der Bürger*innen	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,2	-0,4	-0,1	-0,2	-0,3
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	-0,3	-0,1	0,0	-0,2	-0,1	-0,1
	Differenz-in-Differenzen	-0,1	0,1	0,4*	-0,1	0,1	0,2
Sensibilität und Kompetenzen der Bürger*innen	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,0	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	0,1
	Differenz-in-Differenzen	0,1	0,1	0,3	0,0	0,1	0,2
Engagement politischer Akteur*innen	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,4	-0,4	-0,3	-0,5	-0,3
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,3	-0,2
	Differenz-in-Differenzen	0,2	0,3*	0,3*	0,2	0,2	0,1
Knowhow der Verwaltung	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,2	-0,2	-0,3	-0,4	-0,2
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,1	0,2	0,2	0,0	0,2	0,0
	Differenz-in-Differenzen	0,3	0,3*	0,4*	0,3	0,5*	0,2
Beteiligungschancen bzw. Unterstützung von Betroffenen	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2	-0,4	-0,2
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,0	0,2	0,0	-0,1	-0,2	0,0
	Differenz-in-Differenzen	0,4*	0,4*	0,2	0,1	0,3	0,2
Zivilgesellschaftliches Engagement	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,1	-0,1	-0,3	0,1	-0,3	-0,2
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,4	0,1	0,1	0,2	-0,1	0,3
	Differenz-in-Differenzen	0,5*	0,2	0,4*	0,1	0,2	0,4*
Nachhaltigkeit bzw. Kontinuität	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,3	-0,2	0,0	-0,3	-0,1
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,1	-0,7	0,1	0,1	-0,1	0,4
	Differenz-in-Differenzen	0,3*	-0,4*	0,3*	0,1	0,2	0,5*
Gemeinsame Zielperspektiven	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,3	-0,4	-0,2	-0,2	-0,2
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,1
	Differenz-in-Differenzen	0,2	0,3*	0,5*	0,1	0,1	0,3
Mitbestimmung und Teilhabe	Vergleichsgruppe (t2-t1)	-0,2	-0,2	-0,3	0,0	-0,2	-0,2
	Untersuchungsgruppe (t2-t1)	0,3	0,3	0,3	0,0	0,2	0,2
	Differenz-in-Differenzen	0,5*	0,5*	0,6*	0,0	0,4*	0,5*

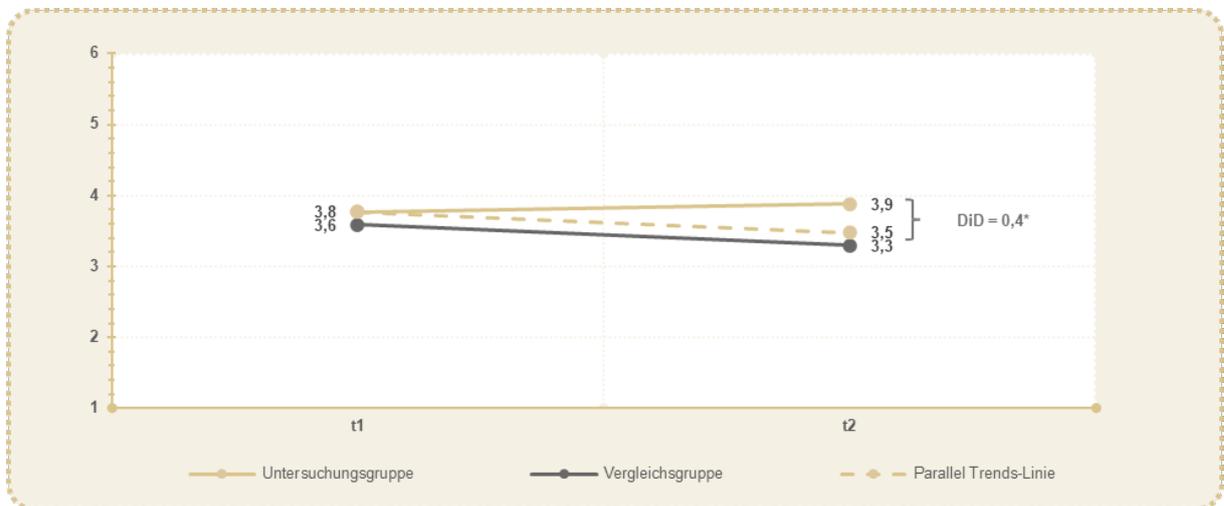
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Prozent (2023) (n=290). In den Zeilen finden sich jeweils die durchschnittlichen Differenzen der Eingangs- und Ausgangserhebung (T2-T1) für die Untersuchungs- und Vergleichsgruppen sowie die Differenz-in-Differenzen-Schätzer zwischen beiden Gruppen. *Mindestens auf dem 0,05 % Niveau signifikant.

122 → Tab. 7- 18.

Was-wäre-wenn: Wünschenswerte(re) Entwicklungen in den Untersuchungsgruppen

Werden die Veränderungen in den Situationswahrnehmungen entlang der spezifischen Problembereiche betrachtet, ergeben sich aus übergeordneter Perspektive insbesondere hinsichtlich des Rassismus gegenläufige Entwicklungen zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppen (→ Abb. 10). So lassen die Expert*inneneinschätzungen der Letztgenannten in sämtlichen Teilaspekten (Mittelwertdifferenzen: Minimum = -0,2; Maximum = -0,4) leichte Verschlechterungen, jene der Untersuchungsgruppen indes mindestens Stabilisierungen bis hin zu einer durchschnittlichen Verbesserung um gut einem halben Skaleneinheit (Mittelwertdifferenzen: Minimum = 0,0; Maximum = 0,6) erkennen.¹²³ Abbildung 11 veranschaulicht diese Befunde exemplarisch am Beispiel der Beurteilungen des Engagements der Zivilgesellschaft.¹²⁴

Abbildung 11: Differenz der Differenzen – Engagement Zivilgesellschaft (Rassismus)¹²⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 in Prozent (N = 290).

Hier stellen die durchgezogenen Linien jeweils die durchschnittlichen Angaben der quantitativ befragten Akteur*innen zu den Erhebungszeitpunkten t1 (2021) und t2 (2023) dar. Die unterbrochene Linie bildet indes „das Kontrafaktische“ ab (→ Kap. 2.1). Unter der Annahme paralleler Trends¹²⁶ wird demnach die Entwicklung der Vergleichsgruppe (3,6 – 3,3 = 0,3) als Maßstab genutzt und an den Ausgangswert der Untersuchungsgruppe (3,8)¹²⁷ angelegt. Die

123 In der Konsequenz finden sich sieben signifikante DiD-Schätzer mit positiven Beträgen.

124 Die drei Abbildungen in diesem Abschnitt stellen exemplarisch die Expert*inneneinschätzungen zu drei Aspekten der phänomenspezifischen Auseinandersetzung in den Förderregionen dar und dienen der Veranschaulichung möglicher Entwicklungsverläufe. Sie gelten nicht stellvertretend für den jeweiligen Phänomenbereich, sondern beinhalten lediglich die Informationen zu den drei Aspekten. Mit Blick auf die Vielzahl an untersuchten Einschätzungen (64) wird von einer umfassenderen grafischen Darstellung der in Tabelle 7 bis 22 abgetragenen Befunde abgesehen.

125 → Tab. 13 und 14. Die Abbildung veranschaulicht eine (relativ) konstante Entwicklung in der Untersuchungsgruppe bei zugleich negativer Entwicklung in der Vergleichsgruppe.

126 Diese „parallel trends assumption“ ist zentraler Bestandteil der Differenz-der-Differenzen-Ansätze. Sie besagt, dass die Entwicklungen zwischen den Messzeitpunkten ohne Treatment in den Vergleichs- und Untersuchungsgruppen annähernd gleich verlaufen würde, sich also parallele Trends ergeben hätten.

127 Die hier in Klammern aufgeführten Werte dienen der Veranschaulichung und sind gerundet, so dass sich an manchen Stellen leichte Abweichungen (0,1) in den Berechnungen ergeben. Die Zahlengrundlage findet sich im Anhang.

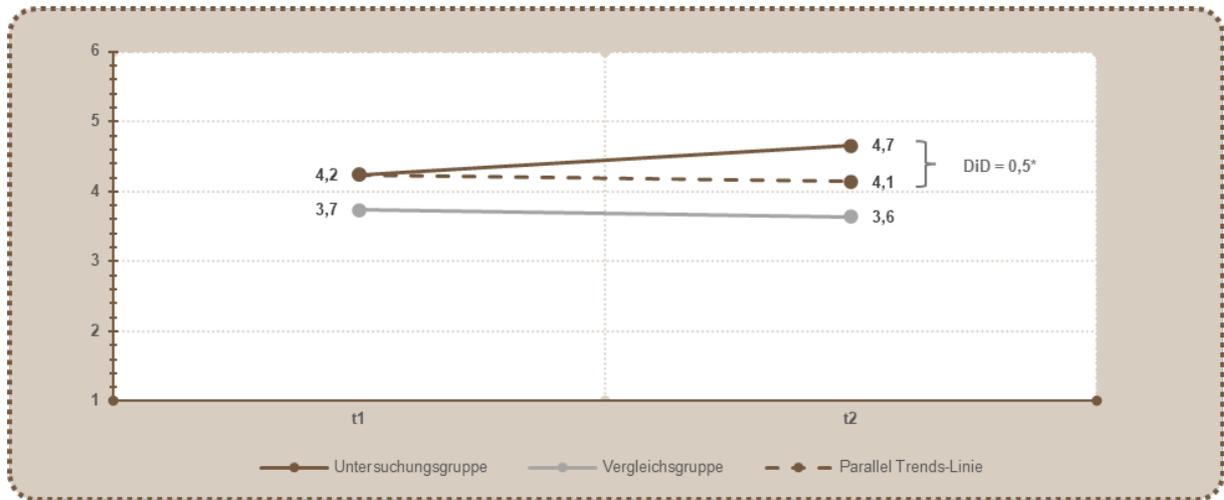
Differenz dient schließlich als Grundlage für die Berechnung des DiD-Schätzers, der hier einen Wert von 0,4 aufweist und somit auf eine im Programmsinne wünschenswerte Entwicklung der Expert*inneneinschätzungen aus den Untersuchungsgruppen um 4/10 eines Skalenpunktes im Gegensatz zu einer hypothetischen Konstellation ohne Partnerschaften für Demokratie ausweist ($t_2 = 3,5$ vs. 3,9).¹²⁸

Ähnlich zu den Ergebnissen im Phänomenbereich Rassismus können die Ergebnisse für Demokratie- (vier signifikante DiD-Schätzer mit positivem Betrag) und Vielfaltförderung (fünf signifikante DiD-Schätzer mit positivem Betrag, einer mit negativem Betrag) interpretiert werden. Hier finden sich mit zwei Ausnahmen Verläufe, die auf eine (etwas) geringer ausgeprägte Erosion bzw. stärkere Stabilisierung oder gar Verbesserung in den Untersuchungsgruppen hindeuten. Dabei bildet die Nachhaltigkeit des Engagements hinsichtlich der Vielfaltförderung insofern eine Besonderheit, als dass die Erhebungen den einzigen Befund zeitigen, der auf eine auch im Vergleich negative Entwicklung in den Untersuchungsgruppen hinweist. Von geringerer Eindeutigkeit sind demgegenüber die Ergebnisse hinsichtlich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, so dass etwaige Befunde durchgehend im statistischen Rauschen untergehen. In den weiteren abgebildeten Phänomenbereichen treten die positiven Veränderungen indes wieder etwas klarer hervor und lassen erneut (im Vergleich) wünschenswerte Entwicklungen in den Förderregionen der Untersuchungsgruppe erkennen.¹²⁹

128 Der Betrag von 0,4 deutet darauf hin, dass sich die durchschnittliche Situationseinschätzung im Zeitverlauf innerhalb der Untersuchungsgruppe zwar nur um 1/10 eines Skalenpunktes verbessert hat ($t_1 = 3,8$; $t_2 = 3,9$). Unter Beachtung der (hier negativen) Entwicklung der Vergleichsgruppe ($t_1 = 3,6$; $t_2 = 3,3$) wäre indes ohne das Treatment eine Verschlechterung um ca. 3/10 eines Skalenpunktes anzunehmen. Mit anderen Worten lautet die Antwort auf die Frage „Was-wäre-wenn“: 3,5. Denn diesen Schätzungen nach hätte sich die Bewertung der Situation in der Untersuchungsgruppe von ursprünglich 3,8 auf 3,5 verschlechtert. Etwaige Diskrepanzen zwischen Darstellung und Berechnungen ergeben sich aus Rundungen. Streng genommen bezieht sich die hypothetische Welt hier nicht auf einen Zustand ohne Partnerschaften, sondern auf einen solchen, in dem die Partnerschaften zwar existieren, nicht aber den Zielbereich adressiert haben. Somit fokussieren die Ergebnisse auf die Wirkungen des inhaltlichen Fokus der Partnerschaften für Demokratie. Effekte, die mit ihrer Implementierung einhergehen, sind Gegenstand der weiteren Kapitel.

129 Hinsichtlich des Rechtsextremismus ergeben sich zwei signifikante DiD-Schätzer mit positiven Beträgen, hinsichtlich des Antisemitismus sind es drei signifikante DiD-Schätzer mit positiven Beträgen.

Abbildung 12: Differenz der Differenzen – Kontinuität der Auseinandersetzung (Antisemitismus)¹³⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 in Prozent (N = 290).

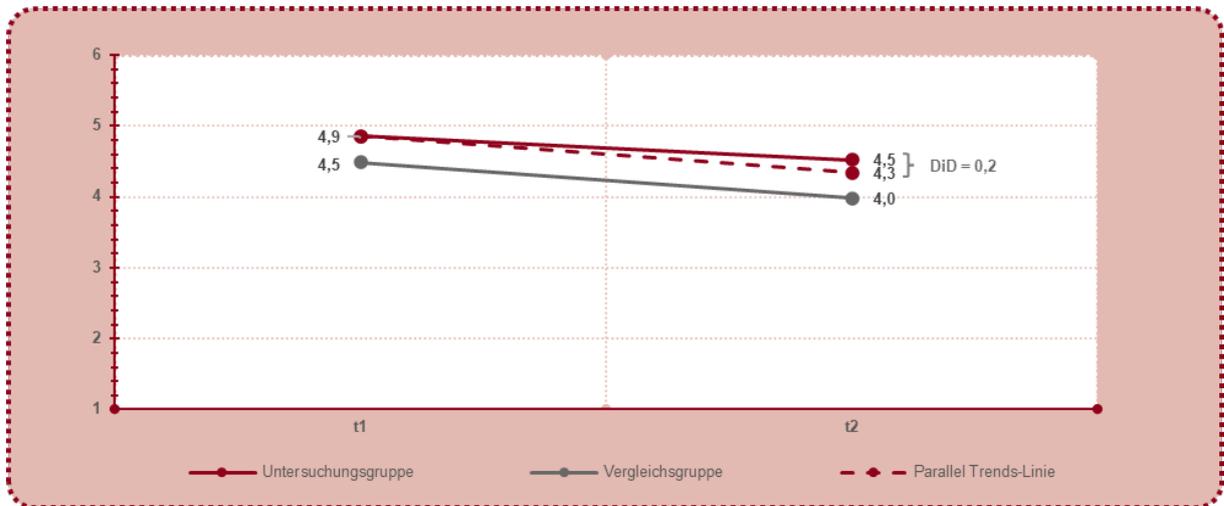
In der Gesamtschau entwickeln sich die Situationswahrnehmungen in Regionen, in denen Partnerschaften spezifische Aspekte der demokratischen Auseinandersetzung mit programmrelevanten Themen zum Gegenstand ihrer Bemühungen machen, also besser als in solchen, in denen dies nicht der Fall ist. So bewahren die demokratischen Kräfte den Herausforderungen der mittleren Vergangenheit zum Trotz nicht nur eine gewisse Widerstandsfähigkeit, diese entwickelt sich dort wo sie gezielt gestärkt wird oftmals auch fort. Nun können diese Muster in den Veränderungen zwar durchaus als erste Hinweise und auch als Grundlage für die Einstufung etwaiger Effekte dienen (z.B. „Beitrag zur Stabilisierung der Situation“ oder „Beitrag zu Verbesserung der Situation“), zugleich steht eine Antwort auf die Frage, inwiefern diese ursächlich auf die Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sind, nach wie vor aus.¹³¹ Sie ist Gegenstand der kommenden Abschnitte und wird unter Nutzung des oben (→ Kap. 2.1) eingeführten Kriteriensets¹³² adressiert.

¹³⁰ → Tab. 15 und 16. Die Abbildung veranschaulicht eine (relativ) positive in der Entwicklung in der Untersuchungsgruppe bei zugleich (relativ) konstanter Entwicklung in der Vergleichsgruppe.

¹³¹ So wurde die Zugehörigkeit zur Vergleichs- bzw. Untersuchungsgruppe nicht etwa zufällig, sondern über eine Selbstzuweisung der Förderstandorte festgelegt. Hiermit einher gehen potenziell systematische Gruppenunterschiede (z.B. hinsichtlich leistungsrelevanter Merkmale der Partnerschaften, Merkmale der Förderregionen etc.), welche die Validität der kausalen Zuschreibung von Veränderungen auf einen Stimulus einschränken. Hinzu kommt, dass diese Quasiexperimente keineswegs in kontrollierter Umgebung, das heißt in Laboren durchgeführt und somit Störgrößen bzw. Alternativerklärungen (z.B. hinsichtlich zentraler Ereignisse außerhalb des Einflussraums der Partnerschaften) ohne weitere Maßnahmen ausgeschlossen werden konnten. Um nun die Gleichheit der Gruppen herzustellen und die weiteren Bedrohungen der internen Validität zu adressieren, wurden deshalb statistische Kontrollen durchgeführt und überdies weitere Maßnahmen der Geltungssicherung in das Untersuchungsdesign eingepflegt (→ Kap. 2.1). Eine Möglichkeit stellen (Propensity-Score-)Matching-Verfahren dar. Diese weisen einerseits den Vorteil auf, dass unter Akzeptanz der Annahme paralleler Trends schon die DiD-Schätzer für eine Wirkungsanalyse interpretiert werden können. Andererseits war es im hier relevanten Setting nicht möglich diese Annahme zu prüfen und auch die für die Partnerschaften besonders relevante Störung interner Validität durch Ereignisse (z.B. Krieg, Zuwanderung etc.), welche die Untersuchungs- und Vergleichsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß beeinflussen, sprachen für andere Formen der statistischen Kontrolle.

¹³² Mit Blick auf die ausgesprochene Heterogenität der Partnerschaften für Demokratie hinsichtlich ihrer Zielstellungen bzw. potentieller Wirkungen, wurde in Absprache mit den Programmgebenden Akteur*innen eine Vorauswahl der vertiefend quantitativ zu untersuchenden Schwerpunkte getroffen. Hierbei handelt es sich um Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Demokratiefreundlichkeit und Rechtspopulismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Aufgrund der hohen Anzahl quantitativer Effekte und dem zugleich strengen Design zur Geltungssicherung konnten aus forschungspragmatischen Gesichtspunkten keine entsprechenden Verfahren bezüglich der Vielfaltförderung durchgeführt werden.

Abbildung 13: Differenz der Differenzen – Engagement politischer Akteur*innen (Rechtsextremismus)¹³³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 in Prozent (N = 290)

133 → Tab. 17 und 18. Die Abbildung veranschaulicht eine (relativ) negative Entwicklung in der Untersuchungsgruppe bei zugleich (relativ) negativer Entwicklung in der Vergleichsgruppe.

2.5 Wirkungen entlang einzelner Phänomenbereiche

Partnerschaften für Demokratie sind kontextsensible Zusammenschlüsse aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Sie fungieren als Seismografen gesellschaftlicher Veränderungen und geben Hinweise über die Virulenz aktueller Problemlagen. Derart zeichnen sie nicht nur ein Bild kommunaler Verfasstheiten, sondern weisen einen hohen Problembezug (→ Kap. 2.3) in der Bearbeitung lokaler Herausforderungen auf. Zugleich sind sie mit ihren vielfältigen Wirkkanälen dazu im Stande, die Lage vor Ort sowohl zu beobachten als auch aktiv mitzugestalten. Vor diesem Hintergrund legen die Situationseinschätzungen der befragten Expert*innen oftmals wünschenswertere Entwicklungen im Sinne der Programmziele in den Förderregionen der Untersuchungsgruppen nahe als in jenen der Vergleichsgruppen (→ Kap. 2.4). Birgt dieser Befund bereits die Erkenntnis, dass mit den sich verschärfenden Herausforderungen keine flächendeckende Erosion der demokratischen Widerstandsfähigkeit einhergeht, sondern diese dem gesamtgesellschaftlichen Trend zum Trotz bisweilen erstarkt, so geben erst die kommenden Kapitel Aufschluss darüber, inwieweit dies mit den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in Zusammenhang steht.

Die Darstellung fokussiert dabei auf vier Phänomenbereiche („Demokratieförderung“, „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus“, „Rassismus“ und „Antisemitismus“) für die solche Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie im Sinne der oben (→ Kap. 2.1) eingeführten Definition valide nachgewiesen worden sind. Zudem stehen insbesondere die verstehenden Elemente im Mittelpunkt der textlichen Darstellung. Die empirisch-quantitative Grundlage findet sich jeweils am Beginn der Abschnitte zusammenfassend abgebildet.

2.5.1 Demokratieförderung

Die Demokratie gerät in Deutschland zunehmend unter Druck.¹³⁴ Es bestehen Probleme politischer Repräsentation,¹³⁵ zugleich belegen Studien einen zunehmenden Vertrauensverlust der Bürger*innen in das Regierungssystem und seine Institutionen.¹³⁶ Aber auch unabhängig von solchen Krisen ist „Demokratie“ kein Zustand, der einmal erreicht als selbstverständlich angesehen werden kann. Sie ist vielmehr ein Prozess, der sich auf die Weiterentwicklungen des institutionellen Arrangements bezieht, vor allem aber die Bürger*innen selbst als dessen Fundament berücksichtigen muss. Denn demokratische Werte und Einstellungen müssen zunächst internalisiert, die notwendigen Kompetenzen erworben werden, damit ihre Subjekte zu mündigen Bürger*innen heranwachsen. Demokrat*innen werden in diesem Sinne nicht geboren, sondern sozialisiert und befähigt – oder mit anderen Worten: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ (Oskar Negt).¹³⁷ In der Konsequenz ist auch die

134 Laut einer Befragung des DeZIM aus dem Frühjahr 2023 stimmten 79,9 % und somit knapp vier von fünf Personen in Deutschland der Aussage zu, dass die Demokratie in Deutschland stärker angegriffen wird als vor 5 Jahren (vgl. Kleist et al. 2023, S. 3).

135 Dies betrifft eine soziostrukturell ungleiche Teilnahme an politischen Wahlen (vgl. Schäfer 2010), aber auch die ungleiche Thematisierung und Umsetzung politischer Präferenzen benachteiligter Gruppen (vgl. Elsässer 2018).

136 Vgl. Zick/Mokros 2023. Dort wird auch eine damit verbundene Zunahme rechtsextremer Einstellungen diagnostiziert, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen.

137 Negt 2004, S. 197. Bohn/Saßmannshausen (2017, S. 11) formulieren dies wie folgt: Mündige Bürger*innen, die die demokratischen Institutionen mitgestalten und kritisch weiterentwickeln können, sind das Ergebnis von Prozessen des Erlernens und Erlebens und dafür benötigen sie einen Kontext mit realen „Beteiligungsbedingungen, die einen Möglichkeitsraum für die Herausbildung einer bürgerschaftlichen Identität schaffen“ (Bohn/Saßmannshausen 2017, S. 11).

Passung von politischer Kultur zu politischem System in ihrer Bedeutung für die Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenlebens niemals für immer gegeben, sondern sollte in beide Richtungen zum Gegenstand intensiver Bemühungen werden.

Unter der Überschrift „Demokratieförderung“ nehmen sich die Partnerschaften für Demokratie dieser Daueraufgabe an. Dabei zielen ihre Akteur*innen zum einen direkt auf die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Regierungs- und Lebensform, indem sie ihre Werte erlebbar machen, indem sie Gelegenheiten zum praktischen Einüben relevanter Kompetenzen eröffnen oder indem sie die Anerkennung demokratischer Verfahren stützen.¹³⁸ Dafür richten sie ihr Tun etwa auf die Schaffung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Einbindung vielfältiger und besonders benachteiligter Zielgruppen oder auf die Kompetenzentwicklung der Verwaltung zu Fragen der lokalen Demokratieentwicklung aus. Demokratieförderung als Arbeiten am Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens erscheint zum anderen als positive Wendung von Ansätzen, die explizit auf die Stärkung der kommunalen Widerstandsfähigkeit abheben. Wenn es darum geht, demokratische Strukturen, Kulturen und Praktiken aufrechtzuerhalten und demokratiefeindliche Raumnahmeversuche einzuhegen, kann Demokratieförderung als anschlussfähiges Narrativ dienen, hinter dem sich die vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen erfolgreicher aktivieren lassen als in der Einnahme von „Gegenpositionen“. Vor dieser Folie wird nicht nur eine übergreifende Engagementförderung bei politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen adressiert, sondern auch über die Vernetzung relevanter Akteur*innen vor Ort an der Schaffung nachhaltiger Strukturen der kommunalen Demokratieförderung gearbeitet.

In seiner Relevanz ebenso wie in seiner Vielfältigkeit zählt der Schwerpunkt Demokratieförderung demnach nicht nur zum thematischen Kern des Bundesprogramms, sondern ist überdies der mit Abstand am häufigsten adressierte Phänomenbereich: Die Koordinator*innen von 96 % (277 von 290) aller im Wirkungssample befindlichen Partnerschaften für Demokratie geben an, in diesem Bereich seit dem Jahr 2021 Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt zu haben.¹³⁹ Die multivariaten Analysen weisen dabei Erfolge aus, die sich auf wesentliche Teile der gesellschaftlichen Öffentlichkeit erstrecken und insgesamt sechs der neun untersuchten Aspekte umfassen (→ Abb. 14).¹⁴⁰

138 Vgl. Becker et al. 2022a.

139 → Tab. 4.

140 → Tab. 23 und 24 zu den Situationsveränderungen in den einzelnen Bereichen.

Abbildung 14: Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Demokratieförderung¹⁴¹

		MITTELWERT-DIFFERENZEN	DIFFERENZ DER DIFFERENZEN	REGRESSIONS-KOEFFIZIENTEN	METHODEN-TRIANGULATION	PERSPEKTIV-TRIANGULATION	ART	EVIDENZSTUFE
Unterstützung von Betroffenen	Untersuchungsgruppe	0,04 (n.s.)	0,365**	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,32***						
Mitbestimmung und Teilhabe	Untersuchungsgruppe	0,25*	0,47**	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,22*						
Zivilgesellschaftliches Engagement	Untersuchungsgruppe	0,41***	0,535**	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,12 (n.s.)						
Knowhow der Verwaltung	Untersuchungsgruppe	0,10 (n.s.)	0,257	5	Ja (3)	Ja (2)	Aufrechterhaltung/ Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	-0,16*						
Engagement politischer Akteur*innen	Untersuchungsgruppe	-0,04 (n.s.)	0,191	5	Ja (2)	Ja (2)	Aufrechterhaltung/ Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	-0,23**						
Nachhaltige Strukturen	Untersuchungsgruppe	0,09 (n.s.)	0,299*	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,21 (n.s.)						
SCHRITT: KRITERIENBASIERTE EINGRENZUNG DES WIRKPOTENTIALS		A. EINSTUFUNG		B. ATTRIBUTION	C. GELTUNGSSICHERUNG			

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n = 290).
 ***p<0,001; **p<0,01; *p<0,05.

141 → Tab. 7 und 8 im Anhang. Auf Grundlage der oben (→ Kap. 2.1) dargestellten Methoden lässt sich in Abbildung 14 etwa mit Blick auf die Unterstützung von Betroffenen ablesen, dass der durchschnittliche Mittelwert der Situationseinschätzungen in der Vergleichsgruppe im Jahr 2023 um 0,32 Skalenpunkte niedriger war als im Jahr 2021, während sich in der Untersuchungsgruppe keine signifikante Veränderung zwischen 2021 und 2023 zeigte (0,04) (Spalte 1: Mittelwertdifferenzen). Die Differenz der Mittelwertdifferenzen (Spalte 2: Difference-in-Difference) der Untersuchungs- und Vergleichsgruppe verweist auf eine im Durchschnitt 0,37 Skalenpunkte positivere Situationsveränderung in der Untersuchungsgruppe, so dass dieser Effekt als „Relevante Verbesserung“ (Spalte 6) eingestuft wird. Anhand fünf verschiedener Modellspezifikationen in multivariaten Regressionsanalysen, d.h. unter Kontrolle unterschiedlicher potenzieller Störgrößen, ist zudem jeweils ein signifikant positiver Effekt (Beta>=0,1 und Irrtumswahrscheinlichkeit<0,05) der Zieladressierung „Unterstützung von Betroffenen im Phänomenbereich Demokratieförderung“ auf die Mittelwertdifferenz der zugehörigen Situationseinschätzungen zwischen T2 und T1 abzulesen – der Effekt kann demnach mit hoher Wahrscheinlichkeit der Arbeit der Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie zugeschrieben bzw. auf diese attribuiert werden (Spalte 3: Regressionskoeffizient). Der quantitativ erschlossene Effekt konnte sodann an zwei von drei Standorten, jeweils durch interne (Spalte 4: Methodentriangulation) und externe (Spalte 5: Perspektiventriangulation) Interviews, methoden- und perspektiventrianguliert werden. Damit handelt es sich um eine Wirkung auf Evidenzstufe 6. Im Bereich Demokratieförderung konnten anhand der definierten Kriterien (→ Kap. 2.1.) keine Wirkungen in Bezug auf die Dimensionen „Wissen der Bürger*innen“, „Kompetenzen der Bürger*innen“ sowie „Einsatz auf Grundlage geteilter Ziele“ identifiziert werden.

Wirkung 1 – Partnerschaften für Demokratie eröffnen Menschen unterschiedlicher Milieus Beteiligungschancen am demokratischen Engagement

Die Einbindung einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen in ein demokratisches Engagement ist zentraler Ansatzpunkt vieler Bemühungen aus den Partnerschaften für Demokratie.¹⁴² Ihre Akteur*innen versuchen, Gestaltungskraft zu entfalten, indem sie die *breite* Bevölkerung für politische Partizipation motivieren, ihr konkrete Beteiligungschancen eröffnen und dabei auch eher schwer erreichbare Gruppen, wie etwa demokratieskeptischen Personen und Menschen mit geringen zeitlichen und kulturellen Ressourcen (z.B. sprachliche Barrieren) adressieren.¹⁴³

Solche Versuche der Einbindung unterschiedlicher Milieus ins demokratische Engagement sind – ausgehend von den Ergebnissen der multimethodischen Wirkungsanalyse (→ Abb. 14) – oftmals von Erfolg geprägt. Dies gelingt den Akteur*innen des qualitativen Samples vorrangig, indem sie selbst zunächst eine gewisse Präsenz im öffentlichen Raum entfalten und auf die Bürger*innen in ihrer Förderregion zugehen („Geh-“ statt „Komm-Struktur“). Hier wird Vertrauen aufgebaut, Anknüpfungspunkte werden identifiziert und entlang der vor Ort relevanten Themen Angebote entwickelt, die oftmals von Niedrigschwelligkeit gekennzeichnet sind. Konkret bewähren sich Formate, die z.B. Anlässe schaffen, in denen demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht und Menschen aus verschiedenen Milieus zusammengebracht werden – man begegnet sich in einem Raum, der zur demokratischen Teilnahme im Sinne einer mündigen Bürgerlichkeit aktivieren will.¹⁴⁴

„Das ist also diese Kleinprojektförderung, also, Projekte bis 1.000 Euro, wo man mal auch niederschwellig so kleinere Sachen verwirklichen kann. Wo dann halt auch Selbstwirksamkeitserfahrung von Jugendlichen [...], wo sie erst mal sehen, so, okay, es gibt Geld, ich muss was dafür tun, aber es kommt danach ein Ergebnis und es wird auch ausgewertet. Und es gibt Menschen, die sich dann darüber hinaus auch dafür interessieren. Also, zum Glück haben wir hier auch eine gute Zusammenarbeit mit der lokalen Presse. [...]. Wenn man das dann lesen kann und sagen: ‚Hier. Da war ich mit dabei.‘ Das funktioniert ganz gut. [...].“ (SV_13_33)

142 Vgl. Bohn/Saßmannshausen 2017, S. 14.

143 Im Monitoring 2024 gaben 59 % (68 von 171) der befragten Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen aus der Wirkungsstichprobe, die die Zieldimension „Zivilgesellschaftliches Engagement“ adressiert haben, an, dass ihnen Fortschritte bei der Etablierung neuer bzw. Fortentwicklung bestehender Beteiligungsoptionen an zivilgesellschaftlichem Engagement im Sinne der Mitwirkung von Menschen unterschiedlicher soziokultureller Milieus (z.B. Abbau von Beteiligungshürden, Aufnahme neuer Themenstellungen) gelungen seien. In der Vergleichsgruppe gaben dies nur 43 % (74 von 173) der Befragten an (→ Tab. 25). Vgl. zu Möglichkeiten und Erfolgen der Aktivierung auch Becker et al. 2024b.

144 Vgl. zu Möglichkeiten und Erfolgen der Aktivierung auch Becker et al. 2024b.

Fallbeispiel: Ein breites Netzwerk schafft milieuübergreifend Beteiligungs- und Dialogmöglichkeiten

Die Partnerschaft für Demokratie A wird in einem Landkreis der ostdeutschen Bundesländer umgesetzt und ist bereits seit mehreren Förderperioden aktiv. Auch wenn „Demokratie“ in der betreffenden Region ein bei den Bürger*innen oft negativ besetzter Begriff sei, wurde ein Netz an Beteiligungsstrukturen zur Demokratieförderung geschaffen, das viele verschiedene Menschen zusammenbringe. Die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle achten in ihrer Arbeit darauf, keine „explizit“ politische Agenda zu verfolgen, sondern darauf einzugehen, welche Themen in der Bevölkerung gerade aktuell seien und unterstützen Projekte dahingehend. Ein milieuübergreifender Ansatz stehe hierbei im Fokus. Durch eine proaktive Präsenz auf Veranstaltungen wie Festen oder Bürger*innenrunden sowie eine laufend aktualisierte Online-Präsenz sei die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis bekannt und konnte die Zahl der durch die verschiedenen Projekte erreichten Menschen in den letzten Jahren deutlich erhöhen. So sei es gelungen, ein sozio-kulturelles Zentrum zu etablieren, in dem milieuübergreifend Menschen zusammenkämen. Hier fänden interkulturelle Begegnungen, Wahlforen oder andere soziokulturelle Veranstaltungen statt. Das Zentrum beinhalte außerdem einen Gemeinschaftsgarten als Begegnungs- und Mitmachort, und einen selbstverwalteten Jugendclub, der wiederum verschiedene Projekte umsetze. Darüber hinaus entstünden in der Förderregion auch einzelne demokratiefördernde Projekte, die darauf abzielten, weitere Begegnungs-, Beteiligungs-, und Dialogmöglichkeiten zu schaffen. Das Gelingen und die Kontinuität dieser demokratiefördernden Projekte hängten maßgeblich an dem milieuübergreifenden Ansatz und der engen Zusammenarbeit verschiedenster Akteur*innen (aus Diakonie, kommunale Verwaltung, Sozialarbeit, Schulsozialarbeit, Verwaltung, privaten Initiativen). Die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle fungierten dabei als wichtiges Element in der Vernetzungsarbeit, sie brächten neue Ideen ein und ermöglichten über die Partnerschaft die initiale Finanzierung.

Wirkung 2 – Partnerschaften entwickeln Möglichkeiten der Mitbestimmung (fort)

Faktische Partizipation konstituiert sich nicht nur aus der Entwicklung (mündiger) Bürger*innenschaft, sondern benötigt für ihre Realisierung auch entsprechende Beteiligungsoptionen. Diese sind bestenfalls mit einer langfristigen Perspektive versehen und reichen über projekt-förmige Formate hinaus- sowie in das politisch-strukturelle Arrangement vor Ort hinein. Hier eignen sich die Organe der Partnerschaften bereits selbst als Gelegenheitsstrukturen, innerhalb derer demokratische Praxis erlernt und in der Umsetzung erlebt und angeeignet werden kann (Begleitausschüsse, Jugendforen, Demokratiekonferenzen). Weiterhin berichten die qualitativ befragten Sozialraumexpert*innen¹⁴⁵ von (unterstützten) Erfolgen, so dass die Partnerschaften als Verbund einen in der Wirkungsanalyse bestätigten, nachweislichen Effekt auf die (Fort-)Entwicklung lokaler Beteiligungsoptionen ausüben. Demnach gelinge es Strukturen zu initialisieren, weiterzuführen oder in einer Art zu begleiten, (z.B. Bürgerhaushalte, selbstverwaltete Jugendräume), die unterschiedlichen Zielgruppen Möglichkeiten der Mitwirkung bzw. der Gestaltung an (demokratischen) Entscheidungen eröffnen.¹⁴⁶ Dieses aktive Gestalten von Beteiligungsangeboten, um entsprechende Zielgruppen besser einbinden zu können, habe mitunter dezidiert „aufsuchende“ Elemente und zeitige besonders dann Erfolge, wenn die Kommunikationskanäle der Zielgruppen strategisch bespielt (z.B. digitale Formate

145 D.h. Akteur*innen, die nicht Teil der Partnerschaften für Demokratie sind und als externe Expert*innen befragt wurden. Dabei handelt es sich etwa um Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung, der Politik oder aus zivilgesellschaftlichen Organisationen.

146 Der retrospektiven Frage nach Fortschritten bei der Initialisierung bzw. (Fort-)Entwicklung wirksamer Möglichkeiten der Mitbestimmung für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Bürgerhaushalte, faktische Mitwirkung an Kinder- und Jugendhilfep länen, selbstverwaltete Jugendräume, digitale Ideenplattformen) wurde im Monitoring 2024 von 61 % (104 von 171) der Untersuchungsgruppe zugestimmt, im Vergleich zu 31 % (36 von 118) in der Vergleichsgruppe (→ Tab. 25).

für Jugendliche) oder Projekte an breit und niedrighschwellig zugänglichen Orten (z.B. öffentliche Plätze, Kulturangebote) umgesetzt werden:

„Wir haben 2020 so eine Pop-up-Tour gemacht. Also das heißt, wir sind raus und sind dann von Ort zu Ort gefahren und haben da so Angebote gemacht mit jungen Leuten. Und ich glaube, wenn wir es nicht gemacht hätten, hätte sowas niemand gemacht, weil niemand so flexibel ist.“ (SV_31_25)

Wirkung 3 – Partnerschaften für Demokratie aktivieren die Zivilgesellschaft für die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Demokratieförderung

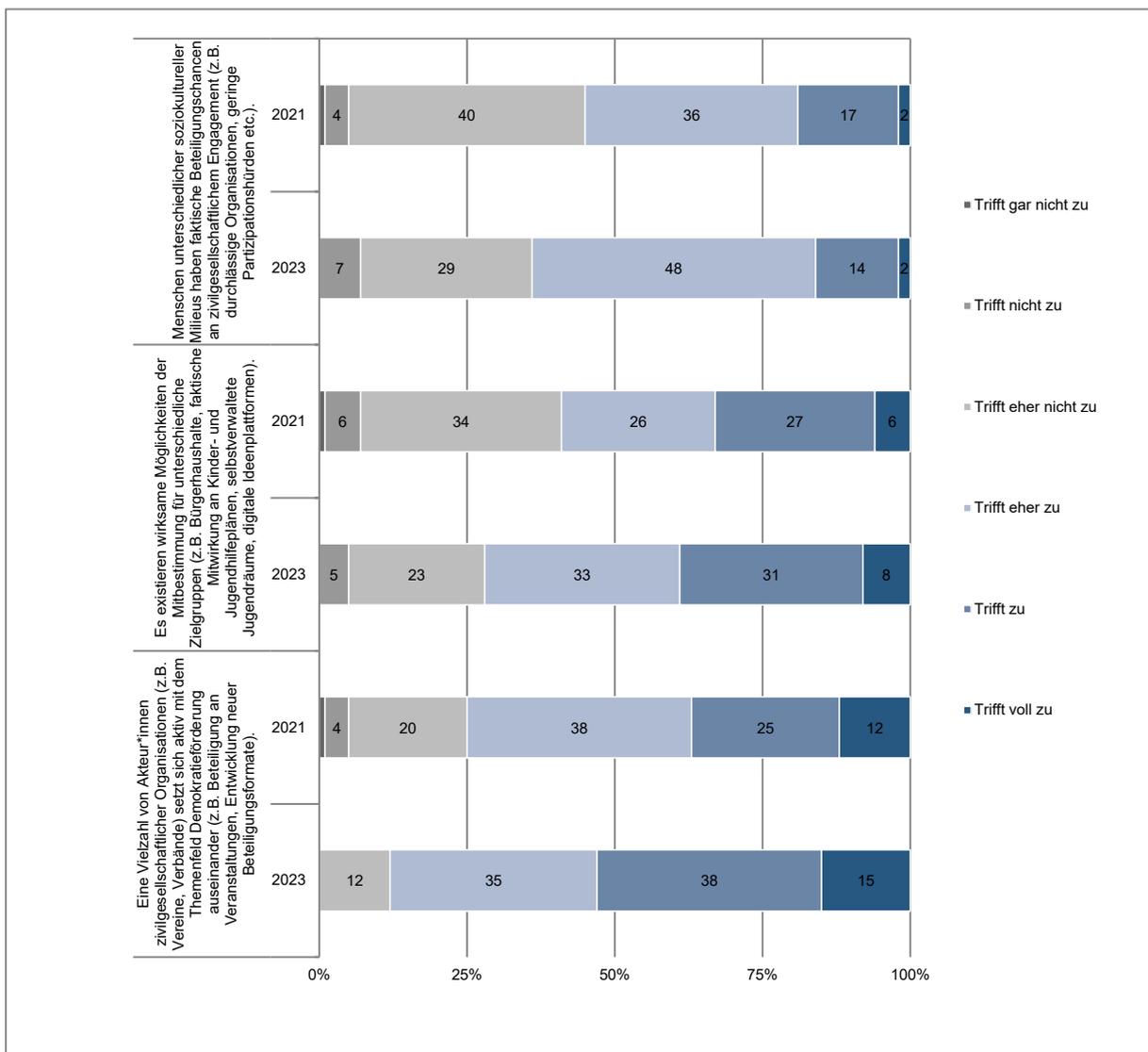
Die Förderung von Mitbestimmung und Teilhabe ist voraussetzungsreich und gelingt, indem für ein entsprechendes Engagement motiviert und befähigt wird, indem neue Optionen zur Beteiligung geschaffen oder bereits vorhandene bekannt gemacht werden. Bei dieser Aufgabe stellt die organisierte Zivilgesellschaft eine wichtige Verbündete dar und wird zugleich selbst zur Zielgruppe der Partnerschaften.¹⁴⁷ Dabei besitzt (demokratische) Zivilgesellschaft aus demokratietheoretischer sowie praktischer Perspektive bereits einen Wert an sich. Sie ist vor Ort verwurzelt, erkennt lokale Problemlagen, wirkt Vereinzelungsprozessen entgegen, unterstützt die demokratische Sozialisation und bildet eine Gelegenheitsstruktur zum Erwerb sozialen Kapitals. Daher begleiten Partnerschaften Selbstorganisationsprozesse in Richtung der (Re-)Vitalisierung und Neugründung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Bündnissen oder Zusammenschlüssen und streben danach, die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort als Teil der lokalen Demokratieförderung einzubinden.¹⁴⁸ Diesbezüglich deuten die Befunde der multimethodischen Wirkungsanalyse durchaus auf Erfolge hin. Dabei ist die Praxis kommunaler Demokratieförderung auch an dieser Stelle von einem starken Kontextbezug geprägt. Sie sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, an Bestehendem anzuknüpfen und die vorhandenen Ressourcen sowohl zu identifizieren als auch zu bergen. Die niedrighschwellige Ansprechbarkeit der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen, deren Akteur*innenwissen und die Bedeutung von Beziehungs- und insbesondere Netzwerkarbeit werden in den Interviews betont und diesbezüglich auch die Rolle des Begleitausschusses herausgestellt. Den Kooperationsarrangements schreiben die qualitativ befragten Akteur*innen ferner eine stark ermöglichende wie auch begleitend-beratende Funktion zu. Sie trügen dazu bei, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bei entsprechender Sensibilisierung vorhandene Engagementwünsche realisieren könnten und hierfür die nötige Beratung und Unterstützung sowohl in materieller wie in ideeller Form erführen.

147 So „manifestieren sich Demokratie und ihre Abwesenheit nicht nur in der staatlichen Sphäre, sondern erstrecken sich u.a. auch auf das Miteinander in Vereinen, Verbänden und Bürger*innennetzwerken“ (Becker et al. 2024b, S. 95). Hier wird die Eröffnung von Zugängen zu den in ihren Strukturen Engagierten relevant. Aber auch die Vermittlung entsprechender Inhalte nicht nur in diese Strukturen hinein ist von Bedeutung, sondern auch die Vermittlung von und Positionierung hinter entsprechenden Aspekten ins „Außen“ wird zum Gegenstand unter anderem da entsprechende Vereine mancherorts eine gewisse Strahlkraft auch in die Förderregionen hinein entfalten.

148 Die quantitativen Analysen zeigen, dass die Befragten aus denjenigen Partnerschaften für Demokratie, die explizit das Ziel der aktiven Auseinandersetzung von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen mit dem Themenfeld der Demokratieförderung adressiert haben, bemerkenswert deutlich eine positive Situationsveränderung wahrnehmen: Waren es 2021 noch 37 %, erhöhte sich dieser Anteil im Jahr 2023 auf 53 % (→ Abb. 15). Zudem gaben im Monitoring 2024 63 % (147 von 233) der Befragten in der Untersuchungsgruppe an, dass in der aktuellen Förderperiode eine Gründung neuer oder (Re-)Aktivierung bestehender Bürger*innenbündnisse (z.B. neue Vereine, Initiativen, Netzwerke) für die Auseinandersetzung mit programmrelevanten Themen (z.B. Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Rechtsextremismus) erzielt wurde. In der Vergleichsgruppe geben dies 50 % (28 von 56) an (→ Tab. 25).

„Und durch den Begleitausschuss [...] ist es bei uns so, dass Anträge eingereicht werden, dann an die Mitglieder des Begleitausschusses geschickt werden. Dann aber an dem Abstimmungsabend oder in der Zusammenkunft die einzelnen Menschen kommen, sich vorstellen, das Projekt noch mal erörtern und noch mal sagen, was sie damit erreichen wollen. Das heißt, allein auf diesem Treffen, wo die Projektanträge bewilligt oder nicht bewilligt wird – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – aber davor diese Anhörung, da sind alle anwesend, auch zeitlich. Das heißt, da bekommt man auch immer einen Blick dafür, was passiert um dich rum, wer macht gerade welches Projekt, wer existiert überhaupt hier. Also auch da werden die verschiedenen Akteur*innen miteinander verknüpft oder verbunden.“ (SV_40_72)

Abbildung 15: Situationsveränderungen im Bereich Demokratieförderung (I)¹⁴⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Prozent (2021 und 2023) (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben, in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

149 → Tab. 24.

Wirkung 4 – Mitarbeitende der Verwaltung fördern stärker die Beteiligung der Bürger*innen an demokratischen Prozessen

Das Beteiligungsinteresse an demokratischen Prozessen steigt mit dem Grad der persönlichen Betroffenheit, so dass die Kommunen als direktes Lebensumfeld und Herzkammern der Demokratie zu einem zentralen Bezugspunkt von Engagementwünschen werden. In der Folge stellen die kommunalen Verwaltungen und ihre Mitarbeiter*innen potenzielle Partner*innen bzw. wichtige Akteur*innen der Demokratieförderung dar.¹⁵⁰ Bestenfalls öffnen sie trotz bisweilen gegenläufiger Handlungslogiken (top-down vs. bottom-up) Möglichkeitsräume für Bürger*innenbeteiligung und bewerben diese auch aktiv. Hierzu braucht es zunächst eine positive Haltung gegenüber dem vorhandenen Gestaltungswillen. Partnerschaften für Demokratie tragen nachweislich dazu bei, dass die Verwaltung für die Förderung des Engagements von Bürger*innen sensibilisiert wird und sich gezielt für ihre demokratische Beteiligung einsetzt. Dies gelingt, indem Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie z.B. für die gesetzliche Verpflichtung zur Förderung von Jugendbeteiligung¹⁵¹ sensibilisieren und die zuträglichen Effekte entsprechender Formate auch für das Staatshandeln herausstellen (z.B. Legitimität bzw. Akzeptanz), indem sie Beispiele guter Praxis aufzeigen (z.B. erfolgreiche Projekte) und indem sie im Rahmen aktiver Beziehungsarbeit Vertrauensverhältnisse entwickeln. Dabei wird die Funktion der Partnerschaft für Demokratie als Vermittlerin, Austauschpartnerin und Ideengeberin konturiert, welche unter anderem ihr Akteurs- und Themenwissen gewinnbringend einbringen und derart die Verankerung des Themas im Verwaltungshandeln fördern könne.

„Ich glaube, wenn es die Partnerschaft nicht gäbe, dann kommt ja dieser Input nicht mehr, was gerade auf den Weg gebracht werden sollte, welche Angebote es gibt, was Schulen oder Kitas tun könnten, was zum Beispiel im JUZ gerade noch ansteht, wo vielleicht das Sozialamt dann auch mit dabei bist. [...] Also dieser Informationsfluss, was findet eigentlich überall statt und wo wirkt das bei euch rein und könntet ihr da Nutznießer sein oder auch unterstützen, ich glaube, das würde wegfallen, weil ich würde jetzt nicht sehen, wer das übernehmen würde.“ (SV_35_168)

Wirkung 5 – Partnerschaften für Demokratie bestärken politische Akteur*innen darin, zivilgesellschaftliches Engagement zu aktivieren

Für eine solche beteiligungsorientierte und bürgernahe Öffnung beispielsweise der Verwaltung ist die Unterstützung durch deutungsmächtige lokalpolitische Akteur*innen elementar. Sie können die entsprechenden Themen und Prozesse zum Gegenstand ihrer Bemühungen in der Lokalpolitik machen oder aber als Verwaltungsspitzen die exekutiven Organe sensibilisieren und Aktivitäten anregen. In dieser Hinsicht zeigen Partnerschaften für Demokratie auf Basis der quantitativen und qualitativen Analysen vielseitige Erfolge und¹⁵² nutzen etwa ihre bestehenden Netzwerke (z.B. den Begleitausschuss, bestehende Zugänge in die

150 Insbesondere können die Mitarbeiter*innen der Federführenden Ämter dabei als Türöffner*innen in die öffentliche Verwaltung fungieren.

151 Nach § 8 SGB VIII sind Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.

152 So gaben im Monitoring 2024 45 % (69 von 155) der Befragten in der Untersuchungsgruppe an, dass seit dem Jahr 2021 Erfolge bezüglich der regelmäßigen Würdigung des demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort durch Politiker*innen (z.B. in Form der Herausstellung Engagierter bzw. von gelungenen Projekten als Beispiel gebende Praxis, durch Auszeichnungen, Teilnahmen an Veranstaltungen) erzielt wurden. In der Vergleichsgruppe gaben dies 38 % (51 von 134) der Befragten an.

Kommunalverwaltung), um Arbeitsbeziehungen in die politische Sphäre zu entwickeln, dort um Unterstützung zu werben und Formate zu implementieren, in denen Politik und Zivilgesellschaft zusammenfinden (z.B. Podcasts mit Lokalpolitiker*innen, Diskussionsveranstaltungen). Insbesondere Angebote, „wo man immer beide Seiten zusammenbringt“ (Zivilgesellschaft und Politik), werden im qualitativen Sample als besonders gewinnbringend benannt, da sie einerseits dazu dienen können, Nachwuchsprobleme in der Lokalpolitik zu begegnen, andererseits aber auch mit einem Selbstwirksamkeitserleben (z.B. beteiligter Jugendlicher) verbunden sein können. So wurde von der durch Stadtratsmitglieder unterstützten Gründung eines Jugendbeirats berichtet, welcher ein Stimmrecht im Stadtparlament innehat und aus den Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie entstanden ist. Darüber hinaus wurden Bürger*innenhaushalte als wichtiges Instrument zur Sensibilisierung politischer Akteur*innen für Beteiligungsprozesse genannt.

„Dass wir auch mal so ein Jugendpolitik-Talk so ermöglicht haben, wo sich dann auch Politiker und Jugend mal gegenüber sitzen und Fragen stellen können. Wir haben auch mal eine Diskussionsplattform in der Schule angeboten über einen ganzen Tag, wo alle jugendpolitischen Themen der Schüler erst an den Jugendbeirat rangetragen wurden. Und dann an die Stadtverwaltung weitergegeben wurden. Also die merken halt schon, dass die der Kanal sind von A nach B und da halt ganz viel Begeisterte mittlerweile haben die denen folgen.“ (SV_37_240)

Wirkung 6 – Partnerschaften für Demokratie fördern die langfristige Thematisierung und Bearbeitung von Demokratieförderung

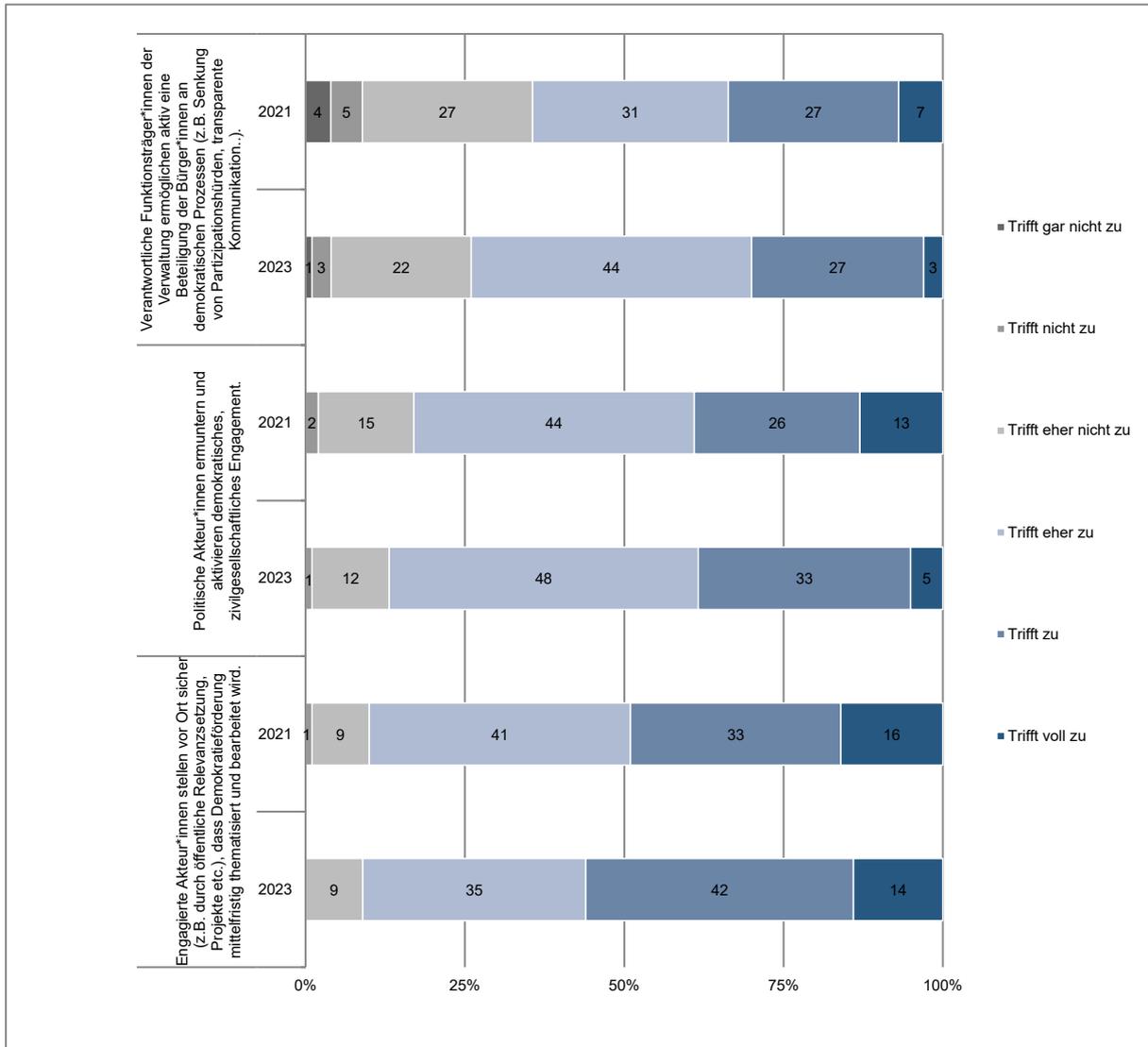
Die vorangehenden Ausführungen machen deutlich, dass die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie sowohl auf die Individual- wie auch auf die organisationale Ebene einwirken und dort Erfolge rund um das Themenfeld „Demokratieförderung“ erreichen. Sie bestärken Engagementwünsche, schaffen Räume zu ihrer Verwirklichung und gewinnen Unterstützer*innen aus Politik und Verwaltung, wenn es darum geht, bestehendes Interesse auf und ernst zu nehmen. Dabei sind sowohl ihre netzwerkartigen Beziehungsstrukturen, ihre Themen- und Akteur*innenkenntnisse wie auch die Kontinuität ihrer Bemühungen von großer Bedeutung. Gerade die Letztgenannte wird mit Blick auf die stabile und kontinuierliche Bearbeitung des Themenschwerpunkts in mehreren Interviews herausgehoben. So berichten Koordinator*innen aus dem qualitativen Sample, dass es einen langen Atem und geeignete Partner*innen brauche, das heißt eine gewisse Beharrlichkeit gepaart mit einer gezielten Netzwerkarbeit.¹⁵³

„Also, das Wichtige ist tatsächlich das Netzwerk. Ohne das Netzwerk funktioniert es nicht. Und wir haben auch großes Glück, [...] dass auch über die Jahre, solange es die Partnerschaft für Demokratie gibt und XXX [Aufzählung mehrerer Einrichtungen von großen Wohlfahrtsverbänden, Anm. d. Verf.], dieses Netzwerk, dass das gewachsen ist und weiter erhalten bleibt, das ist nicht nur ein Verdienst von der Partnerschaft für Demokratie. Sondern man nährt sich gegenseitig und [...] das braucht es. Also, als Alleinkämpfer

153 Darüber hinaus gaben im Monitoring 2024 57 % (109 von 190) der Befragten aus der Untersuchungsgruppe an, in Bezug auf die Verankerung des Themenfeldes „Demokratieförderung“ in Regelstrukturen (z.B. Verwaltung, Schule, Freie Träger, Kinder- und Jugendhilfeausschuss) bzw. innerhalb von Planungs- und Entscheidungsprozessen vor Ort (z.B. Entwicklung von Leitbildern in Vereinen) Fortschritte erzielt zu haben. In der Vergleichsgruppe gaben dies nur 47 % (46 von 99) der Befragten an.

[...] hätte die Partnerschaft für Demokratie es wahnsinnig schwer, in einem ländlichen Raum ohne Netzwerk reinzugehen und sich [...] zu etablieren.“ (SV_13_95)

Abbildung 16: Situationsveränderungen im Bereich Demokratieförderung (II)¹⁵⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Prozent (2021 und 2023) (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

Während die derzeitigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen gewaltige Herausforderungen an die Demokratie und ihre Institutionen stellen, gelingt es den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie in diesem Kernbereich ihrer Arbeit Erfolge zu erzielen: Sie eröffnen der breiten Bevölkerung faktische Beteiligungschancen, indem sie beispielsweise über niedrigschwellige Angebotsformate kulturelle Räume schaffen. Darüber hinaus entwickeln sie Möglichkeiten der Mitbestimmung (fort) und aktivieren die Zivilgesellschaft erfolgreich für die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der Demokratieförderung. Zum einen bewährt sich

154 → Tab. 24.

dabei die Anpassung der Formate auf die Lebenswelt und den Alltag spezifischer Zielgruppen, anstatt zu sehr auf Komm-Strukturen zu setzen. Zum anderen können auch im Zusammenspiel mit politischen Akteur*innen sowie der kommunalen Verwaltung Erfolge erzielt werden, indem diese unterstützt und ermuntert werden, zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie die breite Bevölkerung in gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen zu aktivieren. Dabei gelingt es ihnen vor allem durch langfristig angelegte Vernetzungen unterschiedlicher Akteur*innengruppen eine kontinuierliche Praxis der kommunalen Demokratieförderung zu stärken.

2.5.2 Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus

Die reale Konflikthaftigkeit einer zunehmend komplex erscheinenden Welt führt dazu, dass individuelle Abstiegs- und Bedrohungsängste von verschiedenen Akteur*innen geschürt und dazu benutzt werden, die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Aushandlungsprozesse auf unterschiedlichsten Ebenen in Frage zu stellen. Die angebotenen demokratieskeptischen bis -feindlichen Gegenentwürfe können der Komplexität der realen Probleme zwar nicht gerecht werden, die vereinfachten Analysen und Strategien finden aber trotzdem die Zustimmung vieler Bürger*innen.¹⁵⁵ Eine herausgehobene Rolle nehmen in dieser Hinsicht die Phänomene des Rechtspopulismus und der Demokratiefeindlichkeit sowie des Rechtsextremismus ein.¹⁵⁶ Für die wissenschaftliche Analyse ist dabei eine definitorische Unterscheidung dieser Phänomene wichtig, in der konkreten Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wird allerdings deren zunehmende Vermischung zentraler,¹⁵⁷ welche längst abseits eindeutiger Neo-Nazi-Gruppierungen in der Gesellschaft wirken.¹⁵⁸ Die zunehmende Verwobenheit von autoritär-rebellischen Mischszenen unter Beteiligung demokratiefeindlicher Akteur*innen (→ Kap. 4.1) erschwert die Identifikation von Ansatzmöglichkeiten demokratiefördernder Gegenstrategien, so dass sich Fragen etwa von Ansprechbarkeit und Abwehr in der laufenden Förderperiode vielfältig und neu stellen.

155 Vgl. Decker et al. 2022, S. 22.

156 Unter Rechtsextremismus werden Vorstellungen der Ungleichwertigkeit und die Ablehnung von Demokratie zugunsten einer völkisch-homogenen Gemeinschaft zusammengefasst (vgl. Jaschke 2001). Dagegen bezieht sich der Begriff Rechtspopulismus auf die Nutzbarmachung von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit, wie sie in der demokratischen Gesellschaft angelegt sind, ohne dass dies mit einer Ablehnung der Demokratie als solche einhergeht (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022). Demokratiefeindlichkeit ist ein Aspekt, der in beiden Phänomenbereichen enthalten ist, jedoch nicht auf Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus begrenzt werden kann. Er findet sich stattdessen auch in anderen politischen Spektren und kann als Verbindungselement zwischen ihnen fungieren. Demokratiefeindlichkeit kann sehr unterschiedliche Formen annehmen, die auch unterschiedliche Präventionskonzepte erfordern.

157 Vgl. u.a. Becker et al. 2020a.

158 In der vorliegenden Untersuchung findet sich dabei zwar eine Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie, in denen Rechtsextremismus als Phänomenbereich bearbeitet wurde: Von den Befragten adressierten ihn 52 % (151 von 290) in den Jahren 2021 und 2023. Quantitativ gefundene Wirkungen konnten qualitativ jedoch nicht phänomenbereichsspezifisch bestätigt werden. Dies kann an der zunehmenden Verschränkung der Phänomenbereiche liegen, wodurch die Arbeit gegen Rechtsextremismus sich in der konkreten Adressierung von rechtspopulistischen und allgemein demokratiefeindlichen Phänomenen ausdrücken kann. Das Ausbleiben einer abschließenden Wirkungsbestätigung hinsichtlich des Engagements lokalpolitischer Akteur*innen kann analog an einer bereits hohen Priorität des Phänomenbereichs für diese Akteur*innen liegen – oder abhängig von der politisch-geographischen Verortung der Partnerschaften an mangelndem politischem Willen, Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit entgegenzutreten. Die drei Wirkdimensionen, die multiperspektiv und -methodisch bestätigt werden konnten, liegen im Bereich Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit, der von 59 % der Partnerschaften für Demokratie adressiert wurde (171 von 290). Bereits auf der deskriptiven Ebene zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Partnerschaften, die diese Wirkdimensionen als Zielstellungen verfolgt haben (Untersuchungsgruppe) und der Vergleichsgruppe der Partnerschaften, die entweder die konkrete Wirkdimension oder den Themenbereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus nicht bearbeitet haben.

„Ich glaube, der Rechtsextremismus hat sich ja auch gewandelt. Es ist ja so, wenn man dann mal 90er, 2000, Szene und so zurückdenkt, diese ganzen NPD-Aufmärsche, ja? Selbst noch [Ort A] 2012, 2013, gab es so in dieser Form nicht mehr, weil die NPD hat sich völlig [...] marginalisiert, wenn man so nach [Region B] guckt. Und dann gab es neue Akteure, [...] Rechtsextremismus, der sich so neu erfunden hat [...]. Dass man sich im Rechtsextremismus anders organisiert, ja? Also mehr so auch in dieser Lebenswelt da auch ist. [...] Was das, glaube ich, auch vor Ort schwerer macht zu bearbeiten, weil man auf einmal, ja, nicht mehr / dieses Klassische nicht mehr so wie früher hat. [...] weil auf einmal so ein Player da ist und alle sagen: ‚Ui, ui, ui, mit denen muss man aber demokratisch umgehen und die wählen ja ganz viele.‘ Und das ist jetzt sehr platt gesprochen, aber der Rechtsextremismus ist dadurch viel mehr in breiten Teilen in vielen Milieus viel tiefer eingesickert als vor vielen Jahren. Was es viel, viel schwieriger macht, den [...] mit klassischen Methoden zu bearbeiten, wie man es von früher kannte, ja? Sondern der steckt in vielen Sachen einfach schon zu tief drin, als [dass, Anm. d. Verf.] man so schneller Erfolge feiern kann.“ (SV_56_140)

Trotz dieser Herausforderungen durch die sich verschiebenden Akteur*innenkonstellationen, Positionen und Grenzen gelingt es den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie, einen Beitrag zu Stabilisierung der lokalen Situation und zur Stärkung der demokratischen Gegenkräfte zu leisten. Dabei werden vor allem die Beteiligung und der kooperative Zusammenhalt der demokratischen Zivilgesellschaft in der lokalen Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Phänomenen erfolgreich unterstützt und zugleich die Akteur*innen der Verwaltung durch Beratung und Einbindung im Umgang mit den veränderten Problemlagen wirksam gestärkt (→ Abb. 17 für die empirische Grundlage bzw. die Evidenzen zu den im Folgenden aufgeführten Befunden).

Abbildung 17: Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Demokratiefeindlichkeit/Rechtspopulismus¹⁵⁹

		MITTELWERT-DIFFERENZEN	DIFFERENZ DER DIFFERENZEN	REGRESSIONS-KOEFFIZIENTEN	METHODEN-TRIANGULATION	PERSPENTIVEN-TRIANGULATION	ART	EVIDENZSTUFE
Knowhow der Verwaltung	Untersuchungsgruppe	-0,04 (n.s.)	0,252 (n.s.)	5	Ja (3)	Ja (3)	Aufrechterhaltung/Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	-0,29***						
Engagement organisierter Zivilgesellschaft	Untersuchungsgruppe	0,17 (n.s.)	0,052 (n.s.)	5	Ja (2)	Ja (2)	Aufrechterhaltung/Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	0,12 (n.s.)						
Gemeinsame Zielperspektiven	Untersuchungsgruppe	0,09 (n.s.)	0,089 (n.s.)	5	Ja (3)	Ja (2)	Aufrechterhaltung/Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	0,01 (n.s.)						
SCHRITT: KRITERIENBASIERTE EINGRENZUNG DES WIRKPOTENTIALS		A. EINSTUFUNG		B. ATTRIBUTION	C. GELTUNGSSICHERUNG			

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n = 290).
***p<0,001; **p<0,01; *p<0,05.

159 → Tab. 11 und 12.

Wirkung 7 – Demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Diskursverweigerungen wird in einem Bündnis engagierter Akteur*innen begegnet

Angesichts der beschriebenen Herausforderungen und einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft entfalten die Partnerschaften für Demokratie ihre Wirksamkeit, in dem sie den vorhandenen Engagementwillen vor Ort aufgreifen bzw. befördern und über die Stärkung oder Initiierung von Bündnissen kanalisieren. So werden noch nicht aktive (1) Bürger*innen und relevante Akteur*innen z.B. der Zivilgesellschaft dazu ermutigt, sich im Themenfeld zu engagieren, jene, (2) die sich bereits einbringen, wiederum werden vernetzt, derart (3) Zusammenschlüsse aus Aktiven geschaffen und so eine kritische Masse für die Auseinandersetzungen mit den einschlägigen Phänomenen aufgebaut. Dabei stellen solche Aktivierungserfolge den qualitativen Interviews folgend oftmals eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, die Starre vor Ort zu überwinden und demokratiefeindlichen Manifestationen gemeinsam entgegenzutreten – zumal dadurch entstandene Bündnisse über die jeweiligen Aktionen im öffentlichen Raum auch selbst eine gewisse Strahlkraft entfalten und niedrigschwellige Gelegenheiten zur Positionierung bieten können. Partnerschaften für Demokratie seien dabei als außerhalb der Parteienlandschaft stehende Institutionen, die zugleich über personelle wie auch finanzielle Ressourcen verfügen, dazu in der Lage, nicht nur entsprechende Vernetzungsaufgaben zu übernehmen und eine organisatorische, sondern auch eine Scharnierfunktion einzunehmen und Menschen etwa über (Partei-)Grenzen hinweg zu mobilisieren (→ Kap. 2.7).¹⁶⁰

„Ich würde sagen, dass die Partnerschaft dieses Bündnis überhaupt erst möglich gemacht hat. [...] Bei den Sonntagsspaziergängen zur Corona-Zeit [...] war es dann tatsächlich so, dass hier mit viel Lautsprechern und Fahrzeugen und Gehupe die Sonntagsspaziergänger mit 20 Leuten hier durch die Straßen gelaufen sind. Manchmal waren es auch 30 oder 40. Und dann das Bündnis für das nächste Wochenende dann Gegen-demonstration organisiert hat, wo dann eine Menschenkette von 300 Leuten da stand. [...] Und ich bin mir hundertprozentig sicher, von denen, die dann dagegen demonstriert haben, wäre sonst kein einziger auf die Straße gegangen. [...] Und wenn es keine über-geordnete Stelle organisiert, sondern irgendeine Partei, dann die anderen sagen: ‚Ja, aber das ist jetzt die Partei, jetzt machen wir es nicht mit.‘ Und dann hat man einfach ja auch die Schlagkraft nicht.“ (SV_14_31)

160 Der Aussage, dass demokratiefeindlich und rechtspopulistisch motivierten Formen der Diskurs- und Argumentationsverweigerung nicht nur von vereinzelt, sondern von einem Bündnis engagierter Akteur*innen entgegengetreten wird, stimmen von allen im Wirkungssample enthaltenen Partnerschaften 2023 zwar mehrheitlich mindestens „eher“ zu. Doch auch hier zeigt sich ein höheres Anfangsniveau der Untersuchungsgruppe (2021: 75 % vs. 63 %), das zugleich stärker ansteigt als in der Vergleichsgruppe (um acht Prozentpunkte vs. drei Prozentpunkte), wodurch sich der Unterschied der Gruppen im Untersuchungszeitraum weiter zementiert (→ Abb. 18 sowie Tab. 26 und 27).

Fallbeispiel: Ein breites Bündnis schafft eine wehrhaft-demokratische Raumkultur

Die Partnerschaft für Demokratie ist in der norddeutschen Kleinstadt X angesiedelt und nimmt seit mehreren Förderperioden am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil. Nach Einschätzung der*des befragten Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle verzeichne die Partnerschaft seit 2020 einen Anstieg von Rassismus, Hatespeech und Rechtspopulismus. Verschiedene Akteur*innen blickten zu Beginn der Coronapandemie besorgt auf die demokratiefeindlichen Bewegungen in der Stadt. Mit Hilfe der Partnerschaft gelänge es, ein heterogenes, breites Bündnis aus Initiativen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu schaffen. Die Partnerschaft schaffe hier vor allem durch Vernetzungsarbeit und die Bereitstellung von Bildungsangeboten eine Basis, die die Arbeit, das Wissen und die Kompetenzen der Bündnispartner*innen deutlich stärken könnte. Das Bündnis, das durch seine Breite verschiedene Ressourcen und Expertisen bündle, stehe in der Stadt X inzwischen durch unterschiedliche Aktionen äußerst erfolgreich für eine demokratischere Gesellschaft ein. Es gelinge dabei auch, eine „Brandmauer gegen rechts“ zu etablieren und politische Akteur*innen einzuhegen. Die Partnerschaft motiviere als Ansprechpartnerin und durch das Bündnis zugleich die Gründung weiterer zivilgesellschaftlicher Initiativen. Neben der Arbeit in diesem unabhängigen Netzwerk unterstütze die Partnerschaft für Demokratie auch andere Projekte, die mit Begegnungs- und Austauschformaten rechtspopulistischer Argumentationsverweigerung entgegenträten. Dazu werden die jährlichen Demokratiekonferenzen und Fortbildungen für den Begleitausschuss, der ebenfalls in dem Bündnis aktiv sei, genutzt. Somit übernehme die Partnerschaft neben der Vernetzungsarbeit vor allem Bildungsaufgaben. Öffentlichkeitsarbeit, sowie Informationsveranstaltungen zählen zu ihren weiteren Schwerpunkten. Formate wie interkulturelle Wochen oder die Arbeit mit Stadtteilvereinen sprächen zusätzlich Bürger*innen aller Altersklassen an. Dadurch könnten Bürger*innen auch über demokratiefeindliche Bewegungen (auch im digitalen Raum) aufgeklärt werden. Die Partnerschaft könne Bürger*innen für die Situation Betroffener sensibilisieren und darüber in einen Austausch bringen.

Wirkung 8 – Akteur*innen der Zivilgesellschaft nehmen das Engagement gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus auf

Die Aktivierung der Zivilgesellschaft vor Ort erfolgt nicht nur mit Blick auf die Bündnisarbeit, sondern auch mit dem Ziel, die entsprechenden Akteur*innen dazu zu animieren, sich der aktiven Bearbeitung von Rechtspopulismus bzw. Demokratiefeindlichkeit anzunehmen und z.B. als Türöffner*innen in ihre Herkunftsorganisationen hineinzuwirken.¹⁶¹ Hierzu nutzen die Mitglieder des qualitativen Samples u.a. ihr Akteur*innen- und Themenwissen für eine gezielte Ansprache, aber auch die finanziellen Förderungsmöglichkeiten bildeten wichtige Voraussetzungen entsprechender Erfolge. Derart werde es auch möglich, neue und heterogene, themenfremde Akteur*innengruppen zu erreichen. Im zitierten Fall gelingt es auf diesem Wege direkt an rechtspopulistischer Ideologie und deren Uniformaffinität bzw. militaristischem Weltbild (etwa in Männlichkeitsvorstellungen) anzusetzen¹⁶² und diese durch eine klare Positionierung von Soldat*innen des lokalen Bundeswehrstandortes herauszufordern.

„Wir haben einen sehr aktiven Fußballverein, der ganz viel macht mit Menschen mit und ohne Behinderung und Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Und die sind da immer als sehr, sehr heterogene Gruppe unterwegs. Die kennt man inzwischen auch.“

161 Im Jahr 2024 wurden die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften um Angaben gebeten, welche der nachfolgenden Ausprägungen einer (verstärkten) Bearbeitung von oder Auseinandersetzung mit programmrelevanten Themen auf die Arbeit Ihrer Partnerschaft seit Beginn der zweiten Förderperiode von „Demokratie leben!“ im Jahr 2020 zurückzuführen sind. Hinsichtlich des Engagements zivilgesellschaftlicher Personen bzw. Akteur*innen im Themenfeld Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus über die Projektdurchführung hinaus (z.B. in ihre eigenen Organisationen hinein) geben 81 % der Untersuchungsgruppe eine Wirkung ihrer Partnerschaften an, im Vergleich zu 66 % der Vergleichsgruppe (→ Abb. 18 sowie Tab. 28).

162 Vgl. Farren et al. 2022, S. 14f.

Die verlassen auch ihre Komfortzone inzwischen und sagen, wir gehen ganz bewusst mal raus, um zu zeigen, so wie wir sind, so geht es auch zusammen. Und wenn da dann noch jemand von [der, Anm. d. Verf.] Bundeswehr dabei ist, wenn ein Fußballturnier stattfindet, wo auch Region-übergreifend Fußballmannschaften spielen, bei der behinderte Menschen spielen und bei der auch Mädchen mit Tuch spielen und die alle machen gemeinsam Sport und essen hinterher gemeinsam und reden hinterher gemeinsam, dann sitzen auch Menschen von der Bundeswehr dabei. [...] Rechtspopulisten sind halt oftmals, so ist die Beobachtung, schon Uniform-affin. Ob das dann die Feuerwehr ist oder ob das die Bundeswehr ist oder auch Polizei ist. Also auch Polizei haben wir mit eingebunden. Das ist einfach ganz, ganz wertvoll.“ (SV_35_49)

Wirkung 9 – Die Kompetenz der Verwaltung im Umgang mit demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Forderungen wird gestärkt

Die dargestellten Befunde lassen vor allem Stärken erkennen, Wege ins Engagement zu finden, gemeinsam in der Auseinandersetzung mit Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus Position zu beziehen und damit die Geltungskraft demokratischer Werte zu erneuern bzw. ein Festhalten an demokratischen Prinzipien zu signalisieren. Mit der (Fort-)Entwicklung von entsprechenden Kompetenzen in der Verwaltung zeichnet sich überdies ein dritter Aspekt ab, der zwar weniger unmittelbar an der Handlungsebene ansetzt, aber gleichsam für die Einnahme von Gegenpositionen von Bedeutung ist.¹⁶³ So gelingt es den Partnerschaften für Demokratie nach dem Dafürhalten der qualitativ befragten Personen insbesondere mittels Austauschformaten oder Fortbildungen sowohl Situationskenntnisse, als auch Handlungsweisen z.B. im Umgang mit demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Versuchen zu vermitteln, Verwaltungsvorgänge für ideologische Zwecke zu missbrauchen.¹⁶⁴ Dabei habe es sich bewährt, auf bestehende Kontakte, wie den Begleitausschuss oder das Federführende Amt, zurück zugreifen und das vorhandene Wissen zu nutzen. So wurde in qualitativen Interviews berichtet, dass zunächst zivilgesellschaftlich orientierte Formate auch für Verwaltungsmitarbeiter*innen geöffnet oder mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf die Verwaltung zugeschnittene Formate entworfen worden seien.

*„Das fanden wir total wichtig und das haben wir [...] nach der Coronapandemie so hauptsächlich auch mit reingenommen. Das war erstmal über verschiedenste Aufklärungsmodule oder auch Workshops [...] die Menschen [Verwaltungsmitarbeiter*innen, Anm. d. Verf.] dazu befähigen, sich da sicherer zu fühlen [...] Aber das betraf natürlich nicht nur Verwaltungsmitarbeiter, sondern grundsätzlich war das auch für unsere Akteure und Akteurinnen total offen, sich da zu beteiligen. [...] Und genau von diesen Erfahrungswerten, die wir da weitergetragen haben, auch profitieren. Aus verschiedensten,*

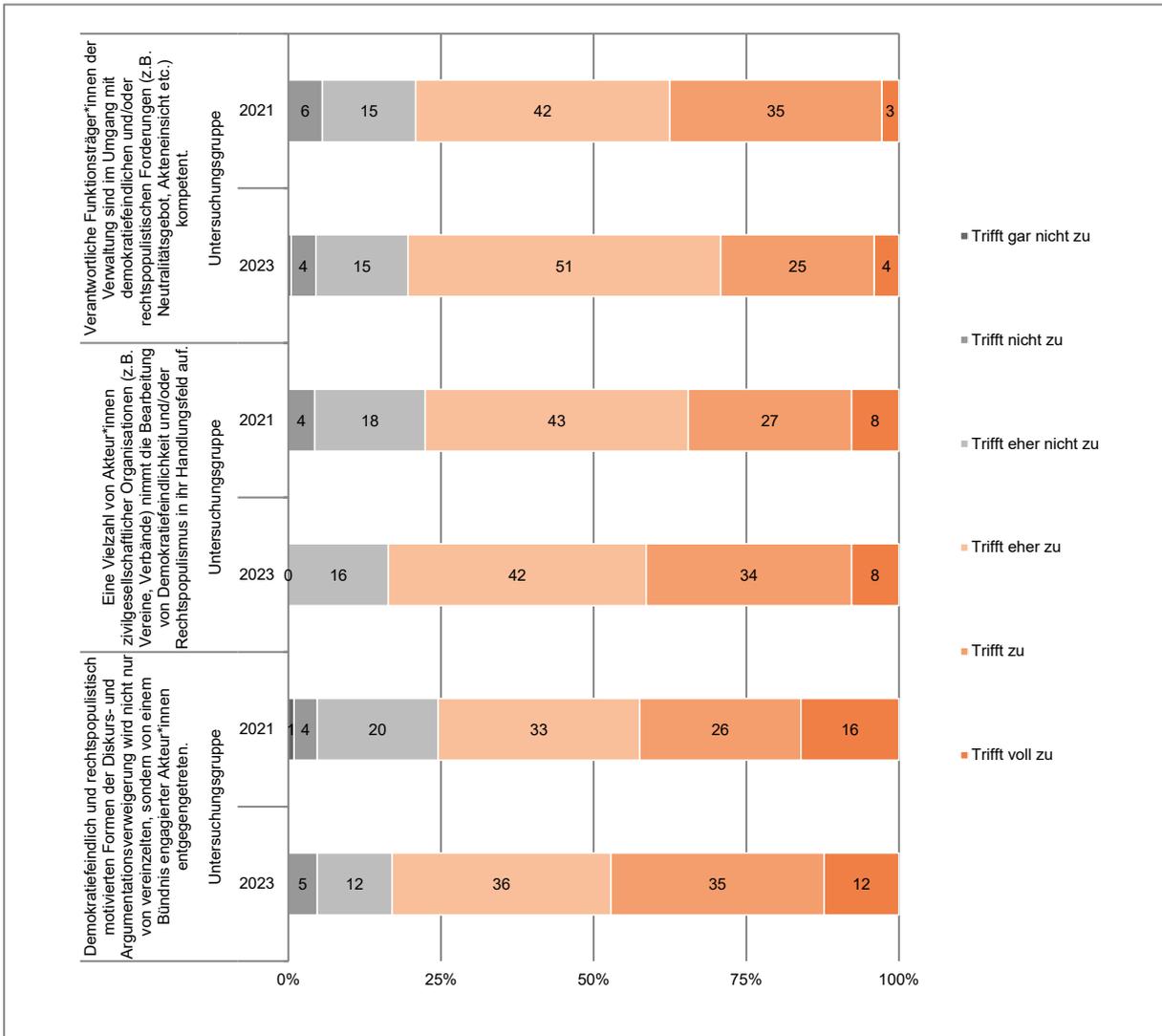
163 So gaben in der Untersuchungsgruppe 2023 80 % der Partnerschaften die verantwortlichen Funktionsträger*innen der Verwaltung im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen (z.B. Neutralitätsgebot, Akteneinsicht etc.) als mindestens „eher“ kompetent an – ein im Vergleich zu 2021 stabiler Wert. In der Vergleichsgruppe sinkt dieser im selben Zeitraum von 70 % auf 62 % (→ Tab. 27). Im Jahr 2024 wurden die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften um Angaben gebeten, welche der nachfolgenden Ausprägungen einer (verstärkten) Bearbeitung von oder Auseinandersetzung mit programmrelevanten Themen auf die Arbeit ihrer Partnerschaft seit Beginn der zweiten Förderperiode von "Demokratie leben!" im Jahr 2020 zurückzuführen sind. Hinsichtlich einer verstärkten Teilnahme von verantwortlichen Funktionsträger*innen der Verwaltung an Formaten (z.B. Fortbildungen, Workshops) zur Kompetenzentwicklung im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen (z.B. Neutralitätsgebot, Akteneinsicht etc.) gaben 45 % der Untersuchungsgruppe an, dass diese auf die Arbeit der Partnerschaften zurückzuführen sei. In der Vergleichsgruppe machten lediglich 22 % die gleiche Angabe (→ Tab. 28).

164 Damit kann zum Beispiel eine Vielzahl unsachlicher Anfragen gemeint sein, die Arbeitskapazitäten binden oder eine Verweigerungshaltung, mit der die Aberkennung staatlicher Legitimität ausgedrückt wird (Vgl. Sindek 2021).

ja, Strukturen zusammenkommen und, ja, alle für eine Sache halt, sich gemeinsam starkmachen und das ist ja etwas, was man braucht.“ (SV_37_96)

Zusammengefasst tragen die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie messbar dazu bei, dass (1) *demokratiefeindlich und rechtspopulistisch motivierten Formen der Diskurs- und Argumentationsverweigerung nicht nur von vereinzelt, sondern von einem Bündnis engagierter Akteur*innen entgegengetreten wird, außerdem (2) eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) die Bearbeitung von Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus in ihr Handlungsfeld aufnehmen und auch (3) die Kompetenzen verantwortlicher Funktionsträger*innen der Verwaltung im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen (z.B. unter missbräuchlicher Berufung auf das „Neutralitätsgebot“) zunehmen.* Diese Ergebnisse lassen sich vor dem Hintergrund einer volatilen und sich rasant verändernden Gesamtsituation deuten, in der die Partnerschaften für Demokratie eine stabilisierende und resilienzstärkende Rolle haben.

Abbildung 18: Situationsveränderung in den Phänomenbereichen Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit sowie Rechtsextremismus¹⁶⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Prozent (2021 und 2023) (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

165 → Tab. 27.

2.5.3 Rassismus

Zu Beginn des Jahres 2024 gingen weit über eine Million Menschen in Deutschland auf die Straße, um für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Rassismus¹⁶⁶ zu demonstrieren. Wenngleich dies als Zeichen für einen gesellschaftlich breit vorherrschenden Konsens gegen rassistische Ressentiments verstanden werden kann,¹⁶⁷ zeichnet sich in den letzten Jahren parallel auch eine entgegengesetzte Diskursverschiebung ab,¹⁶⁸ in deren Zug migrant*innenfeindliche Einstellungen sowie Diskriminierungserfahrungen Betroffener zugenommen haben.¹⁶⁹ Im Einklang hiermit stehend berichten auch die befragten Koordinator*innen des qualitativen Samples von zunehmendem Alltagsrassismus und darüber hinaus von Schmierereien im öffentlichen Raum wie auch von rassistischen Übergriffen.¹⁷⁰ Ihre Partnerschaften für Demokratie haben sich dementsprechend strategisch ausgerichtet – und dabei relevante Erfolge erzielt:¹⁷¹ In Bezug auf die neun abgefragten Zieldimensionen zeichnen sich auf Basis der multivariaten und qualitativen Analysen insgesamt sieben methodisch- und perspektivisch triangulierte robuste nachweisbare Wirkungen ab (→ Abb. 19).¹⁷²

166 Unter dem Phänomenbereich „Rassismus“ verstehen wir die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, die aufgrund eines oder mehrerer Merkmale, wie zum Beispiel ihrer phänotypischen Merkmale (Hautfarbe), Herkunft, Kultur oder Religion, einer ethnischen Gruppe zugeteilt und als minderwertig gegenüber der eigenen Gruppe bewertet werden. Der Phänomenbereich „Rassismus“ umfasst somit neben biologischem Rassismus übergeordnet auch Formen gruppenbezogener Abwertung, die sich mit Themenfeldern wie etwa Sinti*zze- und Rom*nja-Feindlichkeit oder Muslim*innenfeindlichkeit überschneiden, adressiert als Arbeitsbereich aber mitunter auch übergreifende Fragen und Konzepte.

167 Vgl. für eine solche Perspektive auch Mau et al. 2023, S. 118-158.

168 So wurde in verschiedenen aktuellen empirischen und zeitdiagnostischen Veröffentlichungen ein Rechtsruck in Deutschland diagnostiziert (Vgl. Mullis 2024, S. 38; Zick/Mokros 2023, S. 53f.).

169 Die aktuelle „Mitte-Studie“ belegt eine deutliche Zunahme von „Fremdenfeindlichkeit“, d.h. eine verallgemeinerte Abwertung von „Ausländern“ zwischen den Jahren 2014 bis 2018/19 und dem Jahr 2022/2023 auf 16,2 % (Zick/Mokros 2023, S. 69). Auch der NaDiRa-Bericht 2023 belegt, dass Diskriminierungserfahrungen weit verbreitet sind und vor allem von rassistisch markierten Menschen berichtet werden. Von offenkundiger Diskriminierung, z.B. durch Bedrohungen oder Belästigungen, sind Schwarze Menschen am häufigsten betroffen. Sie erfahren auch häufiger subtile Diskriminierung. Insgesamt berichten etwa 90 % rassistisch markierter Personen von Diskriminierungserfahrungen (DeZIM 2023, S. 79).

170 Im Jahr 2023 berichteten die Koordinator*innen von knapp drei Viertel der Partnerschaften von in Einzelfällen oder wiederholten Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit (73 %, 260 von 357) (Kremeti/Sthamer/Winter 2023, S. 67, →Tab. 71).

171 Die Koordinator*innen von 67 % (194) der 290 Partnerschaften im Wirkungssample gaben im Jahr 2023 an, dass sie im Bereich Rassismus seit 2020 Verbesserungen bzw. Fortschritte anstreben. Damit handelt es sich nach der Demokratie- und Vielfaltförderung um einen der meist adressierten Phänomenbereiche (→Tab. 4).

172 Anhand der Situationseinschätzungen der Untersuchungsgruppe, d.h. der Gruppe, die seit 2021 eine Verbesserung bezüglich der jeweiligen Zielsetzung angestrebt hat, wird im Zeitvergleich deutlich, dass bezüglich fast aller aufgeführten Statements im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2021 eine positivere bzw. angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen auch als positiv bewertbare, stabile Situationseinschätzung vorgenommen wurde (→ Abb. 20 und 21 sowie → Tab. 29 und 30).

Abbildung 19: Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Rassismus¹⁷³

		MITTELWERT-DIFFERENZEN	DIFFERENZ DER DIFFERENZEN	REGRESSIONS-KOEFFIZIENTEN	METHODEN-TRIANGULATION	PERSPENTIVEN-TRIANGULATION	ART	EVIDENZSTUFE
Sensibilität und Kompetenzen der Bürger*innen	Untersuchungsgruppe	0,09 (n.s.)	0,26*	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,17 (n.s.)						
Knowhow der Verwaltung	Untersuchungsgruppe	0,17 (n.s.)	0,35*	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,18*						
Gemeinsame Zielperspektiven	Untersuchungsgruppe	0,15 (n.s.)	0,53***	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,38***						
Zivilgesellschaftliches Engagement	Untersuchungsgruppe	0,11 (n.s.)	0,40***	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,29***						
Mitbestimmung und Teilhabe	Untersuchungsgruppe	0,27 (n.s.)	0,57***	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,3***						
Unterstützung von Betroffenen	Untersuchungsgruppe	-0,04 (n.s.)	0,22	5	Ja (3)	Ja (3)	Aufrechterhaltung/ Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	-0,27***						
Nachhaltigkeit bzw. Kontinuität	Untersuchungsgruppe	0,11 (n.s.)	0,28*	5	Ja (3)	Ja (3)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,17 (n.s.)						
SCHRITT: KRITERIENBASIERTE EINGRENZUNG DES WIRKPOTENTIALS		A. EINSTUFUNG		B. ATTRIBUTION	C. GELTUNGSSICHERUNG			

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n = 290). ***p<0,001; **p<0,01; *p<0,05.

Wirkung 10 – Partnerschaften für Demokratie erhöhen die Kompetenzen von Bürger*innen hinsichtlich der Einordnung und Thematisierung der Erscheinungsformen von Rassismus

Angesichts der Zunahme von Alltagsrassismen adressieren die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie die Bürger*innen vor Ort sowohl als Träger*innen entsprechender Vorbehalte als auch als potenzielle Unterstützer*innen.¹⁷⁴ So werden in den qualitativen Erhebungen u.a. niedrigschwellige Austausch- und Begegnungsangebote (z.B. Interkulturelle Woche oder ein Graffitiworkshop für junge Menschen) beschrieben, die darauf abzielen unterschiedliche Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen und eine empathische und selbstreflektierende Haltung mit Blick auf unterschiedliche Kulturen und Identitäten anzuregen. Aber auch über diese im Sinne der Kontakthypothese zu deutenden, niedrigschwellig angelegten

173 → Tab. 13 und 14.

174

Formate hinaus, werden Angebote geschaffen, die auf eine gezielte Vermittlung von Wissensbeständen abzielen und dabei etwa die emotionale Ebene mitberücksichtigen (z.B. Fortbildungen). Zugleich bleibt der Zugewinn solcher Einzelmaßnahmen nicht nur auf mögliche Sensibilisierungserfolge beschränkt. Vielmehr trügen sie dazu bei, so betonen befragte externe Expert*innen, dass Partnerschaften für Demokratie als Ansprechpartner*innen sowohl wahrgenommen als auch anerkannt und in dieser Rolle etwa mit der Bitte um Einordnung spezifischer Beobachtungen oder Vorfälle kontaktiert werden würden. Sie vereinten in diesem Zusammenspiel aus gezielten Maßnahmen und Anlaufstelle zugleich wichtige Merkmale einer nicht nur vernetzenden, sondern auch fachlichen Instanz im Handlungsfeld.¹⁷⁵

„Da stellen wir zumindest fest, jetzt bei zum Beispiel Auszubildenden, die jetzt quasi fertig sind und bei der Stadt anfangen, dass die immer noch, wenn die irgendwie ein Problem haben oder das Gefühl: "Oh, hier ist aber irgendwas komisch." Immer noch auf uns auch zurückkommen und sagen: "Hey, das ist komisch. Wie gehe ich denn damit weiter um?" Oder: "Kann ich da was machen?" Und das ist, glaube ich, schon ein großer Erfolg.“ (SV_22_33)

Wirkung 11 – Die Kompetenzen verantwortlicher Funktionsträger*innen der Verwaltung im Umgang mit Rassismus und der Eindämmung von Vorurteilen werden durch die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie erhöht

Die Sensibilisierung für die Bedeutung des Themas Rassismus sowie die Vermittlung von grundlegenden Wissensbeständen und Kompetenzen zum Umgang mit seinen Erscheinungsformen wird durch die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie in Richtung der breiten Bevölkerung betrieben, aber auch verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind eine Zielgruppe. Dabei wird die administrativ-exekutive Sphäre nicht nur als Möglichkeitsraum strukturellen Rassismus', sondern in ihrer Rolle als wichtige Gestalterin und Sozialisationsort kommunaler Akteur*innen und somit als Partnerin in der Auseinandersetzung mit Rassismus adressiert. In einem solchen Verständnis könnten – ausgehend von einer gelungenen Beziehungsarbeit und der Einbindung relevanter Akteur*innen etwa in führenden Verwaltungspositionen in die Begleitausschüsse – über die Sicherstellung (punktuelle) Unterstützung hinaus relevante Formate gemeinsam umgesetzt, bisweilen auch strukturell verankert werden. So gelang es an einem Standort des qualitativen Samples, Schulungsinhalte zum Thema Rassismus innerhalb der Ausbildung in der Stadtverwaltung zu platzieren und dort eine Sensibilität und Kompetenzentwicklung im Umgang mit und der Einordnung von Rassismus zu bewirken. Neben der Herstellung bzw. Nutzung entsprechender Zugänge habe es sich ferner bewährt, die Relevanz und den Nutzen der Partnerschaften für Demokratie selbst herauszustellen, einen möglichen Mehrwert etwa in Form fachlich-inhaltlicher Angebote für die Verwaltung mitzudenken und schließlich auch öffentlichkeitswirksame Projekte und Initiativen umzusetzen.¹⁷⁶

175 Auf die retrospektive Frage im Monitoring 2024, welche Ausprägungen einer (verstärkten) Bearbeitung programmrelevanter Themen die Partnerschaften auf ihr Wirken zurückführen, zeigte sich für das Item einer verstärkten kritischen Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rassismus (individuell, institutionell, strukturell) durch Bürger*innen in der Öffentlichkeit, dass 76 % in der Untersuchungsgruppe dies (im Vergleich zu 58 % in der Vergleichsgruppe) angeben. In Bezug auf das Anstoßen von oder Unterstützung bei der Umsetzung von Antirassismus- bzw. Diversity-Prozessen (z.B. in Form von Beratungen, Workshops, Fort- oder Weiterbildungen) in Verwaltungen bzw. Ämtern und Behörden sind die Unterschiede zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppe mit 40 % zu 35 % sowohl auf einem niedrigeren Niveau als auch geringer (→ Tab. 31).

176 Vgl. hierzu auch Becker et al. 2024b, S. 100ff.

Wirkung 12 – Partnerschaften für Demokratie führen dazu, dass relevante Akteur*innen sich gemeinsam für Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung einsetzen.

Die Akteur*innen in den Partnerschaften für Demokratie adressieren nicht nur die einzelnen Akteur*innengruppen jeweils für sich, sondern engagieren sich für den gemeinsamen Einsatz für Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung. Entsprechend geht es sowohl darum, bisher nicht adressierte Menschen zu aktivieren, als auch – je nach Situation vor Ort – darum, die Vielzahl von bereits Aktiven zusammen zu bringen und zu halten. So bestehe bisweilen eine besondere Herausforderung darin, die bisweilen widerstreitenden Interessen und Handlungslogiken verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Kommunalverwaltung in Einklang zu bringen und dabei auch bestehende Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen zu thematisieren und Verständnis für die jeweiligen Befindlichkeiten, Interessen und Zwänge zu schaffen. Angesichts dessen wird in den qualitativen Interviews vor allem die Bedeutung eines Vertrauensverhältnisses zu den jeweilig relevanten Akteur*innen betont und in diesem Zusammenhang die Akzeptanz etwa des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle herausgestellt. In einer vermittelnden, weniger anwaltschaftlich-aktivistisch ausgelegten Rolle könne es den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie dabei gelingen, auch vormals belastete Verhältnisse etwa zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen vor Ort neu auszutarieren. Ferner würden vorhandene Zugänge gerade auch in die staatliche Sphäre genutzt, um die entsprechenden Themen in relevante Zusammenhänge (z.B. Gremien) einzubringen und auf aktuelle Entwicklungen vor Ort hinzuweisen bzw. für entsprechende Belange in der Förderregion zu sensibilisieren. Die derart gesteigerte Bereitschaft zur Zusammenarbeit könne bei entsprechender Förderung beispielsweise in sich regelmäßig wiederholenden Aktionen münden (z.B. Vielfaltswochen), in denen verschiedene Akteur*innengruppen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam miteinander agieren, aber auch darüber hinaus gelingt es Initiativen bzw. Netzwerke zu (re-)aktivieren.¹⁷⁷

Fallbeispiel: Ein Netzwerk mit betroffenen Communities setzt Maßnahmen gegen Alltagsrassismus um

Die Partnerschaft für Demokratie B ist in einem Bezirk einer großen norddeutschen Stadt aktiv und wird seit dem Jahr 2015 umgesetzt. Obwohl der Bezirk als politisch links verortet gelte, würde ein zunehmender Alltagsrassismus beobachtet. Der Erfolg der Partnerschaft beruhe auf einem starken Vertrauensverhältnis zu den Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Förderregion, das durch eine enge Zusammenarbeit auf Augenhöhe gepflegt werde. Besonders bemerkenswert sei die aktive Beteiligung von Betroffenen rassistischer Gewalt, die eine zentrale Rolle im Netzwerk spielten. Die beteiligten Communities forderten in regelmäßigen Netzwerktreffen Ressourcen, Räume und finanzielle Unterstützung ein. Sie legten zudem großen Wert darauf, dass sich die Netzwerkmitglieder aktiv mit ihren eigenen Privilegien und rassistischen Denkmustern auseinandersetzten. Dies habe in den letzten Jahren zu einem tieferen Verständnis für diskriminierende Strukturen geführt, was das Netzwerk gestärkt und zu einer solidarischen Zusammenarbeit beigetragen habe. Das zeige sich in einem effektiven Unterstützungssystem, das bei gemeldeten Rassismussvorfällen in der Förderregion schnell reagiere, klar Stellung beziehe und gemeinsam konkrete Maßnahmen ergreife. Die Koordinierungs- und Fachstelle übernehme im Netzwerk eine zentrale Rolle. Sie koordiniere, berate und stelle finanzielle Mittel bereit, um Projekte zu ermöglichen. Durch regelmäßige Bedarfsanalysen passe sich das Netzwerk gezielt an

177 Während knapp 37 % der Befragten in der Untersuchungsgruppe im Jahr 2024 angegeben haben, in der Gründung neuer oder (Re-)Aktivierung bzw. Fortentwicklung bestehender Netzwerke für die Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung während der laufenden Förderperiode Wirkungen erzielt zu haben, geben dies knapp 26 % in der Vergleichsgruppe an (→ Tab. 31).

aktuelle Herausforderungen in der Region an. Aus der Arbeit des Netzwerks entstünden konkrete Maßnahmen wie Themenwochen, Protestaktionen und Workshops. Hierbei kämen verschiedene Initiativen und Akteur*innen zusammen, um den Austausch mit der Bevölkerung zu fördern, Rassismus sichtbar zu machen und das Netzwerk für neue Initiativen und Akteure zu öffnen.

Wirkung 13 – Partnerschaften für Demokratie stellen sicher, dass die Perspektiven von Betroffenen in die Bearbeitung von Rassismus eingebunden werden (individuell, institutionell, strukturell).

Wie bereits verdeutlicht wurde, kann es im Allgemeinen als eine professionelle Kunst verstanden werden, bestehende Interessen im Sozialraum zusammen zu bringen und den vielfältigen Perspektiven der Menschen vor Ort einen Raum zu geben. Dies trifft nicht nur auf etablierte Interessengruppen der Mehrheitsgesellschaft zu, sondern insbesondere auch auf von Rassismen betroffene Gruppen. Diese als Zielgruppe zu erreichen und dabei als Subjekte der Antirassismearbeit in die Bearbeitung des Phänomens einzubeziehen stellt mitunter eine Herausforderung dar. Die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie erzielen an dieser Stelle Erfolge, indem sie eine strukturelle Einbindung entsprechender Personen (Multiplikator*innen) z.B. in Begleitausschüsse, bewirken, die wiederum als Türöffner*innen in die jeweiligen Bereiche fungieren können. Ebenfalls bewähren sich niedrigschwellige Projekte und Formate (z.B. die Organisation eines Stadtteilstreffs durch eine Migrantenselbstorganisation) und der Abbau struktureller Hürden bzw. die Unterstützung etwa bei der Beantragung und Umsetzung von Projekten (z.B. über das Projekt HowTo).¹⁷⁸ Zugleich zeigten sich in den qualitativen Interviews auch Erfolge, die über die Arbeit der Partnerschaft hinaus gehen. So wurde etwa in einer Förderregion auf Seiten der Verwaltung eigens eine Stelle geschaffen, die als Ansprechpartner*in für Migrantenselbstorganisationen auftritt, Veranstaltungen und Netzwerkstreffen für diese organisiert und die bei der Beantragung von Projekten begleitet und unterstützt.¹⁷⁹

„Das heißt, wir machen [...] im Prinzip mindestens einmal im Jahr mit einer Community eine gemeinsame Veranstaltung, wo es um deren Schwerpunkte zum Thema – also was sind ihre Bedarfe an Unterstützung [...], Betroffenheit von Rassismus und Diskriminierung – [geht, Anm. d. Verf.] und holen uns dann entsprechende Hilfeangebote, Unterstützungsangebote, Beratungsangebote mit dazu. Also dieses Zusammenbringen und die organisierte Community dann so dabei zu unterstützen, das auch in ihre Gruppen und so weiter reinzubringen. [...] [Da, Anm. d. Verf.] werden wir als Schnittstelle gesehen und auch akzeptiert. Und konnten da jetzt schon mehrere Gruppen zusammenbringen, die [...] miteinander weiterarbeiten und [...] die weiteren Bedarfe auch formulieren an Unterstützung. Also sind stark empowert.“ (SV_1_37)

178 Die Einbindung von Perspektiven kann auch über die Anregung oder eigenständige Umsetzung von Verfahren (z.B. Interviews, Workshops, Expert*innenbefragungen oder Einbezug von fachlichen Studien) zur systematischen Erhebung der Perspektiven rassistisch diskriminierter Gruppen gelingen. In der Untersuchungsgruppe gaben 30% im Monitoring 2024 an, hierüber Wirkungen zu erzielen, in der Vergleichsgruppe waren es 14 % (→ Tab. 31).

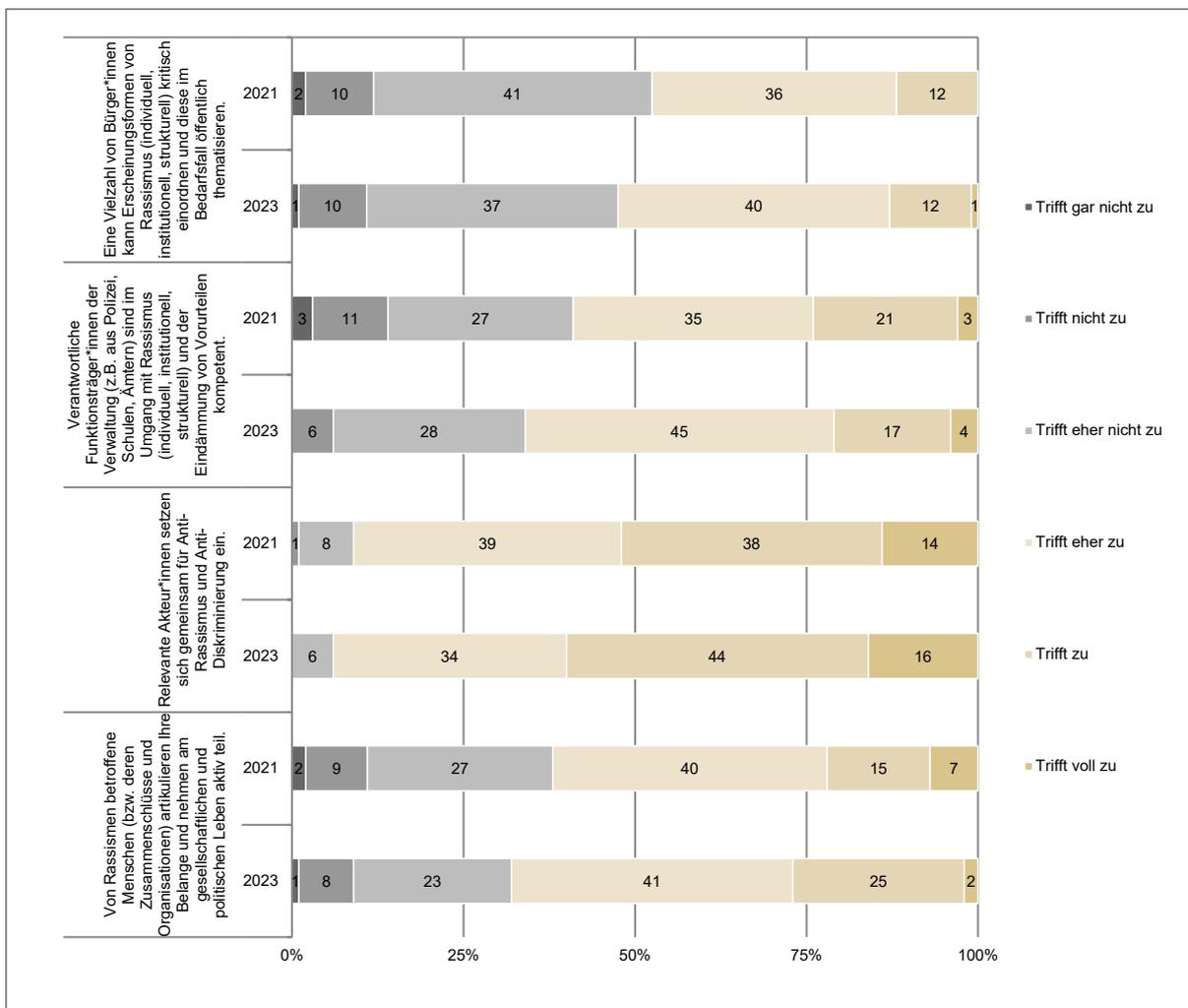
179 Die Schaffung einer eigenen Stelle müsste jedoch kommunal finanziert werden, weswegen dieser Weg nicht für alle Partnerschaften als gangbar gelten kann.

Wirkung 14 – Partnerschaften für Demokratie ermöglichen, dass von Rassismen betroffene Menschen (z.B. deren Zusammenschlüsse und Organisationen) ihre Belange artikulieren und am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilnehmen

Partnerschaften für Demokratie nehmen also nicht nur die Mehrheitsgesellschaft in der Auseinandersetzung gegen Rassismus in den Blick, sondern auch die von Rassismus Betroffenen (sowie ihre Zusammenschlüsse und Organisationen) und suchen diese in vielfältiger Hinsicht zu stärken. Dabei steht über das oben genannte zivilgesellschaftliche Engagement Betroffener hinausgehend auch ihre generelle Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Fokus. Den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie gelingt es dabei, Formate zu entwickeln, mit denen verschiedene Betroffenenengruppen stärker in vorhandene Strukturen und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse eingebunden werden.¹⁸⁰ Hier bewähren sich insbesondere regelmäßig angesetzte Veranstaltungen, zu denen entsprechende Betroffenenengruppen eingeladen und dazu ermuntert werden, ihre Bedarfe und Interessen etwa mit Blick auf die Verhandlung der in den Sozialräumen relevanten Themen einzubringen. Das Engagement von Betroffenenorganisationen (z.B. Migrant*innenselbstorganisationen) wird darüber hinaus durch ihre gezielte Einbindung in bestehende Netzwerke adressiert.

180 Beispielsweise über Kooperationsveranstaltungen mit Bibliotheken und Sprachcafés oder im Rahmen von Interviews mit Betroffenen in einer regelmäßigen Radiosendung.

Abbildung 20: Situationsveränderungen im Bereich Rassismus (I)¹⁸¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben, in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

Wirkung 15 – Partnerschaften für Demokratie tragen dazu bei, dass Betroffene rassistisch motivierter Vorfälle bedarfsgerechte Unterstützung erfahren

Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie gelingt es, den Aufbau von Unterstützungsstrukturen für Betroffene von rassistisch motivierten Anfeindungen und Übergriffen mitzugestalten.¹⁸² In diesem Sinne bewirken Partnerschaften für Demokratie durch die Mitgestaltung aktiver Netzwerke und die Einbindung von potenziell von Rassismen Betroffenen in bestehende Strukturen (z.B. Begleitausschüsse), dass deren Anliegen und Bedarfe sichtbar gemacht werden. In den qualitativen Interviews wird zudem berichtet, dass Betroffene durch niedrigschwellige Formate, etwa Stadtteilstunden, Unterstützung erfahren, indem sie Gemeinschaft erleben und eine Plattform bekämen, um in ihren Anliegen gehört zu werden. Zusätzlich

181 → Tab. 30.

182 So haben im Monitoring 2024 61 % der Befragten aus der Untersuchungsgruppe angegeben, dass eine etablierte bzw. bedarfsangemessene Form der Zusammenarbeit zwischen der Partnerschaft für Demokratie und Melde- bzw. Opferberatungsstellen besteht. In der Vergleichsgruppe beträgt der Anteil 36 % (→ Tab. 31).

fungieren Partnerschaften als Teil eines breiteren Netzwerks zum Teil selbst als Anlaufstelle, indem sie z.B. als Verweisberatungen eine Vermittlung Betroffener an Expert*innen vornehmen. In Aussagen der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle wird deutlich, dass sich auch Formate bewähren, in denen die Ansprache durch selbst von Rassismus Betroffenen erfolgt, beispielsweise bei Vorträgen im Rahmen von Jugendarbeit an Schulen. Diese können entsprechend ein „Türöffner“ sein, um ein Empowerment bei von Rassismus Betroffenen zu bewirken:

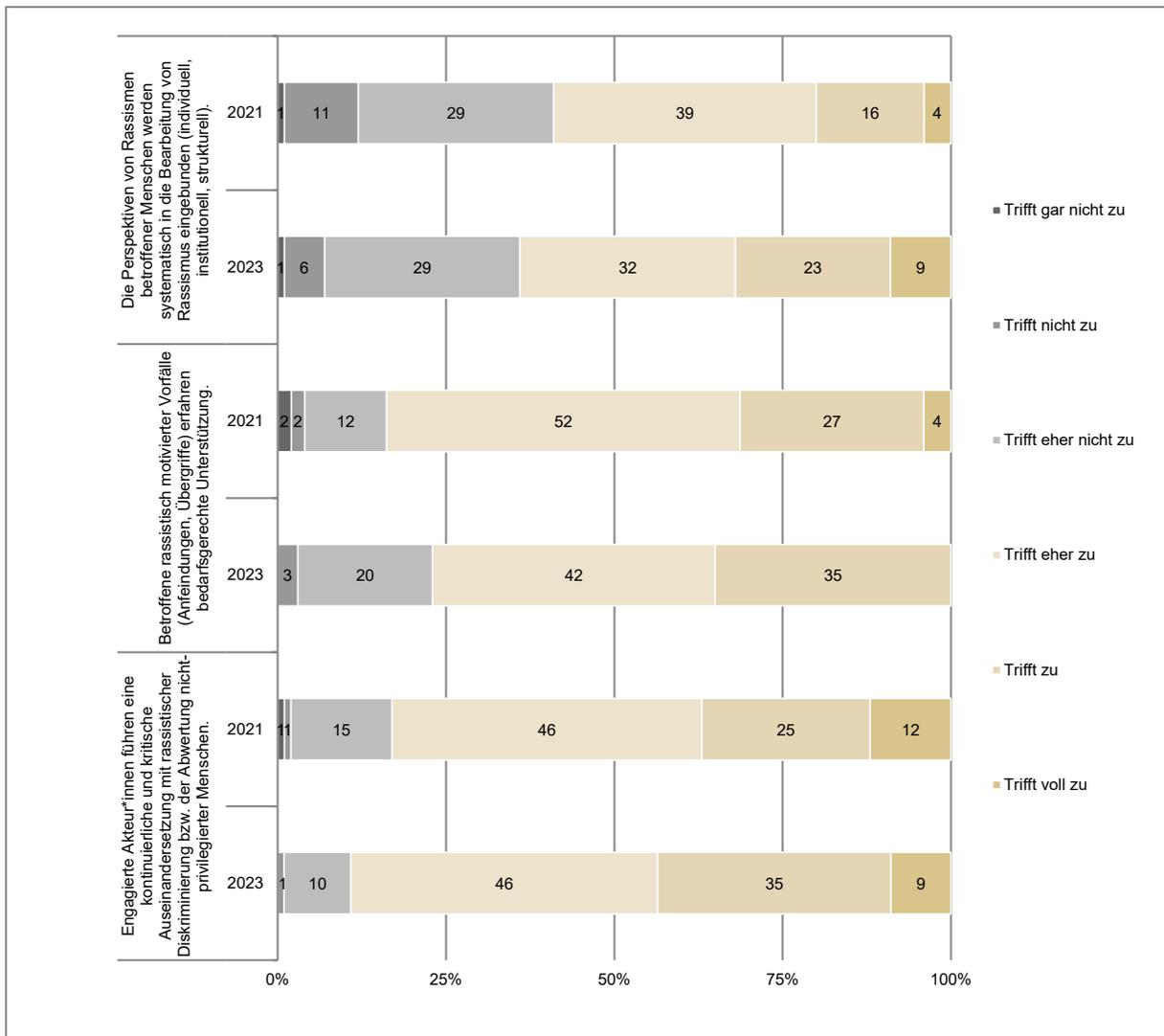
„Weil David kommt rein und David hat eine Präsenz. Ein großer, schwarzer Mann, der [...] in der Hiphop-Attitüde da reinkommt. Und die Kids, die hängen an den Lippen. Und auf einmal fingen sie an, sich zu melden. Und die Leute, die nie was sagen, haben [...] dann [...] von ihren Erfahrungen mit Rassismus... Und das ist halt stark. Und das ganz niedrigschwellig, [...] das ist halt der Anfang von Empowerment, ne? Zu sagen [...]: ‚Ich bin so mutig jetzt, jemand Fremdes von meinen Geschichten zu erzählen.‘ Und das finde ich ein ganz, ganz starkes Zeichen.“ (SV_2_99)

Wirkung 16 – Partnerschaften für Demokratie befördern eine kontinuierliche und kritische Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung bzw. der Abwertung nicht-privilegierter Menschen.

Wie sich in den letzten Abschnitten gezeigt hat, sind u.a. das Aufbauen von vertrauensvollen Arbeitsbeziehungen (etwa zu Migrant*innenselbstorganisationen), Niedrigschwelligkeit sowie die Nutzung von Zugängen oder auch die Etablierung von Netzwerkstrukturen (z.B. Bündnissen) förderlich, um die demokratische Widerstandsfähigkeit gegenüber Rassismus vor Ort zu stärken. Damit diese auch langfristig angelegt ist, rückt schließlich auch die Kontinuität der kritischen Auseinandersetzung in den Fokus. Diesbezüglich stärken die Partnerschaften für Demokratie einerseits das Spektrum aktiver Akteur*innen, indem sie eine fortwährende Beratung und Unterstützung etablierter Projekte mit Blick auf Fördermöglichkeiten etc. vorhalten und so den „zivilgesellschaftlichen Muskel“ auch in Zeiten nachlassender Virulenz der Bedrohungslage trainieren.¹⁸³ Durch ihre Expertise können Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie – wie es in den qualitativen Interviews mehrfach angeführt wird – auf diesem Wege eine gewisse „Projektsozialisation“ unterstützen und trotz auslaufender Förderung bisweilen einen Fortgang derselben sicherstellen. Dies gelingt etwa, indem sie diese auch zu Möglichkeiten der Drittmittelfinanzierung (z.B. über Landesprogramme oder kommunale (Ko-)Finanzierung) beraten. Darüber hinaus werde eine kontinuierliche und kritische Auseinandersetzung engagierter Akteur*innen etwa durch regelmäßig angebotene Formate (z.B. interkulturelle Wochen) gewährleistet.

183 Im Monitoring 2024 geben 61 % der Befragten aus der Untersuchungsgruppe an, dass das Engagement lokaler Träger im Themenfeld rassistische Diskriminierung über die Projektdurchführung hinausgehe (z.B. in ihre eigenen Organisationen hinein), in der Vergleichsgruppe sind es 36 % (→ Tab. 31).

Abbildung 21: Situationsveränderungen im Bereich Rassismus (II)¹⁸⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben, in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass Partnerschaften für Demokratie im Themenbereich Rassismus eine Vielzahl an Wirkungen entfalten: Sieben von neun Wirkdimensionen konnten anhand komplexer Analysen und vertiefender Interviews methodisch und perspektivisch trianguliert werden, die sich auf Betroffene und zivilgesellschaftliche Akteur*innen einerseits und auf die Verwaltung andererseits bezogen. In den Interviews verdichteten sich Hinweise darauf, dass Erfolge sowohl durch den strategischen und nachhaltigen Aufbau von Strukturen der Gegenwehr (z.B. kommunale Netzwerke, Angebote der Verweisberatung) als auch über niedrigschwellige Maßnahmen und Angebote gelingen, die geeignet sind, einen direkten Einfluss auf die Bevölkerung und das Zusammenleben vor Ort zu generieren.

184 → Tab. 30.

2.5.4 Antisemitismus

Antisemitismus ist keine Erscheinung der Neuzeit, sondern weist eine bis in die Antike reichende Historie auf, zugleich haben seine Erscheinungsformen große Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen gesellschaftlichen Gegebenheiten.¹⁸⁵ In den letzten Jahren hat seine Verbreitung zugenommen.¹⁸⁶ Dies gilt insbesondere – mehr noch als für den Untersuchungszeitraum – für die Zeit seit dem Terrorangriff der Hamas auf die Bewohner*innen des israelischen Grenzgebiets um den Gaza-Streifen am 7. Oktober 2023.¹⁸⁷ Aktuell findet das Phänomen einerseits Ausdruck in direkten Anfeindungen von Jüdinnen und Juden. Ereignisse wie der Anschlag von Halle 2019, aber auch ein Angriff auf einen Teilnehmer einer Mahnwache in Hamburg¹⁸⁸ sind seine gewaltvollen Folgen. Der moderne Antisemitismus funktioniert andererseits aber auch ohne die direkte Benennung von Jüdinnen und Juden, etwa im israelbezogenen Antisemitismus, der mangelhaft gezeigten Solidarität oder in vielen antisemitischen Verschwörungsnarrativen.¹⁸⁹ Daher ist das Phänomen oft schwerer zu erfassen als andere Diskriminierungsformen, was auch die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie vor Herausforderungen stellt.¹⁹⁰ Diesem komplexen Phänomenbereich nehmen sich die Partnerschaften an, indem sie (1) Ausprägungen des Antisemitismus beobachten und diese Wissensbestände gezielt in Workshops oder Einzelgesprächen – insbesondere mit jungen Menschen – thematisieren. (2) Aktivieren sie, an das vorhandene Potential anknüpfend, die Zivilgesellschaft zum Engagement gegen Antisemitismus – beispielsweise durch die Begleitung engagementwilliger Bürger*innen – und dafür Sorge tragen, dass (3) die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als dauerhafte Aufgabe wahrgenommen wird. Dabei spielt der Aufbau netzwerkartiger Strukturen eine wichtige Rolle. Treten antisemitische Vorkommnisse auf, profitieren Partnerschaften von ihren guten Kontakten in ihrer Förderregion, um (4) einer betroffenenorientierten Bearbeitung Vorschub zu leisten, bei der sie etwa eine vermittelnde Rolle zwischen Betroffenen und staatlichen Stellen einnehmen.¹⁹¹

185 Vgl. Elbe 2024, S. 34f.

186 Vgl. RIAS Bundesverband 2023.

187 Vgl. RIAS Bundesverband 2023.

188 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2020) und Gerlach (2022)

189 Vgl. Rensmann 2021.

190 Von den 290 Partnerschaften für Demokratie, die auf Wirkungen untersucht wurden, bearbeiten 41 % Zielstellungen im Hinblick auf Antisemitismus (120 von 290) (→ Tab. 4).

191 Gegenüber diesen deutlichen Effekten bleibt die Aktivierung des staatlichen Sektors (Verwaltung und Politik) zurück. Zwar finden sich an einzelnen Standorten der qualitativen Erhebungen auch diesbezüglich Hinweise auf Erfolge – etwa im Zuge von programmrelevanten Fortbildungen und deren Verankerung in der Ausbildung von angehenden Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Entlang der hier angelegten Kriterien wurden diese jedoch gerade aus externen Perspektiven heraus nicht ausreichend bestätigt, um von einem mit hinreichender Geltungskraft versehenem „Wirkungsbefund“ auszugehen.

Abbildung 22: Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Antisemitismus¹⁹²

		MITTELWERT-DIFFERENZEN	DIFFERENZ DER DIFFERENZEN	REGRESSIONS-KOEFFIZIENTEN	METHODEN-TRIANGULATION	PERSPECTIVEN-TRIANGULATION	ART	EVIDENZSTUFE
Sensibilität und Kompetenzen der Bevölkerung	Untersuchungsgruppe	0,1 (n.s.)	0,2	5	Ja (2)	Ja (2)	Aufrechterhaltung/ Stabilisierung	
	Vergleichsgruppe	-0,1 (n.s.)						
Zivilgesellschaftliches Engagement	Untersuchungsgruppe	0,3*	0,4**	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,2 (n.s.)						
Nachhaltige Strukturen	Untersuchungsgruppe	0,4***	0,5**	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,1 (n.s.)						
Mitbestimmung und Teilhabe	Untersuchungsgruppe	0,2 (n.s.)	0,5*	5	Ja (2)	Ja (2)	Relevante Verbesserung	
	Vergleichsgruppe	-0,2**						
SCHRITT: KRITERIENBASIERTE EINGRENZUNG DES WIRKPOTENTIALS		A. EINSTUFUNG		B. ATTRIBUTION	C. GELTUNGSSICHERUNG			

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n = 290).
 ***p<0,001; **p<0,01; *p<0,05.

Wirkung 17 – Die Situationskenntnis von Bürger*innen zu Erscheinungsformen des Antisemitismus wird verbessert

Die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie sind angesichts des virulenten und zugleich wandelbaren Phänomens Antisemitismus mit der Herausforderung konfrontiert, seine Metamorphosen wahrzunehmen und aktuelles, handlungsrelevantes Wissen zu generieren. Aufgrund der Heterogenität von Antisemitismus können sie dabei kaum auf universell anwendbare Handlungsansätze zurückgreifen, sodass die kompetente Beobachtung aktueller Entwicklungen zu einer wesentlichen Voraussetzung situationsadäquaten Vorgehens wird. Vor diesem Hintergrund aktualisieren die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie in dem qualitativen Sample ihre Wissensbestände, indem sie die in ihrem Sozialraum relevanten Ausformungen des Phänomens beobachten, kompetente Akteur*innen in ihren Begleitausschuss einbinden bzw. entsprechende Kontakte herstellen. Die derart geborgenen Wissensbestände disseminieren sie gezielt, z.B. in Form von Einzelgesprächen aber auch im Rahmen klassischer Formate wie Workshops für Jugendliche zu antisemitischen Deutungsmustern. Derart gelingt es aus Perspektive der interviewten Koordinator*innen, die Bürger*innen vor Ort insbesondere bezüglich des historischen nationalsozialistischen Antisemitismus aufzuklären. Aber auch hinsichtlich des so genannten sekundären Antisemitismus¹⁹³ und gängiger Verschwörungstheorien, die sich antisemitischer Erklärungsmuster bedienen, können relevante Inhalte vermittelt und der Kenntnisstand der Bevölkerung erweitert werden. So gelingt es den

192 → Tab. 15 und 16.

193 Sekundärer Antisemitismus, oder Post-Schoa Antisemitismus, bezeichnet die Relativierung, Verharmlosung oder Leugnung der nationalsozialistischen Massenverbrechen und eine Ablehnung der Erinnerung an diese (Vgl. RIAS 2023, S. 63; Gessler 2006).

Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie, zumindest Teile der Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, die sich wandelnden Erscheinungsformen des Antisemitismus zu erkennen. Diese Wirkung erscheint vor dem Hintergrund des nach dem Untersuchungszeitraum drastisch angestiegenen Antisemitismus umso bedeutender. Nicht zuletzt, da diesen Erfolgen explizit auch eine präventives Element zugeschrieben wird:¹⁹⁴

*„Und hätten wir die lokale Partnerschaft nicht, die eben mit den anderen Akteuren im Landkreis da gut zusammenarbeitet und versucht, die Menschen, speziell die Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen, da [bzgl. des Antisemitismus, Anm. d. Verf.] zu informieren und ihnen zu ermöglichen, tatsächlich mal die Augen zu öffnen und darüber nachzudenken, ich glaube, dann hätten wir tatsächlich ein ziemlich großes Problem.“
(SV_17_70)*

Fallbeispiel: Im ländlichen Raum wird anti-antisemitisches Engagement gebündelt und jüdisches Leben sichtbar

Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie A ist in einer ostdeutschen Landkreisverwaltung angesiedelt. Nach Einschätzung der*des befragten Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle gelinge es in der Förderregion neonazistischen Vereinigungen und Organisationen, militante Hetze gegenüber Minderheiten zu verbreiten sowie politische Gegner*innen einzuschüchtern und dadurch aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Die Partnerschaft für Demokratie, die selbst zur Zielscheibe von Anfeindungen aus dem rechtsextremen Milieu geworden sei, bündele demokratische Kräfte, vernetze die Akteur*innen und trage dazu bei, deren Engagement strukturell und finanziell zu ermöglichen. In der Förderregion fehlten Interaktionsmöglichkeiten mit Personen unterschiedlicher Lebensrealitäten, so dass Fremdzuschreibungen und Stereotypisierungen leichtes Spiel hätten und besonders im Phänomenbereich Antisemitismus zu Tage treten. Neben dem sekundären Antisemitismus, und dem neo-nationalsozialistischen Antisemitismus der rechtsextremen Gruppierungen zeige sich im lokalen politischen Klima vor allem ein antisemitisches Othering, also der Ausschluss all dessen, was als jüdisch wahrgenommen wird, aus der Mehrheitsgesellschaft. Im Zuge der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sei in der Förderregion die Verbreitung des modernen Antisemitismus generell gestiegen. Um den verschiedenen Formen des Antisemitismus zu begegnen, sei seitens der Partnerschaft für Demokratie der Aufbau eines Netzwerks aus verschiedenen Akteur*innen initiiert worden, um durch eine Veranstaltungsreihe zu jüdischer Kultur und weiteren Bildungs- und Begegnungsangeboten für die Lebensrealität von Jüdinnen und Juden zu sensibilisieren. Diese finde inzwischen jährlich statt und ziehe auch Interessierte aus der erweiterten Umgebung an. Durch die Koordination der langfristigen Zusammenarbeit der Netzwerkpartner*innen seien außerdem Strukturen etabliert worden, über die sich Akteur*innen gegenseitig stärken und unterstützen. Erst durch die Bündelungsfunktion der Partnerschaft für Demokratie habe die vielfältige Akteur*innenlandschaft zu einem Netzwerk in Form eines Arbeitskreises vereinigt werden können. Die aus der Zusammenarbeit jährlich entstehenden, partizipativen und dialogorientierten Bildungs- und Begegnungsangebote erreichten inzwischen über 1000 Personen im Fördergebiet, die ihrerseits als Multiplikator*innen in die Gesellschaft hineinwirkten, um antisemitisches Othering abzubauen. Durch diese von der Partnerschaft initiierten Formate, bei der die Bevölkerung gegenwärtiges jüdisches Leben kennenlernt, könnten Stereotypisierungen abgebaut werden.

194 Auf der deskriptiven Ebene zeigt sich hinsichtlich der Situationskenntnisse der Bürger*innen in der Untersuchungsgruppe ein höheres Niveau und eine deutliche Zunahme: Der Aussage, dass Bürger*innen über profunde Situationskenntnisse verfügen, stimmen 43 % (2021) bzw. 50% (2023) der Untersuchungsgruppe zumindest eher zu (→ Abb. 23 sowie Tab. 32 und 33). In der Vergleichsgruppe sind es im selben Zeitraum lediglich jeweils 24 % (→ Tab. 33). Im Monitoring 2024 wurde retrospektiv erfragt, welche Ausprägungen einer (verstärkten) Bearbeitung programmrelevanter Themen die Partnerschaften auf ihr Wirken zurückzuführen sind. Hinsichtlich einer (stärkeren) Teilnahme von Bürger*innen an Aufklärungsformaten zur (lokalen) Verbreitung aktueller Erscheinungsformen des Antisemitismus (z.B. sekundärer Antisemitismus und Verschwörungsideologien) gaben 78 % der Untersuchungsgruppe einen Bezug zum Wirken der Partnerschaft an, dabei lediglich 39 % der Vergleichsgruppe (→ Tab. 34).

Wirkung 18 – Das Engagement der organisierten Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus wird gestärkt

Für die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ausformungen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit kommt neben einer aufgeklärten Bürger*innenschaft der organisierten Zivilgesellschaft mit ihren spezifischen Einflussmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung, eine wichtige Rolle zu. Dies gilt auch für die Prävention des Antisemitismus. Ihre Wirksamkeit in der Aktivierung von organisierter Zivilgesellschaft entfalten die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie, indem sie vorhandene Engagementwünsche aufgreifen, konkretisieren und diese beratend bis zu ihrer Verwirklichung begleiten. Derart konnten an den Standorten des qualitativen Samples nicht nur eine Vielzahl an Maßnahmen (z.B. Zeitzeug*innenprojekte, kulturelle Veranstaltungen und Lesungen) realisiert, sondern auch relevante Inhalte im Zuge der Projektförderung vermittelt und heterogene Zielgruppen erreicht werden.¹⁹⁵

*„Weil, man muss ja fair und ehrlich sagen, ich wäre nichts ohne meine Träger [Akteur*innen organisierter Zivilgesellschaft, Anm. d. Verf.], die da mitmachen. Also die Akteure im Netzwerk. [...] Weil es natürlich in meiner Stellenbeschreibung jetzt nie irgendwann stand, die PfD soll XXX [eine Veranstaltungsreihe zu jüdischer Kultur, Anm. d. Verf.] etablieren. Aber es war mir halt ein Anliegen, weil ich einfach gesehen habe, der Bedarf ist da. [...] Das ist für mich eigentlich die größte Auszeichnung, dass es erfolgreich gewesen ist. Dass die Leute wirklich kamen und dass sie dann wirklich sich die Veranstaltung bei sich in der [jüdischen, Anm. d. Verf.] Gemeinde angeschaut haben. Und dann wirklich 40 Kilometer ans andere Ende vom Landkreis gefahren sind. Weil, die letzte Veranstaltung so toll und inspirierend war, dass man sich dann auch die außerhalb des eigenen Dunstkreises doch noch mit angeschaut hat.“ (SV_54_157)*

Wirkung 19 – Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus wird durch Vernetzungsarbeit dauerhaft aufrechterhalten

Zwar bildet die reaktive Auseinandersetzung mit konkreten antisemitischen Vorfällen einen wichtigen Baustein der Gegenwehr und auch die punktuelle Platzierung relevanter Wissensvermittlung zu Erscheinungsformen des Antisemitismus kann dazu beitragen, eine gewisse Wachsamkeit im Umgang mit dem Phänomen aufrecht zu erhalten. Zugleich bedarf es aber auch einer mittel- bis langfristigen Perspektive. Denn ebenso wie „Demokratie“ kein Zustand ist, der – einmal erreicht – als gegeben betrachtet werden kann, bleibt auch der Antisemitismus mindestens latent eine anhaltende demokratie- und menschenfeindliche Bedrohung. Dieser Daueraufgabe stellen sich die Akteur*innen in den Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples, indem sie Wissensbestände aufbauen, also Situations- und Akteur*innenwissen entwickeln, Zugänge zu relevanten Akteur*innen herstellen und diese nicht nur punktuell

195 In der Untersuchungsgruppe derjenigen Partnerschaften für Demokratie, die das Ziel verfolgt haben, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus durch engagierte Akteur*innen in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu fördern, ist von 2021 bis 2023 eine Zunahme der Anzahl der Koordinator*innen der Partnerschaften von 75 % auf 85 % (mindestens: „Trifft eher zu“) zu beobachten, in deren Förderregionen sich eine Vielzahl von Akteur*innen gegen Antisemitismus engagiert – in der entsprechenden Vergleichsgruppe hingegen ein gleichbleibender Wert von 64 % (mindestens: „Trifft eher zu“) besteht (→ Abb. 23 sowie Tab. 33). Auf die oben genannte retrospektive Frage im Monitoring 2024, welche Ausprägungen einer (verstärkten) Bearbeitung programmrelevanter Themen die Partnerschaften auf ihr Wirken zurückführen, gaben hinsichtlich der erfolgreichen Durchführung von Aufklärungsformaten für relevante Zielgruppen (z.B. Multiplikator*innen, Risikogruppen) zum Israel-Palästina-Konflikt und Formen des israelbezogenen Antisemitismus 55 % der Untersuchungsgruppe eine bestätigende Antwort, zugleich lediglich 28 % der Vergleichsgruppe (→ Tab. 34).

zu aktivieren versuchen, sondern sie in netzwerkartige Zusammenhänge einbinden.¹⁹⁶ Im Rückgriff auf das lokale Engagementpotenzial tragen die Partnerschaften für Demokratie aktiv zum Auf- und Ausbau von Netzwerken bei, die sich dauerhaft mit den verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus auseinandersetzen. So werden einerseits Lücken in der Aufklärung über lokale Inzidenzen des Antisemitismus geschlossen, aber auch Akteur*innen wie Bildungsstätten und Vereine untereinander vernetzt. Dadurch wird das Thema in Bereiche getragen, die sich ansonsten nicht mit Antisemitismus befassen (z.B. in Sportvereine). Über diese grundlegende Netzwerkarbeit mit dem Fokus auf Wissensentwicklung und Sensibilisierung hinaus werden vorhandene, teils weniger sichtbare Organisationen interessierten Bürger*innen als Engagementoptionen nahegelegt.

„Und dann gab es jetzt irgendwie über die letzten drei, vier Jahre eben dieses Projekt, wo Strukturen aufgebaut worden sind, um mit dem Themenfeld Antisemitismus zu arbeiten. [...] Also, XXX [die für das Projekt zuständige Person, Anm. d. Verf.] hat sich zum einen mit [...] jüdischem Leben in YYY [Förderregion, Anm. d. Verf.] beschäftigt. Und zum zweiten dann auch mit Antisemitismus. Und hat versucht, [...] eine Infrastruktur an jüdischen Menschen zu finden, die [...] gesagt haben, sie möchten sich [...] für jüdisches Leben, für Vielfalt und gegen Antisemitismus einsetzen. [...] Die Partnerschaften waren auch da ein total wichtiger Akteur, um dieses Projekt, dem eine Starthilfe zu geben. [...] Also, dass [...] die Partnerschaften dazu beigetragen haben, dass [...] die Personen, die auch neu in YYY [die Förderregion, Anm. d. Verf.] kamen, sich mit verschiedenen Akteuren vernetzen konnten. [...] Also, so ganz viele, [...] ganz praktische Weiterleitungen.“
(SV_9_110)

Wirkung 20 – Partnerschaften für Demokratie tragen zu einer bedarfsorientierten und betroffenenbezogenen Bearbeitung antisemitischer Vorkommnisse bei

Die Bearbeitung antisemitischer Vorkommnisse hat in den letzten Jahren oftmals eine unzureichende Beteiligung betroffener Organisationen und Einzelpersonen gezeigt. Ob Betroffene eine öffentliche Thematisierung antisemitischer Vorfälle wünschen oder nicht und unter Einbezug welcher Akteur*innen sie eine Bearbeitung wollen, kann im Einzelfall sehr unterschiedlich sein.¹⁹⁷ Die Befunde der wissenschaftlichen Begleitung machen deutlich, dass Partnerschaften für Demokratie an diesem Punkt ansetzen und eine wichtige Rolle als vermittelnde Instanz einnehmen können. So erwiesen sich im qualitativen Sample die lokale Vernetzungsarbeit, die langjährig gewachsenen Kontakte zu Betroffenen und die derart entstandenen Vertrauensverhältnisse in mehrere Richtungen als entscheidend: Einerseits ist die Kontaktaufnahme zu Betroffenen von antisemitischen Vorfällen einfacher möglich, das Netzwerk zivilgesellschaftlich Engagierter kann aktiviert werden und die Bearbeitung der Vorfälle kann in Abstimmung mit den Betroffenen koordiniert oder Kontakte hergestellt werden. Andererseits können die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie ihre Vernetzung mit staatlichen Institutionen und der Politik nutzen, um Reaktionen anzustoßen, unerwünschte Reaktionen zu verhindern oder Kontakte zwischen Betroffenen und Institutionen herstellen. So wurde in mehreren Interviews die Partnerschaft für Demokratie als Vermittlerin zwischen Betroffenen

196 Hinsichtlich der lokalen, kontinuierlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus stimmen 2021 bereits 75 % der Untersuchungsgruppe mindestens „eher“ zu, dass diese nicht nur in Reaktion auf einzelne Vorfälle geschieht (→ Abb. 23 sowie Tab. 33). Dieser Wert erhöht sich bis 2023 auf 95 %. In der Vergleichsgruppe stimmen 2021 lediglich 58 % mindestens „eher“ zu – ein Wert, der sich bis 2023 um 3 Prozentpunkte auf 55 % verringert (→ Tab. 33).

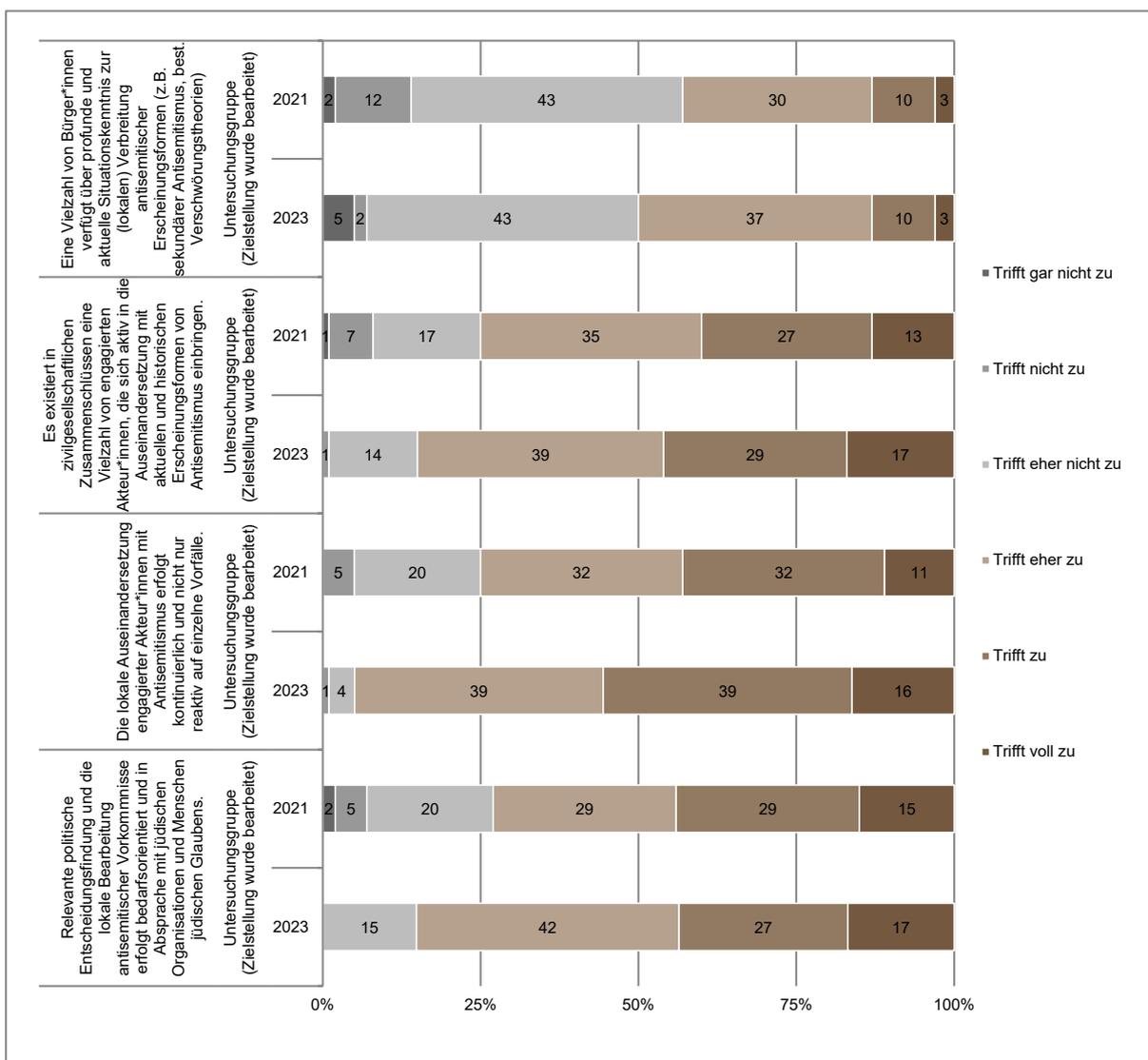
197 Vgl. Chernivsky 2024.

antisemitischer Vorkommnisse und staatlichen Institutionen charakterisiert und auch die quantitativen Befunde lassen positive Effekte ausgehend vom Engagement der Partnerschaften für Demokratie in diese Richtung erkennen.¹⁹⁸

„Und mit XXX [der von einer antisemitischen Anfeindung betroffenen Person, Anm. d. Verf.] überlegen wir natürlich sehr gründlich und deutlich. Gerade wenn es so um Übergriffe geht, gehen wir natürlich schon vorbei und überlegen [...]: ‚Sag mal, was willst du denn öffentlich machen und was nicht?‘ Weil der Fokus der Öffentlichkeit ist nicht immer unbedingt [gewünscht, Anm. d. Verf.] damit ist XXX da vor Ort ja nicht geholfen, weil oftmals sagt XXX [die betroffene Person, Anm. d. Verf.]: ‚[Mir, Anm. d. Verf.] ist es lieber, keiner weiß davon. Außer jetzt die Polizei und der Bürgermeister.“ (SV_56_128)

198 Relevante politische Entscheidungsfindung (allgemein und seitens unterschiedlicher Akteur*innen) und die Bearbeitung antisemitischer Vorfälle gelingt auch vor allem in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie, deren Akteur*innen eine entsprechende Zielstellung verfolgt haben: Die Zustimmung zur entsprechenden Aussage von mindestens „Trifft eher zu“ erhöht sich in der Untersuchungsgruppe von 73 % im Jahr 2021 auf 85 % im Jahr 2023 (→ Abb. 23 sowie Tab. 33). In der Vergleichsgruppe sinkt derselbe Wert von 53 % (2021) auf 44 % (2023) (→ Tab. 33). Im Monitoring 2024 (siehe oben) führten 75 % der Untersuchungsgruppe eine stärkere Vernetzung relevanter Akteur*innen des Themenfeldes Antisemitismus (z.B. Bürger*innenbündnisse, Bildungsträger, Sicherheitsbehörden) mit jüdischen Gemeinden und Initiativen auf das Wirken der Partnerschaft zurück, gegenüber nur 29 % in der Vergleichsgruppe (→ Tab 34).

Abbildung 23: Situationsveränderungen im Phänomenbereich Antisemitismus¹⁹⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die auf Wirkungen untersucht wurden, 2021 und 2023 (n=290). Einschätzungen beziehen sich nur auf die Angaben der Untersuchungsgruppe, d.h. derjenigen Partnerschaften, die angegeben haben in den jeweiligen Zielbereichen seit dem 01.01.2021 Fortschritte bzw. Verbesserungen angestrebt zu haben.

Festzuhalten ist, dass sich in den neun abgefragten Wirkdimensionen die vier beschriebenen methodisch und perspektivisch triangulierten Wirkungen sicher nachweisen lassen. Die Partnerschaften für Demokratie sind insbesondere mit Blick auf die Entwicklung von Situationskenntnissen und Kompetenzen der Bürger*innen erfolgreich. Aber auch bei der Aktivierung der Zivilgesellschaft für das Engagement gegen Antisemitismus und der Steigerung der Dauerhaftigkeit in der Auseinandersetzung zeigen sich Erfolge. Gegen diese deutlichen Effekte bleibt die Aktivierung des staatlichen Sektors (Verwaltung und Politik) zurück, obwohl er von Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie im qualitativen Sample aktiv einbezogen wird, beispielsweise wenn es darum geht, die Wünsche von Antisemitismus Betroffener zum Ausgangspunkt der Bearbeitung zu machen. Dies geschieht aber vor dem Hintergrund einer

199 → Tab. 33.

Entwicklung, in der die Koordinator*innen die kommunale Bearbeitung des Antisemitismus insgesamt eher auf einem negativen Entwicklungspfad sehen (→ Kap. 1.2.2).

2.5.5 Zwischenfazit

Die vorangehenden Kapitel haben aufgezeigt, dass sich trotz bisweilen gegenläufiger gesamtgesellschaftlicher Trends (→ Kap. 1.2.2) die demokratische Bearbeitung programmrelevanter Phänomenbereiche dort stabilisiert oder gar verbessert, wo Partnerschaften für Demokratie ihre Bemühungen gezielt darauf ausrichten. Die Untersuchungen ergeben überdies, dass im Programmsinn wünschenswerte Veränderungen in vier der fünf vertiefend untersuchten Phänomenbereiche (Demokratieförderung; Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus) nicht nur zu beobachten, sondern valide auf die Bemühungen der Partnerschaften zurückzuführen sind. **Methodisch, perspektivisch wie auch räumlich und gegen den Zufall abgesichert steht somit der sichere Befund, dass die Partnerschaften für Demokratie nachgewiesene Wirkungen auf die Stärkung des demokratischen Spektrums und die kommunale Auseinandersetzung mit den Programmenthemen in den Förderregionen haben.** Darüber hinaus ergeben sich über die jeweilig untersuchten Phänomenbereiche Muster in den Wirkungen, die sich als übergreifende Wirkprofile verstehen lassen. Sie sind Gegenstand der nachfolgenden Abschnitte.

2.6 Ein übergreifender Blick auf die Wirkungen der Partnerschaften: zur Stärkung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene

Die vorangegangenen Abschnitte haben gezeigt: Partnerschaften wirken – und dies auf ganz spezifische Weise in den unterschiedlichen Phänomenbereichen. Ihre Akteur*innen tragen beispielhaft zu gemeinsamen Zielperspektiven von relevanten Akteur*innen bei der lokalen Bearbeitung von Antisemitismus bei. Ihnen gelingt es, die Verwaltung in der Auseinandersetzung mit Rassismus kompetenter zu machen oder das Engagement der organisierten Zivilgesellschaft gegen rechtspopulistische Tendenzen hochzuhalten. Im Folgenden sollen diese jeweils phänomenbezogenen Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie aus einer übergeordneten Perspektive beleuchtet werden, denn es bestehen Schnittpunkte zwischen den einzelnen Bereichen, die auf phänomenübergreifende Wirkungen der Partnerschaften schließen lassen, als Beitrag zum Erhalt oder Aufbau demokratischer Widerstandskräfte im kommunalen Raum. Partnerschaften für Demokratie tragen aus diesem Blickwinkel über ihre jeweiligen Einzelwirkungen in ihrer Gesamtheit dazu bei, dass die **demokratische Resilienz** in den Förderregionen stabilisiert und gestärkt und damit demokratiegefährdenden Tendenzen entgegenwirkt wird. Was genau unter demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene zu verstehen ist und inwiefern die Partnerschaften für Demokratie dazu einen Beitrag leisten, wird in den kommenden Abschnitten schrittweise erläutert.

2.6.1 Was heißt demokratische Resilienz auf kommunaler Ebene?

Der Resilienzbezug steht mittlerweile im Verdacht als konzeptionelle Allzweckwaffe in verschiedensten Fachdomänen gebraucht zu werden²⁰⁰ und als „umbrella term“ wenig Analysekraft zu besitzen. Das gilt in Teilen auch für das Konzept der demokratischen Resilienz.²⁰¹ Der Begriff lässt sich konzeptionell aber so unterfüttern, dass er für den Gegenstandsbereich der Partnerschaften für Demokratie Erklärungskraft besitzt und als theoretisches Rahmenkonzept ihre Wirkungen übergreifend einordnen kann.

Resilienz in der Werkstoffphysik, Psychologie oder Katastrophen- und Vulnerabilitätsforschung meint zunächst die (materielle oder psychische) Fähigkeit, auf Krisenereignisse, Stress oder Belastungen zu reagieren oder nach einer „Verformung wieder in [die] Ausgangsposition zurückzukehren.“²⁰² Dabei wird zumeist auf die Widerstandsfähigkeit von Personen, Strukturen oder auch Landschaften abgehoben, die wiederum auf bestimmten Ressourcen aufbauen. Resiliente Personen können etwa Stressoren abwehren und die Grundstrukturen ihrer Persönlichkeit trotz krisenhafter Einschlüge erhalten, weil sie z.B. über frühkindlich angeereicherte Ressourcen („Urvertrauen“, Anerkennungserfahrungen etc.) verfügen.²⁰³

200 „Today, resilience is used in scientific disciplines as diverse as materials science, architecture, engineering, health research, psychology, sociology, ecology, sustainability science and now, for some years, political science“ (Merkel 2023, S.1).

201 Vgl. exemplarisch zu einer solchen wenig gewinnbringenden Nutzung des Begriffs: Diermeier/ Niehues 2021.

202 Bröckling 2017, S. 2. „Überträgt man diese Vorstellung auf biologische, technische, soziale oder ökologische Systeme, bedeutet Resilienz das Oszillieren um einen Gleichgewichtszustand, den ein System im Fall von Abweichungen aus eigener Kraft durch geeignete Adaptionen wiederherzustellen sucht.“ (Ebd.)

203 Vgl. dazu übergreifend: Gilan/Helmreich 2023. Das gleiche gilt für z.B. Küstenabschnitte, deren Vulnerabilität gegenüber Flutereignissen von der Resilienz sowohl der Strukturen (Küstenschutz) als auch dem Verhalten dortiger Bewohner*innen (Sensibilität, Wissen, Kompetenzen) abhängt.

Übertragen auf die Demokratie bedeutet Resilienz, dass Gesellschaften im Angesicht innen- oder außenpolitischer Krisenereignisse oder krisenhafter Entwicklungen so aufgestellt sind, dass sie etwaigen Erosionserscheinungen des demokratischen Zusammenlebens entgegenstehen können. Auf welchen Ressourcen aber baut diese demokratische Resilienz auf? In der wissenschaftlichen Diskussion zu diesem Thema wird betont, dass sich das Konzept der Resilienz nicht allein auf die „konservative“ Abwehr von Stressoren erschöpft, sondern auch die prospektive Anpassung des eigenen Systems, hier der Strukturen der demokratischen Gesellschaft (z.B. Beteiligungsverfahren, etc.) umfassen kann. „[B]eschreibt Resilienz das Vermögen eines Systems, Störungen und andere Stressoren zu absorbieren oder ihnen standzuhalten, ohne einen ‚Regimewechsel‘ zu vollziehen“,²⁰⁴ dann schließt dies zugleich Wandel und notwendige Fortentwicklung mit ein: „Resiliente Systeme können sich deshalb verändern, ohne sich aufzugeben, und sie müssen sich verändern, um fortzubestehen.“²⁰⁵

Drei Reaktionsweisen auf gesellschaftspolitische Krisen als Ausdruck demokratischer Resilienz

Ausgehend davon lassen sich drei Reaktionsweisen unterscheiden, in denen sich demokratische Resilienz zeigen kann: Erstens die Fähigkeit des demokratischen Systems, krisenhaften, demokratiegefährdenden Tendenzen ohne große Friktionen *zu widerstehen* (z.B. durch Sensibilisierung, Gegenwehr, etc.) („to withstand without (major) changes“²⁰⁶). Zweitens die Kapazitäten, sich im Angesicht drohender oder eingetretener Krisen *anzupassen und fortzuentwickeln*, um durch inneren Wandel den eigenen Bestand zu sichern (z.B. strukturelle Transformationen zur Legitimitätssicherung) („to adapt through internal changes“²⁰⁷). Drittens das Vermögen, sich nach konkreten Bedrohungen oder Angriffen (z.B. demokratiefeindlichen Vorfällen, Bewegungen, etc.) *zu erholen bzw. diese aktiv abzuwehren*, d.h. beispielsweise zu einem diskurs- und sachorientierten Normalzustand demokratischen Zusammenlebens und Regierens *zurückzukehren* und entsprechende Aktivitäten *einzudämmen* („to recover after initial damage and disorder“²⁰⁸).²⁰⁹

Wie die Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung der Handlungsziele der Partnerschaften für Demokratie gezeigt haben,²¹⁰ widmen sich diese ebenfalls in dieser dreifachen Weise den aktuellen Herausforderungen. Das gilt zunächst grundlegend hinsichtlich ihrer strategischen Ausrichtung der kommunalen Demokratieförderung vor Ort, die sich zwischen den Polen der „Aneignung von Demokratie“ und der „Abwehr demokratiegefährdender Phänomene“ aufspannt. Dabei stehen mit *ressourcenorientierten (Anpassung, Fortentwicklung)* sowie *stress- (präventives Widerstehen)* und *störungszentrierten (aktive Gegenwehr)* Ansätzen drei

204 Bröckling 2017, S. 2.

205 Ebd.

206 Merkel/Lührmann 2021, S. 4.

207 Ebd.

208 Ebd.

209 Andere Ansätze versuchen diese drei Ebenen mit den Begriffen Preparation (oder Resistance), Response und Recovery ähnlich zu fassen. Vgl. dazu exemplarisch: Shein/Emmons 2023, S. 11f. Vgl. auch Boston et al. 2024, S. 120.

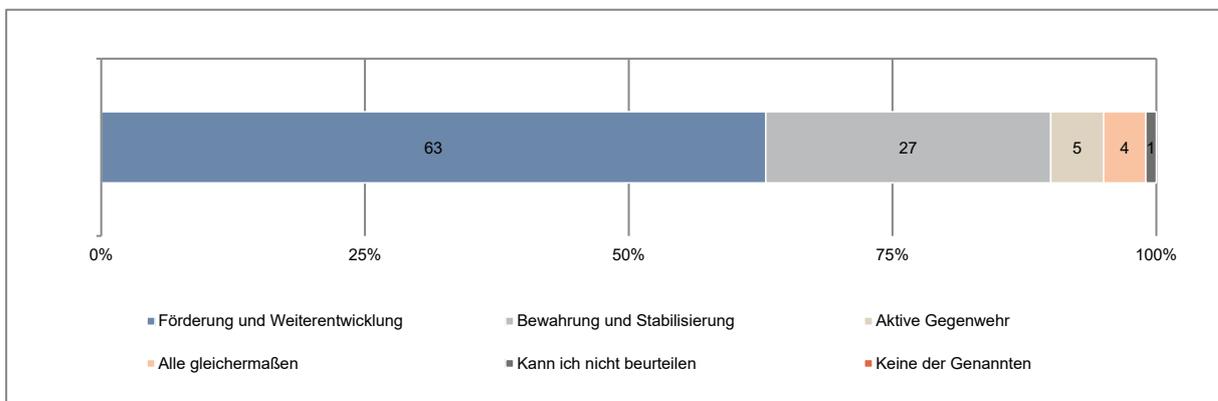
210 Vgl. zu den Handlungszielen und Strategietypen der kommunalen Demokratieförderung der Partnerschaften für Demokratie umfassend: Becker et al. 2022a.

Zugänge im Fokus,²¹¹ die sich den drei oben genannten Reaktionsweisen der Resilienz zuordnen lassen.

Partnerschaften für Demokratie haben vor dem Hintergrund der Krisen der vergangenen Jahre vor allem die Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie und weniger einen stress- bzw. störungszentrierten Ansatz priorisiert

Nach dem zentralen Fokus gefragt, den sich die Akteur*innen ihrer Partnerschaften für ihre Arbeit in der aktuellen Förderperiode gesetzt haben, melden die Koordinator*innen zurück, dass sie vor allem die Anpassung und Fortentwicklung der kommunalen Demokratie und weniger einen stress- bzw. störungszentrierten Ansatz verfolgen würden. So wird aus 63 % (183 von 289) der befragten Partnerschaften zurückgemeldet, dass die eigene Arbeit in der aktuellen Förderperiode an erster Stelle auf die Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie ausgerichtet worden sei (z.B. der Aufbau von Beteiligungsmöglichkeiten).²¹² Demgegenüber haben nur 27 % (78 von 289) der Koordinator*innen angegeben, dass ihre Partnerschaften über z.B. präventive Sensibilisierung- und Aufklärungsangebote die Bewahrung und Stabilisierung der kommunalen Demokratie gegenüber demokratiegefährdenden Tendenzen prioritär fokussiert hätten. Noch geringer fällt der Anteil von Partnerschaften aus, die sich vor allem der aktiven Gegenwehr gegenüber und Eindämmung von bereits manifesten, demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen und Aktivitäten verschrieben hätten (5 %, 14 von 289) (→ Abb. 24).²¹³

Abbildung 24: Zentraler Fokus der Arbeit der Partnerschaften in der Förderperiode (2020-2024) im Angesicht gesellschaftspolitischer Krisen (in Prozent)²¹⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2024, Wirkungssample (N = 289).

211 Vgl. zu den strategischen Dimensionen der Abwehr und Aneignung: Becker et al. 2022a, S. 7-11 sowie S. 37-43; zu der Unterscheidung von ressourcen-, stress- und störungsorientierten Zugängen: Ebd., S. 103

212 Die Koordinator*innen wurden hierbei gebeten, entlang der drei skizzierten Resilienzdimensionen eine Rangliste zu erstellen und dabei anzugeben, welchen Bereich sie im Verlauf der Förderperiode von 2020-2024 besonders, d.h. an erster Stelle, adressiert haben (→ Tab. 35). Es handelt sich hier um 289 Partnerschaften, da weiterhin das Wirkungssample im Fokus stehen soll, von deren Gesamtheit (N = 290) jedoch eine Partnerschaft zum Jahresende 2023 aufgehört hat.

213 → Tab. 35.

214 → Tab. 35.

Ein Konzept der demokratischen Resilienz für die kommunale Ebene – ein Rahmen zur Erfassung übergreifender Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie

Gängige Konzepte der demokratischen Resilienz beziehen sich meist auf die gesamtstaatliche Ebene und sind Teil einer Diskussion, die sich mit internationalen Beziehungen, einem globalen „democratic backsliding“ oder den Ankerpunkten stabiler demokratischer Systeme beschäftigt.²¹⁵ Die darin verwendeten Kategorien oder Indikatoren (z.B. freie Presse, Parteienwettbewerb, etc.) lassen sich jedoch oft nur schwerlich auf die kommunale Ebene übertragen. Genau dies soll jedoch hier im Fokus stehen.

Wie bereits oben (→ Kap. 1.2.1 und 2.3) skizziert, wurden die programmrelevanten Phänomenbereiche entlang phänomenübergreifender Dimensionen strukturiert (→ Abb. 3). Damit sollte zum einen die kommunale Auseinandersetzung mit den jeweiligen Phänomenbereichen systematisiert und zum anderen eine Vergleichbarkeit der Bereiche (z.B. ihrer Entwicklung im Verlauf der Förderperiode) erreicht werden. Ausgehend von dieser Systematisierung konnte der bereits vorgestellte Katalog von 64 operationalisierten Items gewonnen werden, die jeweils Einzelaspekte der kommunalen Adressierung und Bearbeitung der Programmt Themen abdecken (z.B. das politische Engagement im Bereich Rechtsextremismus). Dies wiederum stellte die Grundlage der Identifikation von Situationsveränderungen in den Förderregionen der Partnerschaften dar. Während sowohl diese Entwicklungen als auch der nachgewiesene Beitrag der Partnerschaften an diesen lokalen Veränderungen, also ihre Wirkung, bislang nur entlang der Phänomenbereiche identifiziert wurde, so sollen nun die phänomenübergreifenden Dimensionen selbst in den Blick genommen werden – und zwar indem diese zunächst als *Bausteine der kommunalen, demokratischen Resilienz* reformuliert und nachfolgend entsprechende Situationsveränderungen in den Förderregionen und mögliche, *übergreifende Wirkungen der Partnerschaften entlang dieser Dimensionen* fokussiert werden.

Community Resilience als anschlussfähiges Rahmenkonzept

Das Konzept der Community Resilience bietet sich als adäquater Rahmen zur Erschließung und konzeptuellen Verknüpfung dieser übergreifenden Dimensionen an. Es kann Resilienz nicht nur auf der lokalen Sphäre besser fassen als die großformatigen Theorien der demokratischen Resilienz, es ist auch anschlussfähig für einen Begriff der demokratischen Widerstandskräfte auf kommunaler Ebene. Insofern lassen sich aus diesem Forschungskontext zentrale Bausteine der kommunalen Resilienz ableiten und zugleich auf den Gegenstandsbe reich der Partnerschaften übersetzen.²¹⁶

215 Vgl. bspw. Boese et al. 2021; zusammenfassend: Merkel/Lührmann 2023a.

216 Nicht zuletzt in der langjährigen und sich über mehrere Förderperioden erstreckenden, wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie (oder vormals der Lokalen Aktionspläne) hat sich gezeigt, dass die Partnerschaften durch ihre Arbeit vor Ort eine stabilisierende Wirkung auf das demokratische Spektrum und Engagement sowie auf das kooperative Zusammenwirken der lokal relevanten Akteur*innen in den Förderregionen haben. Vgl. zu diesen Ergebnissen: Behn et al. 2013, Kap. 5 und 6; Bohn et al. 2018, S. 32-45. Die Partnerschaften tragen als lokale Ankerpunkte der Zivilgesellschaft zu einer strategischen Adressierung von Themen und Problemlagen bei, sie schaffen über Wissenstransfer gemeinsame Perspektiven, ermöglichen über ihre Gremien, Netzwerke, Projekte oder auch die Jugendforen neue Beteiligungsformen oder tragen im lokalen Sozialraum zur Sensibilisierung bei. Auch aus einer Langzeitperspektive gelingt es den Partnerschaften damit, Wirkungen zu entfalten auf genau den Ebenen, die hier unter dem Dachbegriff der demokratischen Resilienz erstmals in einer integrierten Perspektive zusammengeführt werden. Vor diesem Hintergrund können die übergreifenden Wirkungsdimensionen der Partnerschaften als Bausteine einer Stabilisierung/Stärkung der lokalen Widerstandskräfte der Demokratie bzw. als Elemente der kommunalen, demokratischen Resilienz begriffen werden.

Die Forschung zur Community Resilience fragt zunächst aus Perspektive der umweltwissenschaftlichen Vulnerabilitätsforschung und dann weiterer Disziplinen nach den Ressourcen und Grundprinzipien kommunaler Widerstandsfähigkeit im Angesicht von (Umwelt)Katastrophen. Im Zentrum der Debatten steht vielfach, aus welchen Bausteinen des lokalen Settings sich kommunale Resilienz zusammensetzt. Dabei wird hervorgehoben, dass sich die kommunale Widerstandsfähigkeit von lokalen Kontexten grundlegend aus dem Zusammenspiel von individuellen Kompetenzen kommunaler Akteur*innen, deren Verbindung und Zusammenhandeln sowie aus den vor Ort bestehenden (nachhaltigen) Strukturen ergibt.²¹⁷ Zugleich wird in diesem Zusammenhang immer wieder betont, dass kommunale Resilienz nicht auf eine spezifische Akteur*innengruppe bezogen ist, sondern aus dem produktiven Zusammenwirken einer sensibilisierten Bevölkerung, einer engagierten, lokalen Zivilgesellschaft, einer kompetenten Kommunalverwaltung und engagierter Politik entsteht.²¹⁸ Diese basalen Prinzipien der lokalen Widerstandsfähigkeit angesichts von Krisenereignissen lassen sich auf ein Konzept der demokratischen Resilienz in lokalen Kontexten und auf die Partnerschaften für Demokratie übertragen.

Neun Dimensionen der kommunalen, demokratischen Resilienz

Bereits oben wurden neun übergreifenden Dimensionen eingeführt, die die kommunale Auseinandersetzung mit den Phänomenbereichen und damit auch die Wirkungen der Partnerschaften intern strukturiert und damit übergreifend vergleichbar gemacht haben. Diese neun Dimensionen basieren auf einem aus den bisherigen Vorüberlegungen abgeleiteten Modell der kommunalen, demokratischen Resilienz. Sie bilden nach diesem Modell jeweils neun, aus einschlägigen Überblicks- bzw. Review-Studien zur Community Resilience²¹⁹ abgeleitete und auf den Gegenstandsbereich erfahrungsbasiert und praxisgeleitet angepasste Aspekte der

217 Damit sind letztlich drei Dimensionen angesprochen, die sich mit Individuum, Kultur und Struktur auch als grundlegende Dimensionen der kommunalen Demokratie(-förderung) fassen lassen und damit zugleich als zentrale Handlungsbereiche der strategischen Ausrichtung auch der Partnerschaften für Demokratie begreifen lassen. Vgl. dazu ausführlich: Becker et al. 2022a, S. 1-11.

218 Vgl. dazu bereits hier im Ganzen: Patel et al. 2017. Auch hier kann zugleich ein direkter Bezug zu den Partnerschaften für Demokratie und den für sie als kommunales Co-Governance-Arrangement relevanten Akteur*innen-Gruppen – breite Bevölkerung, organisierte Zivilgesellschaft, kommunale Verwaltung und politische Spitzenakteur*innen – hergestellt werden, um deren Aktivierung, Einbindung und Zusammenwirken die Partnerschaften bemüht sind (oder sein müssen). Vgl. dazu ausführlich: Becker et al. 2024b, S. 20-25.

219 Diese neun vor allem von Patel et al. 2017 (S. 8-13) entnommenen und systematisch zusammengefasst und erweiterten Dimensionen von Community Resilience sind: Local Knowledge, d.h. das Wissen der lokalen Bevölkerung über lokale Herausforderungen und kommunale Mitwirkungsmöglichkeiten „to mitigate vulnerabilities caused by how a community understands its risks“ (Ebd., S. 12); Preparedness, d.h. die Sensibilität für und die Kompetenzen der Bevölkerung im Umgang mit drohenden oder bestehenden Krisenereignissen; (Political) Leadership, d.h. das Engagement und die Steuerungsfähigkeit politischer Spitzenakteur*innen, die im Sinne eines „front-line leadership“ (Ebd.) als wesentlicher Beitrag zum Bestand kommunaler Widerstandsfähigkeit in der Forschung erkannt wird; Local Governance, d.h. hier vor allem „infrastructure and services“ (Ebd., S. 10), die sich als kommunale Verwaltungen und lokale Administration fassen lassen, deren fachliche Kompetenz und Effektivität als wichtige Stellschraube zur Sicherstellung kommunaler Resilienz aufgefasst wird; Health and Solidarity, d.h. die lokal verfügbaren Unterstützungsstrukturen und Hilfeleistungen für Betroffene von Krisenereignissen und besonders benachteiligte Gruppierungen; Community Networks, d.h. das lokale, zivilgesellschaftliche Engagement und bestehende, funktionierende Bündnisstrukturen, die besonders dann zu einer kommunalen Krisenbeständigkeit führen, wenn „its members are well connected and form a cohesive whole“ (Ebd., S. 9); Sustainability, d.h. der Aufbau oder Bestand nachhaltiger Strukturen der Krisenprävention oder -bearbeitung bzw. die „sustained ability of a community to withstand and recover from adversity“ (Plough et al. 2013; zit nach: Wimelius et al. 2023, S. 1114.) im Sinne einer nicht bloß reaktiven, sondern langfristig und dauerhaft-strategischen Auseinandersetzung mit lokalen Herausforderungen; (Local) Communication, d.h. funktionierende Strukturen des Austauschs und darüber „the creation of common meanings and understandings“ (Ebd.), die die Grundlage gemeinsamer Zielperspektiven zur Bearbeitung oder Prävention bestehender bzw. kommender Krisen darstellen; Participation, d.h. die von der Forschung hervorgehobene Bedeutung der Mitwirkung von (potenziell) Betroffenen an der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung bezüglich kommunaler Problemlagen.

demokratischen Widerstandsfähigkeit eines lokalen Kontextes ab. Diese ergibt sich nicht nur maßgeblich aus den spezifischen Kenntnissen und Kompetenzen sowie dem Engagement der lokalen Bürger*innenschaft bzw. den lokal relevanten Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und organisierter Zivilgesellschaft. Vielmehr resultiert die demokratische Resilienz eines kommunalen Raums zugleich aus dem kooperativen Zusammenwirken und den Unterstützungs- und Beteiligungsstrukturen für Betroffene und Engagierte.²²⁰

Bevor im Folgenden zunächst die Veränderungen der demokratischen Resilienz in den Förderregionen (→ Kap. 2.6.2) und sodann der Beitrag der Partnerschaften an diesen Veränderungen – also die Wirkungen die Partnerschaften zum Erhalt oder der Ausweitung demokratischer Resilienz (→ Kap. 2.6.3) – in den Blick genommen werden, sollen diese neun Dimensionen nochmals detailliert vorgestellt werden.

Auf einen Blick: Dimensionen der kommunalen, demokratischen Resilienz

- **1. Situationswissen der breiten Bevölkerung:** In der Literatur zur Community Resilience als Local Knowledge gefasst, umfasst diese erste Dimension das Wissen der breiten Bevölkerung über die lokale Situation vor Ort. Damit sind in Bezug auf die demokratische Widerstandsfähigkeit eines lokalen Kontextes Kenntnisse über die Herausforderungen und Möglichkeiten der Mitwirkung vor Ort gemeint, die sicherstellen, dass Bürger*innen vor Ort die lokalen Bedarfe, Problemlagen und Handlungsoptionen kennen und (potentielle) demokratiegefährdende Krisen einschätzen oder voraussehen können.
- **2. Sensibilität und Kompetenzen der breiten Bevölkerung:** Als Preparedness oder Awareness in der Forschung diskutiert, geht es in dieser Dimension um die Sensibilität der breiten Bevölkerung hinsichtlich relevanter Phänomene vor Ort und die Fähigkeiten, diesen im kommunalen Raum zu begegnen bzw. dahingehende Handlungsoptionen zu nutzen. Bezogen auf die kommunale Demokratie impliziert dies eine handlungswillige und handlungskompetente Bürger*innenschaft vor Ort, die sich aktiv und aufgeklärt mit den relevanten Problemen vor Ort auseinandersetzen kann.
- **3. Engagement kommunalpolitischer Spitzenakteur*innen:** Beschrieben als (political) Leadership, weist schon die Forschung zur Community Resilience auf die wesentliche Bedeutung kommunalpolitischen Engagements für die Entwicklung lokaler Widerstandsfähigkeit hin. Bezogen auf die Ausbildung demokratischer Resilienz in kommunalen Kontexten übersetzt sich dies in ein aktives Eintreten politischer Akteur*innen für die Demokratie und ihre Werte sowie eine entsprechende, politische Rückendeckung für demokratische Engagierte und deren Themen besonders in Krisenzeiten und Konfliktsituationen.
- **4. Kompetenzen der kommunalen Verwaltung:** Fachlich kompetente und dahingehend handlungsfähige Akteur*innen der Verwaltung werden in der Literatur zur kommunalen Fähigkeit der Krisenbewältigung als essenzielle Stützpfeiler hervorgehoben. Im Kontext demokratischer Resilienz ist damit eine kommunale Verwaltung umschrieben, die nicht nur von den lokalen demokratischen bzw. demokratiegefährdenden Herausforderungen weiß, sondern diesen zugleich auf kompetente und, wenn nötig, robuste Weise begegnen kann.

220 Vgl. zu diesen Bausteinen ausführlich Patel et al. 2017, auf deren Ausführungen bzw. rekonstruierten Meta-Dimensionen der Community Resilience die nachfolgenden Punkte weitestgehend aufbauen. Weitere Aspekte und Anpassungen wurden vorgenommen im Rückgriff auf Boston et al. 2024, Cafer et al. 2019; Scherzer et al. 2019; Holloway/Manwaring 2023; Bourbeau 2018; Wimelius et al. 2023.

- **5. Unterstützung von Betroffenen und Benachteiligten:** Die Resilienz eines kommunalen Settings bemisst sich nicht nur am präventiven Schutz für besonders vulnerable Menschen, sondern auch an der Hilfe und Solidarität, die diesen im konkreten Krisenfall zukommt. Auf die demokratische Widerstandsfähigkeit einer Region bezogen, lässt sich dies übertragen in die Unterstützung, die Menschen sowohl direkt bei konkreten demokratiefeindlichen Vorfällen als auch indirekt bei struktureller Benachteiligung und Diskriminierung erfahren.
- **6. Zivilgesellschaftliches Engagement:** Unter dem Schlagwort der „community networks“ zusammengefasst, wird auch in der Forschung zur kommunalen Resilienz auf die zentrale Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements und entsprechender Bündnisse hingewiesen, die lokale Vulnerabilitäten durch ehrenamtlichen Einsatz und selbstverwaltete Organisationsformen abfedern. Ohne auf die zentrale Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie einzugehen, gilt dies ganz besonders für den Bereich der demokratischen Resilienz in kommunalen Räumen. Zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen hier sowohl wesentliche Funktionen in der seismographischen Detektion kommender Krisen der Demokratie als auch in deren Abwehr und Bearbeitung.
- **7. Nachhaltige Strukturen:** Der Begriff der Resilienz impliziert bereits eine Form der Stabilität, die zugleich auf langfristig angelegte Ressourcen und Strukturen aufbaut. In diesem Sinne kommt der nachhaltigen Krisenprävention eine zentrale Rolle zu, die im Bereich der Demokratieförderung eine nicht bloß reaktive, sondern kontinuierliche, auf Dauer gestellte Thematisierung und Bearbeitung möglicher Krisenphänomene oder Fortentwicklungsprozesse der Demokratie umfasst.
- **8. Gemeinsame Zielperspektiven:** Die Reduktion kommunaler Krisenanfälligkeit hängt nach Ansicht der oben genannten Studien maßgeblich von gelingenden Kooperations- und Kommunikationsstrukturen ab, in denen auf Grundlage produktiver Diskurse geteilte Situationseinschätzungen entstehen. Auch für die Ausbildung demokratischer Widerstandskräfte in kommunalen Kontexten ist folglich wesentlich, dass relevante Akteur*innen über einen gelingenden Austausch zu gemeinsamen Zielperspektiven (z.B. zu aufziehenden Problemlagen und den Umgang damit) kommen.
- **9. Mitbestimmung und Teilhabe:** Getreu dem epistemischen Versprechen der Demokratie, dass Entscheidungen nicht nur besser anerkannt und verstanden, sondern auch inhaltlich besser werden, wenn potentiell von diesen Entscheidungen betroffene Menschen an den Entscheidungsprozessen mitwirken, wird die Bedeutung von Partizipation und Teilhabe auch in der Diskussion zur kommunalen Krisenbewältigung hervorgehoben und lässt sich zugleich auf den Gegenstandsbereich der demokratischen Resilienz übertragen. Auch hier erscheint zur Bewältigung von (drohenden) Krisen wesentlich, für strukturell benachteiligte Personen oder (potenziell) Betroffene Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten in für sie relevante Entscheidungsprozesse zu eröffnen.

2.6.2 Veränderungen der demokratischen Resilienz in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie

Nun stellen diese Dimensionen der demokratischen Resilienz in ihrer Gesamtheit einen Idealzustand kommunaler Widerstandsfähigkeit dar, der kaum in Gänze zu erreichen sein wird. Vor dem Hintergrund der Polykrise ist es wichtig, sowohl den aktuellen Stand des Ausmaßes demokratischer Resilienz in den Förderregionen der Partnerschaft zu erkunden als auch dessen

Veränderung über die letzten Jahre nachzuzeichnen. Im Folgenden werden diese Situation und Situationsveränderung entlang der neun Dimensionen der demokratischen Resilienz dargestellt.²²¹

Die demokratischen Kräfte sind weiterhin stark

In Zeiten omnipräsenter Krisendiagnosen geht oft unter, dass nicht nur weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung hinter den Verfahren und Werten der Demokratie steht, sondern dass auch das demokratische Engagement – bei allen Problemen – immer noch weit verbreitet ist und auf einem hohen Aktivitätsniveau verbleibt.²²² Dies spiegelt sich auch in den betreffenden Einschätzungen der Koordinator*innen im Jahre 2023 zur lokalen Situation in den Förderregionen wider.²²³ Dabei werden vor allem die *gemeinsamen Zielperspektiven (Resilienzdimension 7)* relevanter Akteur*innen in der Bearbeitung der Programmt Themen positiv bewertet (MW = 4,4 (T2)).²²⁴ Insgesamt wird etwa aus knapp der Hälfte der befragten Partnerschaften (47 %, 136 von 290 („Trifft zu“ bzw. „trifft voll zu“))²²⁵ zurückgemeldet, dass in den Förderregionen zwischen den betreffenden Personen eine kohärente Vorstellung darüber vorliegt, wie die programmrelevanten Herausforderungen und Aufgaben zu adressieren sind.²²⁶ Ähnlich positiv fällt die gemittelte Einschätzung zum *demokratischen Engagement der Zivilgesellschaft (Resilienzdimension 6)* in den Förderregionen der Partnerschaften aus (MW = 4,1(T2)), wo immerhin 34 % (99 von 290) der Befragten die programmrelevanten Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort ebenso positiv einschätzen (34 %, 99 von 290, „Trifft zu“ bzw. „trifft voll zu“).²²⁷

Demgegenüber schätzen die Koordinator*innen in ihrer Gesamtheit die Situation 2023 hinsichtlich der *programmrelevanten Kompetenzen in der Bevölkerung (Resilienzdimension 2)*, z.B. im Umgang mit rassistischen Phänomenen oder rechten Bedrohungslagen schlechter ein (MW = 3,3). 60 % (171 von 290) der Befragten geben etwa an, dass derartige Kompetenzen eher nicht, nicht oder gar nicht vorhanden sind.²²⁸ Ähnlich zurückhaltend fällt die Beurteilung der lokal vorhandenen *Mitbestimmungsmöglichkeiten (Resilienzdimension 9)* zur Bearbeitung der Programmt Themen aus (MW = 3,4), die ebenfalls eine Mehrheit der Koordinator*innen als eher bis gar nicht gegeben in ihren Förderregionen sieht (53 %, 154 von 290).²²⁹

221 Dabei sollen wie im Kapitel zu den phänomenspezifischen Entwicklungslinien auch hier die Einschätzungen der Koordinator*innen der Partnerschaften als lokale Sozialraumexpert*innen fokussiert werden.

222 Vgl. dazu übergreifend Mau et al. 2023 sowie beispielhaft ZIVIZ 2023.

223 Diese Daten basieren auf den T2-Situationseinschätzungen der 290 Koordinator*innen, die jeweils zu T1 (2021) und T2 (2023) befragt wurden. Vgl. zum methodischen Hintergrund der vorangegangenen Abschnitte sowie das Methodenkapitel (→ Kap. 4.4).

224 → Tab. 36.

225 → Abb. 25.

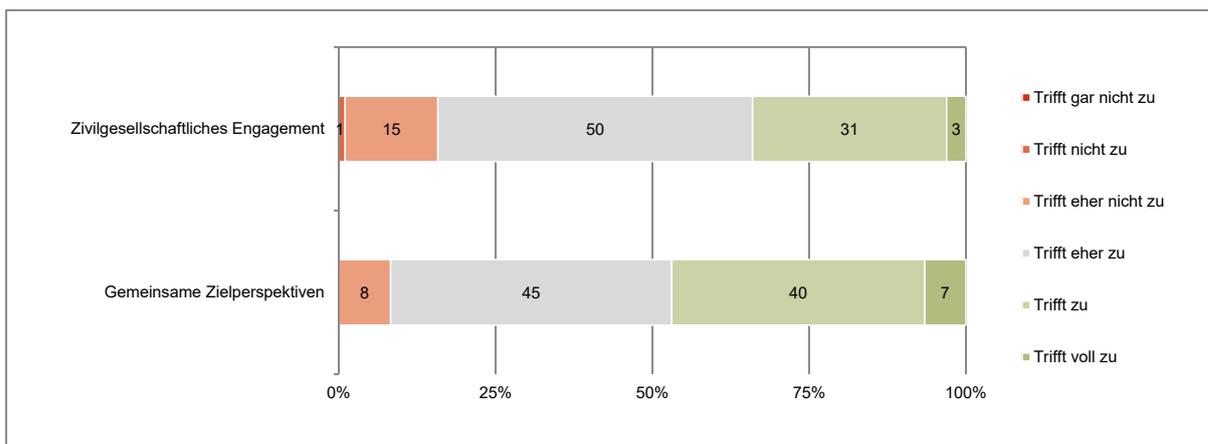
226 → Tab. 37.

227 → Abb. 25 sowie Tab. 36 und 38.

228 → Tab. 36 und 39.

229 → Tab. 80.

Abbildung 25: Situationseinschätzung zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement in den Förderregionen im Jahr 2023 (T2)²³⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023, Wirkungssample (N = 290).

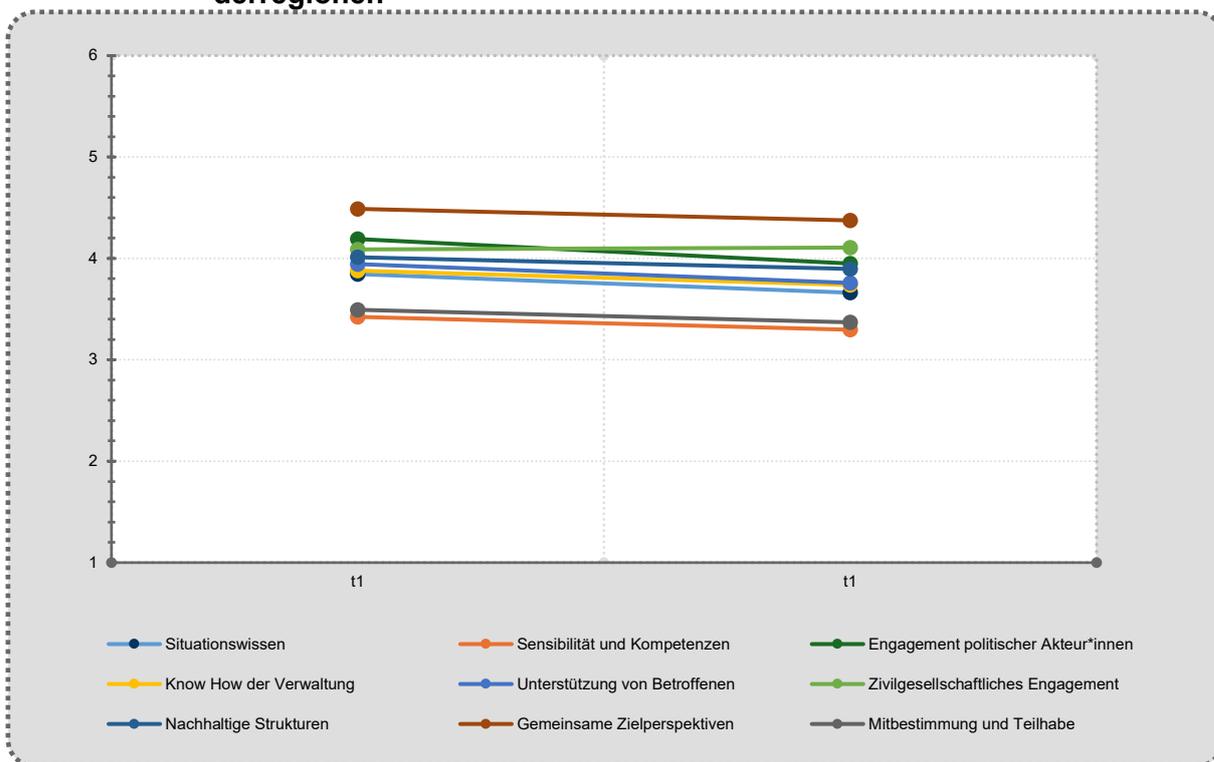
Stabilisierung der demokratischen Resilienz in den Förderregionen mit leicht negativen Entwicklungstendenzen

Stellt sich die Situation 2023 in den Förderregionen der Partnerschaften nach Einschätzung der Koordinator*innen trotz der vielfältigen Krisen also weitgehend gut dar, so steht gleichwohl in Frage, welche Entwicklungstendenzen sich für den Verlauf der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms identifizieren lassen. Wie also hat sich die kommunale, demokratische Resilienz in den Förderregionen entwickelt und auf welchen der skizzierten Dimensionen gibt es Auffälligkeiten? Wie sehr haben die multiplen Krisen der letzten Jahre der kommunalen Auseinandersetzung mit den Programmenthemen zugesetzt?

Die kurze Antwort lautet: wenig. Die Angaben der Koordinator*innen zeigen im Vergleich der Antworten zu den beiden Befragungszeitpunkten (T1: Q1/2021 und T2: Q3/2023) eine weitgehende Stabilität der lokalen Situation an (→ Abb. 26). Die demokratischen Widerstandskräfte sind in den letzten Jahren in ihrer Gesamtheit kaum erodiert. Ein genauerer Blick – die lange Antwort – verdeutlicht aber Unterschiede in den Entwicklungen der verschiedenen Resilienzdimensionen, die im Folgenden dargestellt werden.

230 → Tab. 37 und 38.

Abbildung 26: Situationsveränderungen entlang der Resilienzdimensionen in den Förderregionen²³¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021/2023, Wirkungssample (N = 290).

Stabiles Engagement der demokratischen Zivilgesellschaft trotz Krisenzeiten

Im Vergleich zeigt sich besonders die demokratische Zivilgesellschaft in ihrem Engagement für die Programmt Themen als stabiler Anker der Demokratie im kommunalen Raum. Über alle Phänomen- und Handlungsbereiche hinweg weisen die Einschätzungsdaten im Zeitvergleich darauf hin, dass das *zivilgesellschaftliche Engagement (Resilienzdimension 6)* gleichgeblieben ist oder sich gar ausgeweitet hat. Während aus 51 % (147 von 290) der Partnerschaften zurückgemeldet wird, dass die programmrelevanten Aktivitäten der Zivilgesellschaften in ihrer Gesamtheit keinen wesentlichen Veränderungen unterliegen und immer noch auf einem hohen Niveau verbleiben (MWD = 0),²³² so schätzen immerhin 28 % (83 von 290) der befragten Koordinator*innen die Situation im Jahr 2023 bezüglich des zivilgesellschaftlichen Einsatzes vor Ort sogar positiver ein – d.h. hier mindestens einen Skalenpunkt besser als noch im Jahr 2021 (MWD =>1) (→ Abb. 27).²³³

Trotz der finanziellen und operativen Einschränkungen, mit denen die Zivilgesellschaft u.a. durch die Corona-Pandemie, den Krieg gegen die Ukraine und den Zuwachs an Bedrohungen gegenüber demokratischen Engagierten konfrontiert war, zeitigen diese Beeinträchtigungen

231 → Tab. 43.

232 MWD steht hier für Mittelwertdifferenzen zwischen den gemittelten Situationseinschätzungen von T1 und T2. Aus der Differenz der Mittelwerte der skaliert abgefragten Situationseinschätzungen zu zwei Zeitpunkten (T1, T2) lassen sich Entwicklungsrichtungen bzw. Situationsveränderungen ablesen. Sind die Differenzen negativ, deutet dies auf eine negative Veränderung in den Förderkontexten hin, verbleiben sie bei „0“, deutet dies auf eine Stabilisierung hin, positive Differenzwerte hingegen deuten auf eine positive Entwicklungsrichtung in den Förderkontexten hin, die jeweils nach Bereichen oder Dimensionen nochmals differenziert werden können. Vgl. dazu auch das Methodenkapitel im Anhang.

233 → Tab. 40.

also bislang keine wesentlichen Effekte in den kommunalen Räumen der Partnerschaften für Demokratie. Im Gegenteil können die Krisenereignisse selbst gerade im Hinblick auf das Ehrenamt zum Teil sogar als (kurzfristige) Antriebsmittel für einen Zuwachs an zivilgesellschaftlichem Engagement fungieren. Dieser Befund deckt sich auch mit anderen Studien zum Status quo des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland.²³⁴

Nachhaltige Strukturen sind mit leichten Abstrichen ebenso weiterhin gegeben wie ein kooperatives Zusammenwirken der relevanten Akteur*innen vor Ort

Die Krisenereignisse der letzten Jahre – besonders die kriegsbedingte Fluchtmigration von 2015/16 und 2022 – waren auch begleitet von einem kurzfristigen Schub ehrenamtlichen Engagements und gesamtgesellschaftlicher Solidarität (→ Kap. 1). Diese gingen jedoch vielerorts nach kurzer Zeit wieder merklich zurück oder schlugen gar in ihr Gegenteil um. Auch hier hat sich die Bedeutung einer kontinuierlichen Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen und eines kooperativen Zusammenwirkens der relevanten Akteur*innen erwiesen, die einer bloß kurzfristigen und reaktiven Bearbeitung jener Phänomene entgegenstehen. Es zeigt sich, dass sich auch diesbezüglich in den Förderkontexten der Partnerschaften die betreffenden *nachhaltigen Strukturen (Resilienzdimension 7)* einer kontinuierlichen Bearbeitung der Programmt Themen weitgehend gehalten haben. Sowohl bei der vor Ort nachhaltigen (MWD = -0,1) als auch hinsichtlich einer von *gemeinsamen Zielperspektiven (Resilienzdimension 8)* getragenen Arbeit (MWD = -0,1) lassen sich allenfalls leicht negative Entwicklungstendenzen in den Einschätzungen der Koordinator*innen feststellen.²³⁵

Leicht nachlassendes Engagement politischer Akteur*innen und wachsende Handlungsunsicherheiten in der Verwaltung

Zeigt sich die demokratische Zivilgesellschaft als stabile Größe in der kommunalen Demokratiearbeit, so gilt dies weniger für die politischen Akteur*innen und die kommunale Verwaltung. Gerade in kleinräumigen Zusammenhängen ist das Engagement kommunalpolitischer Spitzen und eine in den Programmt Themen kompetent agierende Verwaltung entscheidend für eine gelingende Demokratieförderung und Stärkung demokratischer Widerstandskräfte. Eine deutliche politische Positionierung gegen demokratiefeindliche Tendenzen kann besonders für die breite Bevölkerung und organisierte Zivilgesellschaft ein ebenso wichtiges Zeichen sein wie eine handlungssichere Verwaltung, die lokale Problemlagen erkennen und mit diesen umgehen kann. Insofern ist beachtenswert, dass sowohl die programmrelevanten *Kompetenzen der Verwaltung (Resilienzdimension 4)* (MWD = -0,1) als auch das *politische Engagement (Resilienzdimension 3)* (MWD = -0,2) in den Förderregionen von den Koordinator*innen im Zeitverlauf leicht schwächer eingeschätzt werden.²³⁶ So wird beispielsweise aus einem Drittel der befragten Partnerschaften für Demokratie (33 %, 93 von 290) das politische Engagement für die Programmt Themen im Jahr 2023 im Durchschnitt mindestens einen Skalenpunkt schlechter

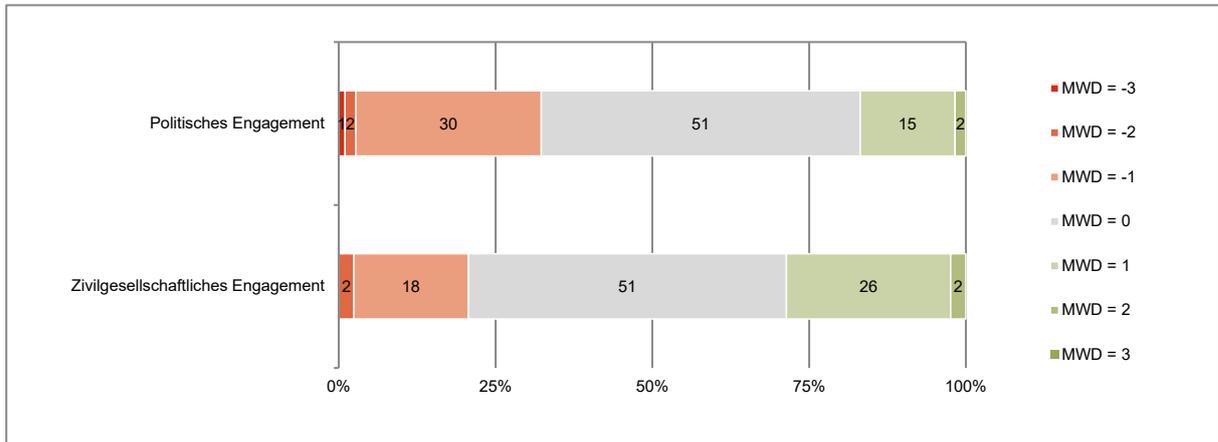
234 Vgl. zur generellen Lage der Zivilgesellschaft: ZIVIZ 2023; Grande et al. 2021a; zum krisenbedingten Zuwachs von Engagement am Beispiel der Corona-Pandemie: Borbath et al. 2021, Krimmer et al. 2020; Hutter et al. 2021. Auch in diesen Studien wird freilich auf den teils prekären Status der Zivilgesellschaft aufmerksam gemacht und es wird auf erste negative Entwicklungslinien hingewiesen (z.B. die abfallende Zahl von Vereinsneugründungen in bestimmten Regionen. Vgl. dazu ZIVIZ 2023).

235 → Tab. 36.

236 → Tab. 36.

bewertet als im Jahr 2021 (MWD =< -1) (→ Abb. 27).²³⁷ Diesbezüglich zeigen sich aber Unterschiede je nach Raumtyp der Förderregion.²³⁸

Abbildung 27: Veränderung der Situationseinschätzung zum Engagement der Zivilgesellschaft bzw. der politischen Akteur*innen in den Förderregionen (Anteile nach Veränderung in Prozent)²³⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023, Wirkungssample (N = 290).

Strukturschwache Großstädte können demokratische Widerstandskräfte am besten erhalten

Ein Blick auf die regionalen Unterschiede zeigt, dass entlang der am ISS entwickelten Raumtypologie sozialräumlicher Benachteiligung²⁴⁰ vor allem die strukturschwachen Großstädte²⁴¹ nach Einschätzung der betreffenden Koordinator*innen auf gut entwickelte Strukturen demokratischer Resilienz zurückgreifen können.²⁴² In den entsprechenden Förderregionen dieses Raumtyps liegen auf nahezu allen genannten Dimensionen der demokratischen Widerstandsfähigkeit die im Vergleich besten Werte vor; das gilt besonders für das *Engagement politischer und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (Resilienzdimensionen 3 und 6)* als auch die *gemeinsamen Zielperspektiven (Resilienzdimension 8)*, also das strategisch orientierte Zusammenwirken relevanter Akteur*innen vor Ort.²⁴³ Dies spiegelt sich auch in den qualitativen Rückmeldungen wider, die aus diesem Raumtyp, beispielsweise aus den Städten des Ruhrgebiets vorliegen und die auf einen hohen Grad der Vernetzung und die enge Kooperation zwischen

237 → Tab. 41.

238 Vgl. zu diesen regionalen Besonderheiten → Tab. 42, in der die Entwicklungen entlang der Resilienzdimensionen nach Raumtypen gruppiert wurden. Hier wird deutlich, dass die Koordinator*innen vor allem in prosperierenden Großstädten und studentisch geprägten, eher wohlhabenden Groß- und Mittelstädten einen Rückgang des politischen Engagements sehen, wobei in eher problembehafteten Regionen, die von multipler, sozialräumlicher Benachteiligung betroffen sind, dieses Engagement zwar ebenfalls zurückgeht, aber eher auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts. Vgl. zur Raumtypologie und einer detaillierten Vorstellung der Raumtypen: Becker et al. 2024a, Kap. 9.

239 → Tab. 40 und 41.

240 Vgl. Becker et al. 2024b.

241 Dabei handelt es sich um den Raumtyp 1, der vor allem großstädtische, trotz infrastruktureller Anbindung vielfach von Armutslagen und Strukturwandlerfahrungen geprägte Regionen zusammenfasst. Überproportional finden sich darin etwa die Stadtregionen des Ruhrgebiets oder in Teilen auch die Großstädte der ostdeutschen Bundesländer wieder. Vgl. dazu: Ebd. sowie → Tab. 42 im Anhang.

242 Ähnliches gilt auch für die Regionen von Raumtyp 5. Vgl. für diesen Raumtyp nochmals: Becker et al. 2024b, Kap. 9, → Tab. 42.

243 → Tab. 42.

staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hinweisen. Es mögen auch diese etablierten Zusammenhänge sein, die dafür gesorgt haben, dass es in diesen Regionen in der aktuellen Förderperiode besonders gut gelungen ist, die Voraussetzungen kommunaler Demokratiestärkung trotz der gesamtgesellschaftlichen Friktionen stabil und krisenfest zu halten.²⁴⁴

Zusammenfassend zeigt sich, dass die kommunale Widerstandsfähigkeit zwischen 2021 und 2023 weitgehend stabil geblieben ist. Beim demokratischen Engagement politischer Akteur*innen leichte, aber wahrnehmbare Rückschritte, was – noch etwas schwächer – auch für die lokal verfügbaren Unterstützungsstrukturen und für das Wissen der breiten Bevölkerung über die programmrelevanten Herausforderungen in den Förderregionen gilt. Stellen sich die demokratischen Widerstandskräfte in den Förderregionen somit übergreifend als robuster Zusammenhang dar, so zeigen sich zumindest auf einigen Dimensionen Anzeichen einer partiellen Erosion demokratischer Resilienz. Damit wird die Frage wichtiger, inwiefern die Partnerschaften für Demokratie einen Beitrag dazu leisten können, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken

2.6.3 Übergreifende Wirkungen der Partnerschaften und ihr Beitrag zur Stärkung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene

Es lässt sich zeigen, dass die Partnerschaften für Demokratie auch über die einzelnen Phänomenbereiche hinweg Wirkungen erzielen können und damit zur Stärkung der kommunalen, demokratischen Resilienz in ihren Förderregionen beitragen. Ausgangspunkt einer solchen, phänomenübergreifenden Perspektive sind die in den vorangegangenen Kapiteln identifizierten Wirkungen je Phänomenbereich, die entlang der neun Dimensionen der Resilienz systematisch gruppiert werden können (→ Abb. 28). Dabei zeigen sich vier Resilienzdimensionen, in denen die Partnerschaften über mindestens drei (der vier mit multimethodischen Wirkungen hinterlegten) Phänomenbereiche Wirkungen erzielen können. Ganz besonders hervor stechen dabei zwei Dimensionen, die dezidiert mit dem originären Auftrag der Partnerschaften verknüpft sind – nämlich zum einen die Erweiterung und Intensivierung des kommunalen, *zivilgesellschaftlichen Engagements* (Resilienzdimension 6) und zum anderen die Sicherung einer *nachhaltigen Auseinandersetzung* (Resilienzdimension 7) mit den Programmtiteln durch die kommunal relevanten Akteur*innen.

244 →Tab. 43. Einzig die Regionen von Raumtyp 5 schneiden bei den Angaben zur Entwicklung besser ab (MWD = 0,1), während sich besonders die prosperierenden Großstädte und Mittel- und Studierendenstädte als Kontexte erweisen, die nach Einschätzung der Koordinator*innen in den letzten Jahren an demokratischer Widerstandsfähigkeit eingebüßt haben (MWD = -0,4).

Abbildung 28: Phänomenübergreifende Wirkungen der Partnerschaften

Resilienzdimensionen	Demokratieförderung	Rechtspopulismus	Rassismus	Antisemitismus	Anzahl Wirkungen
Situationswissen der Bevölkerung					0
Sensibilität & Kompetenzen der Bevölkerung			RASS 2	AS 2	2
Engagement politischer Akteur*innen	DF 3				1
Kompetenzen der kommunalen Verwaltung	DF 4	DR 4	RASS 4		3
Unterstützung von Betroffenen	DF 5		RASS 5		2
Zivilgesellschaftliches Engagement	DF 6	DR 6	RASS 6	AS 6	4
Nachhaltige Strukturen	DF 7	DR 7	RASS 7	AS 7	4
Gemeinsame Zielperspektiven			RASS 8		1
Mitbestimmung und Teilhabe	DF 9		RASS 9	AS 9	3

Quelle: Eigene Darstellung.

Partnerschaften für Demokratie erweitern und intensivieren das zivilgesellschaftliche Engagement in ihren Förderregionen

Nicht nur die Forschung zur Community Resilience hat auf die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihre Aktivitäten zur Krisenprävention abgehoben. Vor allem die Demokratietheorie weist bereits seit den 1970er-Jahren auf die essentielle Bedeutung einer engagierten Zivilgesellschaft für die Demokratie hin. Sie stellt das kommunikative und vitalisierende Unterfutter demokratischer Institutionen dar und fungiert idealerweise als außerinstitutionelles Korrektiv demokratischer Verfahren, das deren blinde Flecken und Ausschlüsse sichtbar macht und kommende Krisen seismographisch erspürt und in das Licht der politischen Öffentlichkeit zieht. Gerade auf kommunaler Ebene kommt noch eine weitere Ebene hinzu, übernehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und ehrenamtliche Akteur*innen gerade im ländlichen Bereich doch vielfach auch Funktionen der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge (z.B. freiwillige Feuerwehr, Unterstützung sozialer Dienste, Jugendarbeit, etc.) und sind mit ihren Angeboten und Aktivitäten wesentlicher Teil der demokratischen Infrastruktur vor Ort.²⁴⁵ Allein durch diese Vielzahl an Aufgaben und zugleich das Zusammenspiel der Akteur*innen trägt eine engagierte, demokratische Zivilgesellschaft zur demokratischen Resilienz eines lokalen Kontextes bei.

Nun gelingt es den Partnerschaften für Demokratie tatsächlich auf genau dieser Ebene phänomenübergreifende Wirkungen zu entfalten und das *Engagement der demokratischen Zivilgesellschaft (Resilienzdimension 6)* in den Förderregionen *auszuweiten* und zu *intensivieren*. So konnten in 4 von 4 Phänomenbereichen, in denen multimethodisch Wirkungen erschlossen wurden, **nachweisliche Effekte der Partnerschaften auf die Stärkung des**

245 Vgl. zu dieser Bedeutung der Zivilgesellschaft in kommunalen bzw. gerade ländlichen Räumen: Neu/Nikolic 2024.

zivilgesellschaftlichen Engagements festgestellt werden (→ Abb. 28). Diese umfassen je nach Kontext zum einen die Aktivierung und Einbindung neuer, bislang noch nicht engagierter Personen, die Gründung von Initiativen und Vereinen oder die Implementierung von demokratischen Inhalten bei originär politikfernen Vereinsstrukturen (z.B. bei der Feuerwehr, bei naturnahen Initiativen oder innerhalb der Bereiche Sport und Kultur). Den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie gelingt es hier, Menschen ins Engagement zu bringen und damit aktiv zur *Erweiterung* der demokratischen Zivilgesellschaft beizutragen.²⁴⁶ Zum anderen übernehmen sie in ihrer Gesamtheit nachweislich eine zentrale Funktion bei der Vernetzung lokal engagierter Personen/Organisationen und dem Aufbau von neuen Kooperationen bislang noch unverbundener, aber z.B. themennaher Initiativen. Partnerschaften vermögen hierdurch aktiv an der *Intensivierung* des zivilgesellschaftlichen Engagements und lokaler Bündnisstrukturen mitzuwirken und damit zur Stärkung demokratischer Widerstandskräfte beizutragen, weil Netzwerke geknüpft, Kooperationen gestärkt und die Zusammenarbeit vertieft wird.

Partnerschaften für Demokratie und ihre Koordinator*innen sind strukturelle und fachliche Anker des zivilgesellschaftlichen Engagements

Vor allem den Begleitausschüssen der Partnerschaften für Demokratie kommt bei der Bindung und Ausweitung des zivilgesellschaftlichen Engagements eine Schlüsselrolle zu, fungieren dieser doch vielerorts als entscheidender Knotenpunkt der lokalen Zivilgesellschaft, in dem wichtige Akteur*innen miteinander in Kontakt kommen, Kooperation einfädeln und einen wechselseitigen Überblick über die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in der Förderregion erhalten. Zugleich erweisen sich aber auch die Koordinator*innen selbst als Knotenpunkte im Sozialraum, die entweder über ihre Fachkompetenz zum Ankerpunkt einer in den Programmtiteln engagierten Zivilgesellschaft werden oder über ihre Kontakte und Vernetzungsmöglichkeiten als zentrale Schnittstelle der kommunalen Engagementlandschaft wahrgenommen werden.²⁴⁷ Es sind auch diese Kontakte, die eine weitere Vernetzung und damit ein schlagkräftiges Engagement der Zivilgesellschaft möglich machen, weil über die Koordinierungs- und Fachstelle neue Kooperationen initiiert und verfestigt werden können. In dieser Hinsicht übernehmen die Partnerschaften für Demokratie eine zentrale Funktion für den Erhalt und Ausbau der demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort, die ohne diese Unterstützung nicht in der gleichen Weise möglich wäre:

*„Es würde viel an Projekten, Aktivitäten, Vernetzungen und Kooperation flöten gehen. Gerade viele Kooperationsveranstaltungen und Projekte wären glaube ich kaum noch möglich. Weil es hat auch einen starken Kooperationscharakter. [...] Es würde massiv etwas wegfallen, was Menschen aber gerade momentan brauchen, um sich A gegenseitig zu stärken, dass sie richtigliegen damit, sich für Demokratie einzusetzen, auch wenn es anstrengend ist, aber dass sie diese Rückendeckung und diese Verzahnung und diese Stärkung haben, dass sie richtig damit liegen. Genauso, wie noch mal andere Zielgruppen zu erreichen, die vielleicht noch nicht erreicht wurden. Und das geht nur dadurch, dass es Akteur*innen gibt, die auch arbeiten können. Und ohne das/ Ich wüsste jetzt auch zum Beispiel nicht, unsere Begleitausschussmitglieder, ich glaube nicht, dass*

246 Vgl. dazu auch ausführlich: Becker et al. 2024b.

247 Dies gilt insbesondere in mittelstädtischen bis ländlichen Kontexten, aus denen gerade von den programmexternen Interviewpartner*innen im qualitativen Sample auf diese herausgehobene Stellung der Koordinator*innen für das lokale, zivilgesellschaftliche Engagement hingewiesen wird.

die sich außerhalb des PFDs irgendwie alle drei Monate auf einen Kaffee treffen, turnusmäßig bei jemandem anders. Ich glaube, da würden auch Netzwerke kaputtgehen. Also definitiv würden da Netzwerke kaputtgehen. Und es würde ganz viele Demokratieförderangebote oder auch Antirassismus Angebote, würde es nicht mehr geben.“
(SV_27_143)

„Das würde bedeuten, dass die Vereine alleine arbeiten müssen. Das würde bedeuten, dass wir nicht so viel Erfolg auf dem Gebiet hätten, uns viele Sachen schwerer fallen würden. Und das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass nicht-demokratische (...) Strukturen ein leichteres Spiel hätten.“ (SV_8_85)

Als besonders wichtig wird in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit und Art der Projektfinanzierung durch die Partnerschaften für Demokratie in den qualitativen Interviews hervorgehoben, ist diese doch in vielen Kommunen alternativlos bzw. gibt es dort kaum äquivalente Finanzierungsmöglichkeiten für diese Art von Projekten der Demokratieförderung (→ Kap. 2.7.). Trotz der administrativen Hürden bei der Antragsstellung sind es gerade die niedrigschwelligen, wenig kostenintensiven Projektmittel, die die Gründung von Initiativen oder Vereinen vor Ort antreiben können und einen wichtigen Einfluss auf die Stabilisierung und Erweiterung kommunaler Engagementlandschaften ausüben.

„Das ist nur ein Beispiel, von ganz, ganz vielen Projekten, die würden schlichtweg nicht mehr stattfinden, weil es keine Mittel dafür gibt. Und da ist dann halt wirklich ohne Moos nichts los. Und man kann nicht von zivilgesellschaftlichen Vereinen erwarten / Das erwartet man von keinem Sportverein, das erwartet man von keiner Feuerwehr, dermaßen in Eigenleistung zu gehen, wie man sich / Wie man das von zivilgesellschaftlich organisierten Vereinen erwartet. Und gerade diese Möglichkeit über die Mikro-Projekte niederschwellig mal 1000 Euro zu beantragen, das hilft schon viel. Und damit kommen gerade in kleinen Gemeinden Träger super hin. Das würde alles wegfallen. Und gerade auch so eine vernetzte Struktur, wie wir das jetzt hier im Landkreis haben, es würde wieder jeder seine eigene Suppe kochen. Und würde viel an der Gemeinschaft und auch an der Gemeinwesenarbeit vernichten.“ (SV_54_317)

In diesem Sinne können die Partnerschaften für Demokratie zugleich auf organisatorisch-struktureller, auf fachlicher und auch auf materiell-finanzieller Ebene einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des demokratischen Engagements kommunaler Zivilgesellschaften leisten und damit zugleich die demokratische Resilienz dieser Räume wesentlich absichern.

Partnerschaften für Demokratie sichern die nachhaltige Bearbeitung der Programmthemen vor Ort

Die nachhaltige Planung präventiver Strukturen und der strategische Umgang mit bestehenden Krisenphänomenen wurde bereits als zentrale Stellschraube der kommunalen Resilienz eingeführt. Auf die Stärkung der kommunalen Demokratie bezogen bedeutet dies, die dauerhafte Thematisierung und strukturell-strategisch abgesicherte Auseinandersetzung mit den Programmthemen sicherzustellen, die einer bloß reaktiven und damit tendenziell fragmentierten Bearbeitung von demokratiegefährdenden Vorkommnissen entgegensteht. Damit einher geht etwa der Aufbau von stabilen Netzwerken, die Existenz kontinuierlich finanzierter Stellen, das iterative In-die-Öffentlichkeit bringen der Programmthemen sowie feste Kooperationsvereinbarungen zwischen thematisch passenden Partner*innen, die gemeinsam die

Voraussetzungen eines auch bei politischem Gegenwind widerstandsfähigen Engagements für die Demokratie darstellen.

Genau dazu können die Partnerschaften für Demokratie in ihren Förderregionen einen wichtigen Beitrag leisten und nachweislich Wirkungen in der Schaffung *nachhaltiger Strukturen (Resilienzdimension 8)* der kommunalen Demokratieförderung²⁴⁸ ausüben. Auch auf dieser Dimension der demokratischen Resilienz lassen sich in 4 der 4 Phänomenbereiche, in denen Einzelwirkungen multimethodisch identifiziert wurden, mehrfach abgesicherte Effekte der Partnerschaften nachweisen und damit auf eine phänomenübergreifende Leistung der Partnerschaften schließen.

Robuste Zusammenarbeit, dauerhafte Thematisierung, strategische Bearbeitung und strukturelle Implementierung – vier Wirkungsweisen zur Sicherung von Nachhaltigkeit

Die Schaffung von Nachhaltigkeit lässt sich im Kontext der Partnerschaften für Demokratie in vier Aspekte aufspalten: *erstens* tragen sie zum Bestand gefestigter und robuster Strukturen der Zusammenarbeit bei, die bereits an sich einer fragmentierten und kurzfristigen Beschäftigung mit der Stärkung kommunaler Demokratie bzw. der Abwehr demokratiegefährdender Bestrebungen entgegenstehen. In diesem Sinne konnten etwa vielerorts über die und mit den Partnerschaften für Demokratie stabile, dezidiert auch phänomenübergreifend ansetzende Bündnisse für Demokratie oder eher fokussierte Arbeitsgemeinschaften, z.B. im Bereich Antisemitismus oder Rechtspopulismus, gegründet werden, die vor Ort eine stabilisierende Wirkung auf die lokale Beschäftigung mit programmrelevanten Problemlagen haben. Ist dafür zum einen die spezifische Schnittstellenposition der Partnerschaft innerhalb der Zivilgesellschaft, aber auch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entscheidend, so kann zum Teil auch einfach die Regelmäßigkeit der AG- oder Begleitausschlusstreffen entscheidend sein, die von den Koordinator*innen organisiert werden.

„Also ich glaube, eine ganz, ganz große Vielzahl an Gesprächskreisen, Dialogformaten, die regelmäßig stattfinden, einzelne Veranstaltungen mit Stadtteilbezug, einzelne große Fortbildungsveranstaltungen, die über XXX [Name einer Stadt, Anm. d. Verf.] hinaus wirken. [...] Ich glaube auch einfach eine koordinierende Funktion von einem sehr heterogenen Akteursfeld, die dann einfach dann weiter sozusagen unkoordiniert ihrer Tätigkeit nachgehen. [...] Aber die / so eine Stelle hat ja eigentlich keiner, die man irgendwie dann etablieren kann.“ (SV_5_109)

Zweitens sichern die Partnerschaften für Demokratie nicht nur über diese Netzwerke, sondern auch über ihre Projekte und eigens umgesetzten Veranstaltungsformate, z.B. Fortbildungs- oder Vortragsreihen, eine dauerhafte Thematisierung der Programmt Themen in den Förderregionen, in dem sie diese beständig in die kommunale Öffentlichkeit tragen und damit kontinuierlich an einer diesbezüglichen Sensibilisierung arbeiten. Geschieht dies zumeist themenbezogen, das heißt z.B. über eine permanente Auseinandersetzung mit Formen rassistischer Diskriminierung, so sichern die Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit damit doch zugleich eine permanente Aufmerksamkeit für bestehende oder potenzielle Problemlagen ab.

248 Demokratieförderung wird hier in einem phänomenübergreifenden Sinne verstanden. Vgl. dazu umfassend: Becker et al. 2022a.

Das gelingt vor allem dort besonders gut, wo Partnerschaften für Demokratie dauerhafte Kooperationen mit oder eine dauerhafte Projektfinanzierung von (Projekt-)Räumen umsetzen, an denen dauerhaft Veranstaltungen umgesetzt werden und an denen sich eine wachsende Anzahl von „Stammbesucher*innen“ etabliert hat. Vor allem solche Orte, die bewusst versuchen, Kulturangebote mit Projekten der Demokratieförderung umzusetzen, erfreuen sich dabei eines großen Zulaufs und senken zugleich die Hürden für viele Zielgruppen.²⁴⁹

Drittens basiert eine solche dauerhafte Auseinandersetzung auch auf einer strategisch ausgerichteten Beschäftigung mit den Programmenthemen, zu der die Partnerschaften auch nach Rückmeldung aus dem qualitativen Sample in den kommunalen Räumen einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies liegt sowohl an der strukturierten Zusammenarbeit kommunal relevanter Akteur*innen als auch an der damit verbundenen strategischen Adressierung von Themen, die vielerorts über eine systematische Mittelvergabe nicht bloß reaktiv erfolgt.

„Aber ja, die Demokratie an sich als Begriff, ich glaube nicht, dass sich dann da jemand noch so intensiv damit befassen würde, immer wieder Aufklärungsarbeit zu leisten. Immer wieder an verschiedene Träger heranzutreten und Angebote zu machen für Projekte, für Veranstaltungen, für, ja, Partizipation und all diese Sachen. Also, ich glaube, das wäre eigentlich ein wirklich schlimmer Einschnitt an vielen verschiedenen Stellen und auch generationsübergreifende Sachen, finde ich.“ (SV_37_273)

Viertens können Partnerschaften für Demokratie in einigen Fällen des qualitativen Samples sogar erfolgreich Einfluss auf die strukturelle Implementierung der Programmenthemen in ihren Förderregionen nehmen und damit die nachhaltige Verankerung von deren Bearbeitung besonders gut absichern. Neben der strukturellen Etablierung von Jugendbeiräten oder Jugendparlamenten in manchen Regionen aufgrund von Initiativen aus den Partnerschaften für Demokratie und ihren Jugendforen geschieht dies z.B. auch, indem diese erfolgreich zur Einrichtung von Leitbildern und Handlungsplänen in der kommunalen Verwaltung ermuntern oder gar ihren (partiellen) Einfluss bei der Schaffung neuer, programmrelevanter Stellen in dieser geltend machen können.

„Dadurch, dass wir unsere Verwaltungsspitze nun mal auch eingeladen haben und da auch noch mal ein bisschen bewusst wurde, es ist ein Interesse da und es ist vielleicht eine Wichtigkeit da, haben wir es zumindest geschafft, dass meine Kollegin sich den Bereich diversitätsorientierte Öffnung der Verwaltung auf den Weg machen durfte und auch dafür eine Extra-Stelle eingestellt wurde.“ (SV_38_75)

Auch wenn der Einfluss auf eine solche strukturelle Verankerung eher auf Einzelfälle bezogen bleibt und deshalb auch vorsichtig zu bewerten ist, so lässt sich doch insgesamt festhalten, dass die Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit einen wesentlichen Beitrag zur stabilen Auseinandersetzung und dauerhaften, d.h. auch von der Konjunktur politischer Wetterlagen, unabhängigen Bearbeitung der programmrelevanten Herausforderungen der Demokratie in ihren kommunalen Kontexten leisten und damit die demokratische Resilienz vor Ort wesentlich unterstützen.

249 Siehe dazu ausführlich die Ausführungen zu den Wirkungen im Bereich Demokratieförderung in Kap. 2.5.1.

Partnerschaften für Demokratie eröffnen Mitbestimmungsmöglichkeiten und machen lokale Verwaltungen kompetenter im Umgang mit aktuellen Herausforderungen

Neben diesen beiden hervorstechenden Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie, tragen sie über alle Phänomenbereiche hinweg dazu bei, in ihren Förderregionen Teil- und Mitwirkungsmöglichkeiten – besonders für (potenziell) betroffene oder benachteiligte Personen – zu eröffnen und lokale Verwaltungen im Umgang mit den programmthemenrelevanten Herausforderungen in den lokalen Kontexten handlungsfähiger zu machen. Erscheint in Zeiten einer auch funktionalen Krise der demokratischen Partizipation und Mitbestimmung die Schaffung neuer Beteiligungsmöglichkeiten zentral, insbesondere bezüglich marginalisierter Gruppen,²⁵⁰ so sehen sich zugleich kommunale Verwaltungen einer wachsenden Anzahl von administrativen und demokratiegefährdenden Herausforderungen sowie teilweise auch konkreten Bedrohungslagen gegenüber (→ Kap. 4.2),²⁵¹ die einen handlungskompetenten Umgang mit diesen immer wichtiger machen. Umso entscheidender erweist sich vor diesem Hintergrund, dass die Partnerschaften auf diesen beiden Ebenen zumindest in 3 von 4 Phänomenbereichen, in denen Effekte multimethodisch erschlossen wurden, übergreifende Wirkungen erzielen konnten (→ Abb. 28).

In Bezug auf die Schaffung neuer *Beteiligungsmöglichkeiten* (*Resilienzdimension 9*) ist es den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie dabei zum einen gelungen, in Förderregionen dauerhafte Strukturen der kommunalen Mitbestimmung für unterschiedliche Zielgruppen zu implementieren, vielfach z.B. über Formen der lokalen Jugendbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen (etwa an der Kinder- und Jugendhilfeplanung) oder über Kinder- und Jugendbürgermeister*innen. Zum anderen konnte vielerorts die Einbindung von marginalisierten oder von Diskriminierung betroffenen Menschen an kommunalen Aushandlungsprozessen zu den jeweiligen Phänomenbereichen sichergestellt werden. Dabei meint Einbindung sowohl die direkte Mitarbeit an lokalen Planungsprozessen (z.B. im Umgang mit Rassismus) als auch die Ermöglichung öffentlicher Sichtbarkeit von entsprechenden Personen und ihrer Themen (z.B. von Menschen mit Erfahrungen antisemitischer Übergriffe).

Auch im Hinblick auf die programmrelevante *Kompetenzentwicklung der Verwaltung* (*Resilienzdimension 4*) konnten die Partnerschaften für Demokratie auf unterschiedliche Weise Wirkungen entfalten. Während zum einen dezidiert an Verwaltungsmitarbeiter*innen gerichtete Fortbildungen umgesetzt wurden, die in Einzelfällen gar als verpflichtender Teil der Verwaltungsausbildung verankert werden konnten, so wurden zum anderen eher bilaterale Verfahren der thematischen Weiterbildung umgesetzt (z.B. im Umgang mit rechtspopulistischen Bedrohungslagen), in denen besonders die jeweilige Fachexpertise der Koordinator*innen zum Tragen kamen. Dabei hat sich gezeigt, dass gerade dort, wo Partnerschaften für Demokratie direkt an den jeweiligen Amtsspitzen angesiedelt sind (z.B. Oberbürgermeister*innen oder Landrät*innen), der Einfluss in die Verwaltung besonders groß war, weil die Kommunikation direkt über die Leitungspositionen der jeweiligen Verwaltungsämter möglich war und damit auch mit Nachdruck auf die unteren Hierarchieebenen wirken konnte (z.B. bei der Durchsetzung von Leitbildern, die auf Betreiben der Partnerschaften für Demokratie entwickelt worden sind).

250 Vgl. dazu detailliert die Ausführungen zu drei Krisen der Demokratie bzw. des demokratischen Engagements in: Becker et al. 2024a, S. 2-18.

251 Vgl. Bitschnau/Eberspach 2024.

Desinteresse, Handlungsunsicherheit, zivilgesellschaftliche Friktionen sowie demokratie- und menschenfeindliche Bedrohungslagen – Hürden einer wirkungsvollen Arbeit der Partnerschaften

Diesen übergreifenden Wirkungen auf den skizzierten Dimensionen der demokratischen Resilienz stehen nun zugleich Bereiche gegenüber, in denen die Partnerschaften für Demokratie eine oder nur eher phänomenspezifische Wirkungen entfalten konnten (→ Abb. 28). Sind diese Leerstellen zum einen mit dem elaborierten Design der Wirkungsevaluation zu erklären, nach dem sich manche quantitativ erschlossenen Wirkungen qualitativ nicht evidenzbasiert erhärten ließen, so lassen sich zugleich konkrete Hürden benennen, die zumindest aus Sicht der Koordinator*innen einer wirkungsvollen Arbeit der Partnerschaften auf den jeweiligen Dimensionen der demokratischen Resilienz entstanden.²⁵²

In Bezug etwa auf die Ausweitung des *lokalen Situationswissens der Bevölkerung* zu programmrelevanten Herausforderungen, in der über alle Phänomenbereiche keine Wirkungen der Partnerschaften identifiziert werden konnten, melden 70% (203 von 289) der Koordinator*innen ein gewachsenes, politisches Desinteresse bzw. Resignation in der Bevölkerung aus ihren Förderregionen zurück. Darüber hinaus zeigen sich vor allem gewachsene Handlungsunsicherheiten als hinderliche Faktoren, die gleich mehrere der genannten Dimensionen demokratischer Resilienz betreffen. So melden 79 % (227 von 289) der Befragten in Bezug auf die *Sensibilität und Kompetenzen der lokalen Bevölkerung (Resilienzdimension 1)* krisen- und (welt)politisch bedingte Unsicherheiten in der lokalen Bürger*innenschaft zurück.²⁵³ Demgegenüber führen ebensolche Schwierigkeiten in der Thematisierung von Programmenthemen und lokalen Problemlagen nach Ansicht von 34 % (99 von 289) der Befragten zu Einschränkungen des *politischen Engagements (Resilienzdimension 4)* bzw. bei 45 % (131 von 289) der Koordinator*innen zu einer wahrgenommenen Fragmentierung von *gemeinsamen Zielperspektiven (Resilienzdimension 8)*, wie mit lokalen Problemlagen umgegangen werden soll.²⁵⁴ Zu einem manifesten Desinteresse in der Bevölkerung gesellt sich somit eine angereicherte Handlungsunsicherheit, die letztlich alle für die Partnerschaften relevanten Akteur*innengruppen erfasst. Nicht immer hat dies aber direkte Auswirkungen auf die Wirkungen, die die Partnerschaften in ihren Förderregionen und auf den übergreifenden Dimensionen entfalten können.

Steht die zurückgemeldete Überforderung der kommunalen Verwaltung (62 %, 180 von 289) zwar vielerorts der Beschäftigung mit den Programmenthemen entgegen, so können, wie gesehen, die Partnerschaften für Demokratie dennoch bei der *Kompetenzentwicklung der Verwaltung (Resilienzdimension 4)* auffallende Erfolge erzielen. Umgekehrt stellt sich hingegen die Lage in Bezug auf die Schaffung oder Begleitung *lokaler Unterstützungsstrukturen (Resilienzdimension 5)* dar. In dieser Dimension lassen sich nur in zwei von vier Phänomenbereichen Wirkungen identifizieren und eine Mehrheit der Koordinator*innen (55 %, 158 von 289) gibt an,

252 Zu betonen ist hierbei, dass diese Hürden nicht Teil der multivariaten Analyse waren und deshalb hier keine Aussagen zum Zusammenhang von den genannten Hindernissen und entsprechenden Wirkungen bzw. Nicht-Wirkungen gemacht werden können.

253 Besonders der schwierige Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen bzw. dezidiert antidemokratischen Bedrohungslagen stellt sich aus Sicht der Befragten gerade in Bezug auf die Sensibilisierung der Bevölkerung als durchaus gewichtige Belastung der erfolgreichen Arbeit der Partnerschaften dar. So geben etwa 52 % (149 von 289) der Koordinator*innen an, dass die vor Ort deutlich wahrnehmbare Normalisierung extrem rechter Positionen einer Sensibilisierung der breiten Bevölkerung entgegensteht.

254 → Tab. 44 und 80.

dass bei ihnen vor Ort strukturelle Probleme dem Erhalt von Beratungs- und Hilfsangeboten entgegenstehen (z.B. fehlendes Personal oder finanzielle Unterstützung). Solche tiefgreifenden Hürden bezüglich der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur zeigen sich auch an anderer Stelle, wenn es etwa um den Nachwuchs und die lokale Anerkennung demokratisch Engagierter oder das demokratische Engagement von Vereinen mit einer eigentlich politikfernen, ehrenamtlichen Ausrichtung geht.²⁵⁵

Den schwierigen Umständen zum Trotz

Trotz dieser Hürden und dem vielfach auch widrigen, gesellschaftspolitischen Klima, mit denen die Partnerschaft für Demokratie in ihrer Gesamtheit und in manchen Regionen ganz besonders konfrontiert sind, gelingt es ihnen in der Zusammenschau der vorangegangenen Abschnitte aber dennoch, einen wirksamen und umso wichtigeren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Stärkung der demokratischen Resilienz in ihren Förderregionen zu leisten und dabei besonders das zivilgesellschaftliche Engagement, die Nachhaltigkeit der kommunalen Bearbeitung der Programmt Themen sowie auch die programmrelevanten Kompetenzen der Verwaltung und lokalen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu stärken und zu erweitern. Damit stellen die Partnerschaften für Demokratie vielerorts gewichtige Anker- und Knotenpunkte des demokratischen Spektrums in den kommunalen Räumen dar. Es sind dabei auch die Wirkungen, die die Partnerschaften für Demokratie neben der konkreten inhaltlichen Arbeit ihrer Akteur*innen allein durch ihre Implementierung vor Ort, ihre Ansiedlung als kooperatives Vernetzungsarrangement entfalten, die einen besonderen Blick verdienen. Genau dies soll in dem kommenden Abschnitt vertieft werden.

2.7 Was machen die Anderen? Ein Vergleich mit Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie

Das vorangegangene Kapitel hat durch die Aggregation der Befunde auf Ebene einzelner Phänomenbereiche Wirkungen der Partnerschaften in Bezug auf die demokratische Resilienz auf kommunaler Ebene identifiziert. Das folgende Kapitel beleuchtet die Frage nach den durch Partnerschaften in ihren Förderregionen unabhängig von deren strategischer Ausrichtung auf bestimmte Phänomene²⁵⁶ erzielten Effekte (Implementierungswirkungen) im Rahmen einer eigenständigen empirischen Untersuchung nochmals neu. Auch zu diesem Zweck wurde sich eines kontrafaktischen Ansatzes bedient. Als Untersuchungsgruppe galten Regionen, in denen eine Partnerschaft für Demokratie angesiedelt ist, die Vergleichsgruppe bildeten Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie. Insgesamt wurden vier Regionenpaare untersucht. Erhebungseinheiten bildeten jeweils ortskundige Expert*innen, die mittels teilstandardisierten, leitfadengestützten Interviews befragt worden sind. In Regionen der Untersuchungsgruppe waren dies die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle,²⁵⁷ in Regionen der

255 So geben etwa 58 % (168) der Koordinator*innen an, dass bei ihnen Nachwuchsprobleme das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft beeinträchtigen. Ebenso melden 47 % (135) ebendieser zurück, dass sich Vereine wegen anderer Sorgen (z.B. Finanzierungsprobleme) auf ihre eigentlichen Tätigkeitsziele und damit aus der Bearbeitung der Programmt Themen zurückziehen. Immerhin ganze 20% (57 von jeweils 289) der Vertreter*innen der Partnerschaften melden zurück, dass die Ablehnung, die demokratisch Engagierte vor Ort erfahren für ihre Tätigkeiten, einer positiven Entwicklung des demokratischen Engagements entgegenstand. □ Tab. 44.

256 Vgl. Bohn et al. 2014, 68 ff.; Bohn et al. 2018, S. 32 ff.

257 Zitate aus diesen Interviews beinhalten jeweils das Kürzel WIR_PfD_ in der Quellenangabe.

Vergleichsgruppe prodemokratisch aktive und gut vernetzte Akteur*innen (bspw. die Sprecherin eines Bürger*innenbündnisses für Demokratie).²⁵⁸ Für jedes Regionenpaar wurde zusätzlich eine übergeordnete, vergleichende Perspektive eingeholt. Hierfür wurde jeweils ein Interview mit einer Person (oder in zwei Fällen gemeinsam mit zwei Personen) geführt, die mit den prodemokratisch aktiven Strukturen in beiden Regionen gut vertraut ist (bspw. einem Vertreter der Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus oder anderer überregional tätiger Organisationen).^{259 260}

Angelehnt an die Resilienzdimensionen (→ Kap. 2.6.1) wurden die Interviewpartner*innen zur Einstufung und Attribution von Entwicklungen auf den folgenden Dimensionen befragt:

- Zivilgesellschaftliches Engagement (*Resilienzdimension 6*);
- sektorenübergreifende Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung (*Resilienzdimension 8*);
- Nachhaltige Strukturen (*Resilienzdimension 7*).

Die in den Interviews gesammelten Aussagen stützen die Annahme eines Mehrwerts der Partnerschaften für Demokratie und ermöglichen dessen inhaltliche Konturierung.

In allen drei Dimensionen wird im Querschnitt der drei Perspektiven den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie im Vergleich zu den NON-PfD-Regionen eine positivere Entwicklung attestiert

Die Befragten wurden in den Interviews unter anderem um Einschätzungen der Entwicklung in den letzten fünf Jahren in den jeweiligen Regionen bezüglich der drei Dimensionen auf einer Skala von -5 (*sehr starke Verschlechterung*) bis +5 (*sehr starke Verbesserung*) gebeten. Diese Einschätzungen wurden durch Erläuterungen auf deskriptiver (*Was hat sich verändert?*), logischer (*Wodurch hat es sich verändert?*) und reflexiver Ebene (*An welchen konkreten Beispielen lässt sich die Veränderung feststellen?*) im Interviewsetting gestützt.

Auf allen drei Dimensionen wird über alle Perspektiven hinweg den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie eine positivere Entwicklung attestiert: Bezüglich des „zivilgesellschaftlichen Engagements“ liegt die durchschnittliche Entwicklung in den PfD-Regionen bei $MW_{\text{PfD}} = 3$ und in den NON-PfD-Regionen bei $MW_{\text{NON-PfD}} = 1,5$ ²⁶¹; bezüglich der „sektorenübergreifenden Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung“ bei $MW_{\text{PfD}} = 2,2$ zu $MW_{\text{NON-PfD}} = 0,8$ und bei den „nachhaltigen Strukturen“ wird die Entwicklung der PfD-Regionen bei durchschnittlich $MW_{\text{PfD}} = 2,7$ verortet, während sie bei den NON-PfD-Regionen bei $MW_{\text{NON-PfD}} = 1,6$ liegt.²⁶²

258 Zitate aus diesen Interviews beinhalten jeweils das Kürzel WIR_NONPfD_ in der Quellenangabe.

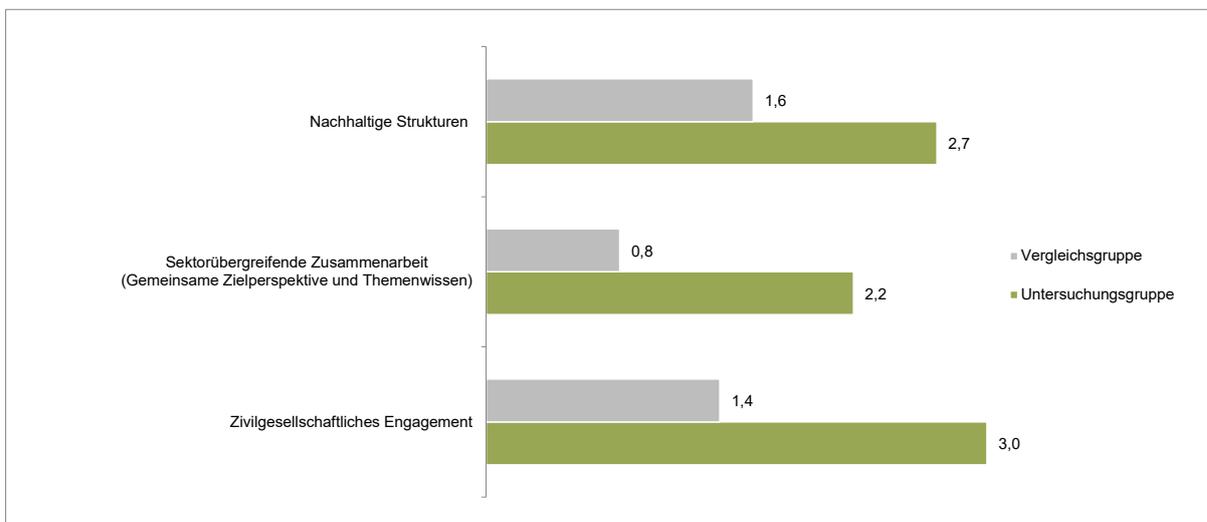
259 Zitate aus diesen Interviews beinhalten jeweils das Kürzel WIR_ÜB_ in der Quellenangabe.

260 Nähere Ausführungen zum methodischen Vorgehen finden sich in Kapitel 6.1.2.8 des vorliegenden Berichts.

261 Aufgrund einer fehlenden Angabe wurden zur Berechnung dieser Mittelwerte nur drei der vier Regionenpaare einbezogen.

262 → Abb. 29 sowie Tab. 45.

Abbildung 29: Durchschnittliche Entwicklung der Untersuchungsdimensionen in den letzten Jahren nach Einschätzung der Interviewpartner*innen²⁶³



Quelle: Eigene Darstellung, Einschätzungen der Interviewpartner*innen zu der Entwicklung der letzten Jahre auf den respektiven Dimensionen auf einer Skala von -5 (sehr starke Verschlechterung) bis +5 (sehr starke Verbesserung).

In Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie werden teilweise funktionale Äquivalente zu diesen geschaffen

Die Aussagen der Befragten verdeutlichen, dass in NON-PfD-Regionen prodemokratisches zivilgesellschaftliches Engagement keineswegs fehlt. Übergreifend wird für alle Regionen hervorgehoben, dass bundesweite Entwicklungen, beispielsweise das Erstarken demokratiefeindlicher Akteur*innen, die Proteste gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2024, aber auch Fridays for Future, lokal zu mehr prodemokratischem Engagement geführt hätten; dies gilt auch für Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie. Auch hier haben sich organisatorische Kerne gebildet, die das Engagement koordinieren und vernetzen und somit zumindest teilweise Aufgaben übernehmen, die denen der Partnerschaften für Demokratie funktional äquivalent sind. Angeführt werden in dem Zusammenhang insbesondere Gremien der Kommunalverwaltung (Präventionsräte, Beiräte, Ausschüsse) und Bürger*innenbündnisse.

Bürger*innenbündnisse für Demokratie vernetzen unterschiedliche größere und kleinere Initiativen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft und führen gemeinsame Veranstaltungen durch. Letztere insbesondere im Bereich der Abwehr demokratiefeindlicher Bestrebungen und weniger in der Aneignung von Demokratie.²⁶⁴ In den Bürger*innenbündnissen treffen Mitglieder von Gruppen sehr unterschiedlicher Organisationsgrade aufeinander. Hauptamtliche Vertreter*innen von größeren Organisationen übernehmen oft zentrale Aufgaben.

263 → Tab. 45.

264 Vgl. zu dieser Unterscheidung das am ISS entwickelte Modell der kommunalen Demokratieförderung: „Kommunale Demokratieförderung richtet sich zugleich auf die Aneignung von Demokratie und Abwehr antidemokratischer Gefährdungen aus und setzt dabei mehrdimensional auf der individuellen, kulturell-kollektiven und strukturellen Ebene an. Mit dem Fokus auf die ressourcenorientierte Förderung der Aneignung von Demokratie wird zum einen die Unterstützung von demokratischen Sozialisationsprozessen, die Stärkung demokratischer Kultur als auch die Ausweitung demokratischer Beteiligungsstrukturen in den Blick genommen. Zum anderen richtet sich kommunale Demokratieförderung mit der Abwehr antidemokratischer Gefährdungen auf die Eingrenzung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen sowie auf die Stärkung individueller Abwehrkräfte im Umgang mit antidemokratischen Gruppierungen und Positionen aus.“ (Becker et al. 2022a, S. 3f.).

In mehreren der untersuchten Regionen, in denen keine Partnerschaft für Demokratie angesiedelt ist, übernehmen auch Gremien der Kommunalverwaltung wie Präventionsräte oder kommunale Beiräte und Ausschüsse wichtige Aufgaben der Demokratieförderung. Auch Kirchengemeinden werden als wichtige vernetzende Akteure genannt, insbesondere in der Jugendarbeit.

In einer ländlichen Region (Raumtyp 7: Ländliche Regionen mit Strukturwandlerfahrungen)²⁶⁵ konnte allerdings kein flächendeckendes funktionales Äquivalent identifiziert werden. Die Zivilgesellschaft ist hier organisiert als Geflecht von Vereinen (mit Nachwuchssorgen), das durch Einzelpersonen mit Mehrfachmitgliedschaften zusammengehalten wird. Trotzdem gebe es auch hier einzelne engagierte Akteur*innen, „Kämpfernaturen“ in Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, die lokale oder ressortspezifische „Hotspots“ bilden, in denen sich eine Kultur des demokratischen Miteinanders und intersektoralen Austauschs entwickelt habe. Die Region teile sich so auf in unterschiedliche Zonen:

„Es gibt so, ich nenne das jetzt mal ‚Hotspots‘, wo wirklich ultraengagierte Leute unterwegs sind und wo auch [...] wirklich [...] Best-Practice-Beispiele in Kommunen stattfinden [...]. Die Jugendsozialarbeit ist sehr, sehr aktiv, wir [eine Mobile Beratung, Anm. d. Verf.] sind da sehr eng in das Netzwerk mit eingeflochten und werden regelmäßig zu teaminternen Austauschen eingeladen. [...]. Also man sieht da schon eine Differenz – nicht eine Differenz, sondern einen Unterschied zu XXX [der benachbarten Förderregion einer Partnerschaft für Demokratie, Anm. d. Verf.] [...]. Und die Akteure, die [...] aktiv sind in YYY [NON-PfD-Region, Anm. d. Verf.], das sind [...] richtige Kämpfernaturen. [...] Und [...] so wie es Akteure gibt, die Hotspot-ähnlich im Landkreis verteilt sind, gibt es [...] auch mehrere Hotspots rechtsextremer Akteure in der Region. Und leider kann man sagen, dass da, wo die Akteure, die rechtsextremen Akteure, sehr stark sind, dass dort die zivilgesellschaftlichen Akteure demokratischer Natur stiller sind. [...] Es gibt auch [...] diesen Hotspot, wo es wirklich [...], wie man es sich [...] im Bilderbuch vorstellt, dass es funktionieren sollte, dass Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik sich regelmäßig austauscht, dass es einen Abgleich gibt, dass auch Bürger partizipativ dazugeholt werden, also dass es wirklich beteiligungsorientiert ist. (WIR_ÜB_4_19_45)

265 „Die hier zusammengefassten Regionen kennzeichnet eine auffallend geringe Produktivität, die sich in den entsprechend schlechten Steuer- und Wertschöpfungsdaten offenbart. Dabei sticht dieser sozioökonomisch stark benachteiligte Regionaltyp jedoch gerade nicht durch auffallend hohe Arbeitslosigkeitsquoten oder Kinder- bzw. Altersarmut hervor, sondern durch seine im Vergleich mit Abstand niedrigsten Zahlen hinsichtlich der Kaufkraft und Einkommen. Ursächlich dafür zeichnet sich einerseits eine Beschäftigungsstruktur, die sich für moderne Dienstleistungsökonomien als wenig anschlussfähig erweist. Beschäftigte arbeiten in den betreffenden Regionen besonders viel, werden jedoch schlechter entlohnt und verfügen über vergleichsweise wenig Expert*innen-Wissen und akademische Abschlüsse. Andererseits sehen sich die Gebiete des betreffenden Raumtyps vor demographische Probleme der Überalterung, Abwanderung und geringe beruflich bedingte Zuwanderung sowie eine ebenfalls auffallend geringe Migrationsquote gestellt. Während dies zu tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturproblemen führt, zeigt sich infrastrukturell immerhin ein ambivalentes Bild. Ist etwa die ÖPNV-Anbindung für ländliche Gebiete deutlich gut und auch die Nahversorgung besser als in anderen dünn besiedelten Regionen, so gestaltet sich der Zugang zu Fernzügen und entsprechenden Mobilitätsachsen auffallend schlecht.“ (Becker et al. 2024b, S. 155f.).

In Regionen ohne Partnerschaft für Demokratie ist das ehrenamtliche Engagement Einzelner und deren auf persönlichen Kontakten beruhende Vernetzung von besonderer Bedeutung für die Aktivität der Zivilgesellschaft und die sektorenübergreifende Zusammenarbeit

Bezüglich der NON-PfD-Regionen wird von den Befragten die Bedeutsamkeit des ehrenamtlichen Engagements einzelner Personen für die prodemokratischen Aktivitäten und die Vernetzung der Zivilgesellschaft sowie die sektorenübergreifende Zusammenarbeit deutlich stärker hervorgehoben als in den PfD-Regionen.

„Im Prinzip arbeitet jeder ein bisschen für sich. Man kennt sich halt privat [...]. Und wenn man privat dann Kontakte hat, dann arbeitet man da auch zusammen [...]. Also dass es ein Verein, ist, der sich regelmäßig trifft, oder Stammtisch oder so, das ist es nicht.“ (WIR_NONPfD_2_23-25)

Das individuell motivierte Engagement Einzelner sei Initiativkraft sowohl kleinerer Initiativen als auch für die Aktivierung großer Organisationen:

„Also es hängt am Ende immer an einzelnen engagierten Personen, die [...] sich das auf die Fahne schreiben und sagen, da müssen wir mal was machen. Und gerade bei Omas gegen Rechts ist es [...] so, dass es da ein, zwei gegeben hat, die die Initiative woanders mitbekommen haben, sich da ran gehängt haben und [...] mobilisiert haben dazu. Und [...] ein großer Player, [...] [ist] der AWO-Kreisverband. Da gab es einen neuen Vorsitzenden, der [...] zur Rente nach Hause zurückgekommen ist und gesagt hat: ‚Jetzt bin ich AWO-Kreisverbandsvorsitzender und jetzt habe ich auch noch ganz viel Lust.‘ Und dann hat er auch Gas gegeben [...]. Also, [...] es hängt an einzelnen Menschen, die dann irgendwie schaffen, zu mobilisieren.“ (WIR_NONPfD_1_28)

Ebenso wie die Motivation, hänge auch die strukturelle Befähigung zur Vernetzungsarbeit an individuell-biographischen Faktoren, wie dem Beruf oder Vereinsmitgliedschaften. Sehr anschaulich schildert ein*e Befragte*r die direkte Kommunikation über persönliche Kontakte:

„Also, meine Frau sagt zu mir: ‚Kannst du eine Demo machen?‘ Sage ich: ‚Ja, das machen wir. Wir brauchen einen Redner. Ja, da wäre es vielleicht gut, wenn wir da jemanden von der Stadt haben.‘ Nehme ich das Telefon in die Hand. Da rufe ich unseren Oberbürgermeister an. [...] Und sage: ‚XXX [Vorname, Anm. d. Verf.], ich brauche dich.‘ ‚Ja, wann?‘ ‚Am Samstag Demo. Du musst reden.‘ ‚Alles klar. Schick mir eine Mail! Ich komme.‘“ (WIR_NONPfD_2_45)

Das personengebundene Engagement Einzelner und die funktionalen Äquivalente können nicht vollumfänglich die Aufgaben der Partnerschaften für Demokratie abdecken

Trotz der reichhaltigen Belege für die engagierten, prodemokratischen Aktivitäten auch in Regionen, die nicht Förderregion einer Partnerschaft für Demokratie sind, bleibt als Befund doch, dass der individuelle Einsatz und die verschiedenen funktionalen (Teil-)Äquivalente der Partnerschaften für Demokratie deren Aufgabenspektrum nicht vollumfänglich abdecken können. Dies wird im Folgenden entlang der drei abgefragten Dimensionen skizziert.

Dimension 6: Zivilgesellschaftliches Engagement

Mehrfach tauchen in den Interviews Schilderungen auf, die sich so zusammenfassen lassen: Die Partnerschaften für Demokratie setzen eine niedrigschwellige „**Basisarbeit**“ (Ansprache und Aktivierung bislang nicht erreichter Personen, basale Demokratieförderung, Jugendarbeit) in einer Breite und allgemeinen Anschlussfähigkeit um, welche Bürger*innenbündnissen, die auf personengebundenen, individuellen Kontakten beruhen, aufgrund von In-Group-Dynamiken nicht möglich ist.

„In XXX [Stadt ohne Partnerschaft für Demokratie, Anm. d. Verf.] gibt es eine sehr, sehr gewachsene Struktur von ehrenamtlich Engagierten. Und die sind da auch sehr aktiv. Mit einer Institution, [...] E-Mail-Adresse, Ansprechpartnerin, was auch immer, hat man aber natürlich auch die Möglichkeit, dass neue Akteurinnen und Akteure viel einfacheren Zugang haben, [...] sich zu beteiligen. Das ist vielleicht ein Nachteil in XXX [Stadt ohne Partnerschaft für Demokratie, Anm. d. Verf.]. Die sind wahnsinnig rege. Und natürlich versucht man auch da, neue Kooperationspartnerinnen, neue Menschen zu finden, die mitmachen. Aber es ist eine etablierte Gruppierung oder es sind etablierte Gruppierungen. Und mit so einem zentralen Ansprechpartner oder Partnerin [...] ist das vielleicht auch einfacher und auch ein bisschen strukturierter und geordneter.“ (WIR_ÜB_2_46)

Mit den Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen existierten „**neutrale**“ **Ansprechpersonen**, die auch außerhalb gegebenenfalls bestehender „**Konkurrenzsituationen**“ (WIR_NONPfd_3_21) zwischen Akteur*innen, ohne individuelle Beziehungsarbeit oder Organisationsmitgliedschaften erreichbar seien und als „**kontinuierliche Basisarbeit**“ (WIR_ÜB_2_112) selbst neue Personen aktivieren könnten. Auch die Zusammensetzung der Begleitausschüsse aus Personen mit vielfältigen Hintergründen ermögliche es den Partnerschaften für Demokratie, als „**unabhängige**“ **Organisation** aufzutreten, der gegenüber weniger personengebundene Vorbehalte aufkommen als bei den personenzentrierten Bündnissen.

„Auf der einen Seite glaube ich, dass mit dieser Förderung [durch das Bundesprogramm, Anm. d. Verf.] so eine gewisse Unabhängigkeit [verbunden] ist. Also, je nach Ortschaft kann es natürlich sein, dass die Akteurinnen und Akteure vor Ort [...] eine gewisse politische Prägung haben, die nicht jeden ansprechen. [...] Und mit so einer Etablierung von [...] einem Begleitausschuss, einer Bandbreite von Akteurinnen und Akteuren, die da mitmachen, suggeriert das auch diese Unabhängigkeit. Also spricht eine breitere Masse von Menschen an.“ (WIR_ÜB_2_121)

Durch diese übergreifende Aufstellung können die Partnerschaften für Demokratie ein **gemeinschaftsstiftendes Dach** darstellen, das unterschiedliche Akteur*innen vereint, die „*sich jetzt zusammentun können, dass es da gemeinsame Synergien gibt. Und eben nicht mehr diese Einzelkämpfer in den einzelnen Verwaltungen und so dann immer wieder boxen müssen.*“ (WIR_ÜB_4_89)

Ein über Landesmittel befristet finanzierter kommunaler Präventionsrat oder ein Bürger*innenbündnis könne Vernetzungsaufgaben erfüllen, aber nicht die **finanzielle Unterstützung** des Projektfonds der Partnerschaften für Demokratie leisten. Deren Bedeutung, insbesondere die Niedrigschwelligkeit der Beantragung und die dadurch gestiftete Handlungssicherheit, wird in fast allen Interviews erwähnt.

*„Die [Einwohner*innen einer Pfd-Region, Anm. d. Verf.] wollen gerne was machen. Und die wollen sich einbringen und sich engagieren, ja? Aber oft ist es dann halt eben so:*

„Ja, wer druckt denn die Plakate?“ [...] Und wenn es dafür tatsächlich eine Stelle gibt, die sagen kann: ‚Macht euch da bitte keine Gedanken, ja? Wir übernehmen die 800 Euro.‘ – das ist schon viel wert.“ (WIR_ÜB_2_101)

Während für die NON-PfD-Regionen die Bedeutung individuell motivierten, ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben wird, beziehen sich Aussagen zur Personengebundenheit der Demokratieförderung bezüglich der PfD-Regionen eher auf die **persönliche Expertise** der hauptamtlichen Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen. In NON-PfD-Regionen werden diese Fachleute teilweise vermisst.

Und [...] der zentrale Ansprechpartner, der [...] Know-how entwickelt hat und gesagt hat: ‚Wenn ihr da noch was braucht, da gibt es noch dies und jenes. Und das ist da schon gelaufen und da schon gut gelaufen.‘ Das ist zentraler Vorteil.“ (WIR_NONPfD_1_116)

Dimension 8: Sektorübergreifende Zusammenarbeit

Kommunale Strukturen wie ein Präventionsrat, Beiräte und Ausschüsse vernetzen Vertreter*innen der Verwaltung und der professionellen Zivilgesellschaft, aber die ehrenamtlichen, aktivistischen Teile der Zivilgesellschaft würden von den professionellen Gremien nicht ausreichend erfasst. In NON-PfD-Regionen läuft auch hier die Vernetzung dann vornehmlich über längerfristig aufgebaute und gepflegte Kontakte, die an einzelne Engagierte gebunden sind.

„Wenn man ein Anliegen hat, also zum Beispiel, wenn wir eine Demo anmelden, [...] das ist überhaupt kein Problem. Ich rufe bei den Stadtwerken an, ich kriege die Schlüssel, die blockieren mir die Toiletten, die schicken mir eine Putzfrau, die schicken mir einen Hausmeister. [...] Das ist auch total nett. Ja, wir bedanken uns immer auch bei denen, und die sind freundlich zu uns. Ich habe einen sehr persönlichen Draht zu vielen Polizisten, auch in der Führungsebene, durch meine Vita.“ (WIR_NONPfD_2_61)

Der*dieselbe engagierte Bürger*in beschreibt, nach ihren*seinen Wünschen für die Zukunft gefragt, ein Gremium, das sehr einem Begleitausschuss ähnelt und die intersektorale **Vernetzung institutionell sicherstellen** könnte:

„Und mit diesem Stammtisch beziehungsweise Runden Tisch war die Idee, da klare Strukturen zu schaffen.“ [...] F: „Was für Akteure müssten da sein bei dem Runden Tisch? Wer sollte da vertreten sein?“ A: „Vereine, [...] Sportvereine, [...] die Kirchen, die Jugendgruppen, also Pfadfinder, Jugendvertretung, aber [...] ich würde auch die Parteien natürlich dazunehmen.“ F: „Jetzt auch hier wieder die Frage danach, was Sie sich [...] wünschen würden, damit die Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft besser funktioniert.“ A: „Also, im Prinzip ist es das gleiche, wie ich eben gesagt habe, ein Runder Tisch, ein Forum, über das man sich austauscht. Das muss ja nicht jede Woche sein. Das kann ein- oder zweimal im Jahr sein, wo man dann die Ziele definiert und Pläne schmiedet, und dass man [...] über diese Plattform dann auch Informationen austauscht.“ (WIR_NONPfD_2_45-55&90-93)

Die Koordination der Netzwerke müsste „ritualisiert“ oder „automatisiert“ werden, merkt ein*e andere engagierte Bürger*in aus einer NON-PfD-Region an:

F: „Was wäre notwendig, damit das [Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Anm. d. Verf.] noch enger, besser wird?“ A: „[...] Koordination, ne? Also im Endeffekt eine Struktur, die das schafft, genau mit [...] dieser Zielsetzung, Menschen zusammenzubringen, [...] Also die Akteure kennen sich auch jetzt. Aber ein, [...] ritualisiert ist nicht das richtige Wort, ein regelmäßiger und von den Strukturen her

automatischer Austausch, ne? [...] Und natürlich zwangsläufig auch eine gemeinsame Zielsetzung. [...] Gefühlt wollen alle in dieselbe Richtung. Nur die Maßnahmen, die Koordination der Maßnahmen dazu, die findet nicht immer statt.“ (WIR_NONPFD_1_63-70)

In den Grundsätzen der Förderung für die Partnerschaften für Demokratie wird das „partnerschaftliche“ Zusammenwirken, insbesondere von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft“ und dadurch die Stärkung einer „Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung“ als Ziele der Partnerschaften für Demokratie genannt.²⁶⁶ Die intersektorale Vernetzung zielt im Sinne dieser gegenseitigen Anerkennung auch auf ein „Gehört-Werden“ der Zivilgesellschaft, dessen Fehlen aus einer NON-PfD-Region sehr deutlich beschrieben und mit einer wünschenswerten Struktur verbunden wurde, deren Inhalt große strukturelle Ähnlichkeiten mit den Partnerschaften für Demokratie aufweist:

„Ich könnte mir [...] gut vorstellen, dass es sinnvoll ist, wenn es [...] so eine Art Demokratiemanager geben könnte. Der in seiner Funktion zwar an die Verwaltung angebunden, aber unabhängig von der Verwaltung arbeitet. Und der im Grunde dafür sorgt, dass [...] das, was [...] im Untergrund an Meinungen [...] wabert, [...] an die Oberfläche fördert. [...] Dass man, ich sage mal, das [...] Wohnungsproblem, das [...] Problem: ‚Ich fühle mich nicht sicher‘, Gewalt oder so irgendetwas – dass diese Probleme [...] eine Beachtung und [...] eine Bearbeitung erfahren, dass die Menschen [nicht] das Gefühl haben ‚Ich werde ja nicht gehört oder so etwas.‘ [...] Aus meiner Perspektive wäre wünschenswert, dass eine solche Person oder eine solche [...] Arbeitsgruppe, dass die eine Transparenz schafft für die Führung sozusagen in der Bevölkerung und [...] eine Vernetzung herstellt zu den Akteuren, zur Verwaltung und man [...] dahin kommt, dass [...] gemeinsam an den Fragen und Sorgen der Leute [...] gearbeitet wird.“ (WIR_NONPFD_3_47-55)

Dieses wechselseitige Miteinander können weder Bürger*innenbündnisse noch kommunale Gremien in gleicher Weise bieten.

Dimension 7: Nachhaltige Strukturen

Die Kontinuität der Arbeit jenseits punktueller, anlassbezogener Aktivitäten ist ein wichtiger Erfolgsfaktor kommunaler Demokratieförderung.²⁶⁷ Auch in den Interviews wird immer wieder deutlich, dass in dieser Kontinuität einer der wichtigsten Mehrwerte der **institutionalisierten Form** der Partnerschaften für Demokratie gegenüber dem (nur) individuengebundenen Engagement gesehen wird. Letzteres sei schnell gefährdet durch das Ausscheiden Einzelner beispielsweise durch eine Erkrankung. Die Institution „Partnerschaft für Demokratie“ könne solche Krisen – die sie freilich auch betreffen – leichter überstehen.

„Die Koordinierungs- und Fachstelle ist mal längerfristig ausgefallen, dann hat eben XXX [ein kommunales Amt, Anm. d. Verf.], der erste Vorsitzende des BgA [Mitarbeiter dieses Amtes, Anm. d. Verf.], das übernommen stellvertretend und das dann [...] gut fortgeführt, sodass es nicht irgendwie eingeschlafen ist.“ (WIR_ÜB_4_33)

Auch der interpersonale **Wissenstransfer** lasse sich durch eine institutionelle Rahmung eher sicherstellen als über die Zufälligkeiten einer Weitergabe mittels individueller Beziehungen.

266 BMFSFJ 2024c, S. 3f.

267 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 120ff.

F: „Eine Förderung ermöglicht eine professionellere Arbeit?“ A: „Ja, ein Stück weit schon. Weil natürlich [...] dann [...] institutionalisierte Abläufe klarer sind, Erfahrungen [...] einfacher weitergegeben werden können. [...] Wenn jetzt ein Akteur ausscheidet, aufgrund von Umzug, tot, was auch immer, [...] dann ist natürlich ein Wissenstransfer da auch schwierig, ja? [...] Das ist im ehrenamtlichen Bereich [aber] schon gar nicht möglich.“ (WIR_ÜB_2_117-119)

Zwischen den Polen von institutioneller Kontinuität und individuellem Engagement bleibe freilich auch der Einsatz und die Motivation der einzelnen Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen wichtig, der „richtigen Leute, die das richtige Feuer in sich tragen und die das dann auch an der richtigen Stelle positionieren können“ (WIR_ÜB_4_65). Es bestehe durchaus eine Spannung zwischen dem ehrenamtlichen „Schwung“ und der institutionellen „Nachhaltigkeit“.

„Es gibt einen gewissen Schwung, den Ehrenamtliche mitbringen und den kein Hauptamtlicher jemals nehmen kann. Wenn die wirklich für was brennen, dann schieben die etwas an. Es [...] gibt eine ehrenamtliche Struktur, die sehr viel Schwung und sehr viel Lust hereinbringt, die dann aber immer irgendwann wieder abebbt. Weil einfach, irgendwann ist die Kraft nicht da. Oder es gibt was Neues, was anderes Wichtiges, ja. Eine hauptamtliche Struktur ist vielleicht manchmal etwas träger im Beginn, aber natürlich sehr viel nachhaltiger, weil man hat [...] irgendwo eine Stelle, dann schiebt die Dinge an, weil das deren Job ist, und zwar mit 39 Stunden die Woche, [...]. Und ist da irgendetwas persönlich, [...] was dem entgegenwirkt, dann kündigt der- oder diejenige eventuell, es gibt jemand neues [...]. Ja, also die Struktur ist verlässlicher und hält am Ende länger.“ (WIR_NONPFD_1_35-36)

Die Kontinuität der Partnerschaften für Demokratie basiert auf der **Hauptamtlichkeit** ihrer wichtigsten Akteur*innen, die den organisatorischen Rahmen sicherstellen. Das Fehlen hauptamtlicher Personalressourcen stellt – auch wenn es teilweise durch die Beteiligung großer Organisationen mit ihren bezahlten Personalressourcen an Bürger*innenbündnissen aufgefangen werden kann – für bürgerschaftliches Engagement eine in den Interviews mehrfach benannte Herausforderung dar.

„Wenn [...] da Vieles auf ehrenamtlicher Basis oder das Allerallermeiste ehrenamtlich gemacht wird, dann sind eben einfach Grenzen gesetzt. Und da braucht es die Unterstützung und die Koordination für die Menschen, die sich engagieren, denen dann bestimmte Tätigkeiten organisatorischer Art und technischer Art dann [...] abgenommen werden [...]. Und das ist, [...] in XXX [PFD-Region, Anm. d. Verf.], durch die Hauptamtlichkeit [...] natürlich ein Punkt, der da vieles möglich macht. [...] Und da würde ich denken, dass [...] für YYY [NON-PFD-Region, Anm. d. Verf.], wenn es dann dieses Projekt gäbe, [...] viel, viel mehr möglich wäre, weil es, wie gesagt, viele ehrenamtlich engagierte Menschen gibt, die aber an ihre Grenzen kommen, was solche organisatorischen Sachen angeht.“ (WIR_ÜB_3_50-51)

Das Problem der fehlenden Ressourcen steigere sich noch, wenn, wie es aus einigen Regionen gemeldet wurde, die Frequenz demokratiefeindlicher Aktivitäten (bspw. Demonstrationen) zunehme.

„Was fehlt? Letztendlich, je mehr organisatorische Strukturen man schaffen kann, je mehr man hauptamtliche Power hat, desto mehr kann man natürlich auf die Beine stellen. [...] Also hauptamtliche Strukturen, die so etwas tragen, die sind natürlich sehr viel verlässlicher und sehr viel nachhaltiger.“ (WIR_NONPFD_1_34)

Die längerfristige, **vorausschauende Planbarkeit** von demokratieförderlichen Projekten und damit wiederum die Kontinuität, mit der solche Projekte stattfinden können, werde gefördert einerseits durch die bereits angesprochenen, verlässlichen Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Projektfond der Partnerschaften für Demokratie, zum anderen durch deren hauptamtliche Stellen. Als Resultat erfolgten Aktivitäten der Demokratieförderung in NON-PfD-Regionen eher anlassbezogen oder themenbezogen punktuell.

„Also, wir haben jetzt auch wieder die Zeit des Gedenkens [an die nationalsozialistischen Verbrechen, Anm. d. Verf.]. [...] Und da erlebe ich, dass da auch seitens der Kommune eine starke Unterstützung da ist, dass das auch [...] von Schulen und Kirchen stark mitgetragen wird. Und das sind dann halt so diese punktuellen Ansätze, wo dieses Thema sehr stark gemacht wird und wo auch viele Akteure zusammenkommen. Aber das sind eben tatsächlich so diese punktuellen Ereignisse.“ (WIR_NONPfD_3_19)

Ergänzend zu den Wirkungen, die Partnerschaften durch ihre Arbeit in spezifischen Phänomenbereichen entfalten (→ Kap. 2.5), tragen sie darüber hinaus durch ihre Anlage als lokale Co-Governance-Arrangements und ihre Rolle als Netzwerkstrukturen maßgeblich zur Vernetzung relevanter Akteur*innen zu Themen der Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung in ihren Förderregionen bei. Die vorliegenden Befunde spiegeln damit die Ergebnisse aus der Untersuchung des Beitrags der Partnerschaften zur Stärkung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene wider und erweitern diese (→ Kap. 2.6.3). Die Partnerschaften für Demokratie bieten einen „neutralen“, „unabhängigen“ Rahmen für gemeinsamen Austausch, der als Ausgangspunkt für die Herausbildung von Synergien zwischen unterschiedlichen Akteur*innen dient. Nicht zuletzt durch die Expertise und die sich in Kontinuität übersetzende Hauptamtlichkeit der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen, werden die Partnerschaften zu attraktiven Strukturen für lokal Engagierte, die eine institutionalisierte und nachhaltige Bearbeitung programmrelevanter Themen in den Förderregionen ermöglichen.

2.8 Fazit

In Teil II des vorliegenden Berichts wurde die Wirkungsfrage in Bezug auf die Partnerschaften für Demokratie ausformuliert und zugleich in dreifacher Hinsicht beantwortet.

- Erstens wurden programmevozierte Veränderungen entlang der durch die Partnerschaften für Demokratie adressierten Programmschwerpunkte (z.B. Demokratieförderung, Antisemitismus) unter Anwendung eines mixed-methods Designs in quasi-experimenteller Anordnung identifiziert. Das Ergebnis des methoden- und perspektiventriangulierenden Vorgehens zeigt auf einer hohen Evidenzstufe abgesichert nachweisbare Wirkungen in vier der fünf vertiefend untersuchten Phänomenbereiche und lässt somit ein breites und zugleich phänomenspezifisches Wirkungsspektrum der Partnerschaften für Demokratie erkennen.
- Diese Befunde wurden zweitens aus einer phänomenübergreifenden Perspektive fokussiert und unter dem Gesichtspunkt des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie zur (fort-)Entwicklung demokratischer Resilienz auf kommunaler Ebene bewertet. Dabei zeigen sich die Stärken der Co-Governance-Arrangements insbesondere in ihrem Beitrag zur Förderung des „Zivilgesellschaftlichen Engagements“, zur Förderung von

„Kompetenzen der kommunalen Verwaltung“ sowie in den Dimensionen „nachhaltige Strukturen“ und „Mitbestimmung und Teilhabe“.

- Drittens wurden ausgewählte Dimensionen der demokratischen Resilienz im Rahmen einer qualitativen Begleitstudie vertiefend untersucht. Die kontrastierende Analyse zwischen Förderregionen und solchen ohne Partnerschaften für Demokratie zeigt auf, dass die Aktivitäten und Strukturen prodemokratisch Engagierter in Regionen ohne Partnerschaften für Demokratie deren Funktionen für die Stärkung der kommunalen Resilienz nicht vollumfänglich kompensieren kann.

In der Gesamtschau erweisen sich die Partnerschaften für Demokratie als wirksame Arrangements der kommunalen Demokratieförderung. **Partnerschaften für Demokratie haben multimethodisch auf einem sehr hohen Evidenzniveau nachgewiesene demokratieförderliche Wirkungen in ihren Förderregionen, die nicht durch die in anderen Regionen bestehenden Engagementstrukturen ersetzt werden können** Zugleich lassen sich aber auch Stellschrauben zu ihrer Fortentwicklung identifizieren. Diese sind Gegenstand der kommenden Abschnitte.

TEIL III

Ausblick und Hinweise

Autor*innen

Sebastian Winter

Carlos Becker

Irina Bohn

Jan Saßmannshausen

3 Ausblick und Hinweise zur Fortentwicklung des Handlungsbereichs Kommune in der dritten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Die Partnerschaften für Demokratie haben sich in der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als wirksame Arrangements der kommunalen Demokratieförderung bewährt. Sie entfalten multimethodisch robust nachweisbare Wirkung in verschiedenen programmrelevanten Phänomenbereichen und können übergreifende Effekte auf das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft, das kooperative Zusammenwirken lokal relevanter Akteur*innen, die Kompetenzentwicklung der Verwaltung und die Beteiligungsmöglichkeiten in den Förderregionen erzielen. Dies gelingt ihnen sowohl durch ihre inhaltliche Arbeit in den jeweiligen Phänomenbereichen (z.B. über die finanzierten Projekte, eigenen Veranstaltungen, Aufbau von Netzwerken, etc.) als auch durch ihre strukturelle Anlage und Implementierung als stabile, kooperative Netzwerkstruktur, die vielfältige Akteur*innengruppen kontinuierlich und strategisch zusammenbringt (→ Kap. 2).

Trotz dieser Erfolge stehen die Partnerschaften für Demokratie unter Druck und bleiben von den Kriseneffekten der letzten Jahre nicht unberührt. Akteur*innenkonstellationen verschieben sich, demokratiegefährdende Bedrohungen nehmen zu, die materiellen und personellen Grundlagen der Demokratiearbeit werden herausgefordert (→ Kap. 1; Kap. 4.2). Vor dem Hintergrund der sich verändernden Rahmenbedingungen und der Erfahrungen und Ergebnisse der zweiten Förderperiode wird das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiterentwickelt. Vom Programmgeber wurden für die dritte Förderperiode – neben den grundlegenden Querschnittszielen „Demokratische Selbstwirksamkeit ermöglichen und stärken“, „Demokratische Bündnisse erweitern“ und „Handlungssicherheit mit lokalen Herausforderungen erhöhen“ (hier wird explizit der Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Aktivitäten genannt) – werden folgende spezifische Zielstellungen für die Partnerschaften für Demokratie konkretisiert, um aktuellen Herausforderungen zu begegnen:

- die Adressierung von demokratieskeptischen Zielgruppen;
- die Befähigung zur Bearbeitung lokaler Konflikte;
- die Entwicklung von Schutzkonzepten für zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

Eine organisatorische Neuerung wird die Neuaufstellung der Begleitausschüsse als „Bündnisse“ sein. Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung wird in der Bündnis-konzeption noch stärker als bisher hervorgehoben und in den Kommunalverwaltungen sollen sogenannte „Ämternetzwerke“ gebildet werden. Auch die Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie untereinander soll bundeslandspezifisch und bundesweit gestärkt werden, insbesondere durch die vorgesehene Wahl von Landes-Sprecher*innen.²⁶⁸

Aus 97 % (347 von 357) der Förderregionen wurde im Sommer 2024 von den Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen zurückgemeldet, am Interessenbekundungsverfahren zur Neubeantragung für die kommende Förderperiode teilnehmen zu wollen oder dies bereits

268 Vgl. BMFSFJ 2024a, BMFSFJ 2024b.

getan zu haben.²⁶⁹ Als Gründe für die Fortführungsabsicht gaben die Befragten am häufigsten den Wunsch an, die in den letzten Jahren erzielten Erfolge auszubauen und in ihren jeweiligen lokalen Kontexten zu verstetigen (90%, 314 von 347) sowie, dass die Motivation für die Fortführung der Arbeit der Partnerschaft in der Förderregion bei den Akteur*innen der organisierten Zivilgesellschaft hoch sei (86 %, 297 von 347).²⁷⁰ Als Hürde für die Beantragung wurde am häufigsten die noch nicht gesicherte Co-Finanzierung seitens des Landes oder der Kommune genannt (28 %, 99 von 349). Zugleich gaben 40% der Befragten an, es gäbe in ihrer Kommune keine Hürden für die Beantragung (141 von 349 Partnerschaften).²⁷¹ Den Übergang in die neue Förderperiode geben die Koordinator*innen auf einer Skala von 1 („problematisch“) bis 10 („unproblematisch“) im Durchschnitt als eher unproblematisch an (Mittelwert=7,2).²⁷²

Im Rahmen der Befragung im Sommer 2024 konnten die Koordinator*innen die geplanten Änderungen im Bundesprogramm ab 2025 in einem offenen Frageformat kommentieren. Diese Rückmeldungen und ebenso Antworten auf entsprechende Fragen im quantitativen Teil der Befragung zeigen trotz der Einschätzung des Übergangs als eher unproblematisch einen spezifischen Unterstützungsbedarf in der Übergangsphase. Es werden konkrete Unsicherheiten benannt, denen verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Vor diesem Hintergrund sowie den Weiterentwicklungspotentialen, die sich aus dem Nachweis der spezifischen Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie ableiten lassen, formuliert die wissenschaftliche Begleitung folgende Hinweise und Empfehlungen:

 **Die flexible Reaktions- und Adaptionfähigkeit der Partnerschaften für Demokratie sollte auch bei den vorgegebenen Zieleplikationen gewährleistet bleiben**

Die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie nehmen sich der spezifischen lokalen Herausforderungen in heterogenen Kontexten an. Sie gehen dabei problemorientiert vor und adressieren je nach Lage daher unterschiedliche Phänomenbereiche. Mit dieser flexiblen, kontextsensiblen Ausrichtung haben sie Erfolg, wie die phänomenbereichsspezifischen Wirkungen zeigen (→ Kap. 2). Zugleich haben sich die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie auch erfolgreich bei der Bearbeitung extern bedingter und unerwartet eintretender Krisenereignisse gezeigt. Sie konnten angesichts der Corona-Pandemie schnell neue Formate entwickeln, Vernetzungsstrukturen umbauen und neue Gefährdungen der Demokratie in den Blick nehmen. Auch bezüglich der kommunalen Folgen des Krieges gegen die Ukraine (Aufnahme von Geflüchteten, Verbreitung von Rassismen und Verschwörungsideologien) konnte reaktionsschnell gehandelt und die eigene Praxis wurde mitunter großformatig neu ausgerichtet werden.²⁷³ Diese kontextsensible Flexibilität der Partnerschaften für Demokratie ist eine große Ressource zur Bewältigung lokaler und situativ eintretender Problemlagen und sollte weiterhin programmseitig ermöglicht und unterstützt werden.

Bei den Kommentaren der Koordinator*innen wurde diesbezüglich eine ambivalente Einschätzung der neu konturierten Zielstellungen des kommenden Bundesprogramms deutlich: Sie seien einerseits inhaltlich passend auf die Herausforderungen zugeschnitten und ihre

269 Lediglich aus drei Partnerschaften für Demokratie (0,8 %) wird angegeben, dass dies nicht geplant sei. Für die restlichen wird entweder angegeben, dass noch keine Entscheidung gefallen sei (0,6 %, 2 von 357) oder diese Frage von den Befragten nicht beurteilt werden könne (1,4 %, 5 von 357) → Tab. 69.

270 → Tab. 70.

271 → Tab. 71.

272 → Tab. 72.

273 Vgl. Becker et al. 2020b, Becker et al. 2022b.

Ausformulierung würde die Handlungssicherheit durch die klare Definition der Aufgaben erhöhen. Andererseits wird eine Einschränkung der lokalen Flexibilität befürchtet.

In der kommenden Förderperiode sollte eine gute Balance in der Ausgestaltung der vorgegebenen Zielstellungen gefunden werden und dabei der Spielraum für Anpassungen an spezifische lokale Rahmenbedingungen sowie für Reaktionen auf nicht einplanbare Ereignisse gewahrt bleiben.

 **Situations- und Ressourcenanalysen sollten – wie vorgesehen – strukturell verankert, aber die Koordinator*innen bei ihrer Erstellung auch gezielt unterstützt werden**

Sowohl angesichts der dynamischen welt- und innenpolitischen Lage und ihrer Auswirkungen auf den kommunalen Raum als auch vor dem Hintergrund der neu ausgerichteten Programmziele und der damit verbundenen Aufgaben kommt einer Analyse des jeweiligen Sozialraums der Förderregionen eine zentrale Bedeutung zu. Die Ergebnisse des Schwerpunktberichts²⁷⁴ der wissenschaftlichen Begleitung zur erfolgreichen Aktivierung relevanter Akteur*innen vor Ort zeigen die Bedeutung, die der strukturierten Erfassung der lokal relevanten und sich teilweise rasch ändernden Themen- und Problemstellungen zukommt, um die inhaltlichen Zieldefinitionen und die adäquaten Aktivierungsbemühungen bzw. Zielgruppenansprachen zu verbessern. Die Situationsanalyse sollten daher auch dem Aufbau von Akteurs- und Netzwerkkennnissen und der Erhebung der verfügbaren Ressourcen in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung dienen. Für die arbeitsintensive Erstellung von solchen Situations- und Ressourcenanalysen sollten die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie allerdings durch begleitende Maßnahmen unterstützt werden. Dies können Handreichungen, Formate der aufgabenspezifischen kollegialen Vernetzung, aber auch Fortbildungs- oder Coachingformate sein.²⁷⁵

 **Demokratiegefährdenden Bedrohungslagen sollte mit Unterstützungs- und Begleitangeboten begegnet werden**

Bedrohungslagen durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen sind in den Förderregionen der Partnerschaften eine zentrale Herausforderung. Der Problemdruck ist nicht nur weiterhin hoch, sondern hat gerade im Jahr 2024 nochmals zugenommen. In der Zeit der Polykrise ist auch keine zeitnahe Abschwächung dieser Situation zu erwarten (→ Kap. 1; 4.2). Der notwendige Umgang mit diesen Herausforderungen, der sich auch in den programmseitig neu explizierten Zielstellungen niederschlägt, wird von Koordinator*innen als herausfordernd beschrieben und diesbezüglich Unterstützungsbedarf angezeigt. So wird in den Kommentaren hinsichtlich der Zielvorgaben „Demokratieskeptische Menschen ansprechen“, „Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Solidarität schaffen“, „Kompetenzen im Umgang mit Konflikten stärken“ sowie der Erstellung von Situations- und Ressourcenanalysen ein Bedarf an Hilfestellungen in Form von Fortbildungen, Konzeptausarbeitungen, Handreichungen oder der Bereitstellung von Best Practice-Beispielen geäußert. Auch im quantitativen Teil der Befragung haben mehr als die Hälfte der Koordinator*innen einen Bedarf an Unterstützungsangeboten durch das Bundesprogramm zurückgemeldet, vor allem bei der Erstellung von Schutzkonzepten (58 %, 203 von 349), hinsichtlich genereller

274 Becker et al. 2024b.

275 Vgl. hierzu auch die ausführlichen Empfehlungen in Becker et al. 2024b, S. 206.

Fortbildungsangebote (50 %, 175 von 349) und des Umgangs mit politischem Druck durch demokratiefeindliche Akteur*innen (47 %, 163 von 349).²⁷⁶

Um diesen Bedarfen zu begegnen, sollte erstens das Fortbildungsangebot für den Umgang mit neuen und zunehmenden Herausforderungen (autoritär-rebellisches Protestgeschehen, demokratiskeptische Menschen, Shrinking Spaces for Civil Society) (→ Kap. 4.2) und zu den Zielstellungen „Demokratiskeptische Menschen ansprechen“, „Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Solidarität schaffen“ und „Kompetenzen im Umgang mit Konflikten stärken“ ausgebaut werden. Die Bearbeitung der neuen Aufgaben der Partnerschaften für Demokratie wird nicht nur Kapazitäten binden, sondern bedarf auch des Aufbaus und Dissemination spezifischer Expertise im Bundesprogramm. Zweitens sollte daher die programminterne Wissensweitergabe intensiviert werden. Insbesondere die raschen Entwicklungen der Problemlagen und des daraus resultierenden Handlungsdrucks, beispielsweise hinsichtlich des bereits beschriebenen Umgangs mit aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus (→ Kap. 2.5.4), bedarf eines beidseitigen Wissens- und Erfahrungstransfers von der Wissenschaft in die Praxis und von der Praxis in die Wissenschaft. Neben der wissenschaftlichen Begleitung sollten die themenspezifischen bundeszentralen Infrastrukturen und die Innovationsprojekte verstärkt einen Beitrag hierzu leisten.

Darüber hinaus hat die Analyse von strukturschwachen Förderregionen, die von sozialräumlicher Benachteiligung und demokratiegefährdenden Problemlagen betroffen sind, gezeigt, dass auch hier zwar engagierte zivilgesellschaftliche Strukturen existieren, oftmals aber in der lokalen Öffentlichkeit marginalisiert sind.²⁷⁷ Die Partnerschaften für Demokratie in diesen Regionen sollten eine spezifische Unterstützung durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen erfahren, um in teils widrigen Kontexten weiterhin erfolgreich arbeiten zu können.²⁷⁸ Zudem sollten spezifische Beratungsangebote für akute Problemsituationen vorgehalten werden.

 ***Der Charakter des Handlungsbereichs Kommune als „Netzwerk der Netzwerke“ und die Professionalisierung der Partnerschaften für Demokratie sollte weiter gestärkt werden,***

Die aktuellen lokalen Entwicklungen im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Polykrise schaffen neue Herausforderungen und Handlungsunsicherheiten für die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie, denen aktiv begegnet werden sollte. Zur Erfahrungsweitergabe, aber ebenso zur Schaffung eines solidarischen Kollektivgefühls gegen drohende Vereinzelungen in herausfordernden Kontexten sollte eine noch stärkere Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie als Verbund vorgesehen werden. Neben der Beibehaltung der bundesweiten „PfD-Zoomkonferenzen“ der wissenschaftlichen Begleitung, den von den Landes-Demokratiezentren organisierten bundeslandweiten Arbeitstreffen und der in der dritten Förderperiode vorgesehenen Wahl von Landessprecher*innen der Partnerschaften für Demokratie sollten zudem folgende spezifischere Formate vorgesehen werden:

- Seitens der Landes-Demokratiezentren sollten jährliche Präsenz-Treffen der Koordinator*innen und der Mitarbeitenden der Federführenden Ämter benachbarter Partnerschaften für Demokratie organisiert werden.

276 → Tab. 78.

277 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 180ff.

278 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 205f.

- Von der Programmsteuerung sollten jährliche Präsenz-Treffen der Koordinator*innen und der Mitarbeitenden der Federführenden Ämter von Partnerschaften für Demokratie organisiert werden. Dies wird insbesondere für Partnerschaften für Demokratie in Regionen der besonders herausforderungsvollen Raumtypen 3 („Agrarisch geprägte Kleinstadtregionen“) und 7 („Ländliche Regionen mit Strukturwandel Erfahrungen“) empfohlen.²⁷⁹ Damit würde der Aspekt der sozialstrukturell bedingten Problemlagen (z.B. Ländlichkeit, demographische Nachwuchsprobleme) für die Demokratie- und Engagementförderung neben den bereits bestehenden Austauschformaten nochmals verstärkt in den Blick genommen.²⁸⁰
- Die Koordinator*innen und die Mitarbeitenden der Federführenden Ämter der in der dritten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ neu startenden Partnerschaften für Demokratie sollten jeweils eine*n Koordinator*in und eine*n Mitarbeitenden des Federführenden Amtes gegebenenfalls einer benachbarten Partnerschaft für Demokratie als Mentor*innen an die Seite gestellt bekommen, um eine gelingende Einarbeitung zu fördern.

Daneben sollte die fachliche Weiterbildung der Koordinator*innen sichergestellt werden, um die Möglichkeit einer fortlaufenden Professionalisierung zu gewährleisten. Das Weiterbildungsangebot sollte dabei inhaltlich regelmäßig an die politischen Entwicklungen und die mit ihnen einhergehenden, sich wandelnden Problemstellungen angepasst werden.

Die fachliche Entwicklung der Verwaltung sollte stärker unterstützt werden

Partnerschaften für Demokratie verorten sich an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Erfolge ihrer Arbeit sind u.a. die Aktivierung von Mitarbeitenden der Verwaltung für deren Einsatz gemäß der Programmziele²⁸¹ und die Förderung ihrer Kompetenzen (z.B. im Umgang mit programmrelevanten Problemlagen vor Ort) (→ Kap. 2.6.3). Vor diesem Hintergrund sollten die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie angehalten werden, Verwaltungsmitarbeitende als Zielgruppe vermehrt in den Blick zu nehmen und diese zugleich stärker in die eigene Praxis einzubinden. Das vorgesehene Ämternetzwerk und der Vertretung der Ämter im Bündnis weist in diese Richtung und wird von vielen Koordinator*innen begrüßt. Zugleich sollte parallel aber auch die fachliche Fort- und Weiterbildung für die Mitarbeitenden der Verwaltungen stärker fokussiert werden, um auch auf diesem Weg ihre demokratischen Haltungen und Handlungsfähigkeiten im Sinne der Fortbildungen im Rahmen des Begleitprojektes „Kommunales Konfliktmanagement“ (→ Kap. 4.3) zu stärken und sie – auch angesichts dem zurückgemeldeten leichten Absinken ihrer Handlungssicherheit (→ Kap. 2.6.2) und den in der Evaluation der Begleitprojekte deutlich gewordenen Schwierigkeiten bei ihrer Einbindung (→ Kap. 4.3) – in ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber demokratiegefährdenden Tendenzen zu stärken.²⁸²

279 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 180ff., 206. Siehe zu Raumtyp 3 auch Kapitel 4.4.

280 Entsprechende bereits durchgeführte Formate (z.B. Workshops, Zoom-Konferenzen) mit den Koordinator*innen trafen auf große Zustimmung.

281 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 100ff.

282 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 205f.

TEIL IV

Supplementäres Material

Autor*innen

Christopher Finke

Moritz Golombek

Eleni Kremeti

Joscha Langenberg

Irina Volf

Sebastian Winter

4 Supplementäres Material

4.1 Strukturelle Entwicklungen des Gesamtverbundes der Partnerschaften für Demokratie

Wie im Hauptteil des vorliegenden Berichtes nachgewiesen worden ist (→ Kap. 2), entfalten die Partnerschaften für Demokratie nachweisbar Wirkungen bei der Adressierung verschiedener konkreter Phänomenbereiche und entlang von Resilienzdimensionen. Aus den im Folgenden vorgestellten Daten über die Strukturentwicklung der Partnerschaften als Gesamtverband wird deutlich, dass sie mit ihrer Etablierung lokaler intersektoraler Allianzen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit, ihren mehrheitlich zivilgesellschaftlich besetzten Begleitausschüssen und ihren Jugendforen als Räumen politischer Sozialisation eine von zunehmend mehr Akteur*innen mit langjähriger Erfahrung getragene stabile und wachsende Struktur prodemokratischen Engagements in mittlerweile deutlich über der Hälfte aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte sind. Die begleitende modulare Weiterbildung für Mitarbeitende der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Federführenden Ämter fördert dabei fortlaufend nicht nur die Handlungssicherheit und Motivation in der täglichen Arbeit, sondern auch langfristige Kooperationen zwischen den Teilnehmenden, den Austausch und die gemeinsame Reflexion.

Mit der Anzahl der Partnerschaften für Demokratie wächst ein bundesweites Netzwerk der kommunalen Demokratieförderung, das insbesondere in belasteten Gebieten eng geknüpft ist

Die erste Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ startete im Jahr 2015 mit 218 Partnerschaften für Demokratie.²⁸³ Zu Beginn der aktuellen Förderperiode wurden bereits 300 Partnerschaften gefördert und diese Zahl erhöhte sich über 339 im Jahr 2022 auf aktuell 357 Partnerschaften für Demokratie. Dies entspricht einem Zuwachs innerhalb der aktuellen Förderperiode von 19 %.²⁸⁴

Die 357 Partnerschaften verteilen sich auf insgesamt 233 Landkreise und kreisfreie Städte und decken damit insgesamt 58 % (233 von 401) aller bundesweiten Landkreise und kreisfreien Städte ab (→ Abb. 30).²⁸⁵ 44 % (159 von 357) der Förderregionen liegen in Landkreisen.²⁸⁶ Aktuell liegen 63 % (224 von 357) der Förderregionen in Westdeutschland,²⁸⁷ die Einwohner*innenzahl pro Partnerschaft ist aber in Ostdeutschland deutlich niedriger.²⁸⁸

283 Vgl. Bohn et al. 2015, S. 1.

284 → Tab. 46.

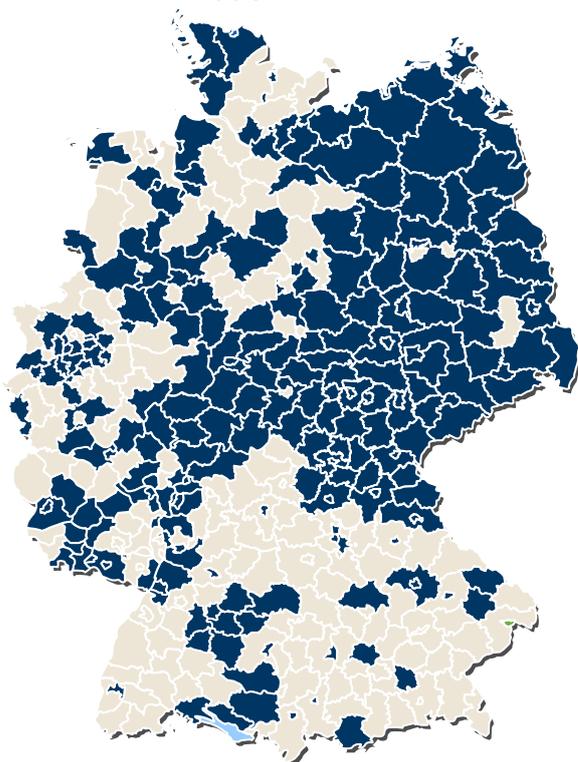
285 Vgl. Becker et al. 2024b, S. 164.

286 → Tab. 47.

287 → Tab. 48.

288 In den Förderregionen der westdeutschen Partnerschaften für Demokratie leben durchschnittlich 210.076 Menschen mehr als in den ostdeutschen Förderregionen (304.838 gegenüber 94.762) → Tab. 49.

Abbildung 30: Bundesweite Verteilung der Partnerschaften für Demokratie



Stand 8/2023, Quelle: Eigene Darstellung, Becker et al. 2024b, S. 165.

Die Partnerschaften für Demokratie sind in sehr heterogenen lokalen Kontexten verortet. Wie in anderen Studien der wissenschaftlichen Begleitung gezeigt werden konnte, haben die unterschiedlichen sozialräumlichen Rahmenbedingungen Auswirkungen auf die jeweiligen phänomenspezifischen Herausforderungen und damit auch die strategischen Zielstellungen der Partnerschaften, d.h. ihre integrierten Handlungsstrategien,²⁸⁹ und prägen zudem die jeweils adäquate Form der Bemühungen, Menschen vor Ort für demokratisches Engagement zu aktivieren.²⁹⁰ Die Partnerschaften für Demokratie sind schwerpunktmäßig in Typen von Regionen angesiedelt, in denen die sozialräumlichen Herausforderungen besonders groß sind und aus denen die Koordinator*innen verbreiteter demokratiegefährdende Vorkommnisse melden als aus anders gearteten Förderregionen: Die von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeitete Raumtypologie zeigt, dass in dem mehrdimensional deprivierten und demokratiepolitisch besonders herausgeforderten Raumtyp 7 („Ländliche Regionen mit Strukturwandlerfahrungen“)

in 90 % (44 von 49) der betreffenden Landkreise und Städte Partnerschaften für Demokratie angesiedelt sind, des Öfteren auch mehrere Partnerschaften für Demokratie pro Gebietskörperschaft. Die wohlhabenden „Westdeutschen Landschaften“ von Raumtyp 8 kommen dagegen nur auf einen Anteil von 34 % (17 von 50) ihrer Gebietskörperschaften, in denen Partnerschaften (N=21) verankert sind. In den Regionen von Raumtyp 7 sind anteilmäßig auf alle Raumtypen bezogen auch die meisten Partnerschaften für Demokratie verortet (19 %, 68 von 357), gefolgt von den Regionen des Raumtyps 3 („Agrarisch geprägte Kleinstadtregionen“, 16 %, 58 von 357).²⁹¹

Partnerschaften für Demokratie tragen zur Netzwerkentwicklung bei

Sowohl auf der Ebene der übergreifenden Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie (→ Kap. 2.6) als auch beim Vergleich der Regionen mit und ohne Partnerschaften (→ Kap. 2.7) wurde deutlich, dass diese bei der Organisierung und Intensivierung des Engagements der lokalen, demokratischen Zivilgesellschaft sowie der intersektoralen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung nachweislich eine wichtige und strukturell nicht kompensierbare Funktion haben. Mit der steigenden Anzahl der Partnerschaften für Demokratie geht ein Zuwachs von organisierten demokratisch Engagierten und ihrer strukturellen Vernetzung einher. Die Aussage „Die Implementierung/Ansiedlung und operative Umsetzung

289 Vgl. Becker et al. 2022a.

290 Vgl. Becker et al. 2024b.

291 Vgl. Becker et al. 2024b; S. 164ff.

der Partnerschaft [...] hat unabhängig ihrer inhaltlichen Ausrichtung und Arbeit (z.B. durch die Einrichtung einer Koordinierungs- und Fachstelle, Zusammenführung von Akteur*innen im Begleitausschuss) einen wesentlichen Beitrag geleistet bei dem Auf- und Ausbau programmrelevanter Netzwerke von demokratisch Engagierten“ trifft bei drei Vierteln (74 %, 215 von 289) der befragten Koordinator*innen auf Zustimmung.²⁹²

Eine zentrale Institution für die intersektorale Aufstellung solcher Netzwerke, d.h. die Integration von Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, sind die Begleitausschüsse. Sie haben die Querschnittsfunktion, regionale Akteur*innen sektorenübergreifend im prodemokratischen Engagement zu vereinen und so strukturbildend zu wirken. Im Jahr 2024 engagieren sich etwa 1300 Personen mehr als noch im Jahr 2020 (5.239; 2024: 6.575) in Begleitausschüssen. Mit durchschnittlich 18,4 Mitgliedern im Jahr 2024 sind die Begleitausschüsse etwa mit ebenso viel Personen besetzt wie in den vorherigen Jahren seit 2020.²⁹³ Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur*innen machen in der laufenden Förderperiode mit geringen Schwankungen rund 30% der Mitglieder der Begleitausschüsse aus, während der Anteil ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen von 25 % im Jahr 2020 auf 29 % im Jahr 2024 leicht gestiegen ist.²⁹⁴ Staatliche (bspw. Bürgermeister*innen, Parlamentsabgeordnete, Mitarbeitende der Kommunalverwaltungen, der Schulen oder der Polizei) und parteipolitische Akteur*innen machen im Jahr 2024 28 % der Begleitausschuss-Mitglieder aus.²⁹⁵ AfD-Vertreter*innen sind nach Kenntnisstand und Auskunft der befragten Koordinator*innen in 6 % (21 von 357) der Begleitausschüsse vertreten, Vertreter*innen der CDU/CSU in 24 % (85 von 357), FDP-Vertreter*innen in 11 % (40 von 357), Vertreter*innen der Grünen in 24 % (87 von 357) und der Linken in 14 % (49 von 357), SPD-Vertreter*innen in 27 % (98 von 357).²⁹⁶

Der Aussage, dass die Ansiedlung und operative Umsetzung der Partnerschaft einen wesentlichen Beitrag bei „der Schaffung einer Kooperationskultur ‚auf Augenhöhe‘ zwischen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung“ geleistet habe – d.h. dem Optimum, das die Prozessqualität eines Begleitausschusses erreichen kann, stimmte immerhin gut die Hälfte der Koordinator*innen zu (51 %, 149 von 289).²⁹⁷ Dieser Erfolg auch beim Einbezug der Verwaltung findet seine Grenze aber bei der Förderung des weitergreifenden Austauschs auch zwischen unterschiedlichen Verwaltungseinheiten, was in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms als Ziel der Partnerschaften für Demokratie aber auch noch nicht festgeschrieben war. Bezogen auf den Beitrag zur „Förderung einer ämterübergreifenden Auseinandersetzung mit den programmrelevanten Themen (z.B. Schaffung eines Ämternetzwerkes)“ findet die Antwortvorgabe nur bei 20% (57 von 289) der Befragten Zustimmung.²⁹⁸

292 → Tab. 50.

293 → Tab. 51.

294 → Tab. 51.

295 → Tab. 51. In der Darstellung wird sich auf diejenigen Parteien beschränkt, die seit Beginn der Förderperiode durchgängig als Fraktionen oder Gruppen im deutschen Bundestag vertreten sind.

296 → Tab. 52.

297 → Tab. 50.

298 → Tab. 50.

Die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie konnte erhöht werden

Öffentlichkeitswirksamkeit ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Demokratieförderung.²⁹⁹ Insbesondere die Ansprache und Aktivierung der breiten Öffentlichkeit in den Förderregionen ist ein wichtiges operatives Querschnittsziel der Partnerschaften für Demokratie, wofür ihnen mit dem Dach des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und dessen eigener Öffentlichkeitsarbeit und medialer Präsenz bereits eine Basis gelegt ist. Die öffentliche Sichtbarkeit der Partnerschaften für Demokratie hat sich den Angaben der befragten Koordinator*innen zufolge in der aktuellen Förderperiode verbessert. Sie wurden in den letzten Jahren in ihren Förderregionen bekannter: Lag der Mittelwert auf einer Zehn-Punkte-Skala³⁰⁰ zur Frage „Wie schätzen Sie den Bekanntheitsgrad Ihrer Partnerschaft für Demokratie in der Öffentlichkeit derzeit ein?“ im Jahr 2020 noch bei 4,3, so hat sich dieser im Laufe der Förderperiode auf 5,2 im Jahr 2022 und auf 5,8 im Jahr 2024 gesteigert.³⁰¹

Mit den Jugendforen wird demokratisches Jugendengagement in den Förderregionen verankert

Als Teilhabe ermöglichende Räume politischer Sozialisation können junge Menschen im Rahmen der Jugendforen demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und demokratische Kompetenzen erwerben bzw. festigen.³⁰² Die Einrichtung und kontinuierliche Aufrechterhaltung eines Jugendforums gestaltet sich allerdings teilweise als herausfordernd. Im Sommer 2024 gaben 13 % (46 von 357) der Koordinator*innen an, dass ihr Jugendforum noch nicht eingerichtet oder aufgelöst worden sei.³⁰³ In den Jugendforen engagieren sich insgesamt etwa 5700 junge Menschen, was einem Durchschnitt von etwa 18 Jugendlichen pro Jugendforum entspricht.³⁰⁴ In knapp zwei Dritteln (63 %, 196 von 311) der Partnerschaften für Demokratie, in denen Jugendforen und Begleitausschüsse etabliert sind, werden sie nach Einschätzung der befragten Koordinator*innen regelmäßig im Begleitausschuss zu jugendrelevanten Themenstellungen angehört. Dieser Wert ist seit 2020 stabil.³⁰⁵

Dass die Ansiedlung und operative Umsetzung der Partnerschaft einen Beitrag geleistet habe bei „der Einbindung von Jugendlichen in die kommunale Demokratieförderung (z.B. Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen, Ausbau partizipativer Strukturen)“ wird von fast drei Vierteln der Koordinator*innen (74 %, 214 von 289) bejaht.³⁰⁶

299 Vgl. Bohn et al. 2019, S. 229ff.

300 Hierbei wurde der Wert 1 mit „Niedrig“ und der Wert 10 mit „Hoch“ angegeben.

301 → Tab. 53.

302 Bereits in der ersten Förderperiode des Bundesprogramms (Untersuchungszeitraum 2017 bis 2019) konnten statistisch relevante (subjektive) Lerneffekte bei in den Jugendforen aktiven jungen Menschen hinsichtlich personaler Kompetenzen (Bewertungs- und Beurteilungskompetenz: Erkennen gesellschaftlicher Probleme), hinsichtlich sozialer Kompetenzen (Teamfähigkeit; Konfliktfähigkeit; Empathiefähigkeit) sowie Methodenkompetenzen (Positionierungsfähigkeit) nachgewiesen werden (Bohn et al. 2019, S. 104ff.). Vgl. Roth/Stange 2020.

303 → Tab. 56.

304 → Tab. 57.

305 → Tab. 58.

306 → Tab. 50.

Modulare Fort- und Weiterbildungen steigern die Kompetenzen, die Handlungssicherheit und die Vernetzung der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der federführenden Ämter

Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Federführenden Ämter sind ein fester Bestandteil in der Gesamtstruktur der Partnerschaften für Demokratie. Die Fort- und Weiterbildungen wurden von Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. umgesetzt. In der aktuellen Förderperiode fanden acht Basiskurse und vier Aufbaukurse statt. Insgesamt 110 Personen nahmen an den Basiskursen und 58 Personen an den Aufbaukursen teil. Die Anzahl der Teilnehmenden variierte zwischen zwölf und 17 Personen pro Kurs.

Bestehend aus vier jeweils zweitägigen Modulen erstreckte sich ein Basiskurs im Durchschnitt auf neun Monate und diente einer Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Kompetenzen in Bezug auf die Demokratiebildung und -entwicklung, den Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), Moderation und Konfliktvermittlung, Netzwerkarbeit und Projektmanagement, strategische Öffentlichkeitsarbeit und Gesprächsführung sowie Beratung von verschiedenen Trägerorganisationen, Bürger*innen und Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung. Die Teilnehmenden konnten sich untereinander sowie mit Referent*innen im geschützten Raum über ihre Rollen und Aufgaben austauschen, ihr Handeln reflektieren und gemeinsam nach Lösungen im Sinne einer kollegialen Beratung suchen. Die gleichstrukturierten Aufbaukurse dienten der Vermittlung von weiterführenden Kompetenzen und Kenntnissen zu den Themen „Begleitung von Veränderungsprozessen in der kommunalen Demokratieförderung“ und „Kommunikation in den Partnerschaften für Demokratie“. Die Kurse fanden in einem modularen Blended-Learning-Format statt. Zur Förderung der Vernetzung der Teilnehmenden fanden einmal pro Jahr ein Alumni- und Austauschtreffen statt.

Die Basiskurse eins bis sechs und die Aufbaukurse eins bis drei, die zwischen Januar 2021 und Dezember 2023 stattfanden, wurden evaluiert.³⁰⁷ Um ihren Erfolg systematisch zu untersuchen und gleichzeitig Rückschlüsse auf die Optimierung des Angebots zu ermöglichen, fand die Evaluation der Qualifizierungsmaßnahmen in Anlehnung an das Modell nach Donald Kirkpatrick auf drei Ebenen statt: Reaktion der Teilnehmenden auf die Kurse, Lernerfolg differenziert nach Wissens- und Kompetenzerweiterung und Transfer des Gelernten in die Praxis. Die Teilnehmenden wurden zu mehreren Zeitpunkten mithilfe von Online-Befragungen standardisiert befragt: Zu Beginn der Veranstaltung, nach jedem der Module sowie mindestens ein halbes Jahr nach dem letzten Modul. Zur Vertiefung der quantitativen Ergebnisse wurden qualitative Interviews geführt. Nachfolgend werden die zentralen Evaluationsbefunde differenziert nach Basis- und Aufbaukursen dargestellt. Eine detaillierte Gesamtdarstellung findet sich in einem eigenen Bericht des ISS.³⁰⁸

Ergebnisse bezüglich der Basiskurse

- **Reaktion:** Die Basiskurse wurden von den Teilnehmenden überwiegend positiv bewertet. Die Gesamtbewertung variierte leicht zwischen den sechs Staffeln und lag im Durchschnitt bei 4,6 (von 5 = gut). Besonders die Arbeitsatmosphäre, die kollegialen

307 In den Jahren 2019 und 2020 fanden keine Kurse statt.

308 Vgl. Volf 2024.

Austauschmöglichkeiten sowie die praxisnahen Inhalte fanden großen Anklang. Die Teilnehmenden schätzten die Vielfalt der Themen, die für ihre berufliche Praxis relevant waren, insbesondere in Bezug auf die Moderation von Konflikten und die Demokratietarbeit. Verbesserungsbedarf bestand bei der technischen Umsetzung des E-Learning Formats sowie der stärkeren Praxisorientierung einiger Sequenzen.

- **Lernerfolge:** Zu Beginn der Basiskurse verfügten die Teilnehmenden bereits über einen hohen Wissensstand und überdurchschnittlich hohe Kompetenzniveaus, die im Laufe der Kurse weiter gesteigert und auch sechs Monate nach dem Abschluss der Basiskurse auf hohem Niveau aufrechterhalten werden konnten. Der Wissensstand konnte in nahezu allen Bereichen deutlich gesteigert werden. Besonders große Fortschritte ließen sich in den Bereichen „Kenntnisse über Chancen und Möglichkeiten der Durchführung von Projekten (on- und offline)“, „Kenntnisse über demokratiefeindliche Phänomene“ sowie in Bezug auf „Wissen über Demokratiebegriffe“ feststellen. Eine nachhaltige Verbesserung der Kompetenzen konnte in zehn von 18 untersuchten Bereichen verzeichnet werden. Besonders die Rollen-, Beratungs-, Moderations- und Präsentationskompetenz der Teilnehmenden wurden gestärkt. In den Interviews bestätigten die Befragten, dass sie durch die Basiskurse besser in der Lage sind, komplexe Herausforderungen in ihrem Arbeitsumfeld zu bewältigen. Die geschärften Fähigkeiten helfen ihnen, sicherer in ihrer beruflichen Praxis zu agieren, insbesondere in herausfordernden Situationen. Neben dem fachlichen Wissen trug der kollegiale Austausch maßgeblich zur Professionalisierung der Teilnehmenden bei, indem praktische Erfahrungen und Best Practices geteilt und reflektiert wurden.
- **Transfer in die Praxis:** Der Transfer des Gelernten in die Praxis wurde anhand der gestiegenen Handlungssicherheit und der Auswirkungen der Basiskurse auf die Arbeitsweise sowie die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie bewertet. Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Handlungssicherheit der Teilnehmenden in den Bereichen „Organisation“, „Vernetzung“, „Strategieentwicklung“, „Ressourcengewinnung“ sowie „Beratung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ infolge der Teilnahme an einem der Basiskurse signifikant zunahm. Auch in den Interviews berichteten die Teilnehmenden von zahlreichen positiven Effekten auf ihre berufliche Praxis im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie. Ein Beispiel ist der Einsatz verbesserter Moderationskompetenzen in schwierigen Diskussionen im Begleitausschuss, um den Austausch mit allen Beteiligten konstruktiv zu gestalten. Auch im Bereich der strategischen Öffentlichkeitsarbeit konnten die Teilnehmenden die erlernten Techniken erfolgreich anwenden, um ihre Kommunikationsstrategien zu optimieren und neue Zielgruppen zu erreichen, was zu einer höheren Sichtbarkeit ihrer Initiativen und zur Gewinnung neuer Akteur*innen führte. Ein weiteres Beispiel für die gestiegene Handlungssicherheit zeigt sich im Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen. Gemäß den Aussagen der Befragten konnten sie durch Rollenspiele und praxisnahe Übungen effektive Strategien entwickeln, um in ihrem Arbeitskontext auf antidemokratische Äußerungen oder Personen zu reagieren.

Zusammenfassend lässt sich der Mehrwert der Basiskurse in der deutlichen Steigerung des Fachwissens der Teilnehmenden, der Stärkung der Koordinator*innen in ihrer Rollenkompetenz sowie der Vernetzung der Teilnehmenden feststellen. Dies führte zu mehr Sicherheit und Motivation in der täglichen Arbeit und förderte langfristige Kooperationen zwischen den Teilnehmenden. Allerdings berichteten einige Teilnehmende von Herausforderungen beim

Transfer des Gelernten in die Praxis. Zum einen variieren die Rahmenbedingungen, unter denen die Partnerschaften für Demokratie arbeiten, erheblich, was die Anwendung der erlernten Konzepte in der Praxis erschwert. Zudem führten unterschiedliche Wissensstände der Teilnehmenden und ein Mangel an Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Module dazu, dass nicht alle in gleichem Maße von den Kursen profitieren konnten.

Ergebnisse bezüglich der Aufbaukurse

- **Reaktion:** Die Aufbaukurse erhielten ebenfalls positive Rückmeldungen (4,6 von 5 = gut), wobei der zweite Kurs mit dem Schwerpunkt „Kommunikation in den Partnerschaften für Demokratie“ besser bewertet wurde (4,9) als die Aufbaukurse 1 und 3 mit dem Schwerpunkt „Begleitung von Veränderungsprozessen in der kommunalen Demokratieförderung“ (4,7 bzw. 4,3). Die Kombination aus Online- und Präsenzformaten wurde als förderlich empfunden, die Arbeitsatmosphäre wurde als vertrauensvoll beschrieben. Kritik gab es hinsichtlich der fehlenden Diversität der Referierenden sowie der mangelnden Tiefe bei bestimmten Themen, wie strukturellem Rassismus und dem Umgang mit demokratiefeindlichen Akteur*innen.
- **Lernerfolge:** Der Lernerfolg der Teilnehmenden der Aufbaukurse wurde durch eine deutliche Steigerung ihres Wissenstandes und Kompetenzniveaus bestätigt. Zu Beginn variierte der Wissensstand zwischen mittelmäßigen Werten, konnte jedoch bis zum jeweiligen Kursabschluss deutlich erhöht und sechs Monate später stabil gehalten werden. In den Aufbaukursen 1 und 3 konnte zwar ein deutlicher Wissenszuwachs in allen sechs Indikatoren festgestellt werden. Besonders ausgeprägt war der Wissenszuwachs jedoch in Bezug auf „Wissen zu Veränderungsprozessen im Kontext der Partnerschaften für Demokratie“ und „Strategische Kommunikation von Veränderungsprozessen“. Im Aufbaukurs 2 wurde ein nachhaltiger Wissenszuwachs in Bezug auf sieben von acht Indikatoren festgestellt. Der größte Wissenszuwachs fand in Bezug auf die Kategorien „Kenntnisse zur Weiterentwicklung eigener Kommunikationsfähigkeiten“ und „Kenntnisse zu strategischer Öffentlichkeitsarbeit“ statt. In den Interviews wurde betont, dass praxisnahe Methoden, wie das Anwenden von Kommunikations- und Moderationstechniken, einen wesentlichen Teil des Erfolgs ausmachten. Teilnehmende berichteten, wie sie das erworbene Wissen unmittelbar in Projekten anwenden konnten, beispielsweise zur Verbesserung von Kommunikationsstrategien und im Umgang mit schwierigen Akteur*innen. Insgesamt bewerteten die Befragten den Kurs als bereichernd, auch wenn einige Inhalte stärker auf ihre spezifischen Herausforderungen zugeschnitten werden könnten.
- **Transfer in die Praxis:** Die in den Aufbaukursen erlernten Methoden wurden von vielen Teilnehmenden erfolgreich in ihre berufliche Praxis integriert. Besonders die Praxisprojekte boten den Teilnehmenden die Möglichkeit, das Gelernte direkt anzuwenden. Ein Beispiel ist die Verbesserung der Kommunikationsstrategie in der Öffentlichkeitsarbeit. So passte eine Person die Struktur ihrer Pressemitteilungen und Social-Media-Beiträge an, um die Botschaften der Partnerschaft für Demokratie zielgruppengerechter zu vermitteln. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg der Resonanz und stärkte die Position der Partnerschaft für Demokratie in der lokalen Öffentlichkeit. Die Aufbaukurse ermöglichten es den Teilnehmenden zudem, ihre Beratungskompetenzen zu erweitern. Eine Person berichtete, dass sie die erlernten Techniken der kollegialen Beratung direkt in

ihrem Team anwendete und dadurch eine offenerere und produktivere Diskussionskultur schaffen konnte. Die regelmäßige Anwendung der kollegialen Fallberatung führte zu besseren Problemlösungen und stärkeren Kooperationen innerhalb der Partnerschaft für Demokratie. Herausfordernd blieb auch hier der zeitliche und organisatorische Druck. Einige Personen schilderten in den Interviews, dass die Umsetzung der Kommunikationsstrategien in ihrem Arbeitsalltag schwierig war, da sie mit den bestehenden Ressourcen nur begrenzt die notwendigen strukturellen Veränderungen umsetzen konnten.

Zusammenfassend liegt der Mehrwert der Aufbaukurse in der praxisorientierten Vermittlung von Wissen und Methoden, die den Teilnehmenden halfen, ihre Arbeit in den Partnerschaften zu verbessern. Durch die Umsetzung von Praxisprojekten und die Stärkung ihrer Rolle als Multiplikator*innen konnten sie konkrete Ansätze, wie z. B. Kommunikationsstrategien und Öffentlichkeitsarbeit, erfolgreich in ihrer Arbeit anwenden. Besonders der Austausch und die Reflexion eigener Projekte führten zu positiven Veränderungen. Hindernisse ergaben sich durch strukturelle Gegebenheiten und hierarchische Hürden in den Organisationen der Koordinator*innen sowie mangelnde Zeit zur Vertiefung der erlernten Inhalte. Einige Teilnehmende wünschten sich mehr Wiederholungseinheiten sowie eine engmaschigere Begleitung für eine bessere Umsetzung des Gelernten in den Arbeitsalltag.

4.2 Demokratie- und menschenfeindliche Bedrohungslagen in den Förderregionen

Im Verlauf der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat ein wachsender Anteil der Koordinierungs- und Fachstellen demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle sowie Aktivitäten entsprechender Gruppierungen aus ihren Förderregionen zurückgemeldet. Das Ausmaß, in dem sich solche Vorfälle nach Einschätzung der Befragten in den jeweiligen Sozialräumen niedergeschlagen, variiert je nach Phänomenbereich deutlich, gerade für das Jahr 2024 sind aber insgesamt auffällige Zuwächse zu verzeichnen, die sich in das übergreifende Bild einer Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Situationen einfügen (→ Kap. 1).

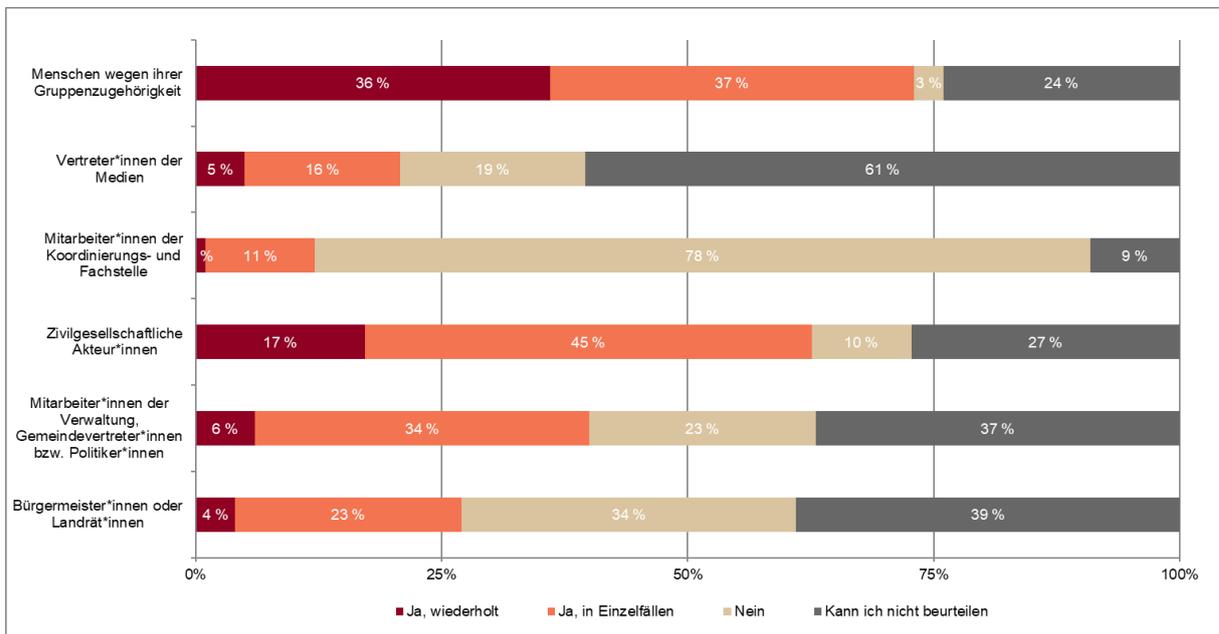
Von den Koordinator*innen werden mehr Anfeindungen von Menschen aufgrund ihnen zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeiten oder ihres demokratischen Engagements zurückgemeldet

Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 verzeichnet eine Zunahme der Straftaten im Bereich der Hasskriminalität um rund 48 % im Vergleich zum Vorjahr.³⁰⁹ Dabei machen Straftaten, welche dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet werden können, den Großteil aus. Sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2022 weist dieser Phänomenbereich den jeweils größten Anteil an der Gesamtzahl der als Hasskriminalität erfassten Straftaten auf. Diese im so genannten Hellfeld ersichtliche Entwicklung spiegelt sich auch in der Befragung der Koordinator*innen der Partnerschaften wider: Die Anzahl der Förderregionen, aus denen Anfeindungen und Übergriffe gegenüber Menschen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit gemeldet werden, ist von 2020 bis 2023 zwar annähernd gleich hoch geblieben, im Jahr 2024 steigt die Zahl dieser Meldungen dann allerdings an. Berichteten im Jahr 2023 noch ein Drittel (34 %, 120 von 356) der Koordinator*innen von wiederholten entsprechenden Vorfällen,

309 Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2024, S. 11.

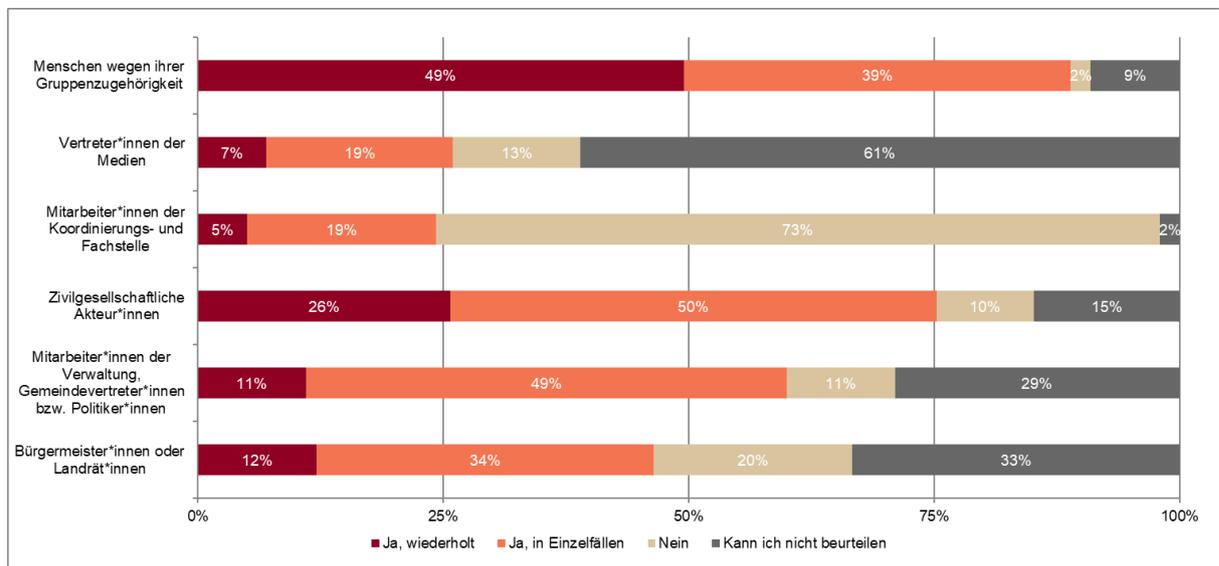
so haben dies im letzten Jahr der aktuellen Förderperiode knapp die Hälfte (49 %, 176 von 357) zurückgemeldet (→ Abb. 32).³¹⁰

Abbildung 31: Anfeindungen und Übergriffe auf unterschiedliche Personengruppen (2020)³¹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Abbildung 32: Anfeindungen und Übergriffe auf unterschiedliche Personengruppen (2024)³¹²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2024 (N = 357).

310 Der Beobachtungszeitraum der von der wissenschaftlichen Begleitung immer im Sommer durchgeführten Befragungen umfasst in der Regel die zweite Jahreshälfte des Vorjahres mit. Die Aussagen für das Jahr 2024 beziehen sich damit auch auf das Jahr 2023, für das sich der Anstieg von Hasskriminalität in der polizeilichen Kriminalstatistik zeigt. → Tab. 62.

311 → Tab. 62.

312 → Tab. 62.

Ähnliches ist bezüglich Anfeindungen von Menschen aufgrund ihres demokratischen Engagements festzustellen, die mittlerweile auch die Partnerschaften selbst betreffen. Wurde 2020 noch aus 12% (37 von 300) der Partnerschaften für Demokratie mindestens in Einzelfällen von Übergriffen auf Mitarbeitende der Koordinierungs- und Fachstellen berichtet, hat sich dieser Anteil in der jüngsten Befragung des Jahres 2024 auf 24% (88 von 357) verdoppelt. Auch dass Bürgermeister*innen, Landrät*innen oder Politiker*innen aber auch Mitarbeitende der Verwaltungen, also Vertreter*innen staatlicher Institutionen, sich Anfeindungen gegenübersehen, wird von den Befragten häufiger angegeben und zeigt eine gesteigerte Vulnerabilität des demokratischen Engagements.³¹³ Diese Entwicklungen entsprechen auch weiteren Untersuchungsergebnissen, die den Zuwachs von Bedrohungen gegenüber demokratisch Engagierten nachzeichnen – gerade gegenüber Amtsträger*innen.³¹⁴

Demokratiefeindliche Akteur*innen werden aus mehr Förderregionen gemeldet – aber auch die prodemokratische Gegenwehr nimmt zu

Hinter lokal auftretenden, manifesten Übergriffen und Bedrohungen stehen Akteur*innen mit entsprechendem Gedankengut. Bereits in den einleitenden Abschnitten dieses Berichts wurde die Ausweitung rechtsextremer Positionen in die Mitte der Gesellschaft und der personelle Aufwuchs rechter Gruppierungen angesprochen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Angaben der Koordinator*innen wider. Im Ganzen hat sich nach Angaben der Koordinator*innen die Präsenz (rechts-)populistischer bis rechtsextremer Personen und Gruppierungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie im Verlauf der Förderperiode ausgeweitet: Der Anteil der Förderregionen, aus denen z.B. wiederholte Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen und/oder Organisationen berichtet wurden, stieg von 28% (84 von 300) im Jahr 2020 auf 35% (123 von 357) im Jahr 2024, während sich der Anteil der Regionen mit wiederholten Aktivitäten rechtspopulistischer Gruppierungen und/oder Organisationen im gleichen Zeitraum von 20% (61 von 300) auf 27% (96 von 357) erhöht hat. Der größte Anstieg wird allerdings in Bezug auf die Präsenz mit populistischen Positionen sympathisierender Personen zurückgemeldet (2020: 39%, 117 von 300 vs. 2024: 53%, 188 von 357).³¹⁵ Auf der Handlungsebene dieser Akteur*innen zeigt sich dementsprechend auch eine Zunahme von Aktivitäten, beispielsweise bezüglich des wiederholten Auftretens von Demonstrationen und Protestkundgebungen (2020: 26%, 79 von 300 vs. 2024: 38%, 134 von 357), raumorientiertem Dominanz- und Provokationsverhalten (2020: 36%, 107 von 300 vs. 2024: 47%, 166 von 357) oder digitaler Hate Speech mit lokalem Bezug (2020: 42%, 125 von 300 vs. 2024: 52%, 186 von 357).³¹⁶

313 → Tab. 59, 62.

314 Beispielhaft kann in dem Zusammenhang die polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2023 angeführt werden. In dieser wird von einer Zunahme der Straftaten gegen Amtsträger*innen/Mandatsträger*innen von 29% im Vergleich zum Vorjahr berichtet (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2024, S. 20). Ein weiteres Beispiel ist die Studie von Klewes et al. Aus der Befragung von über 1.500 brandenburgischen kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen ging u.a. hervor, dass 49% der befragten Personen seit dem Jahr 2014 eine Zunahme an Respektlosigkeit gegenüber kommunalen Amts- und Mandatspersonen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in Deutschland wahrnehmen (Klewes et al. 2022, S. 95). Weiterhin eindrücklich sind die im Jahr 2020 und 2021 von KOMMUNAL in Auftrag gegebenen/durchgeführten Befragungen zur Gewalt gegen Amtsträger*innen (Vgl. Erhard- Maciejewski 2020a, 2020b, 2021; Mallwitz 2021).

315 → Tab. 60.

316 → Tab. 61.

Demokratie- und menschenfeindliche Problemlagen belasten die Akteur*innen in den Förderregionen zunehmend

Der Anteil der Förderregionen, aus denen kein oder nur ein geringer Problemdruck bezüglich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene berichtet wird, ist im Verlauf der Förderperiode für annähernd alle abgefragten Phänomenbereiche gesunken.³¹⁷ Im Vergleich zum Vorjahr hat insbesondere die Anzahl der Förderregionen, aus denen ein mindestens mittlerer Problemdruck in den Phänomenbereichen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus (2023: 89 %, 315 von 357 vs. 2024: 96 %, 340 von 357) oder Antisemitismus (2023: 66 %, 234 von 357 vs. 2024: 77%, 274 von 357) zurückgemeldet worden ist, leicht zugenommen.³¹⁸ Zwischen den Jahren 2021 und 2023 wurde der Problemdruck im Bereich „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus“ von den Koordinator*innen nur in einem guten Viertel der Förderregionen als sich abschwächend beurteilt (26 %, 73 von 290), in einem knappen Drittel hingegen als zunehmend (32 %, 94 von 290).³¹⁹

Das demokratische Spektrum zeigt sich präsenter im öffentlichen Raum

Dieser Präsenz demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen und Aktionen stehen zugleich die Aktivitäten prodemokratischer und vielfaltfördernder Akteur*innen gegenüber. Im Laufe der Förderperiode stieg etwa der Anteil der Förderregionen, aus denen eine wiederholte Aktivität engagierter Bürger*innenbündnisse berichtet wurde, um 20 Prozentpunkte auf 86 % (307 von 357) im Jahr 2024.³²⁰ Ähnliches gilt für die prodemokratischen Demonstrationen und Kundgebungen, die in zunehmend mehr Förderregionen organisiert wurden (2020: 35 %, 106 von 300 vs. 2024: 74 %, 264 von 357). Die Akteur*innen eines wachsenden Anteils der Partnerschaften für Demokratie bieten in diesem Zusammenhang zudem Formate zur Information und Aufklärung von Bürger*innen (2020: 63 %, 189 von 300 vs. 2024: 77 %, 273 von 357) sowie – entsprechend der grundlegenden Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie auf die „Schaffung von Orten des respektvollen Miteinanders, konstruktiven Dialogs und Debattierens zur Auseinandersetzung mit programmrelevanten Inhalten“³²¹ – wiederholte, moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen an (2020: 24 %, 73 von 300 vs. 2024: 33 %, 116 von 357).³²² Zugleich ist auch der Anteil von Förderregionen gestiegen, in denen nach Einschätzung der Koordinator*innen antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten) umgesetzt worden sind (2020: 39 %, 116 von 300 vs. 2024: 46 %, 165 von 357).³²³

Vier Typen kommunaler Bedrohungslagen – ein Zusammenspiel aus manifesten Vorfällen und marginalisierten Ressourcen der demokratischen Zivilgesellschaft

317 → Tab. 65 und 66.

318 → Tab. 65 und 66.

319 Vgl. Brenn et al. 2024, S. 57, Tabelle 11. Die Angaben beziehen sich auf die Koordinierungs- und Fachstellen, die sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2023 am Monitoring der Partnerschaften teilgenommen haben.

320 → Tab. 64.

321 BMFSFJ 2024c, S. 4.

322 → Tab. 63.

323 Vgl. Schwall et al. 2022, S. 9; → Tab. 63. Zu beachten ist bei der Interpretation dieser Zahlen allerdings, dass sie für sich genommen noch keinen Strategiewechsel der Partnerschaften für Demokratie belegen, da die 57 im Verlauf der Förderperiode neu hinzugekommenen Förderregionen mit ihren Partnerschaften für Demokratie eventuell von Anfang an entsprechend aufgestellt waren. Der Befund zeigt aber die gestiegene Bedeutung dieser Aktivitäten in der Gesamtheit des Handlungsbereichs Kommune im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

So deutlich sich die Zuwächse in manchen der skizzierten Bereiche ausnehmen, so verwischen die übergreifenden Zahlen doch die regionalen Besonderheiten in der Betroffenheit von demokratiegefährdenden Bedrohungslagen. Diese regionalen Unterschiede bilden sich zum einen entlang von sozialstrukturellen Merkmalen der Förderregionen ab, nach denen besonders mehrfach deprivierte Sozialräume nach Angaben der betreffenden Koordinator*innen mit rechten Bedrohungslagen konfrontiert sind.³²⁴

Zum anderen ergibt sich jedoch gerade die Bedrohlichkeit demokratiegefährdender Vorfälle nicht allein aus ihrem manifesten Auftreten, sondern hängt auch von dem Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein der lokalen Ressourcen demokratischer Gegenwehr ab. Aus diesem Zusammenspiel von demokratiegefährdenden Vorkommnissen und den Ressourcen demokratischer Zivilgesellschaft lassen sich letztlich unterschiedliche kommunale Profile identifizieren, die im Kurzbericht „Lokales Klima der Bedrohung“ (2020) zu vier Idealtypen kommunaler Bedrohungslagen verdichtet wurden.³²⁵

Der Typ **(Vermeintlich) friedliche Nebenschauplätze gesellschaftlicher Konfliktlinien (Typ 1)** umfasst überwiegend Förderregionen in klein- und mittelständischen Kommunen Westdeutschlands. Sie weisen sowohl ländliche als auch städtische Eigenschaften auf (insbesondere, wenn sie in den Einzugsgebieten größerer Städte liegen). Aus den Förderregionen dieses Typs wird seitens der Koordinator*innen vergleichsweise wenig von demokratiegefährdenden Problemlagen berichtet und der örtliche politische Diskurs sei vergleichsweise wenig polarisiert. Diese Einschätzungen sind allerdings auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass in diesem Raumtyp die Kanäle des Informationsaustausches aufgrund der heterogenen Gebietskulissen und der vielerorts schwächeren zivilgesellschaftlichen Strukturen fragmentiert sind. Von den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie werden eher langfristige Strategien der Demokratie- und Vielfaltförderung über politische Kinder- und Jugendbildung verfolgt als spezifisch ausgerichtete präventive Maßnahmen gegen demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen. Es existieren auch in der Mehrzahl dieser Förderregionen stabile und langlebige Netzwerke der prodemokratischen Zivilgesellschaft, die im Bedarfsfall Formen der Gegenmobilisierung initiieren könnten – dies erfolge oftmals aber unabhängig von den Partnerschaften für Demokratie.

Im Gegensatz hierzu werden aus **Problemgebieten ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements (Typ 2)** ausgeprägte demokratie- und menschenfeindliche Aktivitäten gemeldet, auf die von Seiten prodemokratischer Akteur*innen nur eingeschränkt reagiert werden könne, da lokal kein breites zivilgesellschaftliches Fundament vorhanden sei und sich die vorhandenen Strukturen durch einen unterdurchschnittlichen Mobilisierungsgrad auszeichneten. Dieser Typ ist insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern lokalisiert, in Landkreisen oder Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften, welche sich durch ihre große Fläche und dünne Besiedlung sowie heterogene Sozialräume auszeichnen. Generell beschreiben die Koordinator*innen besondere Schwierigkeiten für ihre Arbeit in diesen Regionen, die von fehlenden Anknüpfungsmöglichkeiten zur Aktivierung bzw. Bündelung zivilgesellschaftlicher Potentiale geprägt seien. Die vielerorts fehlende geteilte Sicht auf die Problemlagen seitens Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erschwere zudem das

324 Vgl. zu dieser regionalen Zuspitzung von rechten Gruppierungen und Aktivitäten in mehrfach deprivierten Gebieten; vor allem in dem im vorliegenden Bericht bereits mehrfach genannten Raumtyp 7 (Ländliche Regionen mit Strukturwandelerscheinungen): Becker et al. 2024b, Kap. 9-11.

325 Vgl. Becker et al. 2020a; Becker et al. 2024a.

gemeinsame koordinierte Handeln relevanter Akteur*innen gegen antidemokratische und menschenfeindliche Bestrebungen. In diesen Kontexten werde von den Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie überwiegend auf indirekte Ansätze der Demokratieförderung wie Formate der Wissensvermittlung und Partizipationsformate gesetzt statt der direkten Adressierung von beispielsweise Rechtsextremismus und Rassismus.

Ähnlich stark mit demokratie- und menschenfeindlichen Aktivitäten konfrontiert sind die Akteur*innen in Regionen des dritten Typs. Hier werden insbesondere Themen aus dem Bereich „Zuwanderung“ von entsprechenden Akteur*innen in der öffentlichen Kommunikation als Anlass genutzt, um Anknüpfungspunkte zu vorhandenen Unzufriedenheiten und Ängsten in der breiten Bevölkerung zu generieren. Anders als in Regionen des Typ 2 werde diesen Vorkommnissen allerdings ein aktives Engagement prodemokratischer Akteur*innen entgegengesetzt. Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur*innen arbeiten hierbei zusammen oder zumindest koordiniert. Dementsprechend können die Regionen als **stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums (Typ 3)** charakterisiert werden. In diesen Förderregionen fokussieren die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie ihre Arbeit auf die Vernetzung und Begleitung prodemokratischer Akteur*innen, breite Angebote der Demokratieförderung, aber auch auf die direkte Adressierung rechts-extremer Orientierungen und Handlungen.

Als vierter Typ konnten Förderregionen herausgearbeitet werden, die durch ihre **demokratische Widerstandsfähigkeit mit (weitgehend) eingehegten Problemlagen (Typ 4)** gekennzeichnet werden können. Diese Förderregionen lassen sich als „ruhig“ mit einem geringen Aufkommen demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle und Bedrohungen beschreiben, was auf das breite und schon langfristig bestehende Engagement von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zurückzuführen ist. Diese Akteur*innengruppen sind laut den Koordinator*innen nicht nur für demokratie- und menschenfeindliche Phänomene sensibilisiert und thematisieren diese öffentlich, sondern bearbeiten und begegnen diesen gemeinsam. In der Vergangenheit konnten in diesen Förderregionen demokratiegefährdende Aktivitäten zurückgedrängt werden, so dass heute auf diesen Erfolgen aufgebaut werden kann. Die Partnerschaften dieser Förderregionen binden besonders häufig deutungsmächtige Akteur*innen in die Aktivitäten und Strukturen der Partnerschaften ein. Die Regionen dieses Typs sind vorrangig in westlichen Bundesländern verortet und überwiegend in mittel- bzw. großstädtischen Kontexten.

Neue Herausforderungen im Verlauf der Förderperiode und ein vertiefender Blick darauf

Ausgehend von diesen idealtypischen Profilen wird deutlich, dass die lokalen Strukturen des demokratischen Engagements und deren Zusammenarbeit vor Ort einen wesentlichen Einfluss darauf ausüben, in welcher Stärke sich der bedrohliche Charakter demokratiegefährdender Phänomene in den Förderregionen entfaltet. Zugleich aber haben sich gerade in der aktuellen Förderperiode und den krisenbedingten Friktionen demokratischer Gesellschaften neue Hürden für die demokratische Gegenwehr ergeben, die von der Unterwanderung demokratischer Zivilgesellschaften bis zu neuen Allianzen im demokratieskeptischen Spektrum reichen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat die wissenschaftliche Begleitung in verschiedenen Teilstudien drei spezifische Herausforderungen für die aktuelle sowie künftige Arbeit der Partnerschaften für Demokratie identifiziert:

- Den Umgang mit dem Protestgeschehen autoritär-rebellischer Mischszenen unter Beteiligung demokratiefeindlicher Akteur*innen;

- die präventive Arbeit mit demokratieskeptischen Personen sowie
- die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit demokratischer und weltoffener Akteur*innen angesichts von „Shrinking Spaces for Civil Society“, welche auch die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie zusätzlich erschweren.

Durch das Protestgeschehen autoritär-rebellischer Mischszenen ist in vielen Förderregionen ein neuer Politisierungsraum entstanden, der das Potential birgt, demokratiefeindliche Einstellungen in der Bevölkerung zu bestärken

Bereits zu Beginn der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat die wissenschaftliche Begleitung im Kontext der Corona-Pandemie auf den zunehmenden Problemdruck durch den „Wandel und die Verwobenheit von Akteur*innenstrukturen und Bewegungen, die vom rechtspopulistischen Sympathisantentum bis zum manifesten Rechtsextremismus und -terrorismus reichen“³²⁶, hingewiesen. Laut der Ergebnisse der Befragungen der Koordinator*innen waren „Neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums im Kontext der Corona-Krise“ bereits im Jahr 2020 in 25% der Förderregionen wiederholt aktiv (2020: 25%, 74 von 300). In den darauffolgenden Jahren erhöhte sich der Anteil der Förderregionen, in denen entsprechende Kooperationen wiederholt beobachtet wurden, auf knapp vierzig Prozent (2021: 42%, 126 von 300; 2022: 41%, 139 von 338).³²⁷ Im Jahr 2023 bejahen schließlich 75% (258 von 356) der Koordinator*innen die Frage „Sind in Ihrer Förderregion seit 2020 populistische Mischszenen aktiv geworden, in denen Bürger*innen unterschiedlicher politischer Milieus und Richtungen gemeinsam mit demokratieskeptischen bis demokratiefeindlichen Akteur*innen aufgetreten sind (z.B. bei Demonstrationen, Veranstaltungen)?“ Diese Mischszenen erscheinen zunächst thematisch diffus. Die Beteiligten teilen keine einheitliche Ideologie, sondern werden von einer verschwörungsideologischen und populistischen Stimmung zusammengehalten. Diese lässt sich – anknüpfend an Erich Fromm³²⁸ und die Bielefelder Mitte-Studien³²⁹ – als „autoritär-rebellisch“ beschreiben: eine Auflehnung gegen die vermeintliche „Elite“, bei gleichzeitiger Annahme eines geeinten Volkswillens. In einigen Förderregionen fungieren rechtspopulistische bis -extreme Parteien und Initiativen als wichtige Organisatorinnen des lokalen Protestgeschehens.³³⁰ Durch diese *autoritär-rebellischen Mischszenen* ist ein Politisierungsraum entstanden, in welchem prinzipiell Rahmenbedingungen gegeben sind, die ein „Driften“ der Teilnehmer*innen zur Demokratiefeindlichkeit möglich machen.³³¹ Die Vermischung unterschiedlicher Gruppierungen erschwere, so befragte Koordinator*innen, die politische Einordnung der Proteste und damit die Konturierung und Realisierung gezielter lokaler Gegenstrategien.³³² Gleichzeitig werde durch die Aktivität der Mischszenen mit ihren unscharfen Rändern die Normalisierung demokratieskeptischer bis -feindlicher Haltungen vorangetrieben.³³³ Hierdurch erhöhten sich die individuellen und organisationsbezogenen Risiken, die für ein Entstehen gegen das Protestgeschehen und die entsprechenden

326 Becker et al. 2020a, S. 1.

327 → Tab. 60.

328 Vgl. Fromm 1930, S. 248f.

329 Vgl. Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023, S. 93ff.

330 Vgl. Becker et al. 2021a, S. 44.

331 Vgl. Brenn et al. 2024, S. 5. Vgl. zu dem Begriff „Driften“ Amlinger/Nachtwey 2022, S. 200ff.

332 Vgl. Brenn et al. 2024, S. 7.

333 Vgl. ebd., S. 16, 23.

Positionen in Kauf genommen werden müssten. Aufgrund der realen und antizipierten Gefahr von Konflikten im sozialen Nahfeld, werde die Gegenrede erschwert.³³⁴ 28% der Koordinator*innen, die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion wahrnehmen, haben bei der Befragung im Jahr 2023 angegeben, sie stimmten der Aussage eher bis voll zu, dass bei ihnen „besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen“ bestehen.³³⁵ Hierzu trägt auch bei, dass Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung sie bei dieser Auseinandersetzung zu „politischer Neutralität“ anhalten würden. Koordinator*innen berichten, dass dies ihre Handlungssicherheit mindere und die Arbeit der Partnerschaften als Ganzes erschwere.³³⁶

Vertiefende Ausführungen zum Auftreten der Mischszenen, den hierbei bestehenden regionalen Besonderheiten sowie den Umgangsweisen der Partnerschaften für Demokratien mit den hieraus entstehenden Herausforderungen, bietet der Bericht *„Jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild“*.³³⁷

Personen, die demokratischen Werten skeptisch gegenüberstehen, nehmen in den Förderregionen der Partnerschaften Einfluss auf das öffentliche Meinungsklima

Die Daten des diesjährigen Monitorings der Partnerschaften für Demokratie bilden ab, dass die Präsenz demokratieskeptischer Personen in den Förderregionen deutlich wahrnehmbar ist. Die den befragten Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen vorgelegte vorläufige Arbeitsdefinition lautete:

„Unter ‚demokratieskeptischen Personen‘ werden hier Personen verstanden, die noch kein geschlossenes demokratiefeindliches Weltbild aufweisen, aber teilweise grundlegende Werte der pluralistischen Demokratie ablehnen und den demokratischen Institutionen misstrauen.“

Diesbezüglich geben im Sommer 2024 29 % (102 von 347) der Befragten an, dass demokratieskeptische Personen das Meinungsklima in der eigenen Förderregion mindestens „eher“ prägen.³³⁸ Weitere 39 % (135 von 347) geben an, dass dies teilweise zutrefte. Insbesondere aus den Förderregionen von Partnerschaften in den östlichen Bundesländern wird diese Einschätzung zurückgemeldet ($MW_{\text{Landkreise Ostdeutschland}} = 4,55$ ³³⁹ vs. $MW_{\text{Gesamt}} = 3,89$; $MW_{\text{Kommunen Ostdeutschland}} = 4,80$ vs. $MW_{\text{Gesamt}} = 4,01$).³⁴⁰ In westdeutschen Kommunen ist dies vergleichsweise seltener der Fall ($MW = 3,60$).³⁴¹

Bei „Demokratieskepsis“ handelt es sich allerdings um einen Begriff, der wissenschaftlich noch nicht ausreichend konturiert ist. Auch in der Fachpraxis herrschen Unsicherheiten, wie „demokratieskeptische“ von „demokratiefeindlichen“ Personen und Einstellungen abzugrenzen sind und mit welchen Formaten der Ansprache und welchen Maßnahmen ihnen jeweils zu begegnen sei.

334 Vgl. ebd., S. 24.

335 Vgl. ebd., S. 59.

336 Vgl. Brenn et al. 2024, S. 28.

337 Brenn et al. 2024.

338 Die Antwortmöglichkeiten lauteten: „Trifft gar nicht zu“, „Trifft nicht zu“, „Trifft eher nicht zu“, „Teils/teils“, „Trifft eher zu“, „Trifft zu“, „Trifft voll zu“, „Kann ich nicht beurteilen“.

339 Mittelwerte basieren auf Einschätzungen auf einer 7-stufigen Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 7 („Trifft voll zu“).

340 → Tab. 67.

341 → Tab. 67.

Vertiefende Ausführungen zum Phänomen demokratieskeptischer Personen wird ein Working Paper *Demokratieskepsis* der wissenschaftlichen Begleitung bieten, das derzeit erarbeitet wird.³⁴²

Versuche, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume einzuschränken, bewirken mancherorts auch einen Rückzug aus dem Engagement

Das Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ beschreibt Versuche der Einschränkung von Handlungsspielräumen der Zivilgesellschaft und der Verdrängung von Personen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen.³⁴³ Die Zustimmung der Koordinator*innen zu der Aussage, dass die Arbeit der von ihnen betreuten Partnerschaft durch dieses Phänomen tatsächlich eingeschränkt worden sei, hat im Verlauf der Förderperiode leicht zugenommen.³⁴⁴ Dabei können unterschiedliche Ausformungen beobachtet werden.³⁴⁵ Zum einen berichten die Koordinator*innen von *Kontrollansinnen* demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen (57%, 77 von 134 im Jahr 2020). Hierunter können kommunikative Praktiken und Verfahrensinstrumente der Infragestellung, Störung und Behinderung der Arbeit der Partnerschaften subsummiert werden. Eine weitere Praktik sind Versuche der *Delegitimierung* der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie mit dem Ziel, diese zu diskreditieren. Hiervon berichten im Jahr 2020 über die Hälfte der Koordinator*innen, deren Partnerschaften von derartigen Einschränkungsversuchen betroffen waren (54%, 72 von 134). Praktiken der *Diffamierung* zielen auf ganze Organisationen oder persönlich auf einzelne Akteur*innen. Berichtet wurden solche Praktiken aus 41% (55 von 134) der von Einschränkungen betroffenen Partnerschaften.³⁴⁶ Auch Strategien der direkten *Behinderung oder Verhinderung* zivilgesellschaftlicher Praxis werden verfolgt, beispielsweise durch Aufrufe zum Boykott von Maßnahmen/Projekten oder durch manifeste Übergriffe auf Mitarbeitende, wodurch die Umsetzung von Projektvorhaben gestört oder verhindert werden soll (44%, 59 von 134).³⁴⁷

342 Golombek et al. 2025.

343 Vgl. Bohn 2019; Becker et al. 2020a.

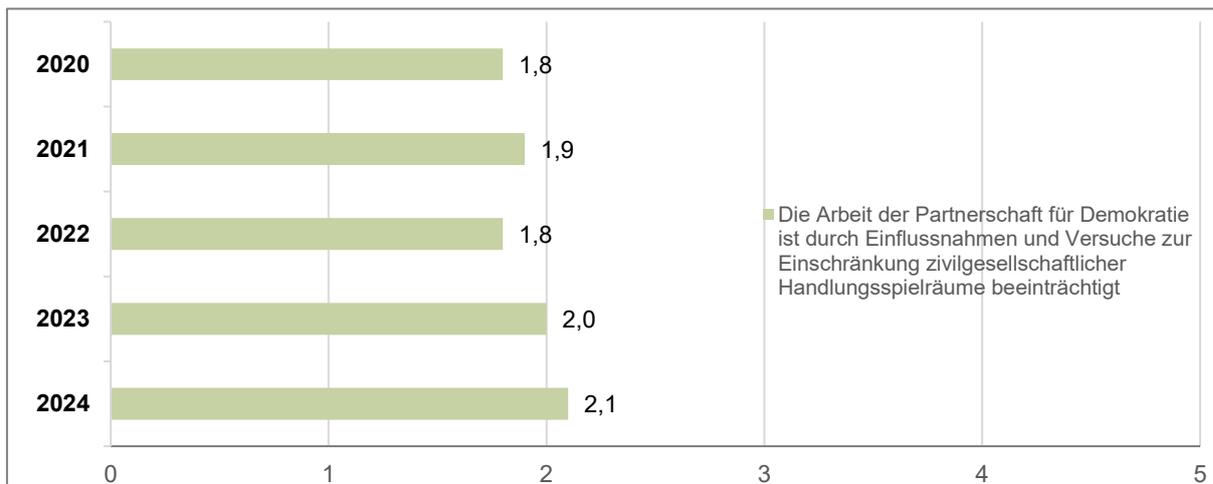
344 → Tab. 68.

345 Vgl. Andersch/Bohn/Karpf 2019.

346 Vgl. Becker et al. 2020a, S. 69.

347 Vgl. Becker et al. 2020a, S. 14.

Abbildung 33: Durchschnittliche Bestätigung einer Einschränkung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie (2020 – 2024)³⁴⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die eine Beurteilung der angeführten Aussage vornehmen konnten („Kann ich nicht beurteilen“-Angaben wurden exkludiert) 2020 (n = 286), 2021 (n = 282), 2022 (n = 321), 2023 (n = 336), 2024 (n = 352). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Stimme gar nicht“) zu bis 5 („Stimme voll zu“) berechnet.

Die Einschränkungen des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft sehen einige Koordinator*innen in ihren Förderregionen auch dadurch gegeben, dass die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie von „Akteur*innen der lokalen Verwaltung (z. B. in Form einer Nicht-Bearbeitung von Anfragen etc.)“ faktisch behindert werde. Berichtet wird Entsprechendes aus 5 % (16 von 356) der Förderregionen, in 8 % (27 von 356) der Förderregionen geschehe dies durch „Politische Schlüsselpersonen vor Ort (z. B. durch aktive Verhinderung von Veranstaltungen, Delegitimierungsversuche)“.³⁴⁹

Folgen sind unter anderem die Verunsicherung engagierter Akteur*innen³⁵⁰ sowie eine verstärkte Sorge von Mitarbeitenden der Träger, Fehler zu machen, die zu einer öffentlichen Diskreditierung führen könnten.³⁵¹ In manchen Fällen ziehen sich engagierte Akteur*innen aus dem Engagement zurück, selbst dann, wenn keine direkte persönliche Bedrohung besteht.³⁵² Vor dem Hintergrund solcher Einschränkungsversuche stehen die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie vor der Herausforderung, Einflussräume für die eigene sowie die Arbeit Dritter offen zu halten. Diesbezüglich berichten Koordinator*innen von verschiedenen Strategien, beispielsweise nehmen die Mitarbeitenden der Partnerschaften Angebote der mobilen Beratungen oder Opferberatungen zum Thema „Shrinking Spaces“ in Anspruch oder arbeiten mit der Polizei und lokalen Sicherheitsbehörden zusammen.³⁵³

Die Versuche, die prodemokratische Arbeit zu erschweren, sind in den Förderregionen unterschiedlich erfolgreich: Während im Jahr 2022 ein Fünftel der befragten Koordinator*innen (20 %, 67 von 338) melden, ihre Partnerschaft für Demokratie sei von solchen Versuchen betroffen, stimmen nur 6 % (23 von 338) eher oder voll zu, dass die Arbeit tatsächlich beeinträchtigt worden sei. Hier zeigen sich allerdings ebenfalls deutliche regionale Unterschiede: So

348 → Tab. 68.

349 Vgl. Becker et al. 2024a, S. 64.

350 Vgl. Bohn 2019, S. 96.

351 Ebd., S. 97.

352 Ebd., S. 96.

353 Becker et al. 2020a, S. 18.

stimmen nur 3 % (4 von 129) der Befragten aus Partnerschaften für Demokratie in westdeutschen Kommunen dieser Aussage eher oder voll zu, während es in ostdeutschen Landkreisen 17 % (10 von 61) sind. Die Verbreitung entsprechender Versuche ist aber nahezu gleich (17 %, 22 von 129 in Westkommunen und 21 %, 13 von 61 in Ostlandkreisen).³⁵⁴

Zwischen Diffamierungen und direkten Anfeindungen, Bedrohungen und tätlichen Übergriffen besteht ein fließender Übergang. Vertiefende Ausführungen zum Phänomen der Shrinking Spaces for Civil Society sowie den Umgangsweisen der Partnerschaften für Demokratien mit den hieraus entstehenden Herausforderungen bieten die Handreichung zum *Umgang mit den Phänomenen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie* aus dem Jahr 2019 sowie der Bericht zu besonderen kommunalen Bedrohungslagen des Jahres 2020 „*Lokales Klima der Bedrohung*“.³⁵⁵

4.3 Begleitprojekte

Die Programmsteuerung hat während der zweiten Förderperiode auf diese Herausforderungen auf Grundlage der Beschlüsse des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus³⁵⁶ mit der Implementierung von drei Begleitprojekten reagiert. Diese sollen die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie ergänzen, um die Zivilgesellschaft zu stärken und zu schützen, Konflikte im kommunalen Raum, die in ihrer zugespitzten Form demokratische Prinzipien sowie das friedliche Zusammenleben in Vielfalt bedrohen (zu denken ist auch hier beispielsweise an die „Corona-Proteste“), zu bearbeiten und ländliche, strukturschwache Regionen zu unterstützen, um die Bevölkerung für demokratisches Engagement zu gewinnen und möglichen Angeboten demokratischeskeptischer bis -feindlicher Akteur*innen Alternativen entgegenzusetzen

4.3.1 Kommunales Konfliktmanagement

Zur Bearbeitung von Konflikten im kommunalen Raum, die in ihrer zugespitzten Form demokratische Prinzipien sowie das friedliche Zusammenleben in Vielfalt bedrohen, wurde das Begleitprojekt „Kommunales Konfliktmanagement“ (KoKoMa) im November 2021 im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ implementiert. Als Projektträger wurde die Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“) beauftragt, Kommunen bei der Konfliktbearbeitung zu unterstützen. Das Begleitprojekt hat auf ein nachhaltiges Absenken des Konfliktniveaus in 13 teilnehmenden Kommunen abgezielt. Hierfür sollten relevante Akteur*innen in den Kommunen befähigt werden, Konflikte in den Sozialräumen eigenständig zu bearbeiten, indem *Haltung* und *Handlungsfähigkeit* lokaler Akteur*innen vor Ort gestärkt werden. *Haltung* adressiert die Bereitschaft zur Bearbeitung von Konflikten durch die Förderung einer konstruktiven Konfliktwahrnehmung, *Handlungsfähigkeit* zielt auf die Ebene des Know-Hows, der Kompetenzen und der Etablierung von Strukturen zur Konfliktbearbeitung.

Die Aktivitäten des Begleitprojekts „Kommunales Konfliktmanagement“ zur Erreichung entsprechender Haltungen und Handlungsfähigkeiten haben auf drei Säulen basiert: Erstens auf der Konfliktbearbeitung vor Ort, zweitens auf Weiterbildungen zum*zur kommunalen Konflikt-

354 Becker et al. 2024a, S. 63.

355 Andersch/Bohn/Karpf 2019; Becker et al. 2020a.

356 Vgl. Bundesregierung 2021.

manager*in und drittens auf der fachlichen Weiterentwicklung der Konfliktmanagement-Konzepte und der Dissemination der erworbenen Erfahrungen.

Ziel der ersten Säule **Konfliktbearbeitung vor Ort** ist zunächst gewesen, einen akuten kommunalen Konflikt exemplarisch zu bearbeiten und das Konfliktniveau in der Projektkommune abzusenken. Darüber hinaus sollten relevante Akteur*innen in den Kommunen auch mittel- bis langfristig zur eigenständigen Konfliktbearbeitung befähigt werden. Dazu wurde in den ausgewählten Kommunen eine Projektstelle zur Koordination der Projektaktivitäten geschaffen („lokale Prozessbegleiter*innen“) und durch jeweils eine weitere, beim Projektträger SPI angestellte Person als „externe Prozessbegleitung“ angeleitet und beraten. Das „Prozessbegleitungsteam“ sollte eine Steuerungsgruppe mit relevanten Akteur*innen aus Politik, kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft zur systemischen Bearbeitung des ausgewählten Konfliktes zusammenstellen. Gemeinsam mit dem Prozessbegleitungsteam sollte dann die Steuerungsgruppe Aktivitäten zur Konfliktbearbeitung vor Ort planen.

Um eine nachhaltige Kompetenzvermittlung sicherzustellen, wurde die Durchführung des Begleitprojektes in der Kommune von der zweiten Projektsäule **Weiterbildungsreihe** begleitet, in welcher eine heterogene Gruppe von Teilnehmenden aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und interessierten Beteiligten aus den teilnehmenden Standorten zu kommunalen Konfliktmanager*innen ausgebildet werden sollte. Die jeweilige externe Prozessbegleiter*in war dabei federführend für die Umsetzung der Weiterbildung verantwortlich. Die Umsetzenden in den Kommunen waren angehalten, mindestens zwölf Teilnehmende zu akquirieren, um das Wissen und die Kompetenzen des Konfliktmanagements möglichst in unterschiedlichen Settings zu verankern. In mehreren aufeinanderfolgenden Modulen sollte das Methoden- und Handlungswissen der Teilnehmenden zu Verfahren der Konfliktanalyse und gesellschaftstheoretischen Konzepten wie Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diversity erweitert werden. Erfahrungen aus der Praxis der Konfliktbearbeitung in der Kommune sollten im Rahmen der Weiterbildung reflektiert und für weitere Konfliktlagen abstrahiert werden.

Als dritte Projektsäule sollten im Rahmen von Vernetzungstreffen und kollegialer Beratung zwischen den Prozessbegleiter*innen aus unterschiedlichen Kommunen eine fachliche **Weiterentwicklung und Dissemination** der Verfahren der Konfliktbearbeitung stattfinden. Es wurde angestrebt, dass sich die lokalen Prozessbegleiter*innen gegenseitig beraten, um von den Erfahrungen, Einsichten und Perspektiven aus anderen am Begleitprojekt beteiligten Kommunen profitieren zu können.

Die Zielstellungen lassen sich in vier aufeinander aufbauende Phasen einteilen: Phase I: Grundlegung, Phase II: Öffnung, Phase III: Vertiefung und Phase IV: Verstetigung. Während in **Phase I (Grundlegung)** in den teilnehmenden Kommunen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes geschaffen werden sollten, u. a. indem das Prozessbegleitungsteam eine Steuerungsgruppe aus lokalen Stakeholder*innen der zu bearbeitenden Konflikte zusammenstellt, sollten in **Phase II (Öffnung)** in (halb)öffentlichen Bürgerbeteiligungsformaten Perspektiven auf Konflikt und Konfliktlösung der jeweiligen Konfliktbeteiligten sowie Unbeteiligter aus der Kommune ausgetauscht werden, mit dem Ziel unterschiedliche Konfliktwahrnehmungen zu explizieren, eine Akzeptanz für unterschiedliche Sichtweisen sowie eine konstruktive Konflikthaltung zu fördern. In **Phase III (Vertiefung)** sollte auf Basis der in der Öffnungsphase erworbenen Haltung daran gearbeitet werden, dass die Konfliktbeteiligten ein gemeinsames Verständnis für den Konflikt vor Ort entwickeln und den „Konflikt hinter dem Konflikt“ extrahieren. Denn das Projekt KoKoMa basiert auf der Annahme, dass der

oberflächlich sichtbare Konflikt nicht das eigentliche Problem ist. Entsprechend muss für eine erfolgreiche Intervention dieser eigentliche Gegenstand erst ausgemacht werden, um passende Maßnahmen umzusetzen. In **Phase IV (Verstetigung)** schließlich sollten nachhaltige Strukturen geschaffen werden. Im Kreis der Umsetzenden sollten dazu kommunenspezifisch Interventionspläne entwickelt und ein Kernteam gebildet werden, das im Falle einer erneuten Krise aktiv werden kann.

Die wissenschaftliche Begleitung ist als projektbegleitende, formative Evaluation angelegt gewesen, deren Kernstück die gemeinsam mit dem Projektpersonal durchgeführte Erarbeitung eines logischen Modells war. Hierzu wurden in zwei Workshops Ziele (Outputs, Outcomes und Impacts) des Projekts ermittelt. Basierend auf dem logischen Modell wurden dann in einem dritten Workshop Indikatoren für die Prüfung der Zielerreichung entwickelt. Zur Erhebung der Indikatorenwerte wurden von Juli bis September 2023 in sechs Kommunen, d.h. fast der Hälfte aller teilnehmenden, jeweils vier teilstandardisierte Interviews mit der jeweiligen lokalen und externen Prozessbegleitung sowie mit jeweils einem*einer Vertreter*in aus Zivilgesellschaft und Verwaltung geführt. Innerhalb der vierteiligen Interviewsets wurden jeweils zwei Interviewpartner*innen zu demselben Ziel befragt. Auf diese Weise wurden in jeder der sechs Kommunen pro Indikator Aussagen aus zwei Perspektiven erhoben, sodass sich in der Summe Einschätzungen von jeweils insgesamt zwölf Personen ergeben.³⁵⁷ Die Bewertung der Zielerreichung konnte auf diese Weise standortübergreifend und perspektiventrianguliert erfolgen. Das Vorgehen und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung wurden in einem Zwischenbericht und einem Abschlussbericht dokumentiert.³⁵⁸

Die Bewertung der Zielerreichung zeigt insbesondere die Aktivierung relevanter Akteur*innen als zentrale Herausforderung. In der Mehrheit der Kommunen war es zum Erhebungszeitpunkt etwa 1,5 Jahre nach Projektstart noch nicht gelungen, die Phase der Grundlegung (Phase I) der Konfliktbearbeitung vollständig abzuschließen. Die teilweise noch nicht erfolgte Einrichtung von Steuerungsgruppen verhinderte hier (noch) die Realisierung angemessener Bearbeitungsformen für den Konflikt vor Ort.

Die Grundlegung des Konfliktbearbeitungsprozesses (Phase I) war zum Erhebungszeitpunkt noch nicht vollumfänglich erfolgt

Dies zeigte sich beispielsweise an der noch nicht abgeschlossenen Konfliktanalyse an zwei der untersuchten sechs Standorte. In fünf der sechs Kommunen war zudem die ausreichende Anerkennung der Nützlichkeit des Projekts durch die kommunalen Stakeholder*innen noch nicht erreicht. Resultat waren Defizite in der Aktivierung relevanter Zielgruppen, insbesondere der kommunalen Verwaltung. Die Etablierung der Prozessbegleitungsstandems im Sinne der fachlichen Einarbeitung und Bekanntmachung in der Kommune gelang nur in zwei der sechs Standorte sehr gut. Fehlende fachliche Kompetenzen, zum Teil auch die persönliche politische Verortung als Hindernis für die erwartete Äquidistanz zu den Konfliktparteien und den kommunalen Stakeholder*innen wurden von Interviewten diesbezüglich als hinderlich bewertet.

357 Selbstverständlich konnten dabei nicht alle Indikatoren in jedem Fall bewertet werden. Einerseits mehren sich die Ausfälle in den späteren Phasen, manche Indikatoren wurden von den Interviewpartner*innen zurückgewiesen oder als aus ihrer Position nicht bewertbar angesehen. Durch die Ausfälle wurden andererseits ungeeignete Indikatoren deutlich.

358 Saßmannshausen/Schäfer/Schwall 2022; Schäfer/Schwall/Langenberg 2024.

Bezüglich der Vernetzung und der Öffnung des Konfliktbearbeitungsprozesses (Phase II) ließen sich erste Erfolge verzeichnen, die Aktivierung und Beteiligung von Verwaltungsmitarbeitenden ist aber nicht überall gelungen

In fünf der sechs Kommunen im Evaluationssample bestätigte mindestens ein*e der Interviewpartner*innen, dass die Beteiligten am Prozess allgemein überzeugt seien, dass es sich lohne, die eigene Perspektive in den Prozess einzubringen. Die Zusammenstellung der Steuerungsgruppe, insbesondere die Aktivierung und Beteiligung von Verwaltungsmitarbeitenden, erwiesen sich demnach aber als herausfordernd. An mehreren Standorten sei der zu bearbeitende Konflikt nicht als relevant genug erachtet worden, sodass Akteur*innen dem zeitintensiven Arbeitsprozess skeptisch gegenüberstanden. Hinzu seien Defizite in der Bestimmung des konkreten Konfliktgegenstandes gekommen, sodass die Mitzuständigkeit der Verwaltung für die Bearbeitung nicht immer gesehen wurde. Besonders in den beiden Kommunen, in denen der zu bearbeitende Konflikt in einschlägigem Protestgeschehen (initial Corona-Proteste, später weitere, wechselnde Themen) bestand, sei die Definition des Konfliktgegenstands und der Konfliktakteur*innen unklar geblieben.³⁵⁹ Die sinkende Teilnehmerszahl an den Demonstrationen führte zudem zu einem Abfall in der Priorisierung der Bearbeitung des Konflikts seitens der Verwaltung.

Phase III (Vertiefung) war zum Erhebungszeitpunkt selten erreicht

Bei den Zielen aus der Phase III, die konzeptionell erst im fortgeschrittenen Projektverlauf erreichbar sind, zeigten sich zum Erhebungszeitpunkt erwartungsgemäß noch erhebliche Leerstellen. Zwar wird in den Interviews bestätigt, dass bei den avisierten Akteur*innen bereits ein größeres Verständnis für die Positionen von konfliktbeteiligten Akteur*innen erzielt werden konnte. Diese jedoch in ein geteiltes Konfliktverständnis zu überführen, von dem aus konkrete Maßnahmen entwickelt werden könnten, blieb zum Erhebungszeitpunkt noch eine unbearbeitete Aufgabe. Auch eine veränderte Haltung gegenüber Konflikten konnte von den Befragten noch nicht bestätigt werden. Die **Phase IV: Verstetigung** konnte zum Erhebungszeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

Die Weiterbildungsreihe wurde positiv bewertet, die nachhaltige Nutzung der erworbenen Kompetenzen war aber nicht sichergestellt

In den Interviews wird das Ziel der **Weiterbildung** zum*zur Kommunalen Konfliktmanager*in (Konflikthaltung ist konstruktiver geworden, Handlungssicherheit hat zugenommen) überwiegend als erreicht bewertet. Die Weiterbildungsreihe wurde in 13 am Begleitprojekt teilnehmenden Kommunen durchgeführt. In jeweils fünf Terminen wurden insgesamt über 210 Personen zu kommunalen Konfliktmanager*innen ausgebildet. Zwei befragte ausgebildete Konfliktmanager*innen aus unterschiedlichen Kommunen berichteten allerdings auch, dass die nachhaltige Nutzung der erworbenen Ressourcen nicht sichergestellt sei. Es fehle eine kommunale Einsatzstruktur im Sinne einer institutionalisierten Aufgabenzuweisung für die ausgebildeten Konfliktmanager*innen durch die Kommune.

359 Zwei der untersuchten Kommunen bewarben sich mit Konflikten, die im Zusammenhang mit teilweise verschwörungsideologisch oder von Rechtsextremen übernommenen Demonstrationenbewegungen standen. Im Projektverlauf schrumpften diese Protestbewegungen zusammen bzw. gingen zu anderen Themen über, die weniger im Zusammenhang mit kommunaler Politik stehen. Einerseits verlor der Konflikt so an Relevanz für lokale Akteur*innen, gleichzeitig gab es Unklarheiten über den nun aktuellen Konfliktgegenstand.

Das Konzept der Prozessbegleitung stand als zuträglich für die Schaffung lokaler Zugänge, es gelang aber nicht immer, eine Akzeptanz der lokalen Prozessbegleitungen als allparteiliche und kompetente Akteur*innen zu erreichen

Durch die lokale Prozessbegleitung konnten laut Aussage der Interviewten zügig Termine vor Ort wahrgenommen werden und durch die Anbindung an etablierte Träger hätte das Tandem von bereits erschlossenen Kontakten profitiert. Die zur Wahrnehmung der Aufgaben notwendige Identifizierung der Prozessbegleiter*innen als allparteiliche Akteur*innen zu erreichen, stellte aber eine Herausforderung dar. Bereits die Nutzung geschlechtergerechter Sprache durch den*die lokale Prozessbegleiter*in konnte aus Sicht von Interviewpartner*innen dazu führen, dass zu aktivierende Akteur*innen nicht erreicht werden. In einer Kommune trat der „worst case“ ein, dass der*dem lokalen Prozessbegleiter*in durch ihre*seine politische Aktivitäten sowie die Anstellung bei einem als „links“ wahrgenommenen Träger die Einnahme einer allparteilichen Haltung von einer*inem Verwaltungsmitarbeiter*in aberkannt wurde.

Der langfristig angelegten systemischen Bearbeitung des „Konflikts hinter dem Konflikt“ stand der Wunsch lokaler Stakeholder*innen nach schnellen Lösungen entgegen

In den Interviews mit den Prozessbegleiter*innen wurde von der Erwartung verschiedener Stakeholder an das Projekt berichtet, schnell konkrete Ergebnisse zu liefern. Diese seien beispielsweise in Form von Konzepten oder Top-Down-Lösungsvorschlägen eingefordert worden. Auch in den Workshops wurde problematisiert, dass die Prozessbegleiter*innen häufig als „Feuerlöscher“ oder Dienstleister*innen verstanden worden seien. Dies steht im Gegensatz zu dem konzeptionellen Ansatz des Projektes, die Analyse und Bearbeitung des Konflikts aus dem Gemeinwesen heraus partizipativ zu entwickeln, dabei auch latente Ebenen („Konflikt hinter dem Konflikt“) mit einzubeziehen und so längerfristig und nachhaltig auf ein Absinken des Konfliktniveaus hinzuwirken. Die Vermittlung des Mehrwertes dieses prozess- und partizipationsorientierten Vorgehens stellte eine zentrale Herausforderung für die Umsetzenden dar. Der konzeptionell vorgesehene Prozess der gemeinsamen Aushandlung von Perspektiven und der breiten Beteiligung ist zeit- und ressourcenintensiv angelegt und nicht kurzfristig entlastend wirksam. Anstatt der Initiierung eines aufwändigen Prozesses wünschten sich vor allem die kommunalen Spitzen und die Verwaltungsmitarbeitenden jedoch die unmittelbare Umsetzung konkreter und lösungsorientierter Maßnahmen durch das Konfliktmanagement. Die Aktivierung gelang, wenn die Prozessbegleiter*innen die Rolle als „Feuerlöscher“ annahmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine zügige Aktivierung relevanter Zielgruppen für das Begleitprojekt bei einer bereits anerkannten lokalen Relevanz des Konflikts und bei einem bereits vorliegenden gemeinsamen Konfliktverständnis lokaler Akteur*innen gelungen ist. Bei schwelenden Konflikten oder solchen, die nicht offensichtlich die Kommunalpolitik und -verwaltung betreffen, ließen sich diese Zielgruppen nur unter einem erheblichem Zeitaufwand aktivieren, der weite Teile der Projektlaufzeit in Anspruch nahm. Über alle Kommunen hinweg wurde deutlich, dass mit dem Titel „Konfliktmanagement“ eher die Erwartung eines stellvertretenden Lösens statt des partizipativen Aushandelns verbunden wurde.

4.3.2 Zivilgesellschaft stärken und schützen

Das Projekt „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ wurde im Dezember 2021 als neues Begleitprojekt im Bundesprogramm als Reaktion auf den anhaltenden Problemdruck hinsichtlich

der „Shrinking Spaces for Civil Society“³⁶⁰ implementiert.³⁶¹ Das von der Aktion Zivilcourage e.V. getragene Projekt hatte das Ziel, in besonders betroffenen Kommunen mittels einer externen Prozessbegleitung und in Zusammenarbeit von Vertreter*innen der Sektoren Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu entwickeln und umzusetzen. Unter Regie der externen Begleitung etablierte intersektorale Netzwerke sollten über die Projektlaufzeit hinaus handlungsfähig bleiben. Ziel war es, dass Akteur*innen der lokalen Zivilgesellschaft präventiv und intervenierend vor Übergriffen geschützt werden und zudem eine Stärkung erfahren durch die Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements sowie die Sensibilisierung verantwortlicher Mitarbeitender in Verwaltung und Sicherheitsbehörden für ihre Situation. Das Projekt war in zehn Kommunen aktiv, in denen jeweils auch eine Partnerschaft für Demokratie existiert.

Der im Projektkonzept vorgesehene Ablaufprozess lässt sich in folgende Phasen gliedern: Der **Projektaufakt (Phase 1)** und die Arbeit an **Analyse und Lagebericht (Phase 2)** waren Zeiten eines intensiven Sich-Vertraut-Machens seitens der externen Prozessbegleiter*innen mit den lokalen Gegebenheiten, Handlungsbedarfen und Ressourcen. In Gesprächen mit Vertreter*innen der unterschiedlichen Sektoren sollte „ownership“ für das Projekt geweckt werden. Es wurden dazu Interviews mit Betroffenen geführt, die anonymisiert Eingang in einen Lagebericht fanden. Darauf folgte die **Netzwerkbildung (Phase 3)**, insbesondere die Konstituierung einer Steuerungsgruppe. Die Akteur*innen setzten sich mit dem Lagebericht und den dort dokumentierten Perspektiven mit dem Ziel auseinander, Verständnis durch Perspektivübernahmen zu generieren. Viel Wert wurde zudem auf das wechselseitige Explizieren von Erwartungen an die anderen beteiligten Akteur*innen gelegt, um eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen und realistische Einschätzungen sicherzustellen. Aus dem Netzwerk heraus sollte schließlich eine konkrete Maßnahmenplanung mit der **Entwicklung von Schutzkonzepten (Phase 4)** erfolgen und diese auch umgesetzt werden.³⁶²

Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes ist als formative Evaluation angelegt und ähnlich konzipiert gewesen, wie die Begleitung von KoKoMa (→ Kap. 4.3.1). Im Jahr 2022 wurde gemeinsam mit externen Prozessbegleiter*innen ein Logisches Modell des Projektes entwickelt³⁶³ und in der zweiten Jahreshälfte 2023 der Zwischenstand der Erreichung der in dem Modell explizierten Handlungsziele indikatorengestützt über teilstandardisierte Interviews an drei Standorten mit jeweils eine*r Vertreter*in von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Sicherheitsbehörden überprüft.³⁶⁴ Das Vorgehen und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung wurden in einem Zwischenbericht und einem Abschlussbericht dokumentiert.³⁶⁵

Der Aufbau intersektoraler Netzwerke gelang meist, mit Abstrichen bezüglich der Gewinnung von Unterstützer*innen aus Politik und Verwaltung

Die Auftaktphase und die Konsolidierung der intersektoralen Netzwerke wurden überwiegend als gelungen beurteilt. Allerdings habe sich die Generierung von aktiver Unterstützung durch

360 Vgl. Becker et al. 2020a, S. 12ff.; Kremeti/Sthamer/Winter 2023, S. 6f.

361 Vgl. die Projekt-Websites: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/zivilgesellschaft-staerken-und-schuetzen-entwicklung-und-erprobung-von-schutzkonzepten-657> (04.10.2024); <https://www.aktion-zivilcourage.de/angebote/verwaltung/schutzkonzepte> (04.10.2024).

362 Vgl. Schäfer/Bollhöfner/Saßmannshausen 2022.

363 Vgl. ebd.

364 Vgl. Schäfer/Brenn/Winter 2024.

365 Schäfer/Bollhöfner/Saßmannshausen 2022; Schäfer/Brenn/Winter 2024.

Politik und Verwaltung (bspw. in Form von zur Verfügung gestellter Ressourcen) an einigen Standorten als besondere Herausforderung erwiesen und sei noch nicht überall gelungen gewesen. In den Interviews wurden als Gründe hierfür politische Vorbehalte und mangelndes Problembewusstsein genannt. Teilweise existierten auch noch latente Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen Gruppen fort.

Die Vermittlung der Perspektiven von Betroffenen und die äquidistante externe Moderation sind zentrale Erfolgsbedingungen gewesen

Für die erfolgreiche Etablierung des Projektes vor Ort sei den Beurteilungen der Befragten zufolge die lebensweltliche Herangehensweise, insbesondere das Ansetzen an den Perspektiven der Betroffenen und deren Vermittlung durch den Lagebericht und die äquidistante externe Moderation entscheidend gewesen. Akteur*innen konnten darüber in der Weise aktiviert werden, dass sie sich trotz zunächst bestehender (und teilweise noch persistierender) Vorbehalte gesprächsbereit zeigen konnten. Durch die Gespräche in der Phase des Projektauftritts wurde frühzeitig eine tragfähige Arbeitsbeziehung zwischen späteren Netzwerkpartner*innen und den externen Prozessbegleiter*innen gestiftet.

Eine Verselbstständigung der Arbeit im Netzwerk ist zum Erhebungszeitpunkt noch nicht erreicht gewesen

Deutlich wurde allerdings auch, dass die angestrebte weitgehend verselbstständigte Arbeit zum Erhebungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte 2023 noch kaum realisiert worden war. Die externe Prozessbegleitung war noch ein unverzichtbares Fundament der Projektarbeit und die Nachhaltigkeit des Projektes über das Förderende hinaus wurde in mehreren Kommunen aufgrund mangelnder Ressourcen als ungesichert eingeschätzt.

Die Planung und Umsetzung konkreter Maßnahmen hat zum Erhebungszeitpunkt noch am Anfang gestanden

Die Identifizierung und schriftliche Niederlegung von Wirkungsschwerpunkten hätten überwiegend stattgefunden, die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen stand zum Erhebungszeitpunkt im Herbst 2023 allerdings noch am Anfang. Nachdem die Netzwerkbildung auf einen guten Weg gebracht worden sei, stellte sich die Frage, inwiefern in der restlichen Projektlaufzeit Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden können, die zu tatsächlichem Schutz und zur Stärkung der avisierten Zielgruppen beitragen.

Auf Basis eines Ende September 2024, also ungefähr ein Jahr nach der Interviewerhebung zur Zielerreichungsmessung, geführten retrospektiven Gruppeninterviews mit drei externen Prozessbegleiter*innen lassen sich entlang der Aussagen folgende Ergänzungen vornehmen.

- Hinsichtlich der **Strukturqualität** wurde berichtet, dass die Netzwerkstrukturen sich in den meisten der begleiteten Kommunen weiterentwickelt hätten, insbesondere seien über die Steuerungsgruppe hinaus weitere Akteur*innen (bspw. aus dem Bereich Sport) für die Zusammenarbeit im erweiterten Netzwerk gewonnen worden. In vier Kommunen wurden auf Initiative der am Projekt Beteiligten mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bei den Partnerschaften für Demokratie zusätzliche befristete Stellen eingerichtet, um die Arbeit des Projektes zu unterstützen.

- In einigen Kommunen hätten die angestrebten Handlungsziele an Klarheit gewonnen und seien schriftlich fixiert worden, so dass sich hier die **Konzeptqualität** erhöht habe. Diese Papiere seien sehr nützlich bei der Auswahl konkreter Maßnahmen gewesen. Während des Projektverlaufs hätten sich zudem ursprünglich nicht vorgesehene, extern beauftragte Situationsanalysen von wissenschaftlichen Instituten in Ergänzung des Lageberichts als förderlich erwiesen für die Sensibilisierung insbesondere der kommunalen Verwaltungsleitungen.
- Teilweise seien im Sinne der **Prozessqualität** die Arbeitsprozesse in feste Routinen überführt worden und hätten so an Verlässlichkeit gewonnen. Insbesondere dort, wo die Konzept- und Prozessqualität sich weiterentwickelt hat, sei auch die Phase der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen fortgeschritten. Dieser Schritt zur Maßnahmenentwicklung erforderte in besonderem Maße eine Eigenaktivität jenseits der Prozessbegleitung.
- In fragmentierten Landkreisen ist das Begleitprojekt an **Kapazitätsgrenzen** gestoßen. In einigen Kommunen habe sich die Intensität der Netzwerkarbeit auch reduziert. Durch die Ansiedlung neuer Partnerschaften für Demokratie kam es zur Aufteilung einer Förderregion in einem Flächenlandkreis, wodurch zentrale Kooperationspartner*innen des Begleitprojektes weggefallen sind. Grundsätzlich waren fragmentierte, bspw. durch Verwaltungsreformen neu zusammengefasste, Flächenlandkreise für das Begleitprojekt herausfordernd, weil die personellen Ressourcen fehlten, um unterschiedliche Teilregionen abzudecken. Allerdings wurden auch Gegenbeispiele genannt, ausschlaggebend für die gelingende Netzwerkarbeit auch unter hinderlichen Bedingungen sei hier das Commitment insbesondere der Verwaltungsleitung und die Unterstützung durch die oben genannten neu eingerichteten Stellen.
- Die Personen, die für den Lagebericht interviewt wurden, insbesondere von Anfeindungen Betroffene, sind nicht immer diejenigen gewesen, die dann auch Mitglieder der Steuerungsgruppe wurden. Dies hat durchaus seinen Sinn, denn das Begleitprojekt hat nicht den Ansatz verfolgt, direkt mit den Betroffenen zu arbeiten, sondern mit Multiplikator*innen und Entscheider*innen Maßnahmen zu entwickeln. Die **Überrepräsentanz professioneller Akteur*innen** in der Koordinierungsgruppe habe aber teilweise durch den mangelnden Kontakt zu den Betroffenen die Entwicklung und Umsetzung von passgenauen und akzeptierten Maßnahmen erschwert. Gefundene Kompromisslösungen waren die Einbindung der fehlenden Perspektive über Gespräche mit Betroffenen außerhalb der Steuerungsgruppe oder deren Einladung als Gäste zu Sitzungen.
- Die Generierung **dauerhafter Identifikationen und Verantwortungsgefühle** („Ownership“) bei den lokalen Beteiligten für das Projekt ist nicht immer gelungen. Der Übergang in die Dauerhaftigkeit, wenn die „Initialkraft“ der externen Prozessbegleiter*innen wegfällt, zeichnete sich als kritischer Punkt in der Projektentwicklung ab. Allerdings zeigten sich diesbezüglich regional unterschiedliche Erfahrungen. Teilweise gründeten die wahrgenommenen Hürden nicht in der mangelnden Identifikation, sondern in den begrenzten personellen Ressourcen der Akteur*innen vor Ort. In der regional unterschiedlich ausfallenden Spannung zwischen Engagement und Ressourcen mache die Struktur-, Konzept- und Prozessqualität einen wichtigen Unterschied. Gute Planungen und Übergeben könnten einiges an Risikofaktoren für die Weiterführung der Arbeit nach Beendigung des Projektes auffangen.

Überlegungen, ob die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus die **Aufgaben des Begleitprojektes fortführen** könnten, wurden angesichts des hohen Bedarfs und der begrenzten Kapazitäten der Mobilen Beratung sowie mit Blick auf konzeptionelle Unterschiede als wenig aussichtsreich eingeschätzt.³⁶⁶ Prinzipiell könnten, *wenn* der Prozess bereits extern angeschoben worden ist und wenn zusätzliche Ressourcen sowie Reflexionsräume bezüglich der eigenen Involviertheit vorhanden seien, die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen selbst die Prozessbegleitung übernehmen. Da sich hier aber Ressourcenknappheiten abzeichnen würden, ist im Gruppeninterview vor allem eine Weiterförderung der im Kontext des Begleitprojektes eingerichteten zusätzlichen Stellen als zielführend betrachtet worden. Im besten Falle würden diese dauerhaft aus dem kommunalen Haushalt finanziert. Alternativ wurde – angesichts *„der finanziellen Lage und auch der politischen Gemengelage, dass aktuell in den Kommunen, wo es vielleicht am dringendsten notwendig ist, die Chancen am niedrigsten sind, dass diese Stellen über den kommunalen Haushalt eingestellt werden“* (Z_GI_80) – über die Möglichkeit der Einrichtung einer verstetigten Abrufstruktur nach dem Auslaufen des Begleitprojektes nachgedacht.

4.3.3 Transformationsgestalter*innen

Strukturschwache ländliche Räume sind überproportional häufig von demokratie- und menschenfeindlichen Problemlagen betroffen.³⁶⁷ Diese Räume sind von einer Ausdünnung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten geprägt – von Freizeitangeboten bis hin zu demokratischen Partizipationsmöglichkeiten³⁶⁸ – welche ansonsten die Bildung demokratischer Einstellungen unterstützen.³⁶⁹ Diese Lücken können von demokratiefeindlichen Akteur*innen gefüllt werden.³⁷⁰ Mit der Aufnahme des Begleitprojekts „Transformationsgestalter*innen“ des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung e.V. in das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ war beabsichtigt, über die Unterstützung von Projekten sogenannter „Transformationsgestalter*innen“ ein demokratisches und die Zivilgesellschaft stärkendes Gegenangebot zu offerieren.³⁷¹ Von den 19 durch das Bundesprogramm finanzierten „Transformationsgestalter*innen“ sind elf in Landkreisen des Raumtyps 3 verortet. Dabei handelt es sich um „Agrarisch geprägte Kleinstadtregionen“, die stark von ihrer Ländlichkeit und einer äußerst geringen Besiedlung gekennzeichnet sind.³⁷²

Als „Transformationsgestalter*innen“ wurden einzelne Personen ausgewählt, die im ländlichen Raum leben und hier unterschiedliche zivilgesellschaftliche Projekte verfolgen. Beim zur Auswahl genutzten individuenzentrierten Ansatz der Förderung wird davon ausgegangen, dass Personen, welche durch Charisma über Sozialkapital verfügen, mehr Menschen für gemeinschafts- und demokratiefördernde Projekte begeistern könnten, als dies eine überalternde, ausdünnende und dabei häufig exklusive Vereinslandschaft könne. In Ostdeutschland wurden dementsprechend ab Januar 2023 über zwei Jahre neun Transformationsgestalter*innen und

366 Vgl. die Grundsätze des Bundesverbands Mobile Beratung: https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/12/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf (10.10.2024).

367 Vgl. Becker et al. 2024b

368 Vgl. Zick/Mokros 2023, S. 82f.

369 Vgl. Achour 2023, S. 363.

370 Vgl. Simon et al. 2017, S. 49f.

371 Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. o.J., S. 8.

372 Vgl. Becker 2024b, S. 193ff. Die übrigen Projekte verteilen sich zweimal auf Raumtyp 2, viermal auf Raumtyp 4, einmal auf Raumtyp 7 und einmal auf Raumtyp 8.

im Westen Deutschlands ab Januar 2024 zehn Transformationsgestalter*innen finanziert. Um die erfolgreiche Durchführung der Projekte sicherzustellen, hat das Thünen-Institut die Projekte nicht nur finanziell unterstützt, sondern zudem mehrere Vernetzungsstrukturen implementiert, die den Wissens- und Erfahrungstransfer, insbesondere von Ost nach West, von erfahrenen Neulandgewinner*innen (einer ähnlich konzipierten Projektlinie des Thünen-Instituts, die bereits seit dem Jahr 2011 existiert) zu den neuen Transformationsgestalter*innen sicherstellen sollten: Hierfür wurde ein Mentor*innen-Programm eingeführt³⁷³ und mehrere Festivals³⁷⁴ und Kooperationswerkstätten veranstaltet, deren Ziel es war, Transformationsgestalter*innen mit anderen Landaktivist*innen aus dem Umfeld des Thünen-Instituts zusammenzuführen.³⁷⁵ Zudem strebt das Thünen-Institut eine Vernetzung der Transformationsgestalter*innen mit den regionalen Partnerschaften für Demokratie an.³⁷⁶

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurden von Februar bis Juni 2024 qualitative, leitfadengestützte Interviews mit zehn Transformationsgestalter*innen aus Ost- und Westdeutschland sowie mit sieben Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen oder Federführenden Ämtern der Partnerschaften für Demokratie in denselben Regionen geführt. Zudem fand eine teilnehmende Beobachtung bei einer Kooperationswerkstatt im Mai 2024 statt. Die drei zentralen Fokusse der wissenschaftlichen Begleitung waren „Formen und Funktionen des Engagements“ der Transformationsgestalter*innen, ihre „individuenzentrierte Förderung“ sowie der „Wissenstransfer und Vernetzung“ unter den Transformationsgestalter*innen Ost und West und zu den Partnerschaften für Demokratie. Die Interview- und Beobachtungsergebnisse wurden hinsichtlich der drei Themenbereiche anhand der qualitativen Inhaltsanalysetechnik der induktiven Kategorienbildung nach Philipp Mayring mithilfe von MAXQDA ausgewertet.³⁷⁷ Die folgenden zusammenfassenden Ausführungen basieren auf dem Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung.³⁷⁸

Transformationsgestalter*innen haben inklusive Begegnungsorte geschaffen

Die befragten Transformationsgestalter*innen haben sowohl Begegnungs- als auch Beteiligungs- und Bildungsangebote mit einem deutlichen Schwerpunkt (7 von 10 Transformationsgestalter*innen organisierten Begegnungsangebote) auf ersteren geschaffen. Mit Begegnungsangeboten sollten Menschen aus dem lokalen Kontext zusammengebracht und gemeinsame Kultur- und Freizeitaktivitäten gestaltet werden. Typischerweise wurden dazu Begegnungsorte eingerichtet, an denen regelmäßig Treffen stattfinden. Es handelt sich hierbei um „Orte der Begegnung, öffentliche Räume, Gelegenheitsstrukturen, Vernetzungsmöglichkeiten“, die primär auf den „sozialen Zusammenhalt in lokalen Kontexten“ ausgerichtet sind.³⁷⁹ Ob es bei den Projektaktivitäten nun um Freizeit, Kultur oder Erinnerungspolitik ging, die Schaffung inklusiver Begegnungsräume steht projektübergreifend im Vordergrund. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine gelingende Herstellung solcher übergreifenden Begegnungen zur Stärkung eines brückenbildenden Sozialkapitals führt und mittelbar zur

373 Vgl. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. 2023, S. 2f.

374 Vgl. Land lebt doch 2024a; Land lebt doch 2024b.

375 Vgl. Neulandgewinner 2024a; Neulandgewinner 2024b. Neben den Neulandgewinner*innen existieren auch noch Neulandsucher*innen.

376 Vgl. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. o.J., S. 7.

377 Vgl. Mayring 2022, S. 84-89.

378 Finke/Langenberg 2024.

379 Arndt et al. 2020, S. 8.

Förderung toleranter und damit prodemokratischer Einstellungen im ländlichen Raum beitragen kann.³⁸⁰

Interviewte Transformationsgestalter*innen vertraten unterschiedliche Einschätzungen, wie sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren sei

Damit Begegnungsangebote im ländlichen Raum demokratieförderlich ausgerichtet sind, müssen sie integrierend sein, was die Herkunft und den sozialen Hintergrund der Teilnehmenden anbelangt und zugleich muss ein Umgang mit möglichen Beteiligungsansinnen demokratiefeindlicher Akteur*innen gefunden werden. Denn angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus gerade auch in ländlichen Räumen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass unter den Teilnehmenden zivilgesellschaftlicher Angebote demokratieskeptische oder -feindliche Haltungen vorhanden sind. Die interviewten Transformationsgestalter*innen äußerten sich zu möglichen Umgangsweisen dabei unterschiedlich, zwischen der Befürwortung stärkerer normativer Grenzziehung einerseits und mehr Dialog andererseits. Eine offensive normative Grenzziehung war aus Angst vor Beeinträchtigungen der privaten Lebensumstände durch Bedrohungen und der Notwendigkeit eines pragmatischen Umgangs mit Personen, die „noch erreicht“ werden können, umstritten.

Die individuenzentrierte Förderung hat Chancen geboten, barg aber auch spezielle Schwierigkeiten

Das individuenzentrierte Handlungskonzept des Begleitprojekts setzte auf die Unterstützung charismatischer Einzelpersonen, die sowohl durch das Programmbüro als auch durch die lokale Presse in der Öffentlichkeit sichtbar wurden. Während einige der interviewten Transformationsgestalter*innen in der individuenzentrierten Förderung einen Mehrwert erkannten, da sich die Öffentlichkeitsarbeit auf eine Identifikationsfigur konzentrieren kann und sich dadurch eine bessere lokale Ansprechbarkeit ergebe, empfanden andere diesen öffentlichen Fokus auf ihre Person angesichts der Zusammenarbeit in Teams als eine ungerechte Verteilung öffentlicher Wertschätzung, welche die Zusammenarbeit behindere. Es fiel nicht allen leicht, die exponierte Rolle des*der Transformationsgestalter*in anzunehmen.

Die Umsetzung der avisierten Vernetzung – insbesondere mit den Partnerschaften für Demokratie – stand zum Befragungszeitpunkt noch am Anfang

Neben einer finanziellen Unterstützung sollten die Transformationsgestalter*innen auch durch die Vernetzung untereinander und einen organisierten Erfahrungstransfer gefördert werden. Die Vernetzung der Transformationsgestalter*innen mit Mentor*innen wurde von den Befragten in Ostdeutschland durchweg positiv aufgenommen. Mentor*innen boten Hilfestellung, waren Ideengeber*innen und Problemlöser*innen. Die Transformationsgestalter*innen im Westen hatten allerdings zum Zeitpunkt der Interviews entweder keine oder lediglich vereinzelte Berührungspunkte mit den Mentor*innen.

Ein potenzieller Mehrwert des Begleitprojekts unter dem Dach des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist es, die Partnerschaften für Demokratie in weitläufigen Flächenlandkreisen bei der Erreichbarkeit abgelegener Regionen zu ergänzen und zu unterstützen. Die qualitativen Interviews haben jedoch deutlich gemacht, dass es lediglich äußerst punktuell Zusammenarbeit gab und sich die Partnerschaften und die Transformationsgestalter*innen in Einzelfällen

380 Vgl. Lorenz/Träger 2020, S. 101.

nicht einmal voneinander gehört hatten. Zu beachten ist dabei die kurze Projektdauer zum Zeitpunkt der Interviews: Die Finanzierung der Transformationsgestalter*innen West war erst etwa sechs Monate vorher angelaufen, die Transformationsgestalter*innen im Osten hatten allerdings bereits etwa ein Jahr und vier Monate in ihren Projekten gearbeitet. Hier zeichnet sich Entwicklungspotenzial ab.

Über die drei Begleitprojekte hinweg lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sich trotz der sehr unterschiedlichen Aufgaben und konzeptuellen Herangehensweisen (Tandem, externe Prozessbegleitung, individuenzentrierte Förderung) mit ihren jeweils spezifischen Vor- und Nachteilen doch auch zwei Hürden ausmachen lassen, die übergreifend deutlich werden. Dies sind erstens die Gewinnung von Akzeptanz und Ownership bei den lokalen Stakeholder*innen, insbesondere bei Mitarbeitenden der Verwaltung und von Lokalpolitiker*innen sowie zweitens der strukturelle Konflikt zwischen den auf langfristige, systemische Wirkungen ausgerichteten Projekten und ihrer begrenzten Förderdauer. Bei allen drei Begleitprojekten waren zu den Erhebungszeitpunkten bestimmte Mittlerziele noch nicht erreicht. Trotzdem ist ebenso festzuhalten, dass die Begleitprojekte sehr zielgenau zentrale Herausforderungen der Demokratieförderung adressierten und dabei auch erfolgreich waren.

4.4 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e. V.) den Programmgestalter*innen Wissen zur Verfügung, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programm-begleitenden Akteur*innen, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms an die Hand gegeben werden.

Damit trägt die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl Züge „entscheidungs-gesteuerter“ als auch „spannungsthemengesteuerter“ Evaluationen. Ergebnisse werden demgemäß nicht nur summativ zu festgelegten Zeitpunkten präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d. h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteur*innen überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker*innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker*innen ermöglicht es, zum einen Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet. Darüber hinaus werden den Akteur*innen der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e. V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt. Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und §40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) für die Untersuchung als besonders relevant angesehen werden. Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter*innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. in der aktuellen Förderperiode umfasst die folgenden Bausteine, die in mehreren Publikationen behandelt wurden (→ Abb. 34):

Abbildung 34: Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung



Quelle: Eigene Darstellung.

4.4.1 Methodisches Vorgehen

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln. Hierzu werden quantifizierbare Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u. a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus werden Fragebögen im Anschluss an qualitative Explorationsphasen entworfen sowie vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt. Das Team des ISS legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wird insbesondere durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trägt u. a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruht und ausreichende Praxisnähe aufweist. Sie stellt darüber hinaus auch sicher, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar sind. So können Ergebnisse der standardisierten Erhebungen, beispielsweise durch leitfadengestützte Expert*inneninterviews und Workshops vorbereitet, erläutert, ergänzt oder problematisiert werden. Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergeben, fließen wiederum in die Konstruktionsprozesse der

Fragebogenentwicklung ein. Ziel des qualitativen Elements ist es entsprechend u. a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen tragen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteur*innen auf die Partnerschaften für Demokratie bzw. die sie umgebenden Kontexte berücksichtigt und die Expert*innenurteile der Koordinator*innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Beantwortung der untersuchungsleitenden Fragestellungen bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung finden, hängt von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS zur Beantwortung der mit den obig dargestellten Elementen verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Das multimethodisch angelegte Design für den Bericht „**Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie**“ wird in den nachfolgenden Absätzen skizziert.³⁸¹

4.4.2 Untersuchungsdesign des Bausteins „Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie“

Die Formulierung empirisch begründeter Aussagen über Erfolge und Potentiale sozialpolitischer Programme ist eine zentrale Aufgabe von Evaluationen und auch die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie steht vor der Herausforderung, nachweisbare Effekte der Förderarrangements zu identifizieren. Dabei ist die Identifikation und eindeutige kausale Attribution von programmevozierten Veränderungen nicht nur zum Gegenstand einer mitunter kontrovers geführten Fachdebatte geworden, sondern stellt insbesondere bei komplexen³⁸² und multizentrischen Settings wie „Demokratie leben!“ eine methodisch (mindestens) anspruchsvolle Aufgabe³⁸³ dar:

So zielt das Modell der Partnerschaften für Demokratie darauf ab, ein demokratisches Zusammenleben in Vielfalt durch die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren in Co-Governance-Arrangements zu fördern.³⁸⁴ Diese setzen einerseits auf der kommunalen Ebene an und sind andererseits bundesweit aktiv. In der Folge engagieren sich die Demokratieschaffenden in heterogenen Förderregionen mit verschiedenen Problem- bzw. Ressourcenlagen und entwickeln entlang der Herausforderungen vor Ort spezifische Handlungsansätze. Dabei zielen sie auf oft schwer messbare Aspekte, so dass sich neben konzeptionellen Fragen

381 Aus Gründen der Transparenz findet sich im Folgenden eine zusammenhängende und detaillierte Beschreibung des methodischen Vorgehens und der einzelnen Analyseschritte für den Berichtsteil „Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie“. Die Ausführungen weisen an einigen Stellen bewusst Dopplungen zum Haupttext auf.

382 In Anlehnung an das Robert Koch Institut (2012 S. 11) kann „Demokratie leben!“ mit der Programmsäule A als besonderer Typ komplexer Interventionen beschrieben werden: „Präventionsorientierte Interventionen, die mehrere inhaltliche – u. U. wechselwirkende – Dimensionen beinhalten, die von verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Programmebenen umgesetzt werden, aber dennoch unter einem gemeinsamen strategischen Dach gebündelt sind und sich damit als >>ein Programm<< oder >>eine Strategie<< darstellen und legitimieren müssen.“

383 Vgl. Lynen von Berg/Hirseland 2004, S. 19; Robert Koch Institut 2012: S. 11.

384 Der Governance-Ansatz nimmt das Zusammenwirken von „staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bei der Regelung kollektiver Sachverhalte in den Blick. [...] Bezogen auf die lokale Ebene, die das Handlungsfeld [der Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] darstellt, können unter Governance Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von kommunalstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden, die ein ‚gemeinschaftliches Interesse‘ (Mayntz 2004, S. 69) verbindet“ (Behn et al. 2013, S. 24). Die Bezeichnung Co-Governance lehnt an Kooiman (2006, S. 158 f.) an. Er hebt den kooperativen Charakter öffentlicher und privater Akteure hervor.

auch Hürden z.B. der Operationalisierung stellen.³⁸⁵ Hinzu kommt, dass aufgrund der Vielfalt der jeweiligen Maßnahmen eine Wirkungsevaluation auf Ebene der Projektteilnehmenden/Einzelmaßnahmen nur bedingt umsetzbar ist – nicht zuletzt, da die implizite Programmtheorie Wirkmechanismen erkennen lässt, die über die zahlreichen Einzelmaßnahmen hinausgehen und etwa die Bemühungen der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. die zugehörigen Netzwerkstrukturen umfassen.

In Reaktion auf die spezifischen Herausforderungen von Wirkungsevaluation an sich sowie auf die exemplarisch ausgeführten Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes umfasst das Design mehrere aufeinander aufbauende und an der Praxis erprobte Elemente.

- **Gegenstandsnahe Entwicklung der Erhebungsinstrumente:** Exploration der Zielstellungen bzw. möglicher Wirkungen und Entwicklung der Erhebungsinstrumente unter Revision der Erkenntnisse aus den Vorerfahrungen der Wissenschaftlichen Begleitung sowie unter Einbindung von Akteur*innen der Fachpraxis;
- **Standardisierte Erhebung relevanter Datenbestände:** Vollerhebung der Expert*innenurteile zur aktuellen Situation in den Förderregionen zu zwei Zeitpunkten (Panel) unter Berücksichtigung eines umfassenden Drittvariablenkonzeptes;
- **Analyse und Einordnung der Situationsveränderungen:** Quantitative Analyse der Situationsveränderungen vor Ort anhand von Difference-in-Difference-Schätzern sowie T-Tests und Einstufung derselben [Stabilisierung bzw. relevante Verschlechterung oder Verbesserung];
- **Wirkungsanalyse in quasi-experimenteller Anordnung:** Identifikation möglicher programmevozierter Veränderungen unter Anwendung einer kriterienbasierten Definition von (relevanten und stabilen) Effekten;
- **Weiterführende Absicherung der Befunde:** Methoden- und Perspektiventriangulation der identifizierten Effekte, Verortung der Befunde entlang von Evidenzstufen und Markierung von „Wirkungen“ unter Anwendung einer kriterienbasierten Definition.

4.4.2.1 Gegenstandsnahe Entwicklung der Erhebungsinstrumente

Die Explikation konkreter Zieldimensionen bildete im Jahr 2020 den Auftakt der Untersuchungen. Sie erfolgte auf Basis einer partizipativen und theoriegeleiteten Exploration möglicher Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie. Dabei galt es, ein Instrument zu entwickeln, das einerseits der Vielfalt der über die Partnerschaften geförderten Projekte und Maßnahmen gerecht wird, andererseits aber geeignet ist, auf einer übergreifenden Ebene Situationsveränderungen zu messen. Dazu wurden in einem ersten Schritt bestehende Anträge der Partnerschaften für Demokratie hinsichtlich möglicher Wirkdimensionen gesichtet und kategorisiert, um diese schließlich entlang der zentralen, vom Bundesprogramm adressierten Phänomenbereiche mit den Praktiker*innen der Partnerschaften im Rahmen von Workshops zu elaborieren. In einem zweiten Schritt wurden diese theoriegeleitet um weitere mögliche Wirkungen ergänzt und mithilfe eines übergreifenden, mehrdimensionalen Modells der „demokratischen Resilienz“ systematisiert. Hieraus ergaben sich ca. 100 konkrete Items, die schließlich im Rahmen eines weiteren Praxisworkshops entlang inhaltlicher Kriterien verdichtet wurden.

385 Im Sinne persuasiver Ansätze adressieren Partnerschaften für Demokratie unter anderem Meinungen, Wissen oder Einstellungen und somit nicht direkt beobachtete bzw. messbare Größen.

Ergebnis dieses Prozesses der Exploration, Systematisierung und Operationalisierung war ein Set bestehend aus 64 Items zur mehrdimensionalen, praxisnahen und kontextsensiblen Messung von Situationsveränderungen in den Förderkontexten der Partnerschaften für Demokratie. Das Set der als Statements verfassten Items zielt in seiner Formulierung auf die Bewertung des Ist-Zustandes vor Ort durch die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen in ihrer Rolle als Sozialraumexpert*innen ab. Es lässt sich in acht Phänomenbereiche³⁸⁶ und zu diesen querliegend entlang von neun Resilienzdimensionen (resp. fünf in zwei Bereichen) strukturieren, wobei die Situationseinschätzungen jeweils anhand einer 6-stufigen Skala (1 „Trifft gar nicht zu“ bis 6 „Trifft voll zu“) erfolgen.

4.4.2.2 Standardisierte Erhebung relevanter Datenbestände

Das auf diesem Wege entwickelte Instrumentenset wurde im ersten Quartal des Jahres 2021 ins Feld geführt und eine quantitative online-Befragung sämtlicher Partnerschaften für Demokratie (N=300) unter Nutzung des Anbieters LimeSurvey realisiert (Erster Messzeitpunkt). Im Jahr 2023 wurden die Koordinator*innen im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings³⁸⁷ erneut um ihre Situationseinschätzungen gebeten (Zweiter Messzeitpunkt).³⁸⁸ Beide Befragungen konnten als Vollerhebung mit einer Rücklaufquote von 100 % durchgeführt und somit der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratien)³⁸⁹ Rechnung getragen werden.

Aufgrund der vollständigen Realisierung liegen somit Informationen zu sämtlichen Partnerschaften vor.³⁹⁰ Diese Informationen weichen nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern ab, so dass die Dokumentation der Situationseinschätzungen sowie der weiteren erhobenen Aspekte mit hoher Zuverlässigkeit vorgenommen werden konnte.³⁹¹ Zur weiteren Sicherung der Datenqualität wurden umfassende Maßnahmen

386 Dabei handelt es sich um folgende acht Bereiche: Demokratieförderung, Vielfaltförderung, Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Muslim*innenfeindlichkeit und LGBTIQ-Feindlichkeit. Die Bereiche Sinti*zze- und Rom*nja-Feindlichkeit, Islamistisch begründeter Extremismus sowie Linke Militanz wurden dabei nicht aufgenommen, da diese Bereiche mit 15 % (42 von 290), 4 % (11 von 290) und 1 % (3 von 290) nur von wenigen Partnerschaften adressiert wurden und sich somit quantitative Auswertungen aufgrund von Fallzahlproblematiken nur schwer umsetzen und interpretieren lassen.

387 Beim prozessbegleitenden Monitoring handelt es sich um eine jährliche Onlinebefragung, die im Rahmen des Portals LimeSurvey programmiert und erhoben wurde. Die zugehörigen Online-Befragungen richteten sich an die Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten). Es handelt sich also um Expert*inneneinschätzungen.

388 Dabei wurde die Formulierung einzelner Items geringfügig angepasst.

389 Z.B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

390 Die Feldphasen der Monitorings wurden u.a. im Rahmen eines Serienbriefs angekündigt. Sie begann bspw. im Jahr 2023 am 14. Juni 2023 mit dem Versand eines individualisierten Zugangs an jede*n Befragte*n. Sie endete mit der vollständigen Realisierung am 18. August 2023. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurde u.a. eine Telefonhotline eingerichtet sowie mehrfach Erinnerungsmails versendet und telefonische Kontakte initiiert.

391 Ein möglicher Kritikpunkt am Evaluationskonzept ist, dass Programmakteur*innen die Situationen vor Ort einschätzen, wodurch die Geltungskraft und Reichweite der Befunde (z.B. aufgrund eines Eigeninteresses der Befragten an positiven Ergebnissen) berührt werden könnte. Das Evaluationsdesign begegnet diesem Problem durch ergänzende Befragungen von externen Expert*innen (Perspektiventriangulation) und durch spezifische Frageformulierungen. Die Situationsbeschreibungen werden in diesem Sinne v.a. auf der Outcome-Ebene verortet, d.h. es wird nicht die eigene Arbeit, sondern die Situation vor Ort bewertet. Die Einzelbewertung von Maßnahmen auf der Output-Ebene ist aufgrund ihrer Vielzahl und Heterogenität vor Ort ohnehin nicht umsetzbar, so dass eine stärker abstrahierte Abfrage der Situation vor Ort weniger eine unmittelbare Kausalbeziehung zur eigenen Arbeit impliziert. Bei der Fragereihenfolge wurde ferner darauf geachtet, dass die Zuordnung von Zieladressierung und Situationsveränderung nicht in einer gemeinsamen Fragebatterie erfragt wurde. Die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen wurden ferner bewusst nicht nach ihrer retrospektiven Einschätzung von Situationsveränderungen gefragt. Stattdessen wurde der jeweilige Ist-Zustand zu den zwei Erhebungszeitpunkten standardisiert erhoben. Dadurch sollten die subjektiven Einschätzungen der Veränderungen möglichst objektiviert und die

der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt (z. B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen, anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmgige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten). Die Daten wurden ferner in das Statistik-Programm SPSS übertragen und mit weiteren Dateien gematched. Im Ergebnis liegt den Wirkungsanalysen ein eigenständiger Panel-Datensatz zugrunde,³⁹² welcher sowohl die Situationseinschätzungen der Jahre 2021 und 2023 umfasst, als auch eine Reihe weiterer Variablen beinhaltet, die in prozessbegleitenden Monitorings der Jahre 2020 bis 2024 erhoben wurden. Hierbei handelt es sich u.a. um Variablen, die auf Basis eines umfassenden Drittvariablenkonzepts (s.u.)³⁹³ zur kausalen Attribution von Wirkungen entwickelt wurden, aber auch um Informationen, die zu einem weiterführenden Verständnis etwa der Konstellationen vor Ort beitragen sollten.³⁹⁴ Die im Monitoring erhobenen Daten wurden schließlich mit Hilfe der Programme SPSS sowie EXCEL ausgewertet.

4.4.2.3 Analyse und Einordnung der Situationsveränderungen

Auf Grundlage der erhobenen Daten wurden sodann die Verläufe der Situationseinschätzungen nachgezeichnet und vor diesem Hintergrund vorrangig Mittelwertdifferenzen und T-Tests entlang der 64 Statements berechnet. Dabei ergaben sich insgesamt 38 signifikante Unterschiede, wobei die Mehrzahl der Verläufe auf leicht negative Entwicklungen (35) im Sinne der Programmziele hindeutet. Diese Ergebnisse zu den allgemeinen Situationsveränderungen geben nun Aufschluss darüber, wie sich die Situationen in sämtlichen Förderregionen im Zeitverlauf entwickelt haben. Zugleich bleibt der Gruppenvergleich als elementarer Bestandteil kontrafaktischer Wirkungsanalyse noch unberücksichtigt. Entsprechend wurden die Situationsveränderungen differenziert nach Untersuchungs- und Vergleichsgruppen betrachtet, wobei die Bearbeitung der jeweiligen Zielstellungen das zentrale Auswahlkriterium der Gruppenzuweisung darstellte.³⁹⁵

Konkret wurden zunächst gepaarte T-Tests durchgeführt, um zu eruieren, inwiefern sich innerhalb der Untersuchungs- bzw. Vergleichsgruppe signifikant positive oder negative

Gefahr erwünschter Antworten reduziert werden. Einerseits begegnet das Team des ISS damit möglichen Verzerrungen, andererseits stützt ein anderes gewichtiges Argument die gewählte Vorgehensweise: Die befragten Mitarbeitenden sind aufgrund ihrer Erfahrung und regionalen Verortung Expert*innen und wichtige Seismografen für die Lage vor Ort. Daher ist eine quantitative Vollerhebung im Längsschnittdesign mit Koordinator*innen als Erhebungseinheiten auch eine bewährte Reaktion auf die Heterogenität der Einzelmaßnahmen im Sinne einer „best-available-evidence-approach“ und erlaubt eine Reduktion der Heterogenität vor Ort auf ein handhabbares Maß. Aufgrund der hohen Vielgestaltigkeit der jeweils umgesetzten Projekttypen, die zudem unter sehr unterschiedlichen Kontextbedingungen stattfinden, ist eine Wirkungsevaluation auf der Ebene der Teilnehmer*innen an Projekten als letztlliche Zielgruppen nur bedingt erfolgversprechend und umsetzbar.

392 In die im Jahre 2024 durchgeführten Wirkungsanalysen wurden nur die 300 Partnerschaften einbezogen, die auch im Jahr 2021 an der Befragung der Situationseinschätzungen beteiligt waren. Dadurch wurden Partnerschaften ausgeschlossen, bei denen in der laufenden Förderperiode eine Aufteilung der Förderregionen vorgenommen wurde, oder die nach Abschluss des Monitorings 2021 zum Bundesprogramm hinzugekommen waren. Damit sind insgesamt 290 Partnerschaften Teil der Wirkungsanalysen.

393 Dazu zählen etwa Einschätzungen des in den Förderregionen vorliegenden Sozialkapitals, zentrale Strukturdaten der Partnerschaften für Demokratie (u.a. Strukturqualität) sowie des (wahrgenommenen) Problemdrucks entlang programmrelevanter Phänomenbereiche. Weitere Ausführungen zum Drittvariablenkonzept finden sich in Kapitel 6.1.2.4.

394 Ferner wurde im Jahr 2023 auch retrospektiv erhoben, in welchen Zielstellungen im Rahmen der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie schwerpunktmäßig seit dem 01.01.2021 bis zur Befragung 2023 Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt wurden. Die Variable der Zieladressierung fungiert entsprechend als zentrales Kriterium der Zuordnung der Partnerschaften zur Untersuchungs- und Kontrollgruppe in einem quasi-experimentellen Design. Die Items dazu ergaben sich direkt aus den 64 Situationsbeschreibungen. Es konnte aus einer den jeweiligen Phänomenbereichen zugeordneten Liste ausgewählt werden, so dass die Variablen 0/1-codiert sind, je nachdem ob ein jeweiliges Ziel adressiert wurde oder nicht.

395 Vgl. zur Unterscheidung von Vergleichs- und Untersuchungsgruppen: Stockmann/Meyer 2010, S. 198ff.

Veränderungen der Situationseinschätzungen zu den Erhebungszeitpunkten 2021 und 2023 ergeben.

Zum Vergleich der Mittelwertdifferenzen zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppe wurde sodann auf sogenannte Difference-in-Difference-(DiD)-Schätzer zurückgegriffen.³⁹⁶ Um die Vielzahl an Befunden bzw. Verläufen nun im Sinne der Nachvollziehbarkeit zu systematisieren, legte das Team der Wissenschaftlichen Begleitung schließlich Kriterien zu ihrer Kategorisierung an. Vor diesem Hintergrund gelten ein positiver/negativer DiD-Schätzer welcher auf Basis des T-Werts statistisch signifikant ist als „relevante positive/negative Situationsveränderung“.³⁹⁷ Im Falle positiver/negativer/neutraler, zugleich nicht signifikanter Schätzer kann die Situationsveränderung als Stabilisierung eingeordnet werden.

4.4.2.4 Wirkungsanalyse in quasi-experimenteller Anordnung

DiD-Schätzer mit zwei Untersuchungszeitpunkten sind – trotz der Herausrechnung zeitunveränderlicher Faktoren – mit dem Problem konfrontiert, dass zeitveränderliche Faktoren die Schätzergebnisse verzerren können. Da die vorliegende Stichprobe (auch aufgrund der vorangegangenen Förderperiode 2015 bis 2019 sowie den Vorgängerprogrammen seit 2007) zusätzlich mit dem Problem der Selbstselektion³⁹⁸ konfrontiert ist, wurden schließlich statistische Verfahren herangezogen, die sowohl entsprechende Gruppenunterschiede als auch weitere relevante Störgrößen zu berücksichtigen im Stande sind. Drei Bausteine waren in der Umsetzung wesentlich: (1) Die Entwicklung eines umfassenden und sowohl an den Kontext sowie die spezifischen Merkmale des Untersuchungsdesigns angepassten Drittvariablenkonzepts, (2) die empirische Umsetzung multivariater Analysen unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen aufgrund der Fallzahl und Komplexität des Untersuchungsdesigns sowie (3) die kriterienbasierte Definition bzw. Identifikation von relevanten und zugleich stabilen Effekten.

- **Das Untersuchungsdesign** des ISS wurde unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale sowohl der Partnerschaften als auch der Herausforderungen kausaler Attribution entwickelt und basiert in Anlehnung an kontrafaktische Annahmen aus Gruppen- und Zeitvergleichen. Entlang der Selbstzuweisung durch die Partnerschaften für Demokratie wurden für jede der 64 Zielstellungen Untersuchungs- und Vergleichsgruppen gebildet und die relevanten Daten zu zwei Messzeitpunkten voll erhoben. Solche „nonequivalent comparison-group designs“ sind in der Evidenzhierarchie zwar den Metastudien und RCTs (Experimenten) nachgelagert, aber im Sinne einer best-available-evidence approach durchaus für belastbare und valide Aussagen über die Wirksamkeit eines

396 Dabei handelt es sich um eine adäquate Methode der Wirkungsmessung für quasi-experimentelle Designs und wird beispielsweise in der Evaluation von Mindestlöhnen eingesetzt (vgl. Angrist/Pischke 2009: 227). Durch die Differenz der Mittelwertdifferenzen der Untersuchungs- und Kontrollgruppe zu T2 und T1 lässt sich ein Teil unbeobachteter Heterogenität herausrechnen, der sich etwa auf Unterschiede konstanter Eigenschaften der beiden Gruppen bezieht (vgl. Frölich/Sperlich 2019: S. 229f.). Die Berechnung des Signifikanzniveaus basiert dabei auf einem T-Test für unabhängige Stichproben. Da die der Methode zugrunde liegende parallel-trend-Annahme in der Realität häufig verletzt ist, verweisen unsere darauf basierten Ergebnisse auf die reinen Veränderungen zwischen Kontroll- und Untersuchungsgruppe (vgl. Frölich/Sperlich 2019, S. 229f.).

397 Wir legen dabei ein Signifikanzniveau von $p \leq 0,005$ zugrunde.

398 D.h. die Zuweisung zur Untersuchungsgruppe erfolgte über die Angaben der Partnerschaften für Demokratie im Monitoring 2023, ob im Förderzeitraum ein jeweiliger Arbeitsschwerpunkt adressiert wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Zieladressierung eher systematisch als zufällig stattfindet, so dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit mit anderen gemeinsamen Merkmalen (wie z.B. dem wahrgenommenen Problemdruck) der jeweiligen Partnerschaften für Demokratie verbunden ist.

Programms/Angebots/Maßnahme geeignet.³⁹⁹ Zugleich weisen sie spezifische „Herausforderungen“ insbesondere für die interne Validität auf, die ebenfalls vor dem Hintergrund der Charakterisierung des Designs als (Quasi-)Feldexperiment zu deuten sind.

- **Konzept zur Kontrolle von Gruppenunterschieden und der Adressierung von Bedrohungen der Validität:** Campbell und Stanley (1963) differenzieren neben den bereits angesprochenen Gruppenunterschieden acht solcher Herausforderungen (History bzw. differential history, Maturation, Testing, Instrumentation, Statistical Regression, Differential Selection, Experimental Mortality, Selection-maturation interaction), von denen die Wissenschaftliche Begleitung vor allem die Bereiche Selection (Gruppenunterschiede bezüglich struktureller wie auch kultureller Merkmale der Förderregionen sowie der Partnerschaften für Demokratie) und Differential-History (z.B. ungleichverteilte Folgen der Corona-Pandemie oder des russischen Angriffskriegs, von Wahlperioden oder einschlägigen Vorkommnissen) sowie mit Blick auf die externe Validität schließlich der „multiple-treatment-interference“ fokussierte. Von dieser Grundlage ausgehend wurden insgesamt 40 Aspekte identifiziert, operationalisiert und systematisch kontrolliert.⁴⁰⁰
- **Empirische Umsetzung multivariater Analysen:** Ausgehend von den beschriebenen Implikationen des angelegten Designs bildeten die Differenzen zwischen den Situations-einschätzungen der Jahre 2021 und 2023 die zentralen abhängigen, d.h. in ihrer Varianz zu erklärenden Variablen. Um nun die in Frage kommenden Einflussgrößen in ihrer Vielfältigkeit angemessen berücksichtigen zu können, wurden (1) multiple Regressionen als zentrale Verfahren festgelegt und an das Datenmaterial herangeführt. Dabei handelt es sich bei dem konkret gewählten empirischen Vorgehen um ein *conditional change score model*, in dem die Einschätzung der Situation zu T1 als Kontrollvariable einbezogen wird, um dem Problem sogenannter „Floor- und „Ceiling-Effekte“ zu begegnen. Aufgrund der Berücksichtigung von T1 wird die Methode auch als *Regressor Variable Method* bezeichnet.⁴⁰¹ In Anbetracht der vielfältigen Störgrößen bzw. Gruppenunterschiede wurde (2) ein Vorgehen gewählt, das auf aufeinander aufbauenden und mehrfach spezifizierten Modellen basiert. Zu Beginn wurde auf Grundlage konzeptioneller und empirisch fundierter Überlegungen ein „Vollmodell“ mit 40 Drittvariablen entworfen. Zur Modellspezifikation wurden zunächst wichtige Voraussetzungen zur Durchführung linearer Regressionen überprüft und Modelle entsprechend angepasst, etwa wenn eine Multikollinearität (d.h. einer sehr hohen Korrelation berücksichtigter Variablen, die zu verzerrten Schätzern führen können) vorlag.⁴⁰² Am Ende der Modellentwicklungsphase lagen für jede der 64 Zielstellungen fünf Modelle vor. Die Modellspezifikation diente dabei zwei Zwecken: Erstens der Reduktion statistischer „Störeffekte“ und zweitens der Bemessung der

399 Vgl. Ottmann/König 2023, S. 120.

400 Vgl. Campbell/Stanley 1963, S. 5; Wolbring/Keuschnigg 2015, S. 228-229. Eine Auflistung der berücksichtigten Drittvariablen findet sich in →Tab. 79.

401 Vgl. Allison 1990; Werts/Linn 1970; Berrington et al. 2006. Ein ähnliches Untersuchungsdesign wurde von Vandecasteele et al. (2022) gewählt, um Einstellungsänderungen im Zuge der Corona-Pandemie zu untersuchen.

402 Hierzu wurde jeweils der sogenannte VIF (Variance Inflation Factor) berechnet. Allgemein gilt, Werte über 10 sind oft Anlass zur Besorgnis, obwohl einige Experten sogar bei Werten über 5 vorsichtig sind (vgl. Urban/Mayerl 2011: 232). So war etwa in einem ersten Vollmodell eine Dummy-kodierte Variable zur Bearbeitung des jeweiligen Phänomenbereichs inkludiert. Es wurde entschieden, sie nicht weiter einzubeziehen, da die Kollinearitätswerte unter Kontrolle der Variable deutlich anstiegen.

Stabilität festgestellter Effekte über mehrere Modelle hinweg. Abbildung 35 gibt hierzu einen ersten Überblick, die einzelnen Modelle sind in den Fußnoten erläutert.⁴⁰³

- **Kriterienbasierte Definition bzw. Identifikation von stabilen Effekten:** Unter Berücksichtigung des skizzierten Vorgehens wurden die Vergleichs- und Untersuchungsgruppen in Form von Dummy-Variablen der adressierten Zielstellungen zu zentralen Größen der Modelle und folglich die zugehörigen Beta-Koeffizienten fokussiert. Dabei wurden solche Effekte als relevant und stabil definiert, die in sämtlichen fünf Modellen mindestens schwacher ($=$ standardisierter Beta-Koeffizient $|\geq 0,1|$) sowie statistisch signifikanter Natur waren ($p \leq 0,05$).

Auf Grundlage dieser multivariaten Erschließung konnten 33 statistische Effekte der Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit identifiziert werden.⁴⁰⁴ Nun stellt sich mit Blick auf die vorrangig quantitativ generierten Befunde die Frage nach ihrer Geltungskraft, so dass selbige weiteren Verfahren der Validierung unterworfen wurden. Mit Blick auf forschungspragmatische Gesichtspunkte bzw. die gängigen Restriktionen der Praxisforschung wurden dabei 23 Effekte berücksichtigt.

403 Diese Herangehensweise erfolgte ausschließlich anhand des standardisierten Beta-Wertes mit dem Ziel, analytisch handhabbare Modelle zu entwickeln. Insbesondere das weiter reduzierte, dritte Modell weist dabei eine höhere Anzahl Effekte, mehr signifikante Effekte und deutlich reduzierte Variablenanzahlen auf. Ein jeweils deutlich reduzierter Variance Inflation Factor (VIF) verweist darauf, dass Effekte durch Multikollinearitäten ausgeschlossen werden können.

404 Aus forschungspragmatischen Gründen konnten nicht all diese Wirkungen auch multimethodisch trianguliert werden. Unter Ausschluss von drei Phänomenbereichen (Vielfaltförderung, Muslim*innen- und LGBTIQ-Feindlichkeit) wurden noch 23 der ursprünglich 64 Zieldimensionen einer multimethodischen Validierung und Vertiefung unterzogen.

Abbildung 35: Modellspezifikationen der quantitativen Analysen

MODELL-NUMMER	BEZUG ZU MODELL	HERLEITUNG	EINHEIT (HERLEITUNG)
1 (Vollmodell) ⁴⁰⁵	-	Theoretisch	-
2 ⁴⁰⁶	1	Variablen, die in mindestens einer Regression eine Ausprägung $ \geq 0,1 $ aufweisen	Phänomenbereich
3 ⁴⁰⁷	2	Variablen, die in mindestens zwei Regressionen eine Ausprägung $ \geq 0,1 $ aufweisen	Phänomenbereich
4 ⁴⁰⁸	1	Variablen, die eine Ausprägung $ \geq 0,1 $ aufweisen	Wirkungssitem
5 ⁴⁰⁹	1	Variablen, die pro Phänomenbereich mindestens zwei Ausprägungen $ \geq 0,1 $ haben und pro Wirkungssitem Variablen, die eine Ausprägung $ \geq 0,1 $ aufweisen	Wirkungssitem (Einbezug Phänomenbereich)

Quelle: Eigene Darstellung.⁴¹⁰

4.4.2.5 Multimethodische Validierung und Vertiefung

Kern der qualitativen Wirkungsvalidierung war die multimethodische Bestätigung quantitativ erschlossener Effekte. In den Fokus rückt damit sowohl die Konvergenz zwischen quantitativ und qualitativ erschlossenen Befunden als auch die Komplementarität des multimethodischen Designs, wenn über die qualitative Erhebung für die jeweiligen Partnerschaften erschlossen

405 Im Vollmodell wurden alle 40 theoretisch hergeleiteten Drittvariablen (→ Tab. 79) berücksichtigt (Vgl. Campbell/Stanley 1963, S. 5; Wolbring/Keuschnigg 2015, S. 228-229).

406 Modell 2 umfasste alle Variablen, die mindestens in einem Regressionsmodell des Vollmodells innerhalb eines Phänomenbereichs (d.h. in mindestens einem von 9 resp. 5 Modellen, die jeweils die phänomenspezifisch angepassten Resilienzdimensionen als abhängige Variable berücksichtigen) ein Beta von $|\geq 0,1|$ aufweisen. Wenngleich sich auf Basis von Hauptkomponentenanalysen abzeichnete, dass die verschiedenen Items der Phänomenbereiche jeweils nicht ein und dasselbe latente Konstrukt messen, erwies sich die Reliabilität der Items (Cronbach's Alpha betrug jeweils $> .8$) als hinreichendes Kriterium für dieses Vorgehen. Bei Beta-Werten von $|\geq 0,1|$ gehen wir von einem schwachen Effekt aus. In der Literatur werden $|\geq 0,3|$ für mittlere und $|\geq 0,5|$ für starke Effekte gehandelt. Die Nutzung von standardisierten Koeffizienten in multivariaten Analysen ist teilweise umstritten: Zum einen, weil eine Z-Standardisierung bei Dummy-Variablen schwierig ist: neben der im Vergleich zu stetigen Variablen unintuitiven Interpretation, ist vor allem zu berücksichtigen, dass bei Dummy-Variablen keine Normalverteilung der empirischen Messwerte vorliegt und die Varianz somit eine Funktion von deren Mittelwert darstellt. Zum anderen seien Vergleiche zwischen Modellen unterschiedlicher Stichproben mit unterschiedlich kodierten Variablen aufgrund unterschiedlicher Standardabweichungen der Gefahr ausgesetzt, dass die Einflüsse der Variablen missinterpretiert werden könnten (vgl. Urban/Mayerl 2011: 104ff.). Da wir uns immer auf dieselbe Stichprobe beziehen und dieselben Koeffizienten zwischen verschiedenen Modellen vergleichen, ist vor allem der zweite Kritikpunkt in unserem Fall deutlich weniger virulent. In Bezug auf den ersten Kritikpunkt sehen wir davon ab, die Effekte inhaltlich zu interpretieren. Obwohl Beta-Koeffizienten als primäres Kriterium unserer Modellspezifikationen genutzt werden, berichten wir zusätzlich Signifikanzen. Nach Broscheid und Gschwend (2005) gelten diese auch im Rahmen von Vollerhebungen als essenziell, wenn in den berechneten Modellen allgemeine Erklärungen geprüft werden sollen, was durch das umfassende Drittvariablenmodell hier gegeben ist. Die Anzahl der Drittvariablen in Modell 2 reduzierte sich durch das gewählte Vorgehen auf eine Anzahl zwischen 19 und 30.

407 Modell 3 umfasste die Variablen, die in dem bereits reduzierten Modell 2 in mindestens zwei Modellen der 9 respektive 5 Modelle eines Phänomenbereichs ein Beta von $|\geq 0,1|$ aufweisen. Die Anzahl der Drittvariablen reduzierte sich dadurch auf eine Anzahl zwischen 14 und 19.

408 Modell 4 umfasste Variablen, die innerhalb des Vollmodells der spezifischen Zielvariable ein Beta von $|\geq 0,1|$ aufweisen. Die Modellspezifikationen folgen demnach hier nicht mehr der Logik, dass innerhalb von Phänomenbereichen jeweils ähnliche Einflussgrößen eine Rolle spielen, sondern für jeden Zielbereich spezifische Erklärungsmuster gelten. Die Anzahl der Drittvariablen reduzierte sich dadurch auf eine Anzahl zwischen 5 und 7.

409 Modell 5 umfasste sowohl Variablen, die in mindestens zwei Modellen des Vollmodells der 9 respektive 5 Modelle eines Phänomenbereichs ein Beta von $|\geq 0,1|$ sowie innerhalb des Vollmodells der spezifischen Zielvariable ein Beta von $|\geq 0,1|$ aufweisen. Dieses Modell kombiniert entsprechend den Ansatz einer item- und phänomenspezifischen Reduktion von Einflussgrößen. Die Anzahl der Drittvariablen reduzierte sich dadurch auf eine Anzahl zwischen 7 und 11.

410 Datentabellen zu den Regressionen, die zur quantitativen Erschließung der Wirkungen errechnet wurden, werden in einem gesonderten Online-Dokument zur Verfügung gestellt.

werden soll, „warum sie wirkt [und] wie sie wirkt“.⁴¹¹ Es stand also u.a. diese Frage im Raum: Ab wann lässt sich eine quantitativ erschlossene Wirkung auch als qualitativ bestätigt beschreiben?

Als Ausgangspunkt ihrer Beantwortung dienten die fachlichen Debatten der empirischen Sozialforschung rund um die Anwendung von „methodenangemessenen Kriterien“,⁴¹² welche die Gültigkeit von qualitativ bzw. quantitativ erschlossenen Aussagen gewährleisten.⁴¹³ Im Spezialfall der multimethodischen Wirkungsbestätigung sind die diskutierten Geltungskriterien jedoch nicht passgenau anzuwenden. Vielmehr musste ein spezifisches Vorgehen entwickelt werden, das für den hiesigen Anwendungsfall geeignet war. Dabei erwies sich die Idee einer stufenartigen Differenzierung von Wirkungsbestätigungen nach Ottmann/König (2023) als fruchtbar.⁴¹⁴ Ottmann und König unterscheiden beobachtete Effekte, plausibilisierte und nachgewiesene Wirkungen im Sinne einer „Zunahme der Belastbarkeit der Aussage über eine Wirkung“.⁴¹⁵ Dieses Schema lässt sich auch für qualitative Formen der Wirkungsvalidierung nutzbar machen⁴¹⁶ und erfolgte nach Anpassung durch die Wissenschaftliche Begleitung in drei Stufen:

Erstens durch eine **deskriptive Bestätigung** der jeweils quantitativ identifizierten Wirkungen in den vorbezeichneten leitfadengestützten Interviews.⁴¹⁷ Diese noch unqualifizierte Bestätigung von Wirkungen wird zweitens einer **reflexiven, objektivierenden Prüfung** unterzogen, indem nach spezifischen Indikatoren bzw. konkreten Wirkungsanzeichen gefragt wird, die die jeweilige Wirkung konkret benenn- und identifizierbar machen.⁴¹⁸ Ist die Benennung spezifischer Wirkungsanzeichen bereits durch reflexive Bestätigung qualifiziert, erlaubt erst drittens der **Nachvollzug eines kausalen Wirkmechanismus** die umfassende Bestätigung der jeweiligen Wirkungen. Erst durch die Identifikation eines spezifischen Wirkpfades in den Interviews können die benannten Wirkungsindikatoren auch logisch plausibilisiert auf das konkrete Handeln der Partnerschaft bezogen und ein kriterienbasierter Nachweis von Wirkungen erbracht werden. Der dargestellte Dreischritt lässt sich nun in der Auswertung einzelner Interviews anwenden und weist einen gemeinsamen Rahmen für die Einordnung zentraler Befunde aus. Eingebettet war er in ein mehrstufiges Konzept der Methoden- sowie der Perspektiventriangulation:

411 Vgl. Kelle 2018, S. 37.

412 Flick 2019, S. 475.

413 Auch wenn der direkte Übertrag dieser Kriterien mehrheitlich verworfen wurde, weil qualitative Forschung andere Kontextbedingungen und auch Erkenntnisziele hat, so sollten doch bestenfalls „die generellen Ansprüche, die hinter solchen Fragen stehen, [...] auch für qualitative Forschung erfüllt sein“ (Flick 2019, S. 274). Zugleich lässt sich damit auch in qualitativen Forschungen die Validität von Aussagen stufenartig differenzieren, je nachdem, ob diese bestimmten Kriterien der Erschließung/Erhebung genügen oder nicht (Vgl. exemplarisch zur Bewertung qualitativer Studien: Daly et al. 2007, Fleming/Noyes 2021, Cesario/Morin 2002). (Vgl. exemplarisch: Morse et al. 2002, dazu übergreifend: Mayring 2018, 20ff.; bezogen übergreifend auf die Evaluation und Praxisforschung auch: Ottmann/König 2023, 109-113).

414 Vgl. Ottmann/König 2023, 14ff.

415 Vgl. Ottmann/König 2023, S. 15. Von Effekten sprechen Ottmann/König zunächst deskriptiv, also „wenn nur von Veränderungen oder Stabilisierungen gesprochen wird, die im Bezug zur durchgeführten Maßnahme bzw. Programm im Sinne von den zuvor definierten Zielen stehen“ (Ottmann/König 2023, S. 14). Davon unterscheiden sie die Plausibilisierung von Wirkungen, d.h. eine reflexive Form der „diskursiven Validierung“, durch die „Aussagen darüber getroffen werden können, welchen Anteil das soziale Angebot an den gefundenen Veränderungen und Stabilisierungen hat“ (ebd., S. 15). Als nachgewiesene Wirkungen können nach Ottmann/König gleichsam nur gelten, wenn ein „kausaler Mechanismus tatsächlich mit hoher Wahrscheinlichkeit empirisch nachgewiesen ist“ (ebd.).

416 Vgl. Ottmann/König 2018, Ottmann 2023.

417 Deskriptiv meint dabei zunächst die offene Bestätigung eines Beitrags der Partnerschaft an der lokalen Situationsveränderung im spezifischen Zielbereich der diagnostizierten Wirkungen.

418 Diese Benennung von Indikatoren soll, wo möglich, vereinheitlicht werden, auch wenn dies im Angesicht der Heterogenität der Kontexte, Ziele und auch Maßnahmen der Partnerschaften nur in Teilen möglich und auch nicht zielführend ist.

- So wurden die quantitativ erschlossenen Effekte zunächst zum Gegenstand leitfadengestützter, Expert*inneninterviews (between-method triangulation). In insgesamt 50 Interviews mit Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen wurden entlang eines formalisierten Leitfadens und auf der Grundlage einer randomisierten Stichprobenziehung aus dem Verbund Partnerschaften für Demokratie jeweils 3-4 Effekte exemplarisch zum Gegenstand. Dabei wurde jeder einzelne Effekt wiederum an drei unterschiedlichen Standorten geprüft und konnte somit bei (Nicht-)Erfüllung der drei oben ausgeführten Kriterien (deskriptive Bestätigung, reflexive Bestätigung, logische Bestätigung) gar nicht, einfach, zweifach oder dreifach gestützt bzw. *methodisch* trianguliert werden.
- Adressierte dieses erste Element also vorrangig die Stärken bzw. Schwächen der für die Identifikation relevanter bzw. stabiler Effekte angewandten Forschungsmethoden, blieben die der Selbstbewertung eingeschriebenen Aspekte noch unadressiert. In diesem Sinne folgte die Wissenschaftliche Begleitung zweitens dem Konzept der „*stakeholder triangulation*“ oder *Perspektiven-Triangulation*, in dem neben der multimethodischen Bestätigung von Effekten zugleich die Verknüpfung von internen und externen Perspektiven auf den Beitrag der Partnerschaften in ihren Förderregionen fokussiert wurde. Demgemäß wurden an jedem der obig erwähnten Standorte leitfadengestützte und ebenfalls kriterienbasierte Expert*inneninterviews mit programmexternen Personen aus den Förderregionen der Partnerschaften geführt.⁴¹⁹ Auch hier fand zudem der obige Dreischritt Anwendung und bildete die Grundlage der Bewertung, inwiefern ein Effekt (deskriptiv, reflexiv, logisch) durch den jeweiligen Einzelfall (nicht) gestützt wird. Im Geiste der Konvergenz bzw. der Perspektiventriangulation stufte die Wissenschaftliche Begleitung einen Effekt dabei als (gar nicht, einfach, zweifach, dreifach) perspektiventrianguliert ein, wenn an (keinem, einem, zwei, drei) Standort(en) jeweils sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive gestützte Effekte vorlagen.

Sind bis hierhin also sowohl Bewertungskriterien für einzelne Interviews sowie die Formen der Triangulation skizziert, braucht es überdies Regeln der Aggregation bzw. eine Festlegung, ab wann im Zusammenspiel der obigen Auswertungen ein quantitativer Effekt als ausreichend gesichert gilt und somit als „Wirkung“ eingestuft werden soll. Grundlegend hierfür war die Erfahrungen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften bezüglich der Heterogenität ihrer Ziele und Kontexte, dass Wirkungen vor Ort sehr unterschiedlich ausfallen und zugleich auch die Wirkpfade differieren können. Entsprechend bildete die „räumliche Ebene“ ein weiteres Kriterium. Vor diesem Hintergrund wurde ein Effekt erst dann als ausreichend *gesichert* bestätigt und demnach als Wirkung eingestuft, wenn selbiger an mindestens zwei Standorten sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive gestützt worden ist (deskriptiv, objektiv, logisch). Zugleich lassen sich diese unterschiedlichen Formen der Triangulation auf über ein solches Mindestkriterium hinaus zu Evidenzstufen verdichten. Diese sind in Kapitel 2.1 dargestellt.

419 Perspektiventriangulation meint hier die Verschränkung von Perspektiven unterschiedlicher Personengruppen, konkret der internen Perspektive der Koordinator*innen der Partnerschaften und zugleich der äußeren Perspektive von programmexternen Personen im Umfeld der Partnerschaften, die deren Arbeit bewerten können, ohne zugleich im operativen Geschäft eben dieser eingebunden zu sein.

4.4.3 Regionen ohne Partnerschaften für Demokratie als Vergleichsgruppe

Grundlage der Identifikation phänomenübergreifender Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie bildete erneut ein kontrafaktischer Untersuchungsansatz. Den Stimulus bildeten wieder die Partnerschaften, wenngleich hier nicht mehr die inhaltliche Ausrichtung derselben im Fokus stand, sondern vielmehr ihre grundsätzliche Implementierung als Selektionskriterium herangezogen wurde, so dass die Vergleichsgruppe durch Regionen gebildet wurde, in denen keine Partnerschaft für Demokratie aktiv war. Zur Sicherstellung der internen Validität wurden bei der Auswahl von Regionen für die jeweiligen Gruppen Informationen zu möglichen Störgrößen systematisch einbezogen. In dem Zusammenhang entschied sich die Wissenschaftliche Begleitung dazu, solche Regionen vergleichend zu betrachten, die sich in ihrer strukturellen Beschaffenheit ähneln. Hierzu wurden Regionen ausgewählt, die nach der Raumtypologie von Becker, Kremeti, Saßmannshausen und Schwall (2024) demselben Raumtyp zuzuordnen sind und sich hinsichtlich der Entwicklung ihrer regionalen Vereinsstruktur sowie der Dichte aktiver zivilgesellschaftlicher Vereine ähneln. Aus der so entstandenen Vorauswahl wurden vier Regionenpaare für eine vertiefende empirische Untersuchung ausgewählt. Erhebungseinheiten bildeten jeweils ortskundige Expert*innen für die jeweilige Region, die mittels teilstandardisierter, leitfadengestützter Interviews befragt wurden.

In Bezug auf die drei untersuchten Dimensionen wurden die Interviewpartner*innen aus Regionen mit angesiedelter Partnerschaft sowie interviewte Vertreter*innen für eine übergeordnete, d.h. vergleichende Perspektive um ihre Einschätzungen gebeten. Die Interviewleitfäden wurden hierzu angelehnt an die drei Stufen der kriterienbasierten Validierung (s.o.) von Wirkung konzipiert und umfassten Fragen zur regionalen Entwicklung, des Beitrags der Partnerschaft zur selbigen (deskriptiv, objektiv, logisch). In den Interviews mit Vertreter*innen aus Regionen ohne angesiedelte Partnerschaften wurde danach gefragt, was zu skizzierten Entwicklungen beigetragen habe und welche Strukturen, Maßnahmen oder Ansätze es benötigt hätte, um positive(re) Entwicklungen verzeichnen zu können (deskriptive Bestätigung). Aufbauend auf den Antworten wurde nach spezifischen Indikatoren bzw. konkreten Wirkanzeichen (reflexiv, objektiv) sowie nach angenommenen kausalen Mechanismen (logisch) gefragt. Diesbezüglich wurde die Nennung von Strukturen, Maßnahmen oder Ansätzen, die als funktionale Äquivalente zu Partnerschaften für Demokratie bewertet werden können (bspw. Kriminalpräventive Räte), als Hinweis auf die Wirkung von Partnerschaften gewertet.

In Regionen der Untersuchungsgruppe wurden die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstelle interviewt, in Regionen der Vergleichsgruppe prodemokratisch aktive und gut vernetzte Akteur*innen (bspw. Sprecher*innen eines Bürger*innenbündnisses für Demokratie). Um die als Selbsteinschätzung einzuordnenden Perspektiven aus den jeweiligen Regionen durch einen unabhängigen Blick auf ebendiese zu stützen, wurde für jedes Regionenpaar zusätzlich eine übergeordnete, vergleichende Perspektive auf beide Regionen eingeholt. Hierfür wurde jeweils ein Interview mit einer Person (oder in zwei Fällen gemeinsam mit zwei Personen), die mit den prodemokratisch aktiven Strukturen in beiden Regionen vertraut ist (bspw. Vertreter*innen der Mobilien Beratungen oder anderer überregional tätiger Organisationen), geführt. Zur Geltungssicherung wurden bei der Auswertung der Interviews die Perspektiven aus allen zu einem Regionenpaar geführten Interviews zusammengeführt.

Anhang

5 Anhang

5.1 Literatur

- Achour, Sabine (2023): Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 355–376.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt (1950): The Authoritarian Personality. New-York: Harper & Brothers.
- Allison, Paul D. (1990): Change Scores as Dependent Variables in Regression Analysis. In: Sociological Methodology, 20, S. 93-114.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Andersch, Steffen/Bohn, Irina/Karpf, Michael (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Handreichung_Shrinking_Spaces_2019.pdf (25.10.2024).
- Angrist, Joshua D./Pischke, Jörn-Steffen (2009): Mostly Harmless Econometrics. An Empiricist's Companion. Princeton: University Press.
- Armborst, Andreas/Biene, Janusz/Coester, Marc/Greuel, Frank/Milbradt, Björn/Nehlsen, Inga (2018): Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, PRIF REPORT 11/2018. https://gesellschaftextrem.hsfk.de/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2018/prif1118.pdf (30.10.2024).
- Armingeon, Klaus/Guthmann, Kai (2014): Democracy in crisis? The declining support for national democracy in European countries, 2007–2011. In: European Journal of Political Research, 53 (3), S. 423-442.
- Arndt, Moritz/Buschbom, Kai/Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica/Reingen, Helena/Simmank, Maike/Vogel, Berthold/Wicklow, Dagmar (2020): SOZIALE ORTE. Ein Konzept zur Stärkung lokalen Zusammenhalts. WISO Diskurs, 5/2020. <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/16772.pdf> (01.11.2024).
- Arzheimer, Kai (2009): Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980–2002. In: American Journal of Political Science, 53(2), S. 259-275.
- Arzheimer, Kai/Bernemann, Theresa (2024): Place Does Matter for Populist Radical Right Sentiment, but How? Evidence from Germany. In: European Political Science Review, 16(2), S. 167–186.
- Arzheimer, Kai/Berning, Carl/Lange, Sarah de/Dutozia, Jerome/Evans, Jocelyn/Gould, Myles/Harteveld, Eelco/Hood, Nick/Ivaldi, Gilles/Norman, Paul/Brug, Wouter van de/Meer, Tom van der (2024): How Local Context Affects Populist Radical Right Support: A Cross-National Investigation Into Mediated and Moderated Relationships. In: British Journal of Political Science, 2024, S. 1-26. www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/how-local-context-affects-populist-radical-right-support-a-crossnational-investigation-into-mediated-and-moderated-relationships/E4FA77D349517867C8876A79EB80BC24 (14.11.2024).
- Becker, Carlos/Bohn, Irina/Einhorn, Laura/Mettke, Ellen/Michaelis, Sandra/Pausch, Felix/Saßmannshausen, Jan/Ziegler, Isabell (2020a): Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und

Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Berichtszeitraum 01.01.2020 – 31.12.2020. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/2020_ISS_Lokales_Klima_der_Bedrohung_barrierearm_final.pdf (12.10.2024).

Becker, Carlos/Bohn, Irina/Bollhöfner, Julian/Korn, Anna/ Mettke, Ellen/ Michaelis, Sandra/Saßmannshausen, Jan/ Waibel, Max (2020b): (Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2020. Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020 – 31.12.2020 der wissenschaftlichen Begleitung es Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/2_Foerderperiode/Handlungsbereich_Kommune/2020_ISS_NeuStart_in_Zeiten_der_Corona_Pandemie_barrierearm_final.pdf (24.10.2024).

Becker, Carlos/Bohn, Irina/Brenn, Markus/Michaelis, Sandra/Saßmannshausen, Jan/Waibel, Max & Universität Kassel/WZB: Ten Elsen, Jenni/Greef, Samuel/Heller, Lukas/Inkinen, Saara/Schroeder, Wolfgang (2021a): Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft. Phänomene, Bedarfe und Reaktionen. www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Bedrohungslagen_2021_Final.pdf (24.10.2024).

Becker, Carlos/Bollhöfner, Julian/Korn, Anna/Volf, Irina/Waibel, Max (2021b): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021, wissenschaftliche Begleitung des Handlungsbereichs Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/20221024_2021_Strukturdatenband_barrierefrei.pdf (24.10.2024).

Becker, Carlos/Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Schwall, Talisa (2022a): Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/2_Foerderperiode/Handlungsbereich_Kommune/2021_Schwerpunktbericht_Kommunale_Demokratiefoerderung.pdf (24.10.2024).

Becker, Carlos/Brenn, Markus/Kremeti, Eleni/Saßmannshausen, Jan/Schwall, Talisa/Winter, Sebastian (2022b): Die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Förderregionen. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/2_Foerderperiode/Handlungsbereich_Kommune/2022_Schwerpunktbericht_Krieg_in_der_Ukraine.pdf (24.10.2024).

Becker, Carlos/Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Winter, Sebastian (2024a): Demokratiegefährdende Bedrohungslagen. Eine Systematisierung aus kommunaler Perspektive. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1/2024, S. 54-73.

Becker, Carlos/Kremeti, Eleni/Saßmannshausen, Jan/Schwall, Talisa (2024b): Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Modell, Praxis, Raumtypologie. Frankfurt a.M. (i.E.).

Behn, Sabine/ Bohn, Irina/ Karliczek, Kari-Maria/ Lüter, Albrecht/ Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

- Berrington, Ann/Smith, Peter W.F./Sturgis, Patrick (2006): An Overview of Methods for the Analyses of Panel Data. ESRC National Centre for Research Methods Briefing Paper.
<https://eprints.ncrm.ac.uk/id/eprint/415/1/MethodsReviewPaperNCRM-007.pdf> (17.06.2024).
- Beywl, Wolfgang/Speer, Sandra/Kehr, Jochen (2004): Wirkungsorientierte Evaluation im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Köln.
- Bitschnau, Sarah/Eberspach, Kirsten (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf (4.11.2024).
- Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (4.11.2024).
- Boese, Vanessa A./Edgell/Amanda B./Hellmeier, Sebastian/Maerz, Seraphine F./Lindberg, Staffan I. (2021): How Democracies Prevail: Democratic Resilience as a Two-stage process. In: Democratization, 28 (5), S. 885-907.
- Bohn, Irina (2019): Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 4 (1), S. 86-101.
- Bohn, Irina/ Saßmannshausen, Jan (2021): Wirkungen komplexer Programm – Möglichkeiten und Grenzen evidenzbasierter Evaluation am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie. In: Björn Milbradt, Frank Greuel, Stefanie Reiter, Eva Zimmermann: Evaluation von Programmen und Projekten der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Gegenstand, Entwicklungen und Herausforderungen. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 269 – 295.
- Bohn, Irina/Lüter, Albrecht/Volf, Irina/Saßmannshausen, Jan/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till (2014): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 – 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZEN STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Volf, Irina/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till/Stuppert, Wolfgang (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/1._Foerderperiode/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Erster_Zwischenbericht_PB_A_2015.PDF (29.10.2014).
- Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Kühnel, Sybille/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till/Stuppert, Wolfgang/Köhler, Jonas (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/1._Foerderperiode/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Zweiter_Zwischenbericht_PB_A_2016.pdf (29.11.2024).

- Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan (2017): Der Pfdemokratieindex. Demokratische Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit messen. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/PFDemokratieindex-neu.pdf (13.11.2024).
- Bohn, Irina/Däumling, Julia/Hallmann, Julia/Saßmannshausen, Jan/Albrecht, Yvonne/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Stuppert, Wolfgang/Schnarr, Daniel (2018): Vierter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018 – 31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_wissenschaftlichen_Begleitung_und_Programmevaluation/1._Foerderperiode/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Vierter_Zwischenbericht_PfD_barrierearm.pdf (29.10.2024).
- Bohn, Irina/Hallmann, Julia/Karpf, Michael/Korn, Anna/Manstetten, Ruth/Saßmannshausen, Jan/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Köhler, Jonas/Schnarr, Daniel (2019): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Abschlussbericht_WB_PfD_2019_final.pdf (01.11.2024).
- Boston, Megan/Bernie, Desmond/Brogden, Liz/Forster, Alan/Galbrun, Laurent/Hepburn, Leigh-Anne/Lawanson, Taibat/Morkel, Jolanda (2024): Community resilience: A multidisciplinary exploration for inclusive strategies and scalable solutions. In: *Resilient Cities and Structures*, 3, S. 114–130.
- Bourbeau, Philippe (2018): A Genealogy of Resilience. In: *International Political Sociology*, 12(1), S. 19–35.
- Brenn, Markus/Obermeyer, Paul/Sthamer, Evelyn/Winter, Sebastian (2024). „Jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild“. Eine Analyse von autoritär-rebellischen Protestbewegungen in Baden-Württemberg und Thüringen als Politisierungsräume von Demokratiefeindlichkeit (i.E.).
- Bröckling, Ulrich (2017): Resilienz. Über einen Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts. In: *Soziopolis - Gesellschaft beobachten*. www.sociologie.uni-freiburg.de/personen/broeckling/broeckling-resilienz/at_download/file (4.11.2024).
- Broscheid, Andreas/Gschwend, Thomas (2005): Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 46 (1), S.016-026.
- Borbath, Endre/Hunger, Sophia/Hutter, Swen/Oana, Ioana-Elena (2021): Civic and Political Engagement during the Multifaceted COVID-19 Crisis. In: *Swiss Political Science Review*, 27 (2), S. 311-324.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023 – Politisch motivierte Kriminalität. Fact Sheet 21.05.2024. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-fact-sheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (29.10.2024).

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023): Demokratie fördern, Vielfalt gestalten, Extremismus vorbeugen. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Programmflyer_Demokratie_leben.pdf (29.11.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024a): Förderaufruf im Programmbereich Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/240515_Zieltabellen_PB_Partnerschaften_fuer_Demokratie.pdf (26.10.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024b): Ziele im Programmbereich Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/240515_Foerderung_PB_Partnerschaften_fuer_Demokratie.pdf (26.10.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024c): Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Stand: 01.01.2024. www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/231031_Grundsaeetze_der_Foerderung_Kommune.pdf (23.10.2024).
- Bundesregierung (2021): Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/abschlussbericht-kabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (02.12.2024).
- Bundesregierung (2024): Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus. Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/ministerium/BMI24021.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (24.10.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): „Der Anschlag von Halle“. www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/316638/der-anschlag-von-halle/ (21.10.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Rechtsextremismus. Glossar Rechtspopulismus. www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500807/rechtspopulismus/ (12.10.2024).
- Cafer, Anne/Green, John/Goreham, Gary (2019): A Community Resilience Framework for community development practitioners building equity and adaptive capacity. In: *Community Development*, 50(2), S. 201-216.
- Campbell, Donald T./Stanley, Julian C. (1963): *Experimental and Quasi-experimental Designs for Research*. Boston: Houghton Mifflin.
- Campbell, Rebecca/Goodman-Williams, Rachael/Fehler-Cabral, Giannina/ Feeney, Hannah (2020): Assessing Triangulation Across Methodologies, Methods, and Stakeholder Groups. In: *American Journal of Evaluation*, 41 (1), S. 125-144.
- Caspari, Alexandra/Barbu, Ragnhild (2010): Wirkungsevaluierungen: zum Stand der internationalen Diskussion und dessen Relevanz für die Evaluierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/60715/ssoar-2010-caspari_et_al-Wirkungsevaluierungen_zum_Stand_der_internationalen.pdf?sequence=1 (30.10.2024).

- Cesario, Kate/Morin, Karen (2002): Evaluating the Level of Evidence of Qualitative Research. In: Journal of Obstetric Gynecologic & Neonatal Nursing, 31(6), S. 708-14.
- Chernivsky, Marina (2024): „Einen so offenen Antisemitismus haben Juden in Deutschland nach 1945 vielleicht noch nicht erlebt.“ (Interview). SWR. www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-beratungsstelle-antisemitismus-ofek-bw-betroffene-102.html (21.10.2024).
- CLAIM (2024): Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2023. www.claim-allianz.de/content/uploads/2024/06/20240620_lagebild-amr_2023_claim.pdf?x22760 (4.11.2024).
- Cohen, Jacob (1988): Statistical Power Analyses for the Behavioral Sciences. Hillsdale New Jersey: Lawrence Erlbaum.
- Cook, Thomas D./Campbell, Donald T. (1979): Quasi-experimentation: Design & Analysis Issues for Field Settings, Boston: Houghton Mifflin.
- Daly, Jeanne/Willis, Karen/Small, Rhonda/Green, Julie/Welch, Nicky/Kealy, Michelle/Hughes, Emma (2007): A hierarchy of evidence for assessing qualitative health research. In: Journal of Clinical Epidemiology, 60 (2007), S. 43-49.
- Decker, Frank (2022): Etappen der Parteigeschichte der AfD. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn. www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd (04.11. 2024).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2022): Leipziger Autoritarismus-Studie 2022: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024a): Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. In: Dies. (Hrsg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial, S. 9-26.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024b): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Dies. (Hrsg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial, S. 29-99.
- Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Deutsche Bundesbank (2024): Monatsbericht Februar 2024, 58. www.bundesbank.de/resource/blob/925172/8fd0e7fbfa316f471807407ee81f01b8/mL/2024-02-oeffentliche-finanzen-data.pdf (30.10.2024).
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022): Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5331.pdf (4.11.2024).
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2023): Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Berlin.
- Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2021): Demokratische Resilienz in Deutschland? Parlamentarische Verfahrensakzeptanz im Licht individueller Problemwahrnehmung. IW-Trends –

Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), 48(3), S. 89-1120. www.econstor.eu/bitstream/10419/243338/1/1774468735.pdf (4.11.2024).

- Döring, Nicola (2023): Qualitätskriterien in der empirischen Sozialforschung. In: Dies.: Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. Berlin, Heidelberg, S. 79–118.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Elbe, Ingo (2024): Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung. Berlin: Edition Tiamat.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Erhard-Maciejewski, Christian (2020a): Hasswelle: Das haben Bürgermeister konkret erlebt! In: KOMMUNAL vom 10.03.2020. <https://kommunal.de/hasswelle-zitate> (12.11.2024).
- Erhard-Maciejewski, Christian (2020b): Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung. In: KOMMUNAL vom 10.03.2020. <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020> (12.11.2024).
- Erhard-Maciejewski, Christian (2021): Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen. In: KOMMUNAL vom 27.04.2021. <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona> (12.11.2024).
- European Union Agency for Fundamental Rights (2024): Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism. EU Survey of Jewish People. Wien. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2024-experiences-perceptions-antisemitism-survey_en.pdf (28.11.2024).
- Farren, Diego/Brettfeld, Kathrin/Endtricht, Rebecca/Fischer, Jannik M.K./Wetzels, Peter (2022): Junge Menschen in Deutschland 2022 Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022. MOTRA Forschungsbericht No. 5. www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-5.pdf (01.11.2024).
- Feldman, Stanley/Stenner, Karen (1997): Perceived Threat and Authoritarianism. In: *Political Psychology*, 18 (4), S. 741-770.
- Finke, Christopher/Langenberg, Joscha (2024): Begleitprojekt Transformationsgestalter*innen: Neue Wege zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im ländlichen Raum. Abschlussbericht (unveröffentlicht).
- Flemming, Kate/Noyes, Jane (2021): Qualitative Evidence Synthesis: Where Are We at? In: *International Journal of Qualitative Methods*, 20, S. 1-13.
- Flick, Uwe (2019): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, S. 473-488.
- Fraser, Nancy (2019): *The Old Is Dying and the New Cannot Be Born: From Progressive Neoliberalism to Trump and Beyond*. London/New York: Verso Books.
- Fraser, Nancy (2022): *Cannibal Capitalism*. London/New York: Verso Books.

- Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021): Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34 (2), S. 249-258.
- Frölich, Markus/Sperlich, Stefan (2019): *Impact Evaluation. Treatment Effects and Causal Analysis*. Cambridge: University Press.
- Fromm, Erich (1930): *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*. Stuttgart 1980: DVA.
- Gabriel, Ricardo Duque/Klein, Mathias/Pessoa, Ana Sofia (2023): *The Political Costs of Austerity*. SSRN, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4160971 (15.11.2024).
- Geißel, Brigitte (2024): *Demokratie als Selbst-Regieren: Demokratische Innovationen von und mit Bürgerinnen und Bürgern*. Opladen: Budrich
- Geißel, Brigitte/Hoffmann, Felix (2024): *Demokratische Innovationen. Bürgerbeteiligung in Deutschland*. FES-Policy Paper. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21472.pdf> (04.11.24).
- Gerlach, Moritz (2022): „Kein Wortgefecht, kein Dialog. Der Täter schlug direkt zu“. *Zeit Online*. <http://www.zeit.de/hamburg/2022-08/antisemitismus-israel-mahnwache-verurteilung-jugendliche-hamburg> (21.10.2024).
- Gessler, Philipp (2006): *Sekundärer Antisemitismus. Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus*. www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37962/sekundae-rer-antisemitismus (31.10.2024).
- Gilan, Donya/Helmreich, Isabella (2023): *Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme*. In: Wollinger, Gina Rosa (Hrsg.): *Krisen & Prävention. Expertisen zum 28. Deutschen Präventionstag* (S. 73-89). Hannover: Deutscher Präventionstag.
- Golombek, Moritz/Kremeti, Eleni/Malcharczyk, David/Winter, Sebastian (2025): *Working Paper „Demokratieskepsis“* (erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2025).
- Gorelik, Lena/Schellbach, Miryam/Zadoff, Mirjam (Hrsg.) (2024): *Trotzdem sprechen*. Berlin: Ullstein.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kano, Eylem (2021): *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. WZB Discussion Paper, März 2021. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> (04.11.2024).
- Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (2021a): *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Bielefeld: transcript.
- Greene, Jennifer C./Caracelli, Valerie J./Graham, Wendy F. (1989): *Toward a Conceptual Framework for Mixed-Method Evaluation Designs*. In: *Educational Evaluation and Policy Analysis*, 1989, 11 (3), 255-274.
- Hallmann, Julia (2017): *Informationsbroschüre. Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie*. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Infobroschuere_Jugendforen.pdf. (29.11.2024).
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): *Die Alternative für Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): *Rechte Bedrohungsallianzen*. Berlin: Suhrkamp.

- Hernández, Enrique/Kriesi, Hans-Peter (2016): The electoral consequences of the financial and economic crisis in Europe. In: *European Journal of Political Research*, 55 (2), S. 203–224.
- Hübscher Evelyne/Sattler, Thomas / Wagner, Markus (2023): Does Austerity Cause Polarization? In: *British Journal of Political Science*, 53 (4), S. 1170-1188.
- Hutter, Swen/Teune, Simon/Daphi, Priska/Nikolas, Ana-Maria/Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Sommer, Moritz/Steinhilper, Elias/Zajak, Sabrina (2021): Deutschlands Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Eine Befragung von Vereinen und Initiativen. ipb working paper, Juli 2021. <https://protestinstitut.eu/publikationen/deutschlands-zivilgesellschaft-in-der-corona-pandemie-eine-befragung-von-vereinen-und-initiativen/> (15.11.2024).
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kelle, Uwe (2018): „Mixed Methods“ in der Evaluationsforschung. In: *Zeitschrift für Evaluation*, 17 (1), S. 25-52.
- Kiess, Johannes / Dilling, Markus (2024): Die Landtagswahl 2024 in Sachsen: Zur Rolle der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur sowie der Politischen Raumkultur auf Gemeindeebene. In: *EFBI Policy Paper 2024* (4). https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2024_4_Policy%20Paper.pdf (11.11.2024).
- Kiess, Johannes et al. (2024): Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung. In: Decker, Oliver et al. (Hrsg.): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psycho-sozial-Verlag.
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.) (2021): *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*. Freiburg: Herder.
- Kleist, Olaf/Weiberg, Mirjam/Schöll, Anja (2023): Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. *DeZIM Briefing Notes 10*. <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/mehr-demokratie-foerdern/> (15.11.2024).
- Klemm, Ulf-Dieter/Schultheiß, Wolfgang (Hrsg.) (2015): *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*. Bonn: BPB.
- Klewes, Joachim/Rauh, Christina/Wazinski, Constantin/Bäcker, Nina-Kristin (2022): Ergebnisbericht zur Studie. Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf (24.10.2024).
- Kollmorgen, Raj (2022): Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72 (49-50), S. 33-38.
- Kooiman, Jan (2006): *Governing as Governance*. In: Schuppert, Gunnar Folke: *Governance-Forschung. Vergewisserung über den Stand von Entwicklungslinien*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 149-172.
- Kremeti, Eleni/Sthamer, Evelyn/Winter, Sebastian (2023): *Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2023–31.12.2023 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs*

„Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Frankfurt a.M. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/SDB_2023_barrierefrei.pdf (12.10.2024).

- Krimmer, Holger/Bork, Magdalena/Markowski, Lydia/Gorke, Johanna (2020): Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. ZIVIZ-Bericht. Berlin: Edition Stifterverband.
- Küpper, Beate/ Hellmann, Jens (2023): Willkommen in Deutschland? Einstellungen zur Nachrangigkeit Neuhinzukommender. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 199 - 218.
- Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 91-136.
- Land lebt doch (2024a): OPEN Neuland. <https://landlebtdoch.de/open-neuland/> (01.10.2024).
- Land lebt doch (2024b): ÜBERLAND. Festival der Akteure. <https://landlebtdoch.de/festivals/> (01.10.2024).
- Lenze, Dominik (2023): Wie es zum Sturm auf den Reichstag kam. Zeit Online. www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-08/reichsbuerger-sturm-reichstag-2020-berlin-demonstration (13.10.2024).
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Reclam.
- Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik (2020): Sozialkapital und Demokratie: Der ambivalente Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation in Deutschland und Sachsen. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–120.
- Lynen von Berg, Heinz/Hirseland, Andreas (2004): Zivilgesellschaft und politische Bildung – Zur Evaluation von Programmen und Projekten. In: Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hrsg.): Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 15-26.
- Mallwitz, Gudrun (2021): Bürgermeisterinnen häufiger bedroht als männlich Kollegen. In: KOMMUNAL vom 19.01.2021. <https://kommunal.de/gewalt-Buergermeisterinnen> (12.11.2024).
- Manow, Philipp (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Eine Einführung. Lehrbuch Governance. Wiesbaden: VS, S. 65-76.
- Mayring, Philipp (2018): Gütekriterien qualitativer Evaluationsforschung. In: Zeitschrift für Evaluation. Jg. 17, Heft 1/2018, S. 11-24.

- Mayring, Philipp (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Merkel, Wolfgang (2023): *What is Democratic Resilience and How Can We Strengthen It?* Toda-Peace-Institute. Policy Brief No. 169, August 2023. https://toda.org/assets/files/resources/policy-briefs/t-pb-169_what-is-democratic-resilience_merkel.pdf (04.11.2024).
- Merkel, Wolfgang/Lührmann, Anna (2021): *Resilience of democracies: responses to illiberal and authoritarian challenges*. In: *Democratization*, 28 (5), S. 869–884.
- Merkel, Wolfgang/Lührmann, Anna (Hrsg.) (2023): *Resilience of Democracy. Responses to Illiberal and Authoritarian Challenges*. London/New York: Routledge.
- MIA (2024): *Antiziganistische Vorfälle 2023 in Deutschland. Zweiter Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus*. www.antiziganismus-melden.de/wp-content/uploads/2024/06/MIA-JB-2023-Internet.pdf (04.11.2024).
- Milbradt, Björn/Greuel, Frank/Reiter, Stefanie/Zimmermann, Eva (2021): *Evaluation von Programmen und Projekten der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Gegenstand, Entwicklungen und Herausforderungen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Morse, Janice M./Barret, Michael/Mayan, Maria/Olson, Karin/Spiers, Jude (2002): *Verification Strategies for Establishing Reliability and Validity in Qualitative Research*. In: *International Journal of Qualitative Methods*, 1 (2), S. 13-22.
- Mudde, Cas (2020): *Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit*. Bonn: Dietz.
- Müller, Ella (2023): *Kulturkampf und Klimakrise. Die US-Rechte als Anti-Umweltbewegung*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2023, S. 53-64.
- Mullis, Daniel (2024): *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte*. Stuttgart: Reclam.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Negt, Oskar (2004): *Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen*. In: Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.): *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung*. Frankfurt a.M.: Wochenschau, S. 196-213.
- Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica (2024): *Zukünfte ländlichen Engagements – entgrenzt, kooperativ, jung, demokratisch*. In: Mießner, Michael (Hrsg.): *Ländliche Utopien: Herausforderungen und Alternativen regionaler Entwicklungen*. Bielefeldt: Transcript, S. 163-176.
- Neulandgewinner (2024a): *Förderrunde 6: 2023-2024. Werkstatt #1 in Loitz*. <https://neulandgewinner.de/werkstatt/werkstatt-1-in-loitz/> (01.10.2024).
- Neulandgewinner (2024b): *Förderrunde 6: 2023-2024. Werkstatt #2 in Wartenburg*. <https://neulandgewinner.de/programm/werkstaetten/> (01.10.2024).
- Oesterreich, Detlef (1993): *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost- und West*. Weinheim/München: Juventa.

- Ottmann, Sebastian (2023): Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit – Herausforderung und Chance für das Arbeitsfeld. In: Ottmann, Sebastian/König, Joachim (Hrsg.): Wirkungen im Blick – Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit und Sozialwirtschaft. Forschung, Entwicklung, Transfer. In: Nürnberger Hochschulschriften, Nr. 53, S. 6-15.
- Ottmann, Sebastian/König, Joachim (2023): Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit. Eine Einführung für Studium und Praxis, Stuttgart: Kohlhammer.
- Ottmann, Sebastian/König, Joachim (2018): Was wirkt wie? – Konzeptionelle Überlegungen zur Messung und Analyse von Wirkungen in der Sozialen Arbeit. Der Wirkungsradar des Instituts für Praxisforschung und Evaluation der Evangelischen Hochschule Nürnberg. Forschung, Entwicklung, Transfer. Nürnberger Hochschulschriften, Nr. 29.
- Patel, Sonny S./Rogers, M. Brooke/Amlôt, Richard/Rubin, G. James (2017): What Do We Mean by „Community Resilience“? A Systematic Literature Review of How It Is Defined in the Literature. In: PLOS Currents: Disasters. https://kclpure.kcl.ac.uk/ws/portalfiles/portal/63966596/What_Do_We_Mean_by_Community_Resilience_A_Systematic_Literature_Review_of_How_It_Is_Defined_in_the_Literature_PLOS_Currents_Disasters.pdf (04.11.2024).
- Plümper, Thomas/Neumayer, Eric/Pfaff, Katharina Gabriela (2021): The strategy of protest against Covid-19 containment policies in Germany. In: Social Science Quarterly, 102 (5), S. 2236-2250.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland Rechtsaußen. München: Piper.
- Quent, Matthias/Virchow, Florian (Hrsg.) (2024): Rechtsextrem, das neue Normal? München: Piper.
- Rajal, Elke (2021): Möglichkeiten und Grenzen antisemitismuskritischer Pädagogik. Anregungen für die Bildungsarbeit. In: Grimm, Marc/Müller, Stefan (Hrsg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Frankfurt a.M.: Wochenschau, S. 182–197.
- Reichardt, Sven (Hrsg.) (2021): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Frankfurt/New York: Campus.
- Rensmann, Lars (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus/ (21.10.2024)
- RIAS e.V. (2023): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023. Jahresbericht. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (04.11. 2024).
- Robert Koch-Institut/Bayrisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2012): Evaluation komplexer Interventionsprogramme in der Prävention: Lernende Systeme, lehrreiche Systeme? Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/evaluation_praevension.pdf?__blob=publicationFile (14.11.2024).
- Roth, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 41-64.
- Roth, Roland/Stange, Waldemar (2020): Kommunale Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale. <https://www.netzwerk-stiftungen->

bildung.de/sites/default/files/2023-02/2020%20Roth_Stange_Starke%20Kinder-%20und%20Jugendparlamente_DKHW_Studie.pdf (15.11.2024).

- Rucht, Dieter (2021): Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In: Grande, Brigitte/Grande, Edgar (Hrsg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: Transcript, S. 61-77.
- Rüttgers, Martin (2018): Die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“. Weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte! eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2018. www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2018/nbb_beitrag_ruettgers_180713.pdf (07.11.2024).
- Rüttgers, Martin (2024): „Demokratie leben!“ - Perspektiven des Bundesprogramms zum Ende der zweiten Förderperiode. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. 1/2024, S. 164-173.
- Sandal-Önal, Elif/Zick Andreas (2024): Krisen, Unsicherheit und (extrem) rechte Einstellungen Über die Anziehungskraft anti-demokratischer Politik in ungewissen Zeiten. Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung. www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/556128/krisen-unsicherheit-und-extrem-rechte-einstellungen/ (04.11.2024).
- Saßmannshausen, Jan (2012): Wieder auf dem rechten Wege? Eine empirische Analyse rechtsextremer Einstellungsmuster in der Bundesrepublik Deutschland. (unveröffentlicht).
- Saßmannshausen, Jan/Schäfer, Mona/Schwall, Talisa (2022): Wissenschaftliche Begleitung des Projekts „Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa)“. Zwischenbericht. Berichtszeitraum 01.05.2022 bis 31.12.2022 (unveröffentlicht).
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4, S. 131-156.
- Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang (Hrsg.) (2013): Politics in the Age of Austerity. New York: Polity.
- Schäfer, Mona/Bollhöfner, Julian/Saßmannshausen, Jan (2022): Wissenschaftliche Begleitung des Projekts „Zivilgesellschaft stärken und schützen“. Zwischenbericht. Berichtszeitraum 01.05.2022 bis 31.12.2022 (unveröffentlicht).
- Schäfer, Mona/Brenn, Markus/Winter, Sebastian (2024): „Wenn wir nur übereinander und nicht miteinander reden, dann kriegen wir nichts hin“. Netzwerkaufbau als zentrale Aufgabe bei der intersektoralen Erarbeitung von Maßnahmen zu Schutz und Stärkung der Zivilgesellschaft (Abschlussbericht. Unveröffentlicht).
- Schäfer, Mona/Schwall, Talisa/Langenberg, Joscha (2024): Wissenschaftliche Begleitung des Projekts „Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa)“. Abschlussbericht. Berichtszeitraum 01.05.2022 bis 31.12.2024 (unveröffentlicht).
- Scherzer, Sabrina (2019): A community resilience index for Norway: An adaptation of the Baseline Resilience Indicators for Communities (BRIC). In: International Journal of Disaster Risk Reduction, 36 (May 2019), S. 1-17.
- Schulze, Heidi/Hohner, Julian/Greipl, Simon/Girgnhuber, Maximilian/Desta, Isabell/Rieger, Diana (2022): Far-right conspiracy groups on fringe platforms: A longitudinal analysis of radicalization dynamics on Telegram. In: Convergence. The International Journal of Research into New Media Technologies, 28 (4), S. 1103–1126.

- Schutzbach, Franziska (2019): Antifeminismus macht rechte Positionen gesellschaftsfähig. Gunda-Werner-Institut. www.gwi-boell.de/de/2019/05/03/antifeminismus-macht-rechte-positionen-gesellschaftsfaehig (04.11.2024).
- Schwall, Talisa/Becker, Carlos/Kremeti, Eleni/Winter, Sebastian (2022): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2022–31.12.2022 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/PfD_Strukturdatenband_2022_end.pdf (24.10.2024).
- SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft, Schweiz) (2001): Handbuch Indikatorenbildung. www.seco-cooperation.admin.ch/dam/secocoop/de/dokumente/resultate/monitoring/quali-manual-indicators.pdf.download.pdf/Handbuch%20Indikatorenbildung.pdf (06.11.2024).
- Selk, Veith (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Berlin: Suhrkamp.
- Shein, Erica/Emmons, Cassandra (2023): Paths to Democratic Resilience in an Era of Backsliding. www.ifes.org/sites/default/files/2023-11/Paths%20to%20Democratic%20Resilience_Final.pdf (04.11.2024).
- Simon, Titus/Behrendt, Gregor/Bertram, Michael/Jahnke, Carolin/Kunstmann, Richard/Maikath, Susanne/Prell, Luise/Riedel, Max (2017): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe (erstellt im Auftrag des Bundes der Deutschen Landjugend e.V.). www.landjugend.de/publikationen/rechtsextremismus-in-den-laendlichen-raeumen/ (12.11.2024).
- Sindek, Eric Mathias (2021). Sie haben keine Legitimation! Der Umgang von Verwaltungspersonal mit schwierigem Kundenklientel am Beispiel von „Reichsbürgern“. Bachelorarbeit im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management (Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen). <https://opus-hslb.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/679/file/Thesis.pdf> (01.11.2024).
- Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim/München: Juventa.
- Steinke, Ines (2004): Quality Criteria in Qualitative Research. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): A Companion to Qualitative Research. London: Sage, S. 184-190.
- Stockmann, Reinhard (2006): Evaluation und Qualitätsentwicklung. Eine Grundlage für wirkungsorientiertes Qualitätsmanagement. Münster: Waxmann.
- Stockmann, Reinhard/Meyer, Wolfgang (2010): Evaluation. Eine Einführung. Opladen u.a.: Budrich.
- Teune, Sebastian (2021): Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 34 (2), S. 326–334.
- Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. (2023): Sachbericht im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (unveröffentlicht).
- Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. (o. J.): Antrag für Begleit- und Unterstützungsprojekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Gewährung von Zuwendungen (unveröffentlicht).

- Tiesler, Ralph (2022): Klimakrise: Manche Gegenden sollten nicht besiedelt werden (Interview). Berliner Morgenpost, 13.07.2022. www.morgenpost.de/politik/article401882414/flutkatastrophe-ahr-tal-jahrestag-krieg-krise-bevoelkerungsschutz.html (24.10.2024).
- Urban, Dieter/Mayerl, Jochen (2011): Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Vandecasteele, Leen/Ivanova, Katya/Sieben, Inge/Reeskens, Tim (2022): Changing attitudes about the impact of women's employment on families: The COVID-19 Effekt. In: *Gender, Work & Organization*, 29 (6), S. 2012-2033.
- VBRG (2024): Rechte Gewalt 2023. Eine alarmierende Jahresbilanz der Opferberatungsstellen. https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2024/05/VBRG_Jahresbilanz_rechte_Gewalt_2023_vorab_Sperrfrist210524_final.pdf (04.11.2024).
- Voigtländer, Nico/Voth, Hans-Joachim (2012): Persecution perpetuated. The Medieval Origins of Antisemitic Violence in Nazi-Germany, in: *Quarterly Journal of Economics*, 127 (3), S. 1339-1392.
- Volf, Irina (2024): Evaluation modularer Weiterbildungsangebote für Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (im Erscheinen).
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Werthschulte, Christian (2017): „Nach“ Köln ist wie „vor“ Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte*. www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/239696/nach-koeln-ist-wie-vor-koeln-die-silvesternacht-und-ihre-folgen/ (04.11.2024).
- Werts, Charles E./Robert L. Linn (1970): A General Linear Model for Studying Growth. In: *Psychological Bulletin*, 73, S. 17-22.
- Wimelius, Malin E./Eriksson Malin/Kinsmann, John/Strandh, Veronica/Ghazinour, Mehdi (2023): What is Local Resilience Against Radicalization and How can it be Promoted? A Multidisciplinary Literature Review. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 46 (7), S. 1108–1125.
- Wolbring, Tobias/Marc Keuschnigg (2015): Feldexperimente in den Sozialwissenschaften, in: *Soziale Welt* 22, S. 222–250.
- Wolf, Ariane/Hell, Elisabeth (2021): Antifeminismus: Warum sexistische Ideologien eine Aufgabe für die Extremismusprävention sind. *VPN Schriftenreihe*, Heft 8. <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2022/01/Violence-Prevention-Network-Schriftenreihe-Heft-8-1.pdf> (04.11.2024).
- Zehring, Maximilian/Domahidi, Emese (2023): German Corona Protest Mobilizers on Telegram and Their Relations to the Far Right: A Network and Topic Analysis. In: *Social Media + Society*, January-March 2023, S. 1-12.
- Zick, Andreas (2023): Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz, S. 19-34.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023) (Hrsg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 53–83.

Zick, Andreas/Sandal-Önal, Elif (2023): Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und pro-demokratischen Überzeugungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 219-242.

ZIVIZ (2023): ZIVIZ-Survey 2023. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf (04.11.2024).

5.2 Abbildungen

Abbildung A:	Struktur des Bundesprogramms	4
Abbildung B:	Struktur der Partnerschaften für Demokratie	6
Abbildung 1:	Analysebereiche	22
Abbildung 2:	Analyse der Situationsveränderung	23
Abbildung 3:	Katalog der Statements zur lokalen Situationseinschätzung	25
Abbildung 4:	Veränderung der Situationseinschätzung nach Phänomenbereichen	28
Abbildung 5:	Angaben zur Situationseinschätzung und Veränderung (Mittelwerte) in den Förderregionen der Partnerschaften nach Phänomenbereichen (I)	30
Abbildung 6:	Angaben zur Situationseinschätzung und Veränderung (Mittelwerte) in den Förderregionen der Partnerschaften nach Phänomenbereichen (II)	32
Abbildung 7:	Die sieben Stufen der Evidenz	44
Abbildung 8:	Adressierte Phänomenbereiche 2021 - 2023	51
Abbildung 9:	Relevanzsetzungen der Partnerschaften für Demokratie 2021 - 2023	52
Abbildung 10:	Verlauf der Situationseinschätzungen nach Untersuchungs- und Vergleichsgruppen (Differenz-der-Differenzen)	55
Abbildung 11:	Differenz der Differenzen – Engagement Zivilgesellschaft (Rassismus)	56
Abbildung 12:	Differenz der Differenzen – Kontinuität der Auseinandersetzung (Antisemitismus)	58
Abbildung 13:	Differenz der Differenzen – Engagement politischer Akteur*innen (Rechtsextremismus)	59
Abbildung 14:	Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Demokratieförderung	62
Abbildung 15:	Situationsveränderungen im Bereich Demokratieförderung (I)	66
Abbildung 16:	Situationsveränderungen im Bereich Demokratieförderung (II)	69

Abbildung 17:	Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Demokratiefeindlichkeit/Rechtspopulismus	71
Abbildung 18:	Situationsveränderung in den Phänomenbereichen Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit sowie Rechtsextremismus	76
Abbildung 19:	Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Rassismus	78
Abbildung 20:	Situationsveränderungen im Bereich Rassismus (I)	83
Abbildung 21:	Situationsveränderungen im Bereich Rassismus (II)	85
Abbildung 22:	Evidenz der methoden- und perspektivtriangulierten Wirkungen: Antisemitismus	87
Abbildung 23:	Situationsveränderungen im Phänomenbereich Antisemitismus	92
Abbildung 24:	Zentraler Fokus der Arbeit der Partnerschaften in der Förderperiode (2020-2024) im Angesicht gesellschaftspolitischer Krisen (in Prozent)	96
Abbildung 25:	Situationseinschätzung zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement in den Förderregionen im Jahr 2023 (T2)	102
Abbildung 26:	Situationsveränderungen entlang der Resilienzdimensionen in den Förderregionen	103
Abbildung 27:	Veränderung der Situationseinschätzung zum Engagement der Zivilgesellschaft bzw. der politischen Akteur*innen in den Förderregionen (Anteile nach Veränderung in Prozent)	105
Abbildung 28:	Phänomenübergreifende Wirkungen der Partnerschaften	107
Abbildung 29:	Durchschnittliche Entwicklung der Untersuchungsdimensionen in den letzten Jahren nach Einschätzung der Interviewpartner*innen	116
Abbildung 30:	Bundesweite Verteilung der Partnerschaften für Demokratie	133
Abbildung 31:	Anfeindungen und Übergriffe auf unterschiedliche Personengruppen (2020)	140
Abbildung 32:	Anfeindungen und Übergriffe auf unterschiedliche Personengruppen (2024)	140
Abbildung 33:	Durchschnittliche Bestätigung einer Einschränkung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie (2020 – 2024)	148
Abbildung 34:	Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung	162
Abbildung 35:	Modellspezifikationen der quantitativen Analysen	170

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de